

# INTERNATIONALE POLITIK

*Das Magazin für globales Denken*

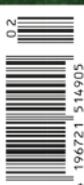
**Carlo Masala** Ohne kriegsfähige Bundeswehr wird Deutschland irrelevant

**Constanze Stelzenmüller** Für Donald Trump ist die Bundesrepublik Europas Sollbruchstelle

**Alan Posener** Das Ende des Westens? Warum die Untergangspropheten falsch liegen

**Mutig sein.  
Strategisch denken.  
Europäisch handeln.**

Was die Welt von Deutschland  
nach der Wahl erwartet





Liebe Leserin, lieber Leser,

Deutschlands kurzer Wahlkampf ist vorbei, der Winter auch (fast!), es geht voran. Muss es aber auch. Man weiß ja gar nicht, womit anfangen, wenn man aufs Land schaut und auf die Welt. Wir können vielleicht helfen: „Was soll im Koalitionsvertrag zur Außen- und Sicherheitspolitik stehen?“, das haben wir eine Reihe von Expertinnen und Experten gefragt; herausgekommen sind konkreter, kluger Rat und auch durchaus schmerzhaft Vorschläge. Im Ausland haben wir Briefe à la „Liebe Bundesregierung ...“ erbeten: Was erwartet man nun von Berlin?

Sie können sich auf diese Ausgabe freuen. Sie versammelt so viele konstruktive Ideen und ergiebige Szenarien, dass ich kaum etwas herausgreifen möchte. Was auffällt und verbindet, ist der fast flehentliche Appell, mutiger und ehrlicher in der Kommunikation über Außen- und Sicherheitspolitik zu werden, der Aufruf zu unbedingtem europäischen Handeln und die Betonung von Strategiefähigkeit – siehe Jan Techau, Ulrike Franke, Carlo Masala oder Josef Janning, aber nicht nur dort. Nadia Schadlow bürstet Deutschlands transatlantisches Denken gegen den Strich, Alan Posener „das Ende des Westens“.

Und damit das Land nicht nur um sich selbst kreist, schauen wir auch auf Syriens Zukunft, in Haitis Abgrund oder auf Neuerscheinungen zu den Themen Klima und KI. Wir hoffen, dass ein weiter Blick hilft, die Dinge zu ordnen, manches zu relativieren, aber ehrlicherweise auch Alarm zu schlagen, wo nötig. In der Wetterwende der Weltpolitik steht Deutschland, steht die EU nicht gut da, man muss sich größte Sorgen machen. Das „globale Dorf“ ist ein Begriff aus einer „disruptiv“, wie man das jetzt nennt, beendet Epoche. Umso dringender ist kluges Handeln geboten. Dafür gibt es Wege. Leichte sind das nicht – aber bitte lesen Sie selbst.

**Martin Bialecki**  
Chefredakteur

## Was die Welt von Deutschland erwartet

Alle Augen aufs Kanzleramt: Wer hier nach der Bundestagswahl einzieht, sollte außenpolitisch schnell ins Handeln kommen – und dabei auch vor unbequemen Wahrheiten nicht zurückschrecken. **Seite 16**

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

## Titelthema

### Die Realität ist schmerzhaft, aber zumutbar

Was vermutlich nicht im Koalitionsvertrag stehen wird, obwohl es dringend drinstehen müsste.

Von *Jan Techau* **18**

### Kein Geld, kein Personal, keine Sicherheit

Ohne kriegsfähige Bundeswehr verabschiedet sich Deutschland aus dem Kreis relevanter Staaten des Westens.

Von *Carlo Masala* **24**

### Mehr Wirtschaftssicherheit wagen

Bei einem Nationalen Sicherheitsrat sollten Ökonomie und Technologie zentral sein.

Von *T. Benner, J. Hensing und F. Klumpp* **28**

### Ökologisch geboten, ökonomisch sinnvoll

Welche Klima- und Energiepolitik sollte die neue Bundesregierung verfolgen? *Von Ralf Fücks* **34**

### Neue deutsche China-Politik

Beim Umgang mit Peking steht Berlin ein Härte-test bevor. Es ist höchste Zeit für eine Revision

bisheriger Ansätze. *Von Mikko Huotari* **39**

### Zukunftsstrategie für den Nahen Osten

Deutschlands Partnerschaft mit Israel ist eine Basis, um in der Region eine neue Rolle zu übernehmen.

*Von Ron Frydman und Avner Golov* **43**

### Briefe an die nächste Bundesregierung

Aus Paris von *Sylvie Kauffmann* **49**

Aus Warschau von *Adam Traczyk* **52**

Aus Kyjiw von *Oleksandra Bulana* **55**

Aus Brüssel von *Caroline de Gruyter* **58**

Aus Washington von *Constanze Stelzenmüller* **61**

## Foyer

MITWIRKENDE	4
IP-FORSA-FRAGE: <b>Außenpolitische Aufgaben der Bundesregierung</b>	5
KALENDARIUM	6
DREI FRAGEN AN: <b>Michel Barnier</b>	8
PORTRÄT: <b>Netumbo Nandi-Ndaitwah</b>	9
UNTERM RADAR: <b>Haiti: Fluch der Karibik</b>	12
IN 80 PHRASEN UM DIE WELT: <b>„Polykrise“</b>	15

## Weltspiegel

**„Amerika zuerst“ bedeutet nicht „Europa allein“**  
Die zweite Trump-Regierung bietet eine Chance für die Erneuerung der transatlantischen Beziehungen.  
*Von Nadia Schadlow* **66**

**Scheitert Europa?**  
Zum ersten Mal ist ein Ende der EU ein realistisches Szenario. Die Substanz der Integration erodiert, zentrifugale Dynamiken verstärken den Zerfall.  
*Von Josef Janning* **72**

**Demokratische Integrität stärken**  
„Europa, du bist dran!“ gilt auch im Kampf gegen strategische Korruption. Dabei wird die Positionierung gegenüber Washington entscheidend.  
*Von Christoph Kowalewski und Bertram Lang* **80**

**Erdoğan's lange Wunschliste in Syrien**  
Auf dem Weg zur Führungsmacht im Nahen Osten will die Türkei ihr Nachbarland nach eigenen Vorstellungen umbauen – und droht sich dabei zu verheben.  
*Von Günter Seufert* **85**

**Sorgen um Pekings Atomwaffen-Arsenal**  
Chinas massiver nuklearer Ausbau befeuert in angespannten Zeiten ein Wettrüsten mit den USA. Transparenz und Kontrolle sind dringend vonnöten.  
*Von Lucian Bumeder und Wolfgang Rudischhauser* **91**

**Konkurrenz zum Dollar**  
Die Zusammensetzung von Währungsreserven ist ein Spiegelbild geopolitischer Kräfteverhältnisse und ein Indikator für die Zukunft der internationalen Ordnung.  
*Von Falk Laser, Alexander Mihailov und Jan Weidner* **97**

**Ein zweiseitiges Schwert**  
Die USA und China setzen Exportkontrollen für ihre geopolitischen Ziele ein. Das verursacht nicht nur hohe Kosten – es bedroht den freien Welthandel.  
*Von Joachim Lang* **101**

## Positionen

ESSAY: **Von Kriegen, Ängsten und gefährlichem Halbwissen**  
Militärisches als gestrig abzutun, während Verbündete die eigene Sicherheit garantieren – das war lange deutscher Usus. Solcher Luxus ist vorbei. Nicht nur Deutschlands Sicherheitspolitik, auch die Debatte muss mitziehen.  
*Von Ulrike Esther Franke* **106**

GEGEN DEN STRICH: **Das Ende des Westens**  
Sechs Thesen auf dem Prüfstand.  
*Von Alan Posener* **112**

BRIEF AUS... **Bogotá**  
Ungeschützte Umweltschützer.  
*Von Sara Meyer* **118**

INTERNATIONALE PRESSE: **Kroatien**  
Kalte Kohabitation.  
*Von Caroline Hornstein Tomić und Maja Kurilić* **120**

BUCHKRITIK: **Das KI-Dilemma**  
Wie können wir sicherstellen, dass KI dem Menschen dient und nicht umgekehrt? Drei Neuerscheinungen.  
*Von Katja Muñoz* **124**

BUCHKRITIK: **Die Ressource Hoffnung**  
Lässt sich der Planet angesichts der massiven Widerstände gegen Klimapolitik noch retten, oder ist es dafür schon zu spät?  
*Von Tim Hofmann* **128**

Impressum **132**

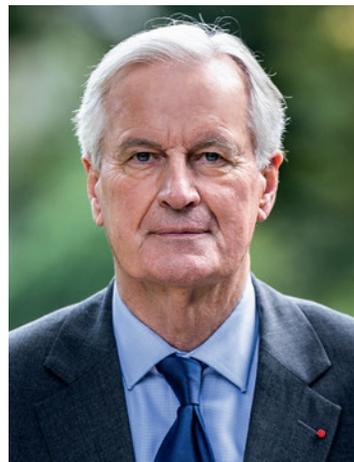
Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

**Seite 72** Noch nie war die EU so bedroht, von innen wie von außen. Für ihre Rettung bleibt nicht mehr viel Zeit.



### Oleksandra Bulana

weiß alles, was Handels- oder Steuerfragen im Zusammenhang mit einer Integration der Ukraine in die EU anbelangt. Die Analystin arbeitet seit 2021 am Ukrainian Centre for European Policy. Bulana hat für unsere Titelstrecke einen der fünf Texte von Stimmen aus dem Ausland beige-steuert, die anlässlich der Bundestagswahl unter „Liebe Bundesregierung ...“ ihre Erwartungen formulieren. So hoffe die Ukraine auf eine deutsche Führungsrolle bei der Reform der EU ... Nun denn! **Seite 55**



### Michel Barnier

ist einer der sehr, sehr vielen ehemaligen französischen Ministerpräsidenten – allerdings derjenige, dessen aktive Zeit am kürzesten zurückliegt. Erst im Dezember 2024 verlor Barnier ein Misstrauensvotum und trat zurück. Der Konservative, elegant und großgewachsen, ist ein Veteran der französischen Politik, jahrzehntlang erfahren in der Innen- und Außenpolitik. Er war unter anderem Abgeordneter, Senator und Vorsitzender des Departement Savoyen, bekleidete verschiedene Ministerämter und bewarb sich (ohne Erfolg) um eine Präsidentschaftskandidatur. Außerhalb Frankreichs wurde Michel Jean Barnier (Jg. 1951) vor allem als EU-Kommissar bekannt. Von 2016 bis 2021 hatte er das zweifelhafte Vergnügen, die Verhandlungen mit Großbritannien über ein Abkommen für die Post-Brexit-Zeit zu leiten. Seine Antworten auf die „Drei Fragen“ stehen auf **Seite 8**



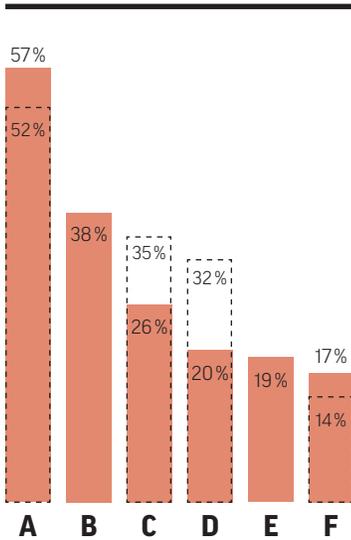
### Josef Janning

kann auf mehr als 30 Jahre Erfahrung (und Exzellenz) in der politischen Analyse und Beratung zu europäischen Angelegenheiten, zu internationaler Sicherheit und globalen Fragen verweisen. Für diese *IP* wirft er einen langen Blick auf die Zukunft der EU; enorm tief und analytisch – und nicht sehr optimistisch. **Seite 72**

### Katja Muñoz

arbeitet als Research Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und will Tech-Politik ohne Ideologie erklären. Ihr Ziel ist es, die Kräfte darzustellen, die an der Schnittstelle von Politik, Technologie und Gesellschaft die Welt verändern. Ihre Besprechung von Büchern zum Thema KI finden Sie auf **Seite 124**





- A** den Zusammenhalt Europas stärken
- B** die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands erhöhen
- C** sich weltweit für mehr Klimaschutz einsetzen
- D** den Einfluss autoritärer Staaten wie Russland und China begrenzen
- E** die Beziehungen mit den Ländern des Globalen Südens wie z.B. Indien, Brasilien oder den Staaten Afrikas ausbauen
- F** die Unterstützung der Ukraine ausweiten

Ergebnis IP-Forsa-Frage 1/2024

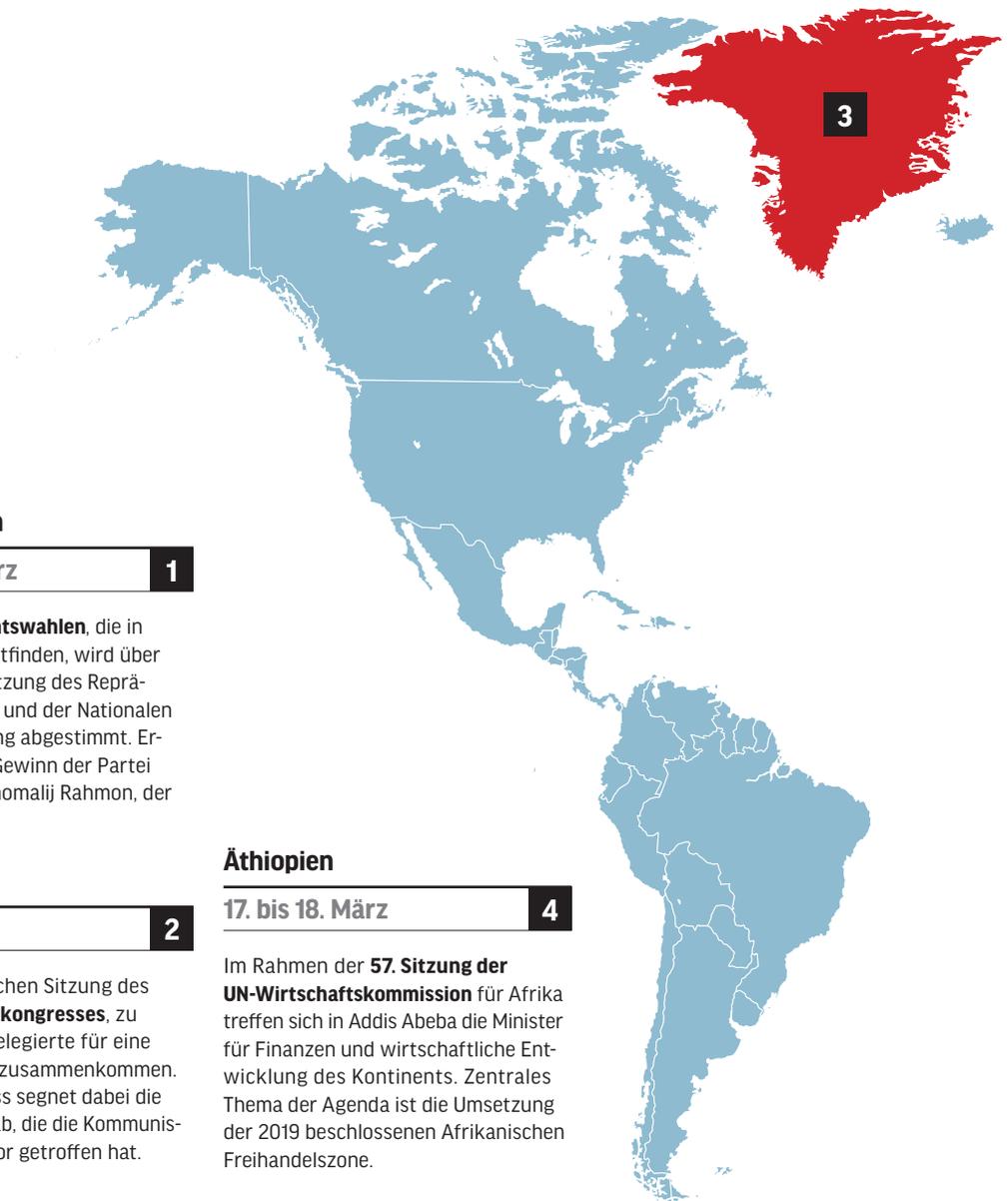
## Die wichtigsten außenpolitischen Aufgaben für die neue Regierung: Europa, Verteidigung, Klima

Den Zusammenhalt Europas weiter zu stärken: Das ist für eine Mehrheit von 57 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger die oberste außenpolitische Priorität für die nächste Bundesregierung – eine Steigerung um 5 Prozentpunkte im Vergleich zu Ende 2023, als wir diese Frage zuletzt stellten. Am zweitwichtigsten finden die Befragten, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen: 38 Prozent sprechen sich dafür aus (diese Antwortoption wurde beim letzten Mal nicht angeboten). Der weltweite Einsatz für mehr Klimaschutz verliert dagegen für die Befragten an Wichtigkeit: 26 Prozent nennen ihn als Priorität, vor gut einem Jahr waren es noch 35 Prozent. Das Ziel, den Einfluss autoritärer Staaten zu begrenzen, findet mit 20 Prozent noch weniger Unterstützung als zuvor (32 Prozent), während die Zustimmung für das Anliegen, die Hilfe für die Ukraine auszuweiten, leicht von 14 auf 17 Prozent gewachsen ist.

Mit Blick auf die politische Orientierung fällt auf, dass Wählerinnen und Wähler der Grünen mit 79 Prozent die Stärkung des Zusammenhalts Europas besonders stark befürworten; für AfD-Anhänger spielt das mit 36 Prozent eine vergleichsweise geringe Rolle. Unterstützer der Grünen und der Linken halten zudem das Ziel einer höheren Verteidigungsfähigkeit mit nur 9 beziehungsweise 8 Prozent Zustimmung für deutlich weniger wichtig als der Durchschnitt.

Datenbasis: 1001 Befragte in Deutschland. Statistische Fehlertoleranz +/- 3 Prozentpunkte. Erhebungszeitraum 6. Februar 2025. Quelle: Forsa

	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU	AfD	Linke
A	57%	79%	69%	64%	36%	65%
B	34%	9%	32%	50%	50%	8%
C	26%	51%	16%	21%	8%	48%
D	20%	26%	16%	27%	13%	12%
E	19%	13%	25%	13%	21%	28%
F	17%	25%	38%	16%	4%	27%



### Tadschikistan

2. und 28. März

1

Bei den **Parlamentswahlen**, die in zwei Runden stattfinden, wird über die Zusammensetzung des Repräsentantenhauses und der Nationalen Volksversammlung abgestimmt. Erwartet wird der Gewinn der Partei von Präsident Emomalij Rahmon, der seit 1994 regiert.

### China

5. März

2

Beginn der jährlichen Sitzung des **Nationalen Volkskongresses**, zu der rund 3000 Delegierte für eine Woche in Peking zusammenkommen. Der Volkskongress segnet dabei die Entscheidungen ab, die die Kommunistische Partei zuvor getroffen hat.

### Grönland

11. März

3

Die autonome Insel gehört zu Dänemark und hat seit 1979 eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament. Im Vorfeld der **Parlamentswahlen** sind die Frage der Unabhängigkeit sowie die Äußerungen von US-Präsident Trump in Bezug auf die Zugehörigkeit Grönlands wichtige Themen.

### Äthiopien

17. bis 18. März

4

Im Rahmen der **57. Sitzung der UN-Wirtschaftskommission** für Afrika treffen sich in Addis Abeba die Minister für Finanzen und wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents. Zentrales Thema der Agenda ist die Umsetzung der 2019 beschlossenen Afrikanischen Freihandelszone.

### Indien

17. bis 19. März

5

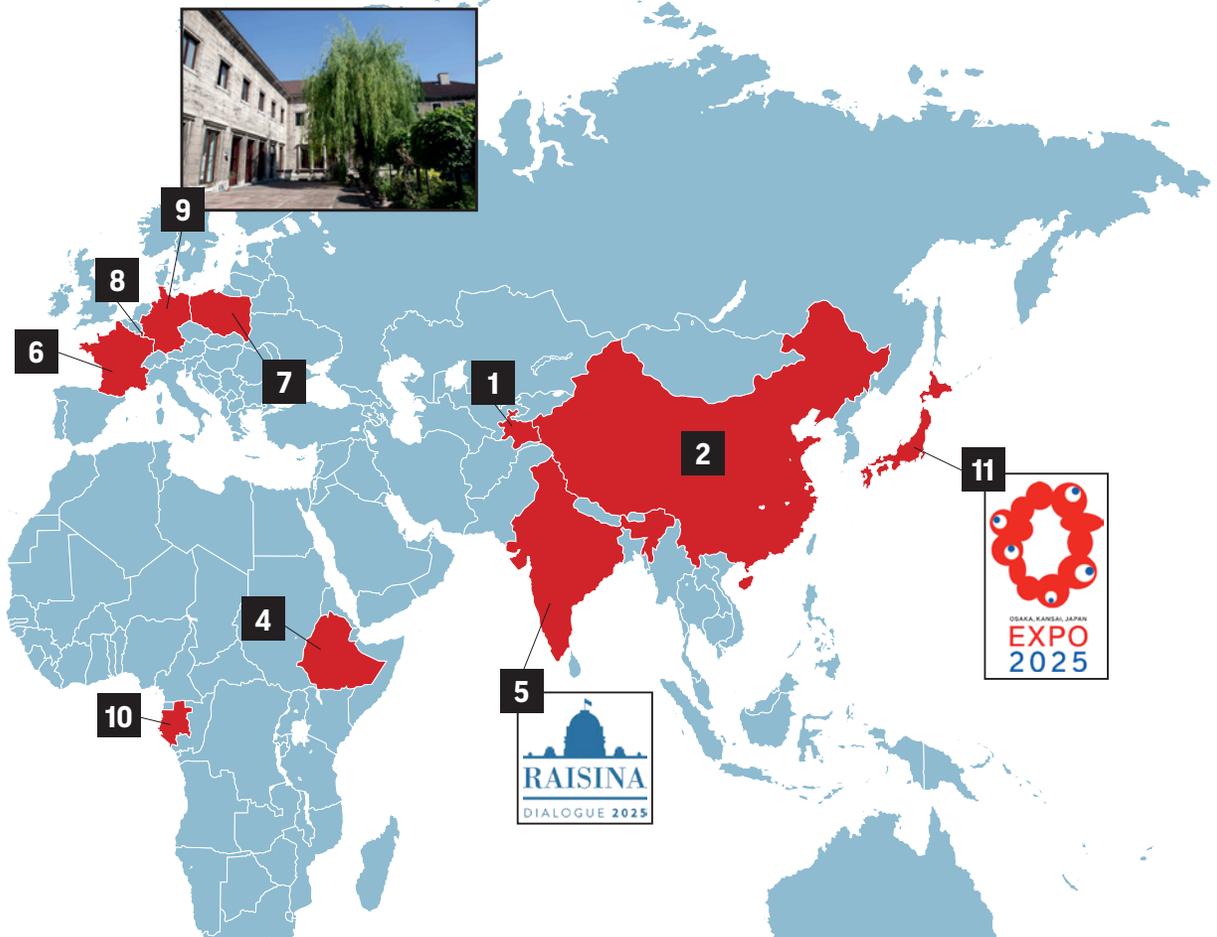
In Neu-Delhi findet die jährliche Konferenz **„Raisina Dialogue“** statt. Bei der wichtigsten Konferenz Indiens zu Geopolitik und Geoökonomie diskutieren Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft über aktuelle globale Probleme und Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

### Frankreich

20. bis 21. März

6

Zu ihrer jährlichen Konferenz treffen sich die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der Staaten des **Europarats** diesmal in Straßburg. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen stehen die Stärkung der interparlamentarischen Kooperation.



## Polen

23. bis 25. März

7

In Warschau findet eine **Interparlamentarische Konferenz** zu Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik statt, zu der Vertreter der nationalen Parlamente der EU-Staaten und des Europaparlaments zusammenkommen.

## Luxemburg

26. März

8

30. Jahrestag des Inkrafttretens des **Schengener Durchführungsübereinkommens**, mit dem Grenzkontrollen in Europa wegfielen. Heute wenden 29 Staaten diese Bestimmungen an.

## Deutschland

29. März

9

70. Jahrestag der **Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)** in Bonn. Bundeskanzler Adenauer hielt eine Festansprache, der Industrielle Günter Henle wurde zum ersten Präsidenten der DGAP gewählt.

## Gabun

12. April

10

Nach dem Militärputsch vom August 2023 finden in dem ressourcenreichen zentralafrikanischen Land **Präsidenten- und Parlamentswahlen** statt.

## Japan

13. April

11

Beginn der **Expo 2025** in Osaka, die unter dem Motto „Designing Future Society for Our Lives“ steht. In den folgenden sechs Monaten sollen dabei vor allem neue Produkte gefördert werden, die zum Erreichen der Umweltziele beitragen, die die Vereinten Nationen ausgegeben haben.



# Michel Barnier

Ehemaliger Premierminister Frankreichs

1.

**Wie erklären Sie die Krise in Ihrem Land?**

Seit der Auflösung der Nationalversammlung im Juni 2024 gibt es keine mehrheitsfähige politische Kraft mehr, es ist eine historisch beispiellose parlamentarische Konstellation. Ich glaube aber nicht, dass die Institutionen der Fünften Republik als solche infrage gestellt sind. Es ist vielmehr die übermäßig vertikale und zentralisierte Art des Regierens, die zur Kluft zwischen den Erwartungen der Bürger und einem Staat beiträgt, der als abgekoppelt von der Realität und als ineffizient wahrgenommen wird.

Als Premierminister habe ich versucht, dieses Misstrauen zu bekämpfen und alle politischen und sozialen Partner respektiert. Denn jeder muss sich berücksichtigt fühlen.

2.

**Welche Erwartungen hat Paris an die neue Bundesregierung, was könnte sie besser machen?**

Für die Partner Deutschlands ist es schwierig, genau zu wissen, welche Position Berlin insbesondere in der Außen- oder Verteidigungspolitik vertritt, da die regierende Koalition dysfunktional geworden ist. Es besteht ein Bedarf an Klarheit und Kohärenz. Und wir haben unterschiedliche Ansätze bei großen Herausforderungen wie Energie, wo ein pragmatischerer Ansatz willkommen wäre.

Die französische und die deutsche Politik müssen sich darauf einigen, dass Wettbewerbsfähigkeit und strategische Investitionen, insbesondere in Technologien, Energie und Verteidigung, auf europäischer Ebene Priorität haben sollten.

3.

**Wie sehen Sie Frankreichs Rolle in der Welt in zehn Jahren?**

Auf globaler Ebene befinden wir uns in einer so volatilen Übergangsphase, dass Prognosen eher schwierig sind. Frankreich steht, wie die anderen europäischen Länder, vor immensen Herausforderungen, was die wirtschaftliche und technologische Wettbewerbsfähigkeit angeht. Das Risiko, gegenüber den USA oder China ins Hintertreffen zu geraten, besteht und muss zu einer sofortigen, starken Reaktion aller Europäer führen. In einer Welt, in der kommerzielle, militärische und ideologische Polarisierung brutaler wird, glaube ich, dass Frankreich und Europa eine eigene Identität behaupten müssen, um nicht Kunden, Vasallen oder Dienstleister anderer Mächte zu werden.

# Namibias nicht ganz so Neue

*Netumbo Nandi-Ndaitwah wird das südafrikanische Land als erste Frau führen, doch eine Unbekannte ist sie hier nicht, im Gegenteil. Dass „NNN“ seit Jahrzehnten Teil der Regierung ist, lässt viele an dem Neustart zweifeln, den man so sehr bräuchte.*

**W**enn Netumbo Nandi-Ndaitwah am 21. März ins Amt als Präsidentin Namibias eingeschworen wird, ist das ein historischer Tag. Noch nie hatte Namibia eine Staatschefin, und „NNN“, wie sie genannt wird, ist erst die zweite Frau in Afrika, die demokratisch in das Amt gewählt wurde, ohne es zuvor schon bekleidet zu haben. Die erste, die 2005 erstmals gewählte Ellen Johnson-Sirleaf in Liberia, ist heute Friedensnobelpreisträgerin und global geachtete „elder stateswoman“. Wird NNN in ähnlicher Weise in die Geschichtsbücher eingehen?

Ihre Amtskolleginnen zumindest sind bereits begeistert: etwa Samia Suluhu Hassan, Präsidentin von Tansania, die in ihrem Gratulationsschreiben die „Stärkung der wetterfesten brüderlichen Bande und historischen Beziehungen zwischen Tansania und Namibia“ in Aussicht stellte. Damit werden zwei ehemalige Frontstaaten des südlichen Afrika im Kampf gegen weiße Kolonialherrschaft und Apartheid künftig von Frauen regiert.

Historisch ist das zweifelsohne, aber genügt es? Zwar ver-

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

*Raus aus der Krise? Die Erwartungen an Netumbo Nandi-Ndaitwah sind groß. Doch sie selbst steht eher für die glorreiche Vergangenheit als für einen Neuanfang.*

spricht die 72-Jährige dem kriegsgeplagten Land eine bessere Zukunft und rund 500 000 neue Arbeitsplätze – kaum realistisch bei nur 2,6 Millionen Einwohnern. Doch sie steht vor allem für die glorreiche Vergangenheit.

### Power Couple des Widerstands

Ndemupelila Netumbo Nandi-Ndaitwah, wie NNN mit vollem Namen heißt, gehört zur alten Garde der SWAPO (South West Africa People's Organisation), die jahrzehntelang den schwarzen Freiheitskampf gegen die Besatzung „Südwestafrikas“ durch Apartheid-Südafrika führte und seit 1990 das unabhängige Namibia mit absoluter Mehrheit regiert.

Geboren wurde NNN am 29. Oktober 1952 im kleinen Dorf Onamotai im äußersten Norden Namibias als neuntes von 13 Kindern des dortigen anglikanischen Pfarrers. Es war die Zeit, als die weiße Herrschaft unter dem Besatzungsregime Apartheid-Südafrikas absolut war.

NNNs Aufstieg in der 1960 gegründeten SWAPO war programmiert. Sie schloss sich der Bewegung 1966 an, als die ersten bewaffneten Auseinandersetzungen mit Südafrikas Armee begannen. Da war sie gerade 13 Jahre alt. Die lokalen SWAPO-Aktivisten trafen sich beim Pfarrer, ihrem Vater, weil er schattenspendende Bäume im Garten hatte.

Wenige Jahre später war die junge Miss Nandi Lehrerin an der St. Mary's Mission School in der Kleinstadt Odibo, einer veritab-

len Kaderschmiede für SWAPO und schwarze Geistliche. Sie stieg in der SWAPO-Jugendorganisation auf und landete 1973 im Gefängnis. Nach der Freilassung folgte eine Zeit der Wanderjahre, wie sie damals so gut wie alle schwarze Aktivistinnen Namibias und Südafrikas erlebten, sofern sie nicht hinter Gittern saßen: durch Sambia und Tansania, durch die USA und Großbritannien, vor allem aber durch die Sowjetunion, wo sie studierte.

In Tansania, wo NNN als SWAPO-Ostafrikavertreterin eingesetzt war, traf und heiratete sie ihren Ehemann Epaphras Ndaitwah – daher der Doppelname. Ndaitwah hatte sich 1974 in Namibia dem militärischen SWAPO-Flügel PLAN (People's Liberation Army of Namibia) angeschlossen und ließ sich in der Sowjetunion, Jugoslawien,

Indien und Tansania militärisch ausbilden. Als Namibia 1990 die Unabhängigkeit erlangte und die SWAPO die Regierung übernahm, stieg er im Militär auf und sie in der Politik.

Netumbo Nandi-Ndaitwah, 1990 ins Parlament gewählt und gleich mit einem stellvertretenden Ministerposten betraut, saß ab 1996 an wechselnden Stellen in Namibias Regierung, und nach dem Tod von Präsident Hage Geingob im Februar 2024 wurde sie Vizepräsidentin. Epaphras Ndaitwah wurde 2011 Armeechef; er ist seit 2014 pensioniert.

Ein „Power Couple“ also, wie es in Afrikas Befreiungsbewegungen öfter anzutreffen ist. Aber damit ist Nandi-Ndaitwahs Aufstieg zur Staatschefin eben kein Neuanfang für Namibia, sondern die Vollendung einer jahrzehntelangen Karriere, die

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

*Warten aufs Jobwunder: Zu den Problemen, die Namibias neue Präsidentin lösen muss, gehört die massive Jugendarbeitslosigkeit (hier: Arbeitssuchende in Windhoek).*

älter ist als der Staat, den NNN leiten wird. Und: Nach 35 Jahren Alleinregierung steht die SWAPO ähnlich wie der ANC in Südafrika den Problemen des eigenen Landes immer hilfloser gegenüber.

Stolze 84 Prozent erhielt die SWAPO bei den Wahlen 2014, nur noch 56 Prozent im Jahr 2019. Diesmal hat die Regierungspartei die Präsidentschaftswahl mit etwas über 57 Prozent gewonnen, bei einer deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung. Aber Namibias Opposition erkennt das Wahlergebnis nicht an, und zum ersten Mal steht die Legitimität der Wahlsiegerin offen infrage. Eine Nachwahl-Staatskrise mit Gewalt und Bürgerkriegsängsten wie in Mosambik oder bei früheren Wahlen in Simbabwe ist in Namibia zwar unwahrscheinlich; dafür ist die politische Kultur des Landes zu friedlich und träge. Aber die neue Präsidentin steht politisch im Zwielficht, bevor sie überhaupt anfängt.

### Armut und Verschwendung

Die Erwartungen an sie sind immens: Namibias Jugendarbeitslosigkeit liegt selbst nach offiziellen Angaben bei 46 Prozent, die Wirtschaft wächst zu langsam und eine endlose Kette von SWAPO-Korruptionsaffären prägt die Politik – vom Skandal um die illegale Vergabe von Fischereilizenzen, der mehrere Minister die Karriere gekostet hat, bis hin zu den vielen Fragen rund um die sündhaft teure neue Parteizentrale in Windhoek, für deren Fertigstellung das Geld fehlt.

An all diesen Missständen wird Nandi-Ndaitwah wohl wenig ändern können, aber man wird sie ihr irgendwann anlasten. Ihre betont schlicht gehaltenen Siegesvideos – singendes und tanzendes Putzpersonal im Eingang eines Parteigebäudes – mögen zwar dem Bild volksnaher Bescheidenheit entsprechen, das die Regierungspartei gerne von sich zeichnet, aber nicht so sehr der Realität im Land. Das könnte auch auf die neue Präsidentin zutreffen: ein schönes Image, aber die Wirklichkeit spielt sich in den Hinterzimmern der Parteizirkel ab.

Auch die Vergangenheit könnte NNN als Präsidentin einholen. Da wäre etwa die „Red Line“: Zu deutschen Kolonialzeiten und auch später unter südafrikanischer Besatzung war es den Bewohnern des bäuerlichen Ovambolands an der Grenze zu Angola untersagt, die weiter südlich gelegenen Großfarmen zu betreten, sofern sie das nicht zu Arbeitszwecken tun mussten. Diese Farmen befanden sich im Besitz von teils deutschstämmigen Weißen.

Die Erfahrung, Fremde im eigenen Land zu sein, hat das Mehrheitsvolk der Ovambo geprägt. Der Trennzaun zwischen Namibias Norden mit seinem schwarzen Gemeinschaftsland

und dem Süden mit seinen meist weißen privaten kommerziellen Großfarmen, eben die Red Line, besteht bis heute. Mit ihr wird die Bewegung von Vieh von einem Landesteil in den anderen verhindert, und das erst macht den kommerziellen Fleischexport von den Großfarmen etwa nach Europa möglich. Ohne den Zaun ist namibisches Fleisch nicht zum Export zertifizierbar; deshalb hat die SWAPO nie an ihm gerüttelt.

Gegen die Red Line, ein Überbleibsel weißer Siedlungs- und Rassentrennungspolitik, ist in Namibia eine Verfassungsbeschwerde anhängig. Die Kläger werfen der SWAPO-Regierung und einzelnen Mitgliedern, auch Nandi-Ndaitwah als ehemaliger Außenministerin, Verfassungsbruch vor – ein Politikum, wenn es denn zu einer öffentlichen Konfrontation vor Gericht käme. Die entsprechende Vorladung der künftigen Präsidentin wurde allerdings kurz vor Prozessbeginn im Januar wieder gekippt.

Eine Chance, unbewältigte Episoden der Vergangenheit ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu stellen, wurde so vertan. Dabei dürfte Netumbo Nandi-Ndaitwah die letzte Staatspräsidentin der ersten SWAPO-Generation in Namibia werden. Ein neues Kapitel wird erst die nächste Generation aufschlagen.



**Dominic Johnson**

ist Co-Leiter des taz-Auslandsressorts und Afrika-Redakteur der Zeitung.

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

*In den Händen der Gangs: Die Straßen der Hauptstadt Port-au-Prince werden größtenteils von bewaffneten Banden kontrolliert. Weder die internationale Gemeinschaft noch der provisorische Regierungsrat können bislang entgegensteuern.*

# Haiti: Fluch der Karibik

*Politische und ökonomische Erklärungen für die Abwärtsspirale aus Gewalt und Unterentwicklung gibt es viele. Sicher ist: Die Elite des Landes ist Teil des Problems, und die Schutzmacht USA setzt weiterhin auf gescheiterte Strategien.*

**E**in Bandenchef, der Kinder mit der Aussicht auf zwei Mahlzeiten am Tag und ein Taschengeld rekrutiert. Ein anderer Krimineller, der ein ganzes Stadtviertel massakriert, weil er glaubt, dass die Ältesten dort seinen Sohn durch Voodoo-Zauber krank gemacht haben. Ein schwer bewaffnetes

Kontingent aktiver und pensionierter Polizeibeamter, das Regierungsgebäude angreift, um bessere Gehälter und Arbeitsbedingungen zu fordern. Ein ehemaliger Polizeichef, der unter dem Kriegsnamen „Barbecue“ eine Art Wegezoll eintreibt – darunter Schutzgelderpressung am Hafen und Flughafen der

Hauptstadt Port-au-Prince. Wenn nicht gezahlt wird, beschießt er die Flugzeuge oder blockiert die Hafenausfahrt.

All das sind Szenen aus der haitianischen Hauptstadt dieser Tage. Bittere Realität im 21. Jahrhundert, knapp 1100 Kilometer Luftlinie vom US-Bundesstaat Florida entfernt.

Hilfloser Herr über das Chaos ist ein auf Druck der USA und einiger Karibikstaaten eingesetzter provisorischer Regierungsrat. Es gibt weder einen gewählten Präsidenten noch ein Parlament oder ein Oberstes Gericht. Die letzten regulären Wahlen sind ein Jahrzehnt her. Haiti ist ein Beispiel für einen Staatskollaps. In Port-au-Prince kontrollieren Banden 80 Prozent des Territoriums. Ihr Einfluss erstreckt sich auch auf angrenzende Städte und Provinzen. Einige Stadtviertel haben Selbstverteidigungsgruppen gegründet, die wiederum vermeintliche Bandenmitglieder brutal lynchen.

Wie konnte es dazu kommen? Linke Historiker und Analysten behaupten, die Kolonialmächte hätten den Haitianern nie die Schmach des Sklavenaufstands 1804 verziehen, durch den die französischen Kolonialherren vertrieben wurden. Für die Anerkennung der neuen Republik verlangten die Franzosen immense Reparationszahlungen und belasteten damit die Wirtschaft schwer. Und auch danach kam es immer wieder zu ausländischen Interventionen – nur die Besatzer waren andere. Anfang des 20. Jahrhunderts übernahmen die USA das Zepter und intervenierten mehrfach.

Dann gibt es kritische Intellektuelle, die das Versagen auch bei den lokalen Eliten sehen. Denen sei es nicht gelungen, aus den unterschiedlichen afrikanischen Ethnien, deren Mitglieder als Sklaven nach Haiti verschleppt

worden waren, so etwas wie eine kohärente Nation zu bilden – außer durch brutale Gewalt. So wie die Diktaturen der Duvaliers, Papa Doc und Baby Doc zwischen 1957 und 1986. Im Zuge der Demokratisierung imitierte Haitis Elite die Kolonialmächte und mischte die Verfassungen der USA und Frankreichs zu einem dysfunktionalen Potpourri zusammen.

Das Nebeneinander eines direkt gewählten Präsidenten und eines von ihm eingesetzten Premierministers führte nicht wie in Frankreich zu Kompromissen, sondern zu Blockaden und politischer Dauerinstabilität. Den unterschiedlichen Interessengruppen – von Parteien kann man angesichts der programmatischen Inkohärenz und kurzen Überlebensdauer dieser Gruppen nicht sprechen – ist es beispielsweise bis heute nicht gelungen, einen Wahlrat einzusetzen. Die Organisation von Wahlen übernimmt jeweils ein provisorisches Gremium, dessen Mitglieder von Wahlen wenig verstehen, aber unterschiedliche politische Interessengruppen vertreten.

Ökonomen verweisen auf die misslungene Integration Haitis in die Weltwirtschaft. Die Franzosen hatten dort Plantagen für Zucker, Kaffee und Holz angelegt, die unverarbeitet exportiert wurden. Diese extraktivistischen Strukturen konnte Haiti nie abschütteln. Dafür fehlten Infrastruktur, Fachkräfte und eine gebildete Mittelschicht. Die heimische Elite, hauptsächlich Mestizen, hatte an einer ausge-

wogeneren Entwicklung und diversifizierten Wirtschaft nur wenig Interesse, denn sie schöpfte im Handel von Kolonialwaren (z.B. Rum und Tabak) den Reichtum ab. Haiti ist bis heute nicht nur das ärmste, sondern auch eines der ungleichsten Länder der westlichen Hemisphäre.

Hinzu kamen Schicksalsschläge, oft gepaart mit politischen Fehlentscheidungen: Hurrikane, das verheerende Erdbeben von 2010, die von UN-Blauhelmen eingeschleppte Cholera. Der Ausbruch von HIV/Aids zerstörte den Tourismus in den frühen 1980er Jahren. Danach schwappte die Afrikanische Schweinepest aus der Dominikanischen Republik herüber: Haitis Bauern verarmten, das Land verlor seine Ernährungssouveränität. Verschärft wurde das durch das Freihandelsabkommen mit den USA 1998. Haitis Reis- und Hühnerbauern konnten nicht mit den billigen, subventionierten Importen aus den USA konkurrieren. Bis in die 1980er Jahre hatte die haitianische Landwirtschaft 90 Prozent der Bevölkerung versorgt; inzwischen hungern dort 5,4 Millionen Menschen nach Schätzungen der UN.

Die Jugend flieht, und zwar schon seit Jahrzehnten. 84 Prozent der jungen Menschen mit Hochschulabschluss verlassen Haiti, damit wurden die Fortschritte bei der Bildung zunichte gemacht. „Auf dieser Basis kann man unmöglich einen Staat aufbauen“, sagt der haitianische Bildungsexperte Conor Bohan.

Geschäfte machen kann man aber trotzdem. Haitis Elite, die größtenteils im Ausland lebt, kontrolliert Supermärkte, Gasverteilung, Textilfertigungsbetriebe oder lukrative Importgeschäfte mit Nahrungsmitteln. Meist sind es Oligopole, bei denen sich Legalität und Illegalität vermischen. Schätzungen zufolge stammt über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts von 18 Milliarden Euro aus der Schattenwirtschaft, ein Großteil davon aus dem Schmuggel aus der Dominikanischen Republik.

### Beutestaat in Clan-Händen

All dies ergibt das Bild eines Beutestaats in den Händen mächtiger Clans, die den Gegner vernichten oder blockieren wollen, um selbst an die Macht zu gelangen und sich zu bereichern. „Wer da nicht mitmacht, gilt als Spielverderber“, sagt der ehemalige Innenminister Paul Gustave Magloire. Gewalt ist nicht verpönt, sondern Teil des politischen Kalküls. Jeder Staatschef, von den Duvaliers über Aristide bis zum 2021 ermordeten Moise, unterhielt paramilitärische Milizen.

Gibt es einen Ausweg aus so einem dysfunktionalen System? Die internationale Gemeinschaft hat immer wieder eingegriffen – und dadurch die Institutionen nachhaltig geschwächt.

Inoffizielle Schutzmacht sind die USA. Washington hat ein direktes strategisches Interesse, Drogen-, Waffenhandel und Migration zu kontrollieren. Ohne das Placet der amerikanischen

Botschaft in Tabarre wird niemand Präsident in Haiti.

Manchmal intervenierten die USA unilateral – siehe die Wiedereinsetzung des vom Militär gestürzten Jean-Bertrand Aristide im Jahr 1994 oder 2016 die manipulierte Wahl Jovenel Moises zum Präsidenten. Oft agieren sie unter dem Deckmantel der Vereinten Nationen – etwa beim Wiederaufbau nach dem Erdbeben von 2010. Doch die UN werden immer handlungsunfähiger. Der geopolitische Konflikt der Großmächte lähmt den Sicherheitsrat politisch, und die USA amputieren die Handlungsfähigkeit der UN finanziell durch schleppende Bezahlung ihrer Beiträge.

Als die Lage in Haiti eskalierte, überzeugte die US-Regierung 2024 auf bilateralem Wege Kenia, eine Polizeitruppe zu entsenden. Diese ist jedoch mit der Aufgabe überfordert, und ein Teil der haitianischen Bevölkerung lehnt diese Art der Hilfe rundheraus ab. Ausländische Interventionen hätten mehr Schaden angerichtet als Fortschritt gebracht, wird argumentiert.

Trotzdem setzen die USA diese Strategie fort: Eine provisorische Regierung und ein provisorischer Wahlrat sollen 2025 Wahlen abhalten. Doch der Rat ist zerstritten, ein zuverlässiges Wahlregister gibt es mangels Volkszählung

auch nicht, und dass die Banden Wahlen zulassen, ist mehr als fraglich. Beim letzten Urnengang gaben nur 18 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Daraus kann keine legitimierte Regierung hervorgehen.

Aus der haitianischen Zivilgesellschaft kommen daher andere Ideen, etwa der Ruf nach einem umfassenden nationalen Dialog, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Dabei müssten endlich jene Teile der Bevölkerung berücksichtigt werden, die sonst keinen politischen Einfluss haben: Frauen, Bauern, Händlerinnen. Politik und kriminelle Geschäfte müssten mit Hilfe einer Wahrheitskommission entflochten werden. Die Bevölkerung müsse wieder Vertrauen in den Staat gewinnen. Erst danach hätten Wahlen und ausländische Aufbauhilfe Sinn.

Die Forderungen sind löblich, finden aber wenig Gehör bei der US-Regierung, die nur sehr kurzfristig denkt und angesichts der zersplitterten haitianischen Zivilgesellschaft skeptisch ist, dass so ein Projekt funktionieren könnte. Es wäre eine Chance für andere Regionalmächte oder regionale Bündnisse wie die CARICOM oder die OAS, sich außenpolitisch zu profilieren und eine konstruktivere Strategie für Haiti zu initiieren.



**Sandra Weiss**

ist freie Korrespondentin in Lateinamerika, u.a. für die ZEIT, NZZ am Sonntag, Geo, Tagesspiegel, den Schweizer Rundfunk und die Deutsche Welle.

# „Polykrise“

Selten hat es ein Schlagwort so schnell in den Jargon von Politik, Ökonomie, Beratungsunternehmen und Medien geschafft wie die „Polykrise“. Der Begriff geht auf den französischen Soziologen Edgar Morin zurück und wurde 2022 vom New Yorker Wirtschaftshistoriker Adam Tooze aufgegriffen, um die eskalierende Weltlage zu beschreiben.

Inzwischen ist es zu einem Topos geworden, dass die Welt sich in einer Polykrise befinde, in der, wie Tooze es nennt, „das Ganze gefährlicher ist als seine Teile“. Einzelne Krisen in Regionen der Welt oder in Teilen einzelner Gesellschaften verstärken sich wechselseitig. Rückkopplungsschleifen und Verstärkereffekte zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und natürlicher Umwelt führen zu einer unbeherrschbaren Welt voller unbeabsichtigter und unkontrollierbarer Nebenfolgen. Das Wort Polykrise bringt ein Gefühl der Ohnmacht und Überforderung auf den Begriff.

Russlands Krieg in der Ukraine hat eine millionenfache Flüchtlingsbewegung in Gang gesetzt. Die Massenflucht stresst den Haushalt der Aufnahmeländer und stärkt die politischen Extreme, die wiederum die Waffenhilfe für Kyjiw zurückfahren wollen; das könnte neue Flüchtlingswellen provozieren und die Polarisierung verschärfen. Hinzu kommt die Krise durch den Ausfall russischen Gases. Sie lässt die Energiepreise steigen; das verstetigt die Rezession in Deutschland, lässt die Arbeitslosigkeit wachsen, stärkt die politischen Ränder und schwächt die Ukraine-Unterstützung.

Es fiel leicht, zahlreiche andere *doom loops* aufzuzählen. Mit einem alten deutschen Begriff könnte man auch von Teufelskreisen sprechen. Zur Polykrise verdichtet sich die Lage, wenn die verschiedenen Teufelskreise ineinandergreifen.

Die Klimakatastrophe zwingt zur Abkehr von billigen fossilen Energien; die darauffolgende Energiewende trifft vor allem untere Einkommensschichten, die sich in der Folge von den Parteien der demokratischen Mitte abwenden, was die Rechtspopulisten stärkt und damit wiederum die Klimapolitik erschwert.

Der Erkenntnisgewinn durch das Konzept ist offensichtlich: Man kann die Folgen von Fehlsteuerungen weit über Ressorts, Teilsysteme, Nationen und Weltregionen hinweg in den Blick nehmen. Allerdings hat der Modebegriff Grenzen, denn wenn alles und jedes als Teil einer Polykrise erscheint, verwischen die Unterschiede.

„Alles hängt mit allem zusammen“ ist eine lähmende Botschaft. Sie kann einem ohnehin schon verbreiteten Fatalismus Vorschub leisten: Das System spielt verrückt, jeder Eingriff macht womöglich alles noch schlimmer, und vor lauter unbeabsichtigten Nebenfolgen und Feedback-Phänomenen erscheint Heraushalten plötzlich als attraktive Option.

Wie andere systemtheoretische und strukturalistische Analyse-Ansätze hat das Konzept der Polykrise keinen Sinn für den menschlichen Faktor der Weltpolitik. Ohne Akteure wie Putin, Xi Jinping und Trump sähe die Welt anders aus. Sie verschärfen die Polykrise, weil sie sich davon Vorteile erwarten. Für die Überwindung der Polykrise kommt es auf Dinge an, die dieser Begriff nicht erfassen kann: Persönlichkeit, Führung, Haltung. Kurz: auf den Mut zum politischen Handeln, allen Verhängnissen zum Trotz.



**Jörg Lau**

ist außenpolitischer Korrespondent der ZEIT in Berlin und Kolumnist der „80 Phrasen“. Sein Buch „Worte, die die Welt beherrschen. Was die Phrasen der Außenpolitik wirklich bedeuten“ beruht auf dieser Kolumne und erscheint am 3. März bei Droemer.

**WAS DIE WELT  
VON DEUTSCHLAND  
ERWARTET**

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Wer wird Deutschland künftig regieren und in welcher Konstellation? Das wird sich zeigen. Aber was im Koalitionsvertrag zur Außenpolitik stehen muss: Das können wir dank unserer Expertinnen und Experten schon jetzt verraten. Welche Wünsche man im Ausland gegenüber Berlin hegt, darüber geben Briefe aus Paris, Warschau, Kyjiw, Brüssel und Washington Auskunft. Einig ist man sich in drei Punkten: Mehr Mut ist gefragt, mehr Strategiefähigkeit und mehr europäisches Engagement.

# Die Realität ist schmerzhaft, aber zumutbar

Was vermutlich nicht im Koalitionsvertrag stehen wird, obwohl es dringend drinstehen müsste.

**Von Jan Techau**

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

*Die eigentliche Aufgabe der nächsten Bundesregierung wird es sein, den Mentalitätswandel, eine echte Zeitenwende, in den Köpfen der Bevölkerung zu verankern.*

**K**ann der Koalitionsvertrag, der in den kommenden Monaten entstehen wird, verhindern, dass deutsche Außenpolitik wieder – zum wievielten Mal eigentlich? – an der Realität zerschellt? Kann er verhindern, dass man wieder so katastrophal fehlgeht wie in der Russland-Politik, mit der man denjenigen, der einen zerstören will, reich und salonfähig gemacht hat? Wie in der Energiepolitik, bei der man kindlich naiv jede geopolitische Bewandnis geleugnet und damit die größte anzunehmende Menge an Vertrauen verspielt hat? Wie in der Verteidigungspolitik, bei der es Deutschland in fein sublimierter Autoaggression darum ging, die Welt vor Deutschland sicher zu machen und nicht andersherum? Oder wie in der China-Politik, die wir tatsächlich in dem Glauben betreiben, Peking wolle uns nicht zum abhängigen Vasallen machen, dessen Produkte wir zu kaufen und dessen politische Vorgaben wir umzusetzen haben? Oder wie beim Euro, bei dem wir noch immer glauben, dass Deutschland als sein größter Profiteur am Ende nicht für die konstruktionsbedingten Ungleichgewichte bezahlen müssen?

Nein, der Koalitionsvertrag allein wird die deutsche Außenpolitik nicht retten – eine Politik, deren Bilanz der vergangenen drei Jahrzehnte im Grunde verheerend ist und die einen gewichtigen Beitrag zur Schwächung der freiheitlichen Demokratien, also des Westens, geleistet hat. Im harten Gegenlicht der „Zeitenwende“ wird dieses Versagen nun sichtbar. Sein Hauptmerkmal ist die Realitätsverweigerung. Sein Deckmäntelchen ist der Idealismus. Sein innerer Antrieb ist die grassierende Angst vor sich selbst.

Der Hauptgrund, weswegen der kommende Koalitionsvertrag die Außenpolitik nicht retten können, ist, dass er ein Hausaufgabenheft wird, in dem man

Projekte und Vorhaben verzeichnet, die man in den kommenden vier Jahren gemeinsam „umsetzen“ möchte. Hauptziel des Koalitionsvertrags ist dabei nicht gute Politik, sondern das Überleben der Regierung, die aus Parteien zusammengesetzt sein wird, die sich gegenseitig misstrauen.

Wer sich nicht vertraut, aber trotzdem zusammenarbeiten will, muss detailliert aufschreiben, was gemeinsam erledigt werden soll. Nicht so sehr, um dann auch alles ganz genau so zu machen, sondern vor allem, um die eigenen Leute – die Basis, die Kernwählerschaft, die Klientel – ruhig zu stellen. Ihnen müssen die Trophäen präsentiert werden, welche die Zugeständnisse rechtfertigen, die man dem neuen Koalitionspartner gemacht hat. Denn gegen den hatte man im Wahlkampf gerade noch mit Gusto Schmähereden gehalten.

Im Koalitionsvertrag werden also viele wichtige und richtige Dinge stehen. Aber die Gefahr besteht, dass sie ohne Unterbau bleiben. Dass sie am Symptom herumlabornieren, ohne den Kern des Problems anzugehen. Paradebeispiel ist der tragische Fall der „Strategiefähigkeit“, die es 2017 in den Koalitionsvertrag der vierten Merkel-Amtszeit schaffte. Sie sollte durch die Förderung von Thinktanks und den „Ausbau des außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Sachverständs“ gefördert werden. Es sind dann auch Gelder geflossen und so manche Konsultation wurde abgehalten.

Doch der Nettoertrag war nahe null, in den Ukraine-Krieg ist man blind hineingelaufen, Nord Stream hat man bis zum bitteren Ende verteidigt, das 2-Prozent-Ziel wurde unermüdlich als kriegstreiberisch diffamiert und die Ausstattung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen so lange mit vorgeschobenen – und noch dazu falschen – ethischen Argumenten hinter-



**Jan Techau**  
ist Director, Eurasia Group in Berlin und Senior Fellow beim Center for European Policy Analysis in Washington, D.C.

trieben, wie es nur ging. Um nur einige Beispiele zu nennen. Das Einfügen eines schönen – und richtigen – Wortes in den Koalitionsvertrag hat zur Gewinnung von Realitätssinn nicht ein Jota beigetragen.

Die eigentliche Arbeit zur Rettung der deutschen Außenpolitik kann nicht in einen Waschzettel namens Koalitionsvertrag hineingeschrieben werden. Denn die eigentliche Arbeit ist ein kollektives Umdenken der politischen Klasse in Sachen Außenpolitik – ein fundamental aufklärerischer Schritt, der wie jede Abkehr vom Mythos hin zur Empirie enorm schmerzhaft sein wird. Denn dabei geht es zuvorderst um drei Dinge: den unverstellten Blick auf die Realität, die Überwindung der Angst und die Akzeptanz der Kosten.

### **Der Blick auf die Welt, wie sie ist**

Der Wechsel weg von den deutschen Traumvorstellungen über die Welt hin zu einer wirklichkeitsnahen Betrachtung, der weniger in der Bevölkerung, dafür umso mehr von der politischen Blase vollzogen werden muss, sollte nicht allzu schwer sein. Denn genau die rücksichtslose Machtpolitik, von der die deutschen Politiker nicht so recht glauben wollen, dass sie in der Welt da draußen die Norm ist, praktizieren sie daheim in Parteien und Parlamenten ja mit Leidenschaft und großem Geschick. So wie innerparteilich jeden Tag rohe Macht ausgeübt wird, um Mehrheiten zu sichern, Konkurrenten auszubooten, Parteifreunde von Posten fernzuhalten und Geld in die eigenen Wahlkreise um-

zuleiten, so geht es auch international zu. So agieren, im Prinzip, auch Putin und Xi, um ihren Machtbereich auf Kosten anderer auszuweiten. So agieren Kim und die Ajatollahs, um an der Macht zu bleiben. So werden in den Vereinten Nationen und in der EU Deals gemacht.

Es stimmt natürlich, dass im demokratischen Rechtsstaat Macht noch leidlich von Gesetzen und Gepflogenheiten eingehegt wird; doch das Grundprinzip von Machtgewinn, Machtausübung und Machterhalt ist immer das gleiche. Zu verdrängen, dass das, was da draußen in der Welt ohne Durchsetzungsinstanz ganz unverhohlen praktiziert wird, ist die wohl bemerkenswerteste außenpolitische Leistung der deutschen politischen Klasse. Sie glaubt noch immer, grosso modo, dass nur weil es das Völkerrecht gibt, es auch greift, dass es ausreicht, übelwollender Macht nicht auch mit der eigenen Fähigkeit zur Machtausübung, sondern mit Kooperationsangeboten und Dialogbereitschaft zu begegnen. Und dass die eigene militärische Wehrhaftigkeit die Ausgeburt des Bösen ist statt, wie in Wahrheit, die Voraussetzung für Frieden und Freiheit.

Und wo solche Naivität schon abgelegt wurde, reicht es oft immer noch zum Zynismus: Ja, die Welt ist gefährlich, aber daran beteiligen wir uns nicht, wir wollen nur Handel treiben und hegen gegen niemanden Groll, da haben wir doch ein Recht auf In-Ruhe-gelassen-werden. Und falls das mal verletzt wird, gibt es ja noch die Amerikaner, die lieben doch das Grobe und können uns dann doch auch gleich mitbeschützen, oder?

Natürlich ist dies eine polemische Übertreibung. Aber diese Sicht auf Deutschland ist vielen unserer Nachbarn und Verbündeten gar nicht unplausibel und das Misstrauen, dass sich Deutschland halb unbedarft, halb abgefeimt zurückhält,

*Die eigentliche Arbeit ist ein kollektives Umdenken der politischen Klasse in Sachen Außenpolitik*

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Den Deutschen die Angst vor sich selbst zu nehmen, ist eine große Führungsaufgabe.  
Für eine selbstbewusste Akteursrolle gilt es, den eigenen guten Absichten zu trauen.*

um anderen das „heavy lifting“ zu überlassen, ist groß. Auch das gehört zur Wahrnehmung der Welt, wie sie ist.

Wer auch immer in der künftigen Regierung Verantwortung für Außen- und Sicherheitspolitik tragen wird, muss das tun, was Olaf Scholz nach seiner Ausrufung der Zeitenwende nach Kräften vermieden hat, um seine ohnehin schon maximal erregte Partei nicht weiter aufzubringen: von vorne zu führen und die notwendigen Entscheidungen aus der existenziellen Bedrohung Deutschlands, der Brutalität des globalen Machtspiels und dem Übelwollen fremder Mächte heraus zu erklären – und das nicht nur einmal, sondern immer und immer wieder.

## **Die Überwindung der Angst**

Die zweite große „weiche“ Führungsaufgabe, die jenseits von Policy von der nächsten Bundesregierung erbracht werden muss, ist die, den Deutschen die Angst vor sich selbst zu nehmen. Die heute hauptsächlich wirksame Spätfolge der deutschen Naziverbrechen ist weniger das

Gefühl von Schuld oder Scham (obwohl auch sie weiter eine Rolle spielen), sondern die der Angst vor den eigenen guten Absichten. Die historische Erfahrung, seine ganze eigene Kraft verblendet in den Dienst des größten Menschheitsverbrechens gestellt zu haben, hat die Überzeugung, am Ende des Tages auch wirklich zu den Guten zu gehören, nachhaltig erschüttert. Die beinahe zwanghafte Moralisierung aller Außenpolitik, die sich so lähmend auf deutsche Handlungsfähigkeit auswirkt, hat hier ihren Ursprung.

Wer aber seinen eigenen guten Absichten nicht vertrauen kann, der vermag es auch nicht, in eine selbstbewusste Akteursrolle hineinzufinden, wie sie heute für Deutschland in der europäischen Sicherheitspolitik erforderlich ist. Der wird sich stattdessen bevorzugt hinter anderen verstecken und genau die Passivität pflegen, die man Deutschland seit 30 Jahren zum Vorwurf macht, und die von der Nachkriegstugend, die dem Land gut zu Gesicht stand, zu einem Grund für Misstrauen und Vorwürfe geworden ist. Der

wird eine Zeitenwende ausrufen und sie dann nicht mit Leben füllen.

Neben den Realitätssinn muss also das Selbstvertrauen treten – das Vertrauen, dass man sich außenpolitisch exponieren kann, ohne gleich wieder Gefahr zu laufen, falsch abzubiegen oder moralisch zu versagen. Das Vertrauen, dass man auch Fehler machen kann, ohne deshalb gleich das Totalversagen fürchten zu müssen. Das Zutrauen, das Handlungsfähigkeit auch in der moralischen Grauzone erlaubt, wenn man in Abwägungsfragen keine guten Optionen mehr hat, sondern nurmehr schlechte und noch schlechtere.

Ermöglichen soll die Angstfreiheit (die nicht mit Leichtsinn oder Rücksichtslosigkeit verwechselt werden darf) die Annahme eines aktiven Rollenverständnisses – die Rolle Deutschlands als Akteur, der mit seinem Handeln Resultate hervorbringt, statt nur prozessbegleitend zu wirken. Der für sich und mit seinen Partnern Ziele festlegt und diese dann auch aktiv, mit Zug zum Ergebnis, verfolgt. Wie beispielsweise bei Russlands Krieg gegen die Ukraine, in dem es strategisch und historisch geboten ist, dass Moskau ihn verliert – und Deutschland sich sowohl zu diesem Ziel bekennen als auch tatkräftig darauf hinwirken muss, statt mit einer strategisch falsch begründeten Halbposition weder der Ukraine noch der europäischen Friedensordnung noch letztlich sich selbst zu dienen.

Vielen in Deutschland gilt eine solche aktive Rolle als unstatthaft und unklug. Nicht nur komme sie Deutschland historisch nicht zu, Deutschland sei als Nichtatommacht auch zu schwach, sich robust zu positionieren und eine solche Rolle auch durchzuhalten.

Doch beide Erklärungen greifen zu kurz. Aus Deutschlands Geschichte lässt sich eben nicht nur eine gebotene

## *Deutschland trägt als größte Volkswirtschaft Europas größere strategische Verantwortung als andere*

Zurückhaltung ableiten, sondern gerade die Pflicht zum robusten Auftritt gegen die Bedrohung der Freiheit. Und es ist zwar richtig, dass Deutschland weniger strategische Tiefe hat als das mit eigener nuklearer Abschreckungsfähigkeit ausgestattete Großbritannien oder Frankreich. Aber es hat als größte Volkswirtschaft Europas eben auch mehr Kraft und Reserven als fast alle anderen und trägt deshalb auch größere strategische Verantwortung als andere.

Die neue Regierung muss die Deutschen, die Berliner Blase und sich selbst darauf vorbereiten, dass Deutschland das wird, was unvermeidbar ist, wenn Europa aus eigener Kraft sicher und stabil sein will: dass Deutschland zur europäischen Führungsmacht wird, diplomatisch und militärisch, und dass es sich mit seiner Kraft in den Dienst der Freiheit und der Demokratie stellt. Denn eines versteht sich von selbst: Deutschland muss diese Rolle nicht aus Abenteuerlust oder zur Mehrung von Prestige und vaterländischem Ruhm einnehmen, sondern für die Sicherung aufgeklärter Eigeninteressen, der freiheitlichen, regelbasierten Ordnung und der Geltung des Rechts.

### **Die Akzeptanz der Kosten**

Natürlich wird der Lernprozess, der zur Annahme dieser Rolle führt, erheblich dadurch erschwert, dass das alles sehr, sehr teuer wird. Für ein Land, dessen Wirtschaft im Grunde seit fünf Jahren nicht wächst, dessen Investitionsrückstand

nach einem ungenutzt verstrichenen Niedrigzinsjahrzehnt gigantisch ist und dessen Demografie als alles verstärkender Negativfaktor im Hintergrund wirkt, ist das eine schlechte Nachricht.

Nicht umsonst hat Friedrich Merz im Wahlkampf seine ansonsten ambitionierten außenpolitischen Ziele gleich mit dem Dämpfer garniert, dass die Verteidigungsausgaben dauerhaft bei 2 Prozent gehalten werden sollten, einer Zielgröße, die sowohl politisch als auch militärisch längst überholt ist. Er hat eben die Zahlen gesehen und verstanden, dass es fiskalisch sehr, sehr eng wird. Und dennoch: Es mag taktisch klug sein, vor Verhandlungen mit Donald Trump über neue Ausgabenziele nicht zu weit vorzupreschen. Im Sinne einer strategischen Ausweitung der eigenen politischen Handlungsfähigkeit ist es hingegen nicht besonders zielführend, den Deutschen weiszumachen, sie könnten sich hier mit einem schmalen Obolus aus der Affäre ziehen.

*Wer auch immer Bundeskanzler sein wird, wird im Verlauf der nächsten Jahre dramatische Haushaltsentscheidungen treffen und rechtfertigen müssen*

Wer auch immer im Mai oder Juni Bundeskanzler sein wird, wird irgendwann im Verlaufe der nächsten vier Jahre (vermutlich eher früher als später) dramatische Haushaltsentscheidungen treffen und rechtfertigen müssen. Das ist auch allen Beteiligten klar; nur dass niemand vor der Wahl dabei erwischt werden möchte, die

Wahrheit zu sagen. Die Wiederherstellung der eigenen militärischen Abschreckungsfähigkeit (die ja gerade erst begonnen hat), die dauerhafte Unterstützung der Ukraine (egal ob im Krieg oder nach einem dann abzusichernden Friedensschluss), die Erfüllung der NATO-Planungsziele, die womöglich drohende Kompensation der von Trump abgezogenen amerikanischen Fähigkeiten in Europa – all das wird enorme Summen kosten.

Ohne eine Reform (oder erneute Umgehung) der Schuldenbremse wird es nicht gehen, zumal ja ähnliche Finanzbedarfe auch in anderen Politikfeldern bestehen, siehe exemplarisch die Bereiche Infrastruktur und Digitalisierung. Und ohne eine Wirtschaft, die wieder wächst, wird es erst recht nichts. Auf neue Schulden aber muss man konservative Wähler, auf schmerzhafteste Strukturreformen linke Wähler gezielt vorbereiten, sonst drohen Widerstand und Blockade. Das Fiskalische ist strategisch, und wer die deutsche Außenpolitik vor erneutem Scheitern an der Realität bewahren will, der muss das Land auf harte Jahre bei der Umverteilung von Haushaltsmitteln einstellen – eine Führungsaufgabe, die schwieriger und politisch heikler kaum sein könnte.

Im Koalitionsvertrag werden sehr wahrscheinlich viele gute Projekte aufgelistet werden. Doch die eigentliche Aufgabe der kommenden Regierung wird es sein, den Mentalitätswandel, die Zeitenwende in den Köpfen zu verankern, während man gleichzeitig aufgrund des massiv gestiegenen geopolitischen Drucks zu manch unerhörter Entscheidung gezwungen sein wird.

Es bleibt die Hoffnung, dass dies ein sich gegenseitig stützender Prozess wird, und nicht einer, bei dem die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik mal wieder an ihrer Realitätsverweigerung scheitert. **IP**

# Kein Geld, kein Personal, keine Sicherheit

Ohne kriegsfähige Bundeswehr verabschiedet sich Deutschland aus dem Kreis relevanter Staaten des Westens – doch die Herausforderungen sind gewaltig.

Von Carlo Masala

Wenn nach den Bundestagswahlen künftige Regierungsparteien ihre Koalitionsgespräche führen, wäre zu hoffen, dass sich die Teams der Fachpolitiker besonders ernsthaft um den Bereich Sicherheit und Verteidigung kümmern werden. Denn: Die nächste Bundesregierung wird sich in einer internationalen Konstellation wiederfinden, die fundamentale deutsche Antworten auf eine außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Welt erfordern wird, die sich womöglich gänzlich verändert.

Werden die USA auch weiterhin europäische Macht bleiben und wenn nicht, wie kompensieren Deutschland und Europa den dann wegfallenden sicherheitspolitischen Schutz? Wie schützt man sich vor einem neoimperialistischen Russland und wie geht man mit einem militärisch immer aggressiveren China um? Dies sind nur einige Fragen, denen sich die Koalition ausgesetzt sehen wird und auf die sie angemessene Antworten finden muss.

Die Ausgangslage ist nicht besonders rosig. Neben den erwähnten tektonischen Verschiebungen in der internationalen Rahmenkonstellation finden sie eine

Bundeswehr mitten im Umbruch vor, die aber chronisch unterfinanziert ist und zu wenig Personal hat. Sollte es die nächste Koalition mit dem Anspruch ernst meinen, Deutschland an die veränderte sicherheits- und verteidigungspolitische Lage aktiv anzupassen, dann hat sie eine Mammutaufgabe vor sich.

Zunächst einmal gilt es, die Finanzierung der Bundeswehr nachhaltig zu sichern. Dabei sind mehrere Parameter zu berücksichtigen.

Durch das Sondervermögen, das der Bundeswehr für die Anschaffung von Großgerät zur Verfügung stand, sowie aus dem Verteidigungshaushalt sind in den Jahren 2022 bis 2024 Bestellungen getätigt worden, die auch in den Folgejahren Geld kosten werden (sogenannte Verpflichtungsermächtigungen). So ist kurz vor Ablauf der letzten Legislaturperiode die Beschaffung von vier neuen U-Booten bewilligt worden, die 2025 mit einer Milliarde Euro angesetzt wurden, die aber in den kommenden Jahren den Bund noch weitere drei bis vier Milliarden kosten werden. Wenn man die Beschaffungen aus dem Sondervermögen näher betrachtet,



**Prof. Dr. Carlo Masala**  
lehrt Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München.

kann man durchaus mit der Daumenregel operieren, dass für die 100 Milliarden Euro mittels Verpflichtungsermächtigungen Dinge angeschafft werden sollen, die in den folgenden Jahren nochmal ca. 200 Milliarden Euro Folgekosten erzeugen. Diese Summe gilt es zu decken.

Hinzu kommen noch Kosten, die durch die Übernahme der Verpflichtungen im Rahmen der Minimum Capability Requirements der NATO entstehen, von denen die Bundesrepublik traditionell immer 10 Prozent übernimmt. In diesem konkreten Fall geht es dabei um bis zu fünf Kampfbrigaden (inklusive Ausstattung) sowie Luftverteidigung. Auch dies wird sich nicht kostenneutral in künftigen Verteidigungshaushalten abbilden lassen.

Zudem gilt es das betriebswirtschaftliche Delta zwischen den laufenden Kosten der Bundeswehr (abgedeckt durch den Einzelplan 14) und den Kosten zu minimieren, die durch die Neuanschaffung von Großsystemen, Einstellung von mehr Personal und Weiterführung der durch das Sondervermögen beginnenden Vollausrüstung der Bundeswehr entstehen.

Und schließlich ist derzeit nicht abzuschätzen, welche Auswirkungen die von Donald Trump geforderten 5 Prozent Verteidigungsausgaben, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, im Rahmen der Beratungen der NATO-Mitglieder haben werden. Bereits heute sprechen sich zum Beispiel Polen und Litauen für mehr als 3 Prozent aus, während aus anderen Staaten die Bereitschaft signalisiert wird, das

neue Minimum der Verteidigungsausgaben auf 3 Prozent festzulegen.

### Wie kann das alles finanziert werden?

Mit all diesen Parametern scheint es nur logisch, dass die nächste Koalition um eine substanzielle Erhöhung des Verteidigungshaushalts und generell der Ausgaben für Sicherheit nicht umhinkommen wird. Allerdings stellt sich die Frage, wie diese Erhöhung finanziert werden kann. Dafür bieten sich drei Modelle an.

- Man priorisiert Verteidigung vor allen anderen Aufgaben im Bundeshaushalt. Konkret bedeutet dies, dass an anderen Stellen in den Haushalten der kommenden Legislaturperiode massive Einsparungen erfolgen müssen. Allerdings würde dies bei einem geschätzten Haushalt von 500 Milliarden (im Vergleich zu 2023) auch bedeuten, dass allein ein Viertel für Verteidigung ausgegeben werden müsste. Ob die koalierenden Parteien den Mut haben, dies ihrer Wählerschaft und der Bevölkerung zuzumuten, darf bezweifelt werden.
- Man nimmt Verteidigung aus der Schuldenbremse heraus; dies kann auch zusammen mit Investitionen in Infrastruktur erfolgen. Ein solches Vorgehen, das eine Änderung des Art. 109 Abs. 3 erfordern würde, kommt allerdings nur dann in Betracht, wenn es im nächsten Bundestag keine Sperrminorität radikaler Parteien gibt.
- Man führt einen Solidaritätszuschlag für Verteidigung ein, der von allen Menschen entrichtet werden muss, die in Deutschland arbeiten. Ein solcher Soli könnte 1 bis 1,5 Prozent der Einkommensteuer betragen und würde anfallen, sobald die Höhe der Einkommensteuer die Freigrenze überschreitet. Dabei geht es nicht um die Entscheidung für eines der drei Modelle; vorstellbar ist

*Die nächste Bundesregierung wird den Verteidigungshaushalt substanziell erhöhen müssen*

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Um die Zukunft der Bundeswehr nachhaltig zu sichern, braucht es nicht nur eine bessere Ausstattung, sondern auch mehr Personal, das die neuen Geräte bedienen kann: Rekruten bei der Vereidigung.*

auch eine Kombination aus allen dreien oder von zweien – aber eine Entscheidung über eine belastbare Finanzierung der deutschen Streitkräfte muss von der nächsten Koalition getroffen werden.

Doch dies ist nicht die einzige Baustelle. Vielleicht noch wichtiger als eine nachhaltige Finanzierung gestaltet sich die Frage der Personalstärke der deutschen Streitkräfte. Denn eine vollausgestattete Bundeswehr wird nicht einsatzfähig sein, wenn es an Männern und Frauen fehlt, die diese Geräte auch bedienen können. War die Personalsituation in der Vergangenheit schon problematisch, so wird sie in Zukunft dramatisch werden, und zwar aus vier Entwicklungen heraus.

- Mit der möglichen Aufstellung von bis zu fünf neuen Brigaden wird die Sollstärke der Bundeswehr von 203 000 auf mindestens 230 000 anwachsen. Dem gegenüber stehen allerdings seit Jahren zwischen 180 000 und 182 000 dienende Männer und Frauen.
- Auch in der Bundeswehr wird es in den nächsten Jahren eine überproportional große Pensionierungswelle geben.
- Im Zuge des russischen Aggressions-

kriegs wurde erkannt, dass im Bündnisfall die Bundeswehr nicht aufwuchsfähig ist.

- In einem internen Papier des Bundesministeriums der Verteidigung war bereits vor der Übernahme neuer Verpflichtungen im Rahmen der NATO die Rede von der Notwendigkeit einer bis zu 440 000 Soldaten starken Armee. Im 2+4-Vertrag hat sich Deutschland jedoch verpflichtet, die Obergrenze seiner Armee bei 350 000 festzusetzen.

In der alten Koalition wurden die Notwendigkeit neuer Rekrutierungsformen im BMVg gesehen und entsprechende Vorschläge unterbreitet, die am Ende jedoch am Bundeskanzler scheiterten, der von „überschaubaren“ Personalproblemen bei der Bundeswehr sprach. Deshalb legte Verteidigungsminister Boris Pistorius ein Modell vor, das im Kern die Freiwilligkeit des Dienstes mit mehr Anreizen vorsieht.

Angesichts der oben genannten Zahlen ist jedoch absehbar, dass dieses Modell die Personalprobleme der Bundeswehr nicht lösen wird. Also kommt auf die nächste Bundesregierung die Aufgabe zu, nach Wegen und Möglichkeiten zu suchen,

die Rekrutierungsbasis für die künftige Sollstärke der Bundeswehr sowie ihre Aufwuchsfähigkeit zu verbessern. Mehrere Ideen bieten sich hier an.

- Die Einführung des schwedischen Modells: Dieses von Verteidigungsminister Pistorius präferierte Modell sieht vor, dass alle Männer eines Jahrgangs gemustert werden und diejenigen, die sich für einen Wehrdienst interessieren, weitere Tests durchlaufen. Die Bundeswehr definiert nach ihrem Bedarf eine jährliche Zahl „zu ziehender“ Soldaten und beruft diese aus dem Pool ein.
- Die Rückkehr zur alten Wehrpflicht: Dies würde bedeuten, dass die im März 2011 vom Bundestag ausgesetzte allgemeine Wehrpflicht wieder eingesetzt wird. Man muss jedoch sagen, dass für einen solchen Schritt die komplette Infrastruktur fehlt (angefangen von Kreiswehersatzämtern über Unterkunftsöglichkeiten bis hin zu Kasernen, Material und Ausbildern). Berechnungen aus dem Verteidigungsministerium beziffern die Summe, die man bräuchte, um diese Strukturen aufzubauen, auf einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag.
- Des Weiteren muss sich die nächste Koalition die Frage stellen, ob sie die Rekrutierungsbasis verbreitern sollte. Dazu gehören die Fragen, ob das Grundgesetz dahingehend geändert werden sollte, dass der Wehrdienst auch für Frauen verpflichtend sein sollte, und ob man die Bundeswehr auch für die

rund 90 000 Schulabgänger pro Jahr ohne deutschen Pass öffnen sollte. Insbesondere in eher sehr konservativen Kreisen in den Streitkräften und in der deutschen Bevölkerung wird der zweite Punkt sicherlich für einen Aufschrei sorgen, da man dort der Auffassung anhängt, dass nur deutsche Staatsbürger in der Lage seien, Deutschland zu verteidigen. Dabei wird häufig übersehen, dass zum einen andere Streitkräfte (allen voran die amerikanischen) mit solchen Modellen sehr gute Erfahrungen gemacht haben und dass es zum anderen eine historische Funktion von Streitkräften ist, zur Integration ihrer Gesellschaften beizutragen.

### Für eine kriegsfähige Bundeswehr

Vielleicht mag es den Leserinnen und Lesern merkwürdig vorkommen, dass dieser Beitrag sich ausschließlich auf die Frage von Geld und Personal konzentriert und andere Themen wie die Zukunft der NATO, europäische Sicherheit oder die Abschreckung Russlands nicht thematisiert. Diese Entscheidung entsprang der Einsicht, dass Deutschland das Fundament seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik erneuern muss. Und das ist nun mal eine kriegsfähige Bundeswehr. Ohne sie sind alle anderen Überlegungen dazu, wie Sicherheits- und Verteidigungspolitik im internationalen Umfeld zu gestalten und mitzubestimmen wären, Makulatur.

Wenn die nächste Koalition die hier angesprochenen Probleme nicht löst, wird Deutschlands Einfluss sowohl im transatlantischen als auch im europäischen Umfeld dauerhaft sinken. Dann wird sich die Bundesrepublik aus dem Kreis jener Staaten des Westens verabschieden müssen, die die Zukunft internationaler Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmen werden. IP

*Für die Rückkehr zur alten Wehrpflicht fehlen die Strukturen, deren Aufbau Milliarden kosten würden*

# Mehr Wirtschaftssicherheit wagen

Bei der Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrats sollten Ökonomie und Technologie im Zentrum einer strukturellen Neuaufstellung stehen.

Von Thorsten Benner, Jakob Hensing und Florian Klumpp

Mit der nächsten Regierungsbildung hat Deutschland die Gelegenheit zur außen- und sicherheitspolitischen Neuaufstellung. Friedrich Merz, der CDU/CSU-Kanzlerkandidat, hat sich für eine rasche Überarbeitung der Nationalen Sicherheitsstrategie ausgesprochen. Mehr noch: Im Rahmen eines „strategischen Kulturwandels in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“ hat sich der CDU-Vorsitzende auch die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrats im Kanzleramt auf die Fahnen geschrieben. Dieser, so das CDU/CSU-Wahlprogramm, soll „Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Handels-, Europa- und Entwicklungspolitik koordinieren, Strategieentwicklung und strategische Vorausschau leisten und in Krisenlagen das Gremium der gemeinsamen politischen Willensbildung sein“.

Sollte Merz ins Kanzleramt einziehen und entschlossen politisches Kapital für seine Idee einsetzen, dürfte dieses Thema eine der kleineren Herausforderungen in Koalitionsverhandlungen sein. Umso wichtiger ist es, in der Debatte um die Ausgestaltung einen entscheidenden blinden

Fleck anzugehen: Wirtschaftssicherheit und kritische Technologien spielen bislang in den Plänen kaum eine Rolle. Dies ist ein gefährliches Versäumnis.

## Zentrale Bedeutung

Schon ein flüchtiger Blick auf die Weltlage macht klar, warum Wirtschaftssicherheit und kritische Technologien von zentraler Bedeutung für die nationale und europäische Sicherheit sind. Die Corona-Pandemie hat einen Vorgeschmack darauf geliefert, wie brüchig die Lieferketten sein können, die in den Jahrzehnten nach dem Kalten Krieg rein auf Effizienz getrimmt wurden, blind für politische Risiken. Und eine Pandemie gehört dabei noch zu den einfacheren Übungen. Ein Krieg zwischen China und den USA um Taiwan hätte weit dramatischere Auswirkungen auf Deutschlands und Europas Lieferketten, auf die wir bislang in keiner Weise vorbereitet sind.

Zudem setzen Großmächte wirtschaftliche Abhängigkeiten als Druckmittel gegenüber Deutschland und Europa ein. Lange Zeit waren das (in Maßen) nur die



**Thorsten Benner** ist Mitgründer und Direktor des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin.

USA, etwa mit Blick auf Europas Iran-Politik. Die Ursprünge des „Anti-Coercion Instrument“ der EU gegen wirtschaftlichen Zwang liegen in Trumps erster Amtszeit. In seiner zweiten wird Donald Trump noch weniger zimperlich sein, Europa mit seinen wirtschaftlichen Abhängigkeiten unter Druck zu setzen.

Der von Trump Anfang Februar angeordnete Handelskrieg gegen Kanada und Mexiko spricht eine klare Sprache. Der kanadische Politologe Roland Paris nennt es das Verhalten einer „feindseligen Macht“. Wenn Trump Zölle mit der Drohung verbindet, Kanada wirtschaftlich zugrunde zu richten, falls es sich nicht ergibt (und am besten der 51. Bundesstaat der USA würde), ist das eine Form raubtierhaften Hegemoniestrebens („predatory hegemony“), das auch Europas grundlegende Annahmen über die Beziehungen zu den USA erschüttern sollte. Dass Trump Grönland durch wirtschaftlichen Zwang gegen das EU- und NATO-Mitglied Dänemark unter seine Kontrolle zu bringen versucht, ist ein realistisches Szenario.

Ebenso schwer ins Gewicht fällt, dass China unter Xi Jinpings Führung wirtschaftliche Abhängigkeiten als Waffe einsetzt. Darauf müssen sich Deutschland und Europa vorbereiten. Im Falle Russlands kam Deutschland trotz sträflich vernachlässigter Vorsorge mit einem blauen Auge davon, als Putin nach seinem Überfall auf die Ukraine 2022 Deutschlands Gasabhängigkeit als politische Waffe einsetzte.

Im Fall eines Konflikts mit China wären die Auswirkungen angesichts der Abhängigkeiten auf der Absatzseite wie auch bei Importen von kritischen Rohstoffen, Vor- und Zwischenprodukten sowie Kerntechnologien der Energiewende weit dramatischer. Hinzu kommen Verwundbarkeiten bei kritischer Infrastruktur und Risiken

durch Datenabfluss, Cyberangriffe und Sabotage bei allen sicherheitsrelevanten Technologien.

Hier werden in nächster Zeit wichtige Entscheidungen auf Deutschland zukommen. Die 5G-Debatte war nur der Anfang. Die USA haben bereits entschieden, aufgrund zu großer Risiken vernetzte Fahrzeuge mit chinesischen Komponenten faktisch komplett vom US-Markt auszuschließen. Bei Spitzentechnologien geht es insbesondere um Dual-Use-Gefahren der militärischen Nutzung durch strategische Rivalen oder Gegner. Im Mittelpunkt steht hier die Gefahr des direkten oder indirekten Beitrags zur militärischen Modernisierung Chinas. Dies ist eine zentrale Motivation für die US-Agenda bei den Einschränkungen mit Blick auf Hochleistungschips, KI, Quantentechnologie und zunehmend auch Biotechnologie. Hier haben sich Deutschland und Europa bislang nur unzureichend positioniert.

### Integrierte Betrachtung

Bei alledem gilt: Nur durch eine integrierte Betrachtung von Sicherheit, Wirtschaft und Technologie kann Deutschland mit Blick auf diese zentralen Herausforderungen schlagkräftiger werden. Länder wie die USA oder Japan haben sich in den vergangenen Jahren neu aufgestellt, um das komplexe Thema Wirtschaftssicherheit effektiver anzugehen. Die Europäische Union hat bereits 2023 Eckpunkte einer Wirtschaftssicherheitsstrategie verabschiedet mit den drei Säulen „Promote“, „Protect“ und „Partner“. Diese verbindet Investitionen in die eigene technologische Innovationsbasis, Schutzmaßnahmen und Kooperation mit Partnern.

Insbesondere bei Schutzmaßnahmen liegt die Umsetzung aber überwiegend in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Ein schlagkräftiges Vorgehen der EU ist



**Jakob Hensing**  
ist Research Fellow beim GPPI.



**Florian Klumpp**  
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim GPPI.

nur möglich, wenn Deutschland als wichtigste Wirtschaft selbst gut aufgestellt ist. Nur dann kann die EU selbstbewusst gegenüber Washington und Peking auftreten, eine eigene Agenda entwickeln, sich resolut gegen Risiken schützen und Zusammenarbeit auf der Basis gemeinsamer Interessen mit Partnern und Verbündeten vorantreiben.

### **Unzureichender Status quo**

Deutschland hat bereits damit begonnen, sich in Sachen Wirtschaftssicherheit und kritische Technologien besser aufzustellen. Kurz nach dem G7-Gipfel in Japan im Mai 2023 richtete das Wirtschafts- und Klimaministerium ein speziell mit Wirtschaftssicherheit betrautes Referat ein, um die bestehende Arbeit zu Außenwirtschafts-, Industrie- und Innovationspolitik zu ergänzen. Dieses begleitet auch die deutsche Umsetzung der europäischen Wirtschaftssicherheitsstrategie.

Unter dem Stichwort „Geoökonomie“ hat zudem das Auswärtige Amt in Abtei-

lung 4 Zuständigkeiten in diesem Bereich gebündelt. Der AA-Planungsstab setzt sich zudem intensiv mit den außenpolitischen Implikationen von Wirtschaftssicherheit und kritischen Technologien auseinander. Auch das Finanzministerium hat mittlerweile ein eigenes Referat zu Geoökonomie und Sicherheitspolitik eingerichtet. Im Bundesministerium für Bildung und Forschung gibt es ein Referat zum Thema „Forschungssicherheit und Investitionsprüfung“, während „Promote“-Aktivitäten in einer Abteilung für „Forschung für technologische Souveränität und Innovationen“ gebündelt werden. Auch das Innen- und das Verteidigungsministerium haben die Arbeit zu Investitionskontrollen und Wirtschaftsschutz intensiviert.

Auffällig ist allerdings, dass im Kanzleramt bisher keine Bündelung oder ein Aufbau neuer Kapazitäten stattgefunden hat. Und der Bundestag verfügt zwar über wissenschaftliche Dienste, das Büro für Technikfolgen-Abschätzung und punktuelle Expertise in Fraktionen und Abgeord-

*Es stehen wichtige Entscheidungen an; die Debatte über die Zulassung von Hochrisikoanbietern wie Chinas Huawei im deutschen 5G-Netz, die sich länger als fünf Jahre hinzog, war nur der Anfang.*

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

netenbüros, wird sich aber ohne weitere Investitionen schwertun, mit den dynamischen Entwicklungen Schritt zu halten.

Am Fehlen eines integrierten Ansatzes der Analyse und Bearbeitung der Herausforderungen kritischer Abhängigkeiten gibt es schon lange Kritik. Mikko Huotari, Direktor des Mercator Institute for China Studies (siehe auch dessen Beitrag auf S. 35 ff.) hat treffend festgestellt: „Einschlägige analytische Konzepte und vergleichbare, aktualisierte Daten sind häufig nicht (öffentlich) bekannt oder verfügbar; ebenso wenig geteilte Kriterien für die Bewertung und Abwägung solcher Verflechtungen.“

Ein Grundproblem ist mangelnder politischer Konsens. Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck vertraten innerhalb der Ampelregierung die ambitionierteste Wirtschaftssicherheits-Agenda, gerade mit Blick auf China. Bundeskanzler Olaf Scholz (und an seiner Seite die FDP-Minister Christian Lindner und Volker Wissing) war jedoch selten bereit, notwendige politische und wirtschaftliche Kosten in Kauf zu nehmen für ein Mehr an Wirtschaftssicherheit.

Zu den Resultaten gehörte so eine Entscheidung in Sachen 5G im Sommer 2024, die nach über fünf Jahren quälender Debatte Deutschlands kritische Infrastruktur nur sehr unzureichend vor chinesischen Hochrisikoanbietern wie Huawei schützt. Bisweilen werden falsche Prioritäten gesetzt. Scholz setzte im Herbst 2022 eine Beteiligung des chinesischen Staatskonzerns Cosco an einem Terminal im Hamburger Hafen gegen Bedenken aus allen sicherheitsrelevanten Ministerien durch. Kurz danach untersagte das Bundeskabinett den Verkauf der Chipfabrik Elmos an einen chinesischen Investor. Das wirkte wie ein Trostpreis für den

Wirtschaftsminister, nachdem Scholz die Cosco-Beteiligung gegen dessen Widerstand durchgesetzt hatte. Es gibt gute Argumente dafür, dass die Entscheidung mit Blick auf Risiken für die Wirtschaftssicherheit umgekehrt hätte ausfallen müssen.

Sicher ist: Solche Abwägungen bedürfen dringend eines klareren politischen Zielbilds. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden formulierte ein griffiges Ziel mit Blick auf kritische Technologien: einen größtmöglichen Vorsprung vor strategischen Rivalen wie China zu behalten. Eine Richtungsvorgabe dieser Art fehlt in Deutschland bislang.

*Ein Grundproblem ist mangelnder Konsens. Bundeskanzler Olaf Scholz war selten bereit, notwendige Kosten für ein Mehr an Wirtschaftssicherheit in Kauf zu nehmen*

Zudem muss die nächste Bundesregierung Entscheidungen in Sachen Wirtschaftssicherheit besser ressortübergreifend koordinieren. Gewiss: In Deutschland gilt, anders als beispielsweise in den USA, das Ressortprinzip, demzufolge Minister in ihrem Geschäftsbereich politisch selbstständig agieren. Insofern ist die Rolle des Bundeskanzleramts in einer Koalitionsregierung eine andere als die des Weißen Hauses. Doch auch innerhalb der Logik des deutschen Regierungssystems sollte das Kanzleramt (wo nötig) eine stärkere Führungs- und Koordinierungsrolle bei ressortübergreifenden Entscheidungsprozessen einnehmen. Gegenwärtig ist es

dafür mit Blick auf Wirtschaftssicherheit und Technologie schlecht aufgestellt. Es hat weder Ambition noch die Kapazitäten, um wichtige Entscheidungsprozesse zu steuern und inhaltlich zu überblicken. Es gibt keinen Ort im Bundeskanzleramt, wo Wirtschaftssicherheit in allen Aspekten zusammengedacht wird. Die Arbeit der Abteilung 2 (Außen- und Sicherheitspolitik) und Abteilung 4 (Wirtschaftspolitik) wird nicht ausreichend zusammengeführt.

Nur ein selbst integrativ denkendes Kanzleramt wird in der Lage sein, schwierige Entscheidungsprozesse erfolgreich zu steuern. Der regelmäßige Austausch im Ressortkreis führt bisher nur dann zu schnellen Ergebnissen, wenn die Entscheidungen unstrittig sind. Wenn es unterschiedliche Vorstellungen gibt, resultiert dies oft in langwierigen Abstimmungsprozessen ohne nachhaltigen Lerneffekt. Bei Fragen der Exportkontrolle ist dies mit enormen Kosten für Unternehmen verbunden. Eine schnelle Untersagung einer Ausfuhr mag für ein Unternehmen ärgerlich sein. Lange, intransparente Entscheidungsprozesse in einem „schwarzen Loch“ sind jedoch deutlich schädlicher, da die Unsicherheit fortlaufend Aufwand und Kosten erzeugt und zudem den Ruf eines Unternehmens als zuverlässigen Geschäftspartner unterminiert.

Ein weiteres Kernproblem ist die Wissensbasis für informierte Entscheidungen. In den Ministerien gibt es einen Mangel an Fachpersonal mit entsprechendem (privat)wirtschaftlichen und technologischen Hintergrund. Abteilungen sind mit dem laufenden Arbeits- und Koordinierungsvolumen zudem teils überfordert und können auch deshalb nur bedingt zur umfassenden Analyse von Lieferketten, technologischen Entwicklungen und Handels- sowie Investitionsströmen beitragen, die für informierte Wirtschaftssicherheits-

politik unabdingbar ist. Diese ist auch auf eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft angewiesen, da wichtige Informationen außerhalb der betroffenen Unternehmen oft schlicht nicht in hinreichendem Detail erfasst werden.

Doch Versuche, mit den deutschen Unternehmen enger zusammenzuarbeiten, waren bislang wenig erfolgreich. Ein vom Wirtschafts- und Klimaministerium an 18 große Unternehmen versandter Fragebogen mit 46 Fragen zu Risiken des China-Geschäfts sorgte für Unmut. Unternehmen fanden das Format unnötig aufwendig und hätten interne Informationen bewusst zurückgehalten, berichtete das *Handelsblatt*. Ausbaufähig ist auch die Kooperation mit Nachrichtendiensten, Wissenschaft und Thinktanks, deren Expertise im Bereich Wirtschaftssicherheit und Technologie gestärkt werden sollte.

Andere Länder zeigen, wie institutionelle Reformen die Handlungsfähigkeit zu Wirtschaftssicherheit maßgeblich erhöhen können. So hat Japan unter anderem eine Wirtschaftssicherheitseinheit im Nationalen Sicherheitssekretariat eingerichtet, die mit aus verschiedenen Ministerien entsandten Beamtinnen und Beamten besetzt ist, Fähigkeiten und Wissen bündelt und damit auch einem Auseinanderdriften der verschiedenen Häuser entgegenwirkt. In den USA, wo bereits seit 1947 ein Nationaler Sicherheitsrat im Weißen Haus angesiedelt ist, etablierte Biden die Position eines Direktors für Technologie und nationale Sicherheit, um die Maßnahmen in den verschiedenen Ministerien klarer an gemeinsamen Zielen auszurichten.

### Strategische Steuerung

Bei der Verankerung von Wirtschaftssicherheit und kritischen Technologien in Deutschlands künftiger Sicherheitsarchitektur sollte es nicht um maximale

## *Versuche, mit deutschen Unternehmen enger zusammenzuarbeiten, waren bislang wenig erfolgreich*

Zentralisierung oder gar um Mikromanagement gehen, sondern um strategische Steuerung bei wichtigen Entscheidungen mit Blick auf die zentralen Risiken ebenso wie auf die Gelegenheiten zur politischen Gestaltung. Analysen sollten sich dabei an gemeinsam definierten Bedrohungsszenarien orientieren, um Abhängigkeiten nicht lediglich abstrakt zu erfassen, sondern tatsächliche Verwundbarkeiten zu bewerten und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Für bessere Entscheidungsgrundlagen gilt es zugleich, innerhalb der gesamten Regierung die Analysefähigkeiten auszubauen. In Anbetracht der sehr begrenzten Finanzmittel für neue Stellen ist es – neben der Vermeidung von Doppel- und Dreifacharbeit – essenziell, bereits vorhandene Expertise besser zu nutzen. So könnten die Nachrichtendienste bei der Datenerfassung und -auswertung eine größere Rolle einnehmen. Auch das Statistische Bundesamt könnte stärker eingebunden werden, um quantitative Daten bestmöglich zu nutzen.

Mittels attraktiver Kurzzeit-Fellowships könnten darüber hinaus Expertinnen und Experten ihr Fachwissen unmittelbar im Staatsdienst einbringen. Parallel muss der Gesetzgeber Möglichkeiten für eine rechtssichere und aufwandsarme Bereitstellung sensibler Unternehmensdaten an Regierungsstellen schaffen. Nur so ist eine fundiertere Risikoanalyse letzten Endes möglich.

Komplementär zu den Bemühungen im eigenen Land sollte Deutschland auf

engere Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit weiteren gleichgesinnten Partnern setzen. In der EU sollte der Bundesregierung dabei an einer schleunigen und umfassenden Umsetzung bereits angestoßener Initiativen gelegen sein.

### **Kein Anlass für Zögern**

Dass auch auf EU-Ebene Analyse- und Monitoringfähigkeiten ausgebaut werden, ist kein Anlass für Zögern bei eigenen Initiativen. Vielmehr sollte es um bestmögliche Verzahnung gehen, beispielsweise durch bessere Bedingungen für das Teilen sensibler Informationen mit anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission. Ergänzend sollte die Bundesregierung den Austausch mit Partnern wie Großbritannien, Japan und Indien, von deren De-Risking-Erfahrungen Deutschland viel lernen kann, weiter forcieren. Dies ist auch Element einer wichtigen Diversifizierung und Vertiefung von Europas Sicherheitsbeziehungen über die USA hinaus. Letztere zeichnet sich unter Trump immer stärker als potenzielle Bedrohung deutscher und europäischer Interessen ab. Gleichzeitig ist es im deutschen Interesse, die Tür für Dialog und interessenbasierte Zusammenarbeit offenzuhalten.

Wirtschaftssicherheit und kritische Technologien sollten ein zentrales Element in einer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie sein – mit ambitionierten gemeinsamen Zielen, die regelmäßig angepasst werden, etwa im Rahmen von Kabinettsklausuren. Denn: Eine solide Strategiebasis innerhalb der nächsten Koalitionsregierung ist Grundvoraussetzung dafür, dass sich Deutschland so schlagkräftig wie möglich aufstellt.

Der Artikel entstand im Rahmen eines vom Auswärtigen Amt unterstützten Projekts zu „Critical and Emerging Technologies: Sharpening the Strategic Agenda in Germany and in Europe“.

IP

Welche internationale Klima- und Energiepolitik sollte die neue Bundesregierung verfolgen? Ein Vorschlag, wie das entsprechende Kapitel im Koalitionsvertrag aussehen könnte.

# Ökologisch geboten, ökonomisch sinnvoll

Von Ralf Fücks

## I.

Auch in der Energie- und Klimapolitik steht die neue Bundesregierung vor wichtigen Weichenstellungen. Auch hier gibt es kein Weiter-so; mit punktuellen Korrekturen ist es nicht getan.

Wir orientieren unsere Energiepolitik an den Leitlinien Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Keines dieser drei Ziele darf auf der Strecke bleiben. Klimapolitik wird nur erfolgreich sein, wenn sie auch wirtschaftlich erfolgreich ist. Und wirtschaftlich werden wir nur erfolgreich sein, wenn wir den Weg Richtung Klimaneutralität weitergehen.

## II.

Die sichere Versorgung mit kostengünstiger und umweltfreundlicher Energie ist nicht nur eine wirtschaftliche Schlüsselfrage. Energiepolitik hat

eine geopolitische Dimension. Energiewirtschaftliche Abhängigkeit macht politisch erpressbar. Das konnte man bereits vor dem russischen Großangriff auf die Ukraine wissen. Die neue Bundesregierung wird deshalb die energiewirtschaftliche Souveränität Europas forcieren, strategische Partnerschaften mit demokratischen Ländern ausbauen und die Diversifizierung von Energieimporten vorantreiben. Eine Wiederinbetriebnahme der Nord-Stream-Gaspipelines und eine Rückkehr zur Abhängigkeit von russischem Gas und Öl schließen wir auch nach dem Ende des Ukraine-Krieges aus.

## III.

Am Ziel der Klimaneutralität Deutschlands und Europas spätestens zur Mitte des Jahrhunderts halten wir unbeirrt fest. Das sind wir uns und den kommenden Generationen schuldig.

Der Klimawandel ist bereits im vollen Gang. Seine Auswirkungen sind schon jetzt sichtbar: das Abschmelzen des Grönland-Eisschildes und der Gletscher der Süd-Antarktis, die Zunahme extremer Wetterereignisse, ausgedehnte Trockenheit hier und sintflutartige Regenfälle dort, verheerende Stürme und großflächige Brände werden häufiger und heftiger.

Nimmt die Erderwärmung weiter zu, drohen irreversible Schäden der globalen Ökosysteme: beschleunigter Verlust biologischer Vielfalt und fruchtbarer Böden, steigende Meeresspiegel und zunehmende Methan-Emissionen infolge des Auftauens von Permafrostböden. Dazu kommen Veränderungen in der Dynamik von Meeresströmungen mit drastischen Folgen für das Klima in Europa und anderen Regionen.

Die Destabilisierung des Ökosystems wird auch gravierende Folgen für die Weltwirtschaft und die globale Sicherheit haben. Steigende Kosten des Klimawandels, Ernterückgänge und Ernährungskrisen, weiter zunehmende Migration aus dem Globalen Süden sowie Konflikte um knappe Ressourcen werden die Welt instabiler und krisenhafter machen.

Aus all diesen Gründen bleibt Klimaschutz eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. So wenig der Klimawandel eine Pause einlegt, so wenig dürfen wir in unseren Anstrengungen nachlassen, ihn auf ein beherrschbares Maß zu begrenzen.

#### IV.

Ambitionierter Klimaschutz ist nicht nur eine ethische Verpflichtung. Wir stehen weiter zum Pariser Klimaabkommen als Grundlage nationaler Klimapolitik. Es ist eines der wenigen internationalen Abkommen, das nach wie vor den Rahmen für multilaterale Zusammenarbeit bietet.

Effektive Klimapolitik erfordert das Zusammenwirken zwischen den Industrieländern des Globalen Nordens und den aufstrebenden Ländern der südlichen Kontinente. Die Stabilisierung des Erdklimas hängt entscheidend davon ab, dass wirtschaftliche Entwicklung in Asien, Afrika und Lateinamerika auf postfossiler Grundlage stattfindet. Deutschland und Europa müssen zum Vorreiter einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch werden. Zugleich werden wir die Entwicklungsländer technologisch und finanziell auf diesem Weg unterstützen.

#### V.

Was ökologisch geboten ist, macht auch ökonomisch Sinn. Auch wenn Klimaschutz gegenwärtig global keine Priorität hat, gehen wir davon aus, dass der Handlungsdruck aufgrund der Klimakrise künftig weltweit steigen wird. Das heißt auch: Die Nachfrage nach klimafreundlichen Energieträgern, Techniken und Produkten wird wachsen. Dagegen werden CO<sub>2</sub>-intensive Formen der Energieerzeugung, Mobilität und industriellen Produktion immer mehr unter Druck geraten. Volkswirtschaften und Branchen mit hohen Treibhausgas-Emissionen werden an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Umgekehrt gilt: Vorreiter bei klimafreundlicher Industrie, Landwirtschaft und Mobilität werden künftig auch ökonomisch im Vorteil sein. Trotz klimapolitischer Rückschläge wie dem erneuten Ausstieg der Trump-Administration aus dem Pariser Klimaabkommen wird sich der globale Vormarsch erneuerbarer Energien schon aufgrund ihrer rapiden Kostendegression fortsetzen. Das gilt auch für grüne Schlüsseltechnologien wie E-Mobilität, Batterien, klimaneutrale Chemie und Stahlproduktion, Biotechnologie,

Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe. Kaum ein anderer Sektor verzeichnet so hohe Wachstumsraten wie umweltfreundliche Energien, Produktionsprozesse und Produkte.

China versucht systematisch die Dominanz in diesen Sektoren zu gewinnen und neue Abhängigkeiten zu erzeugen. Das dürfen wir nicht zulassen. Deutschland hat alle wissenschaftlichen und industriellen Voraussetzungen, ein Kompetenzzentrum und Exporteur klimafreundlicher Techniken und Produkte zu sein. Nicht im Alleingang, sondern im Verbund mit europäischen und internationalen Partnern. Eine ambitionierte Klimapolitik sichert nicht nur unsere natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch unseren künftigen Wohlstand.

## VI.

Zugleich müssen wir neue klimapolitische Wege einschlagen und Korrekturen an der bisherigen Politik vornehmen. Ein neuer Anlauf in der Klima- und Energiepolitik ist vor allem deshalb nötig, weil sich die internationalen und ökonomischen Rahmenbedingungen grundlegend verändert haben.

Die europäische und deutsche Klimapolitik ging bisher davon aus, dass das Pariser Klimaabkommen eine globale Verbindlichkeit stiften würde, CO<sub>2</sub>-Emissionen möglichst rasch und umfassend zu reduzieren, um die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad zu halten. Diese Annahme hat sich nicht bestätigt. Statt globaler Konvergenz sehen wir eine wachsende klimapolitische Divergenz.

Der erneute Ausstieg der Trump-Administration aus dem Pariser Klimaabkommen ist dafür das krasseste Beispiel. Auch wenn man davon ausgehen kann, dass viele US-Bundesstaaten und Unternehmen weiterhin ambitionierte Klimaziele

verfolgen, wirft das die internationale Klimapolitik zurück. Die amerikanische Öl- und Gasförderung wird unter der neuen Regierung weiter steigen.

Russland – verantwortlich für circa 5 Prozent der globalen Emissionen – ist auch klimapolitisch ein Totalausfall. China forciert zwar grüne Technologien als industriepolitische Strategie, verzeichnet aber weiterhin steigende Emissionen. Trotz des rapiden Ausbaus klimaneutraler Energien (Solar, Wind, Kernenergie) ist das chinesische Wirtschaftswachstum immer noch kohlenstoffintensiv.

Auch Indien ist weiterhin auf einem fossilen Wachstumspfad, obgleich von einem weit geringeren Ausgangsniveau an Pro-Kopf-Emissionen als China und die westlichen Industrienationen. Saudi-Arabien und andere Golfstaaten forcieren zwar den Ausbau erneuerbarer Energien, machen aber keine Anstalten, ihre Ölproduktion zu drosseln.

## VII.

Die Ungleichzeitigkeit der klimapolitischen Ambitionen großer Wirtschaftsnationen erfordert verstärkte Anstrengungen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Unternehmen zu sichern. Steigende Anforderungen zur „Defossilisierung“ von Produktion und Verkehr dürfen nicht dazu führen, dass einheimische Unternehmen aufgrund ihres höheren Investitionsbedarfs und der höheren Betriebskosten gegenüber Wettbewerbern mit geringeren Standards zurückfallen. Dekarbonisierung darf nicht zur Deindustrialisierung führen. Daraus folgen einige zentrale Ableitungen:

- Die Klima- und Energiepolitik der neuen Bundesregierung ist Teil eines Gesamtpakets zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

*Gut fürs Weltklima, gut für die Volkswirtschaft: Solarkraftwerke wie dieses bei Wasbek in Schleswig-Holstein sind auch eine Investition in den künftigen Wohlstand Deutschlands.*

deutschen Wirtschaft. Dazu gehören der Abbau von Überregulierung und hemmender Bürokratie ebenso wie die Erleichterung der Steuer- und Abgabenglast, die Absenkung der Stromsteuer und der Netzentgelte, die verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung sowie eine Investitionsoffensive zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur.

- Gleichzeitig wird die Bundesregierung den Ausbau europäischer und internationaler Allianzen für eine klimaneutrale Ökonomie vorantreiben. Wir werden verstärkte Anstrengungen unternehmen, einen „Klimaclub“ von Ländern zu bilden, die sich auf gemeinsame klimapolitische Ziele und Mindeststandards verständigen. Eine zentrale Rolle spielt dabei ein steigender Mindestpreis für CO<sub>2</sub>-Emissionen.
- Auch auf europäischer Ebene müssen Klimapolitik und Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit besser verzahnt werden. Ein zentraler Punkt ist dabei ein europäischer CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, kurz CBAM), der faire Wettbewerbsbedingungen gewährleistet und Umweltdumping verhindert. Dieses Ausgleichssystem muss möglichst unbürokratisch konzipiert werden und im Einklang mit den Regeln der Welt Handelsorganisation stehen. Wir werden gemeinsam mit der EU-Kommission flankierende bi- und multilaterale Vereinbarungen mit internationalen Handelspartnern anstreben, die faire Rahmenbedingungen für offene Märkte sichern.
- Parallel setzen wir uns für eine stärkere europäische Ausrichtung der Energiewende und den Ausbau eines gesamt-europäischen Verbunds erneuerbarer

Energien von der Nord- und Ostsee bis zum Mittelmeer ein. Ein solcher Verbund, der Windkraft, Solarenergie, Wasserkraftwerke, Geothermie und nachwachsende Energieträger kombiniert, wird die Kosten der Energiewende senken sowie die Versorgungssicherheit und Energiesouveränität Europas erhöhen. Dazu muss das transnationale Strom- und Wasserstoffnetz ausgebaut und die Kompatibilität von Kernkraft und erneuerbaren Energien gewährleistet werden.

- Die europäische Integration der Ukraine mit ihrem enormen Potenzial für erneuerbare Energien wird die Resilienz des deutschen und europäischen Energiesystems stärken. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, die volle energiewirtschaftliche Integration der Ukraine schon vor ihrem Beitritt in die EU zu verwirklichen.
- Darüber hinaus wollen wir strategische Energiepartnerschaften mit weiteren Ländern schließen, die über ein hohes Potenzial erneuerbarer Energien verfügen und kostengünstig Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe nach Deutschland und Europa exportieren können. Von besonderem Interesse sind dabei die Länder der MENA-Region. Die Bundesregierung wird staatliche und privatwirtschaftliche Projekte fördern, die dazu beitragen, den Energiehunger dieser Länder mit klimaneutralen Energieträgern zu decken und zugleich industrielle und energiewirtschaftliche Synergien mit Deutschland und Europa ermöglichen.



**Ralf Fücks**

ist Direktor des Zentrums Liberale Moderne. Zuvor war er lange Jahre Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

# Neue deutsche China-Politik

Beim Umgang mit der Volksrepublik steht Berlin ein Härtetest bevor. Zeit für eine Revision bisheriger Ansätze: Die Politik gegenüber Peking muss europäischer werden.

Von Mikko Huotari

Wenn in wenigen Wochen eine neue Bundesregierung das Ruder übernimmt, werden sich die Kontextbedingungen für die deutsche China-Politik entscheidend verändert haben. Intern wurde die 2023 im Auswärtigen Amt verfasste China-Strategie von manchen bereits als „Dunkle-Wolken“-Papier bezeichnet. Heute sind es gleich mehrere Gewitterfronten, die Deutschlands Handlungsfähigkeit im Verhältnis zu China massiv herausfordern.

Die erste Front betrifft die Wirtschaftsbeziehungen. Das frühere Modell komplementärer Handelsverflechtung zwischen Deutschland und China ist schon lange obsolet. Heute sind Verdrängung in Schlüsselbranchen, scharfer Drittmarktwettbewerb und immer stärker sichtbare Schäden – ein „China-Schock 2.0“ – für den europäischen Binnenmarkt durch systematische Marktverzerrungen und Überkapazitäten aus chinesischer Produktion die neue Normalität.

Während insbesondere deutsche Exporte nach China rasant sinken, beklagen europäische Unternehmensverbände

anhaltende und neue Schwierigkeiten, sich im chinesischen Markt fair zu positionieren. Dabei haben sich die Verhältnisse vielfach umgekehrt: Unternehmen suchen ihr Heil nicht nur in Chinas Marktgröße und günstigen Investitionsbedingungen, sondern profitieren heute als abhängige Partner von der Globalisierung chinesischer Player und deren Innovationsdynamik.

Genauso herausfordernd wirkt die zweite Front, eine fortschreitende technologische Spaltung der Welt. Neue US-Regeln zu Hochleistungs-Chips, die bei Künstlicher Intelligenz (KI) eingesetzt werden, schaffen eine ganz neue globale Machtarchitektur. Die chinesische Chips- und KI-Aufholjagd – zuletzt verkörpert durch den OpenAI-Konkurrenten DeepSeek – wird das Auseinanderdriften der globalen Technologie-Ökosysteme noch beschleunigen. US-Kontrollen, chinesische Einstellungen und konkrete Gegenmaßnahmen aus Peking treiben Entkopplung voran. Deutschland und Europa geraten auf zentralen Technologiefeldern zugleich ins Hintertreffen und zwischen die Mühlen.



**Dr. Mikko Huotari** ist Direktor des Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

*In einer düsteren Großwetterlage entscheidet sich unter anderem, ob Europas Wettbewerbsfähigkeit Zukunft hat und die grüne Transformation gelingt: Bundeskanzler Olaf Scholz in Peking, November 2022.*

An der dritten Front stehen europäische Sicherheit und Resilienz auf dem Spiel. Die Eskalation Russlands im Ukraine-Krieg wurde von zunehmender chinesischer Unterstützung für Moskau – unter anderem durch Drohnenlieferungen – begleitet. Chinesische Spionage gegen deutsche Unternehmen ist unterschätzter Alltag und nimmt zu. Hackerangriffe beispielsweise auf das Bundesamt für Kartographie oder die CDU-Parteizentrale sind China zuzuordnen.

Die hybride Bedrohungslage wird in Europa immer ernster, während schwelende Spannungen in der Taiwanstraße und im Südchinesischen Meer geopolitische Bruchlinien markieren. Peking erschließt sich überregional durch autoritäre Partnerschaften und pragmatische Parallelstrukturen neue Räume, stößt in Ordnungslücken vor, die die USA nicht mehr füllen wollen und die die EU überfordern.

In dieser Großwetterlage entscheidet sich nicht nur die Zukunft europäischer Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit, sondern auch, ob die grüne und digitale

Transformation hierzulande gelingt – und demokratische Gesellschaften resilient bleiben. Das alte Lagebild der China-Strategie hat damit zwar noch nicht ausgedient, aber der Handlungsdruck ist immens gestiegen. Erneut ein chinapolitisches Grundsatzdokument aufzuschreiben, würde aber niemandem helfen. Wo also kommen Impulse her?

## **Systemkonflikt im Vordergrund**

Im kurzen Wahlkampf Anfang 2025 skizzierte CDU-Parteichef Friedrich Merz eine außenpolitische Neuaufstellung, die auch einen anderen Ansatz gegenüber China beinhalten müsste. Mit der Betonung der Achse der Autokratien zwischen China, Russland, dem Iran und Nordkorea rücken Risiken und der Systemkonflikt klar in den Vordergrund. Ein Nationaler Sicherheitsrat verspricht einen Rahmen, in dem Interessenkonflikte ressortübergreifend abgewogen und so auch Leitlinien für den Umgang mit China intern aktualisiert werden könnten. Und das Weimarer Dreieck – also die vertiefte Zusammenarbeit

zwischen Berlin, Paris und Warschau – soll als neue Kraftquelle für eine geeinte Europapolitik wiederbelebt werden.

Der Härtestest für solch einen theoretischen Ansatz steht allerdings unmittelbar an. Wie kalibriert die nächste Bundesregierung konkret ihre China-Politik, während sie massiven externen Druck der zweiten Trump-Regierung verarbeitet und intern viele in der Industrie auf ein besseres Verhältnis mit China drängen?

Das Pendel darf jedenfalls nicht einfach zurückschwingen: Vertiefte Beziehungen mit China erweitern unter den aktuellen Bedingungen nicht mehr den strategischen Handlungsspielraum Deutschlands. Hier kann es kein geopolitisches Lavieren geben.

Wer immer noch auf Pekings Unterstützung für europäische Sicherheitsinteressen gegen Moskau hofft, China für einen verlässlichen Stabilitätsfaktor im Welthandel hält oder auf politische Veränderung setzt, gibt sich Illusionen hin. Die Abwicklung der globalen Nachkriegsordnung durch die Trump-Regierung ist zwar ebenso wenig im deutschen Interesse. Die weiter bestehenden Konvergenzpotenziale, überlappende strategische Interessen und sicherheitspolitische Realitäten sollten jedoch einen Berliner Flirt mit merkantilistischer Äquidistanz verbieten.

Wenn Teile der Industrie die Zukunft der Automobil- und grünen Energiewirtschaft vor allem in China oder mit chinesischen Investitionen in Europa sehen, oder Roh-

stoffabhängigkeiten so ausgeprägt sind, dass sie nur langsam abgebaut werden können, müssen die gesamtwirtschaftlichen Risiken nüchtern analysiert und klar benannt werden. Mehr deutscher Handel und Investitionen mit China können immer noch im europäischen Interesse sein – aber nur unter bestimmten Bedingungen.

### „Hausaufgaben-Politik“

China-Politik bleibt damit zuallererst „Hausaufgaben-Politik“: Deutschland sollte sich mit der EU strukturell neu aufstellen. Nur so ließen sich europäische Relevanz in globalen Wertschöpfungsketten und geopolitische Eigenständigkeit langfristig sicherstellen und der Industriestandort sowie die eigene Innovationsfähigkeit in Konkurrenz und harter Auseinandersetzung auch mit China neu absichern.

Es sind dicke Bretter zu bohren, wenn eine integrierte Bearbeitung von Wirtschaftssicherheit und Außenwirtschaftspolitik im deutschen System effektiver werden soll. Die Silos in der Regierung sind verfestigt – die strategische Koordination mit der Wirtschaft gelingt nur beschränkt. Dabei müsste gerade Deutschland in dieser Phase der Globalisierung intern neue Wege gehen (siehe auch den Beitrag von Thorsten Benner et al., S. 28 ff.).

Der Bundestag sollte der Regierung einen regelmäßigen „Resilienz-Audit“ vorschreiben – oder die Regierung auf europäischer Ebene Benchmarks für die Verringerung von Abhängigkeiten, auch von China, erarbeiten. Zugleich sollten der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten intensiviert werden. In der nächsten Legislaturperiode kann das KRITIS-Dachgesetz endlich verabschiedet werden, um Infrastrukturen besser zu schützen. Bei „Outbound-Investitionen“ in hochsensiblen Sektoren

*Wer immer noch auf Pekings Unterstützung gegen Moskau hofft, gibt sich Illusionen hin*

müsste ein europäischer Prüfraum so konzipiert werden, dass er Lücken der Exportkontrolle schließt und auch deutschen Unternehmen Orientierung bietet. Klare und regelmäßige Attribution belegbarer chinesischer Cyberangriffe sowie Aufklärungskampagnen sollten zum Standardrepertoire gehören, um Wirtschaft und Gesellschaft für Formen hybrider Konfliktführung zu sensibilisieren. Die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden gleichgesinnter Staaten muss intensiviert werden, während Investitionen in die China-Kompetenz auf breiter Basis weiter nötig bleiben.

Den Anspruch, europäischer zu agieren, hat die vorige Bundesregierung nicht eingelöst. Viele in Deutschland bleiben blind dafür, dass das deutsche Geschäftsmodell maximaler Globalisierung zwar Europas Stärke mitbegründet hat, aber heute – gerade im Verhältnis zu China und den USA – Verwundbarkeit mit sich bringt und damit Verantwortung für ganz Europa. Nationale Abstimmung und europäische Koordination in der China-Politik werden außerhalb sehr beschränkter Kreise, wenn überhaupt, immer noch nachrangig behandelt. Eine neue Regierung muss erst beweisen, dass sie das nicht nur anders handhabt, sondern auch in Initiativen, Strukturen und Kapazitäten investiert, die Brüssel stärker wirken lassen.

### Von G7 zu G11

Als mögliche Antwort auf autokratische Zusammenarbeit weltweit könnte die neue Bundesregierung deshalb anstreben, den G7-Mechanismus zu einer G11 auszuweiten, so europäische Handlungsfähigkeit gegenüber China zu stärken und in transatlantische Kooperation einzubetten. Es wäre im deutschen und europäischen Interesse, Australien, Indien und Südko-

rea einzubeziehen und der Europäischen Union einen eigenen Sitz einzuräumen, um den drängenden sicherheits- und wirtschaftspolitischen Realitäten – auch in der China-Politik – gerecht zu werden. Eine solche Struktur würde reflektieren, dass Europa und der Indo-Pazifik über Lieferketten, Investitionsströme und sicherheitspolitische Belange immer enger verbunden sind. Indien als aufstrebende Wirtschaftsmacht und Südkorea mit seiner Spitzentechnologie könnten gemeinsam mit Australien den Horizont und die Resonanz europäischer China-Politik beträchtlich ausdehnen.

Eine solche Erweiterung des G7-Formats wird auf Widerstände stoßen: Washington könnte in ihr eine Verwässerung amerikanischer Machtpolitik sehen. Dabei hat Präsident Trump eine G11 schon 2020 vorgeschlagen – allerdings mit Russland. Indien verfolgt eine komplexe „Multi alignment“-Außenpolitik und wird sich nicht leicht einbinden lassen. Seoul navigiert in einem sensiblen Spannungsfeld mit China, und an einem Machtzuwachs der EU haben nur wenige Interesse. Dennoch: Eine G11 könnte Handlungsfähigkeit in Konkurrenz und Widerstreit mit China erhalten und steigern – sei es bei der Absicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen oder bei Technologie-Initiativen.

Die neue Bundesregierung steht vor der Aufgabe, deutsche China-Politik in einer Zeit tiefgreifender globaler Umbrüche neu zu gestalten. Trotz aller eigenen internen Schwächen: China wird noch stärker zu einer systemischen Herausforderung. Bestehende Strukturen und Ansätze reichen nicht aus. Es bedarf einer entschlossenen Neuausrichtung. Nur durch eine enge, strategische Zusammenarbeit in der EU und mit Partnern weltweit können deutsche Interessen im Verhältnis zu China langfristig gewahrt werden. **IP**

# Zukunftsstrategie für den Nahen Osten

## Deutschlands verlässliche Partnerschaft mit Israel ist eine starke Basis, um einen Politikwechsel zu vollziehen und in dieser Region eine neue Rolle zu übernehmen.

Von Ron Frydman und Avner Golov

Der Nahe Osten befindet sich im Umbruch. In großer Geschwindigkeit vollziehen sich einschneidende Ereignisse, die Chancen für weitreichende Veränderungen der Region eröffnen. Der Sturz des Assad-Regimes in Syrien ist ein Wendepunkt: eine seltene Gelegenheit zur Umgestaltung der Region in eine positive und konstruktive Richtung. Weitere Faktoren sind die israelischen Erfolge bei der Schwächung von Irans Stellvertreter-Netzwerken und die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus, die mutmaßlich eine harte Haltung gegenüber dem Iran nach sich ziehen wird. All dies führt dazu, dass sich ein Weg zur Transformation des Nahen Ostens abzeichnet.

Eine solche Vision kann jedoch nur dann Wirklichkeit werden, wenn die internationalen Akteure sich von überholten Mustern lösen, ihre Politik revidieren und die sich neu ergebenden Möglichkeiten ergreifen. Deutschland ist das beste Beispiel für einen solchen Akteur, weil es sein Potenzial in der Region nicht ausschöpft. Um den Moment zu nutzen, muss Deutschland einen strategischen Politikwechsel

vollziehen und eine Führungsrolle in der Region übernehmen.

Die künftige Bundesregierung sollte eine Zukunftsstrategie entwickeln, um Deutschland in fünf kritischen Bereichen mehr Gewicht zu verleihen: der iranischen Bedrohung entgegenzutreten, Erdoğan's Ambitionen entgegenwirken, Fortschritte in der Palästinenser-Frage unterstützen, regionale Partnerschaften auf Grundlage der Abraham-Abkommen festigen und ihr Vorgehen auf ein enges deutsch-israelisches Bündnis gründen. Auf diese Weise kann Deutschland seinen Einfluss in der Region neu gestalten und zur langfristigen Stabilität und zum Wohlstand des Nahen Ostens beitragen.

Deutschland bringt drei Voraussetzungen mit, um diese Chance nutzen zu können:

- Eine enge Partnerschaft mit Israel: Deutschlands unverbrüchliche Unterstützung für Israel, insbesondere im vergangenen Jahr, hat die bilateralen Beziehungen gestärkt und dem Land eine positive Haltung vieler Israelis eingebracht. Diese Beziehung zu Israel ist



**Ron Frydman**  
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei MIND Israel.



**Avner Golov**  
ist Vizepräsident von MIND Israel. Von 2018 bis 2023 war er Senior Director im Nationalen Sicherheitsrat Israels.

für das regionale Engagement Deutschlands von entscheidender Bedeutung.

- Die wirtschaftliche und diplomatische Präsenz: Deutschland hat sich durch seine starken wirtschaftlichen Beziehungen und die aktive Diplomatie als zuverlässiger und pragmatischer Partner etabliert.
- Das Streben nach einer Führungsrolle: Der (zumindest partiell vorhandene) Wunsch Deutschlands, weltweit mehr Verantwortung zu übernehmen, deckt sich mit dem strategischen Handlungsbedarf im Nahen Osten.

Dennoch wird Deutschland diese Chance nur dann nutzen können, wenn es seine politische Herangehensweise verändert. Maßnahmen, die darauf abzielen, Druck auf Israel auszuüben, gingen wiederholt nach hinten los. Sie schürten Misstrauen und die Skepsis, ob es überhaupt europäische Akteure gibt, die als ehrliche Vermittler auftreten können. Deutschland sollte daher eine ausgewogene, pragmatische Strategie verfolgen, die Vertrauen schafft und gemeinsame Ziele voranbringt.

### **Der Bedrohung Iran entgegentreten**

Irans nukleare Ambitionen und sein Einfluss in der Region sind die größten Herausforderungen für die deutschen und israelischen Interessen. Auch wenn Israel die Stellvertreter-Netzwerke des Irans erfolgreich geschwächt hat, ist die Annäherung Teherans an Russland, China und Nordkorea eine direkte Bedrohung nicht nur für die Region, sondern auch für Europa.

*Verhinderung von Atomwaffen:* Deutschland sollte unter den E3 vorangehen und größtmöglichen Druck auf den Iran ausüben, um ein wirksames Abkommen zu erreichen. Im Gegensatz zum JCPOA sollte dieses Abkommen ausdrücklich sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit nuk-

learer Bewaffnung verbieten, einschließlich der Fähigkeit des Irans, seine Raketen mit Atomsprengköpfen zu bestücken. Außerdem sollten die Verfallsklauseln abgeschafft werden, weil sie das iranische Atomprogramm legitimieren, das unter Verletzung der weltweiten Nichtverbreitungsnormen entwickelt wurde, und weil sie die Durchsetzung künftiger Abkommen erschweren. Außerdem verliert der Westen seinen Einfluss auf den Iran, wenn die in den Verfallsklauseln genannten Beschränkungen auslaufen. Die Aufhebung von Sanktionen sollte an die überprüfbare Einhaltung von Auflagen geknüpft sein, mit stringenten Durchsetzungsmechanismen wie dem Zusatzprotokoll zur Aufdeckung geheimer Aktivitäten.

*Bekämpfung von Stellvertreter-Netzwerken:* Deutschland sollte sich an die Spitze der Bemühungen stellen, die regionalen Stellvertreter des Irans zu schwächen. Dazu sollte es gezielte Sanktionen verhängen und die Verteidigungsfähigkeit Israels und der befreundeten Golfstaaten stärken. Ebenfalls dazu gehören Maßnahmen gegen die Huthis – sowohl gezielte Sanktionen zur Einschränkung ihrer Aktivitäten als auch indirekte Maßnahmen, zum Beispiel durch Druck auf den Iran, damit dieser seine finanzielle und logistische Unterstützung für die Milizen einschränkt. Dass diese Maßnahmen Vorrang erhalten, ist für die regionale Sicherheit und den Schutz der europäischen Interessen unerlässlich.

Wenn Deutschland nicht im Nahen Osten entschlossen gegen den Iran vorgeht, muss es sich darauf einstellen, womöglich eines Tages in viel größerer Nähe mit iranischen Waffen konfrontiert zu werden.

### **Mit Erdogans Ambitionen umgehen**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan gehört zu den destabilisierenden

Kräften in der Region und stellt eine Bedrohung für deutsche Interessen und Wertevorstellungen dar. Seine Vision eines von den Muslimbrüdern kontrollierten halbmondförmigen Landstreifens – von der Türkei über Syrien und Jordanien bis nach Ägypten – bedroht die regionale Stabilität und untergräbt Europas Interessen. Erdoğan's Unterstützung für sunnitische Milizen, darunter auch Al-Kaida-Verbände, und seine Manipulation der europäischen Angst vor Flüchtlingsströmen zeigen sein Störpotenzial.

*Deutschland ist aufgrund seiner ausgewogenen Beziehungen zu beiden Seiten in einer guten Position, vermitteln zu können*

Deutschland sollte seine besonderen Beziehungen zur Türkei nutzen, um Erdoğan von weiteren Eskalationen in der Levante, im Mittelmeerraum oder gegen Griechenland und Zypern abzuhalten. Um aggressives Handeln zu verhindern, sollte Deutschland gezielte wirtschaftliche Maßnahmen wie Beschränkungen des Handels oder der Waffenverkäufe in Betracht ziehen. Darüber hinaus sollte sich Deutschland auf diplomatischer Ebene für die Einhaltung der internationalen Seerechtsvorschriften einsetzen und Vermittlungsbemühungen zwischen der Türkei und ihren Nachbarländern unterstützen. Deutschland hat ein großes Interesse an der Sicherheit der Energiewege und der Einhaltung der Flüchtlingsabkommen. Ebenso liegt es im deutschen Interesse, gegen die türkische Unterstützung für destabilisierende Milizverbände vorzugehen. Das unterstreicht,

wie wichtig ein ausgewogenes, aber auch entschlossenes Vorgehen ist, um Ankaras Ambitionen zu bremsen und gleichzeitig die regionale Stabilität zu wahren.

### **Die Palästinenser-Frage**

Auch wenn der israelisch-palästinensische Konflikt weiterhin festgefahren erscheint, ist Deutschland aufgrund seiner ausgewogenen Beziehungen zu beiden Seiten in einer guten Position, vermitteln zu können. Fortschritte erfordern einen pragmatischen Ansatz, der sowohl Israels Sicherheitsbedenken als auch den palästinensischen Bestrebungen Rechnung trägt.

*Bedingungen für weitere Hilfe:* Deutschland sollte seine finanzielle Unterstützung an die Umsetzung konkreter Reformen knüpfen. Dazu sollte die Einrichtung einer Anti-Terror-Einheit und die Einführung von Deradikalisierungsprogrammen in den Schulen gehören, um eine Kultur des Friedens zu fördern. Außerdem muss die Regierungsführung transparenter werden, um sicherzustellen, dass die Hilfe wirksam eingesetzt wird. So sollte zum Beispiel Hetze gegen Israel auf internationaler Ebene gestoppt werden. Zahlungen an Personen, die in den Terrorismus verwickelt sind, sollten eingestellt und durch ein transparentes Sozialversicherungssystem ersetzt werden.

*Humanitäre Hilfe reformieren:* Deutschland sollte die Bemühungen zum Umbau von UNRWA anführen, dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten. Es sollte durch ein Rahmenwerk für humanitäre Hilfe ersetzt werden, das seinen Rechenschaftspflichten besser nachkommt und das palästinensische Flüchtlingsproblem nicht perpetuiert. Dies würde die Effizienz verbessern und Vertrauen wiederherstellen, insbesondere mit Blick auf die nachweislichen Verbindungen des UNRWA zur

Hamas und seine Rolle bei dem Massaker am 7. Oktober 2023.

*Nachhaltiger Wiederaufbau:* Dank seiner Expertise im Bereich grüner Technologien ist Deutschland in der Lage, den Wiederaufbau im Gazastreifen in einer Weise voranzutreiben, die den humanitären Bedürfnissen gerecht wird und gleichzeitig den Sicherheitsbedenken

sische Autonomie unterstützen, das Entmilitarisierung und eine internationale Aufsicht vorsieht. Solche Bemühungen sollten auf die Lösung der Geiselfrage folgen und eine nachhaltige Regierungsführung gewährleisten.

### **Die Abraham-Abkommen**

Durch die Abraham-Abkommen hat sich die geopolitische Lage im Nahen Osten von Grund auf verändert. Auf ihrer Basis haben Israel und mehrere arabische Staaten in nie gekannter Weise zusammenarbeiten können. Deutschland hat eine einmalige Chance, auf diesem Erfolg aufzubauen, indem es Partnerschaften zum Nutzen der gesamten Region fördert.

*Integration im Energiesektor:* Deutschland sollte sich für gemeinsame Projekte für erneuerbare Energien und für Verbundnetze zwischen dem Nahen Osten und Europa einsetzen. Solche Initiativen würden die Energiesicherheit erhöhen und das Wirtschaftswachstum fördern.

*Konnektivität der Infrastruktur:* Gemeinsame Verkehrsnetze, zum Beispiel moderne Schienensysteme, die Israel, die Golfstaaten und Europa verbinden, würden den Handel und die regionalen Beziehungen stärken.

*Technologische Innovation:* Deutschland könnte die gemeinsame Forschung und Entwicklung in kritischen Bereichen wie dem Wassermanagement, der Landwirtschaft und der Cybersicherheit fördern. So könnte eine trilaterale Initiative zwischen Deutschland, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten gemeinsame Herausforderungen angehen und Innovationen fördern.

Wenn Deutschland solche Bemühungen unterstützt, trägt es nicht nur zur regionalen Stabilität bei, sondern stärkt auch die eigenen Lieferketten und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit.

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

Rechnung trägt. Projekte für erneuerbare Energien und Abfallwirtschaft könnten die Lebensbedingungen verbessern und die regionale Zusammenarbeit fördern.

Das deutsche Engagement sollte auch ein Stufenkonzept für die palästinens-

**Strategische Kooperation vertiefen**

Deutschlands verlässliche Partnerschaft mit Israel ist ein starkes Fundament für eine erweiterte Zusammenarbeit. Sie sollte für Deutschland den Ausgangspunkt bilden, um im Nahen Osten Einfluss auszuüben. Indem diese Partnerschaft in einem unerschütterlichen Bekenntnis zur Sicherheit Israels verankert ist, die Teil von Deutschlands Staatsräson ist, erkennt Deutschland auch die strategische Bedeutung Israels an.

*Aufwertung des Partnerschaftsstatus:* Deutschland sollte den Status Israels aufwerten und den besonderen Beziehungen zwischen beiden Ländern neue Substanz verleihen. Dies sollte auf der Grundlage von Deutschlands historischer Verantwortung und seines Engagements für die Sicherheit Israels (als Teil der deutschen Staatsräson) in einer Weise geschehen, die den Interessen beider Nationen dient und den künftigen Herausforderungen für ihre Sicherheit gerecht wird.

Denkbar ist beispielsweise eine bessere Koordinierung von Initiativen in den Bereichen Verteidigung, Technologie und regionale Stabilität. Dies würde eine effektivere Zusammenarbeit bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen, der Förderung von Innovationen in beiden Ländern und der Bekämpfung gemeinsamer Bedrohungen ermöglichen. Gleichzeitig würde die Partnerschaft zwischen den Menschen in Deutschland und Israel ebenso wie im universitären Bereich und in der Privatwirtschaft vertieft.

*Verteidigung und Technologie:* Deutschland und Israel sollten ihre Zusammenarbeit in Bezug auf moderne Verteidigungssysteme, Cybersicherheit, Künstliche Intelligenz und Biotechnologie vertiefen. Gemeinsame Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen könnten die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit beider Länder verbessern.

*Strategische Koordinierung:* Erforderlich ist auch, dass Deutschland und Israel ihren Dialog in politischen, wirtschaftlichen, verteidigungspolitischen und regionalen Fragen verbessern und ausweiten. Dies würde nicht nur das gegenseitige Verständnis und die Kooperation verbessern, sondern beide Nationen auch in die Lage versetzen, gemeinsamen Bedrohungen effektiver zu begegnen, die Zusammenarbeit zu fördern und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen zu verbessern.

*Bekämpfung des Antisemitismus:* Deutschland sollte eine führende Rolle bei der Bekämpfung des wachsenden Antisemitismus in Europa übernehmen. Dazu sollte es sich für strengere Strafen für Hassverbrechen und für Bildungsinitiativen und Aufklärungskampagnen einsetzen.

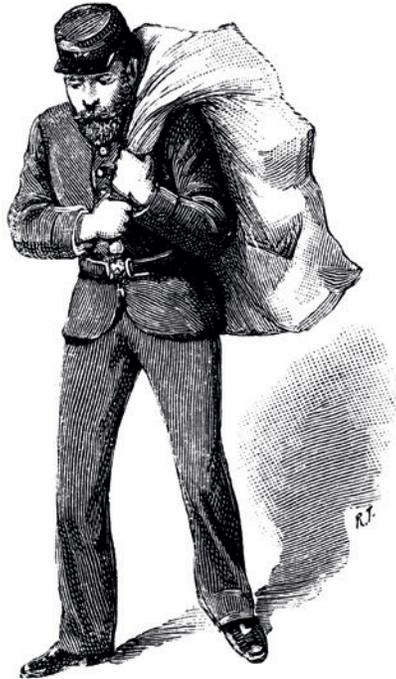
**Eine neue Rolle für Deutschland**

Deutschland steht an einem historischen Scheideweg. Es kann seine Rolle im Nahen Osten neu bestimmen, wenn es der iranischen Bedrohung entgegentritt, Erdoğan's Ambitionen zurückdrängt, sich konstruktiv in der Palästinenser-Frage engagiert und Partnerschaften im Rahmen der Abraham-Abkommen fördert. Diese Maßnahmen würden nicht nur das Ansehen Deutschlands in der Welt erhöhen, sondern auch zu der Schaffung einer stabileren, wohlhabenderen und friedlicheren Region beitragen.

Israel ist Deutschlands engster Verbündeter in der Region, und Deutschland ist Israels engster Verbündeter in Europa. Wie diese beiden Länder ihre Beziehungen nach dem Krieg ausgestalten, entscheidet darüber, ob sie neue Wege im Umgang miteinander und bei der künftigen Gestaltung der Region beschreiten können.

Aus dem Englischen von Bettina Vestring

IP



# Briefe nach Berlin

Ukraine-Krieg, EU-Zusammenhalt, Demokratieförderung: Welche Wünsche haben Deutschlands Partner an die künftige Bundesregierung? Wir haben nachgefragt – in Frankreich, Polen, der Ukraine, bei der EU und in den USA.

**Von Sylvie Kauffmann (Paris), Adam Traczyk (Warschau), Oleksandra Bulana (Kyjiw),  
Caroline de Gruyter (Brüssel) und Constanze Stelzenmüller (Washington)**

# Seien Sie Europäer!

*In Paris hofft man auf eine Wiederbelebung der deutsch-französischen Beziehungen – und auf eine Bundesregierung, die in der Europapolitik mutig, kreativ, kooperativ und großzügig agiert.*

Von Sylvie Kauffmann



*Liebe künftige Bundesregierung,*

herzlichen Glückwunsch zum Wahlsieg. Glückwunsch auch an Friedrich Merz, der in führender Position Teil dieser Regierung sein dürfte; denn er hat angekündigt, für den Fall seiner Wahl zunächst Paris und Warschau zu besuchen.

Der letzte Paris-Besuch des amtierenden Kanzlers Olaf Scholz am 22. Januar dieses Jahres, anlässlich des Jahrestags der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags von 1963, war ein trauriges Schauspiel. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron erklärte angesichts des Treffens, die deutsch-französische Partnerschaft sei „solide“. Das mag stimmen: Alte Paare, die nach 62 Jahren noch unter einem Dach leben, gelten normalerweise als, nun ja, solide. Aber spätestens dann, wenn ein Partner seinen Partner mit „vous“ anspricht, wie Macron es an diesem Tag tat, und der andere Partner mit „du“ antwortet, wie Scholz, dann spürt man, dass mit diesem Paar etwas nicht stimmt.

Als Macron sein Amt 2017 antrat, hatte er ehrgeizige Pläne für Europa, und natürlich sollte eine enge und produktive Beziehung zu Deutschland dabei eine entscheidende Rolle spielen. Was er bekam, war eine verpasste Gelegenheit nach der anderen, angefangen mit Angela Merkels ausbleibender Reaktion auf seine Sorbonne-Rede. Erst mit

der Zusammenarbeit zwischen Merkel und Macron für das wegweisende EU-Konjunkturpaket „Next Generation“ zur Rettung der europäischen Volkswirtschaften in der Corona-Pandemie wurde die Lage besser. Doch bis zum Regierungswechsel in Berlin blieb zu wenig Zeit, um auf diesem Erfolg aufzubauen.

Zwischen Olaf Scholz und Emmanuel Macron kam nie richtig Schwung in das Verhältnis. Einer von Macrons Beratern, der schon früh bemerkt hatte, dass der sozialdemokratische Kanzler an Frankreich auffällig desinteressiert war, erklärte mir das so: „Das deutsch-französische Verhältnis ist Sache der CDU.“

Sie, lieber künftiger Bundeskanzler, können ihm jetzt recht geben oder das Ganze zurecht-rücken. Es ist Zeit, den Abwärtstrend zu stoppen und diese Beziehung wieder auf einen guten Weg zu bringen. Für Europa ist ein funktionierendes deutsch-französisches Verhältnis überlebens-wichtig. An Projekten, die ins Stocken geraten sind und neu gestartet werden können, herrscht ebenso wenig Mangel wie an Differenzen, die es zu überwinden gilt. Die Stimmung kann nur besser werden. Ein guter Anfang wäre es, wenn die Berater im Kanzleramt damit aufhörten, in ihren nicht sonderlich privaten Briefings die französischen Partner schlecht zu reden.

Die langfristigen deutsch-französischen Projekte in der Rüstungsproduktion müssen vorangetrieben werden. Vorhaben zur gemeinsamen Entwicklung von Kampfpanzern und Kampfflugzeugen mögen kompliziert und teuer sein, aber sie sind unsere geopolitische Investition für die kommenden Jahrzehnte.

Ein Thema, bei dem Ihre Regierung den Kurs ändern und einen alten Streitpunkt zwischen Paris und Berlin überwinden sollte, ist die Kernenergie. Der deutsche Kreuzzug gegen die Kernenergie in Europa muss ein Ende haben. Frankreich ist nicht das einzige Land, das sich für Kernenergie entschieden hat; von den 27 Mitgliedstaaten produzieren heute 13 Kernenergie – fast die Hälfte. Lassen Sie sie in Ruhe in diese CO<sub>2</sub>-arme Energie investieren.

### Polen einbinden

Ein solides, dynamisches und produktives deutsch-französisches Tandem ist für Europa unverzichtbar, reicht aber nicht mehr aus.

Nachdem der Einmarsch Russlands in die Ukraine 2022 auf tragische Weise bestätigt hat, dass die Balten und die Polen mit ihren düsteren Warnungen recht hatten und die Politik von Berlin und Paris gegenüber Wladimir Putin falsch war, herrschte allgemein die Meinung vor, dass sich der Schwerpunkt der EU nach Osten verlagert habe. Das war etwas voreilig, denn trotz ihrer derzeitigen Probleme sind Deutschland und Frankreich noch immer die größten Beitragszahler der EU. Um Europa zu stärken, ist es dennoch notwendig, das wachsende Gewicht des östlichen Teils der EU anzuerkennen und Polen unter Donald Tusk in ein Führungstrio einzubeziehen.

Tusk, der von der ultranationalistischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) immer wieder als „deutscher Agent“ verunglimpft wurde, hoffte nach seinem Wahlsieg in Polen 2023 auf eine herzlichere und konstruktivere Beziehung zu Berlin, war aber ob der allzu zurückhaltenden Reaktion von Olaf Scholz rasch frustriert. Berlin sollte sich Warschau gegenüber öffnen, über seine unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen hinaus.

Die Gestaltung einer neuen Partnerschaft zwischen Berlin, Paris und Warschau, die über das alte Weimarer Dreieck der Diplomaten hinausgehen sollte, wird nicht einfach sein. Jede dieser Regierungen hat im Verhältnis zu den beiden anderen eigene Probleme und Ambitionen. Aber wenn es der künftigen deutschen Regierung gelingt, das Vertrauen zu beiden Nachbarn wiederherzustellen, wird dieser Erfolg ganz Europa zugutekommen.

Verteidigung und Sicherheit werden natürlich weit oben auf Ihrer Agenda stehen. Das ist ein weiteres Politikfeld, auf dem Sie es besser machen können und müssen als Ihre Vorgänger, selbst wenn Sie Boris Pistorius als Verteidigungsminister behalten. Er jedenfalls scheint sehr am Bleiben interessiert zu sein – und warum eigentlich nicht? Immerhin hatte er ein gutes Verhältnis zu seinem französischen Amtskollegen Sébastien Lecornu.

Auch wird Pistorius' Popularität hilfreich sein, wenn Sie Ihren Wählern endlich die Wahrheit

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

*Spaltwitz Kernkraft: Frankreich gehört zu den 13 EU-Mitgliedern, die (wie hier in Paluel/Normandie) Nuklearenergie produzieren. Muss Berlin seinen Anti-Atom-„Kreuzzug“ beenden?*

sagen müssen: Die Europäer, einschließlich der Deutschen, müssen mehr für die Verteidigung ausgeben, viel mehr. Sie müssen besser werden, sie müssen Widerstandsfähigkeit aufbauen und die Produktionskapazitäten erhöhen – und das nicht nur, weil Donald Trump es fordert.

### Historischer Kraftakt

Das wird uns allen Opfer abverlangen. Daher sollte dieser historische Kraftakt als gemeinsame Anstrengung der Europäer geführt werden, genau wie der Kampf gegen die Pandemie auf europäischer Ebene geführt wurde. Und um ihn in der erforderlichen Größenordnung zu finanzieren, gibt es keine realistische Alternative zur gemeinsamen Kreditaufnahme.

Dass sich immer mehr Deutsche dafür aussprechen, die Schuldenbremse für Investitionen zu lockern, weckt bei uns in Frankreich die Hoffnung auf eine ähnliche Entwicklung des deutschen Denkens in Bezug auf die EU-Ebene. Frankreich und Deutschland haben in der Vergangenheit Fehler in der Russland-Politik gemacht, um dann nach Moskaus Einmarsch in die Ukraine verspätet den Kurs zu ändern. Doch Bundeskanzler Scholz – ein Mann, der sich eng an die Linie der Biden-Regierung hielt, dessen Denken im SPD-Erbe gefangen ist und der die Eskalation fürchtet – ist bei diesem neuen Denken über Russland auf halbem Wege stehen geblieben.

Egal, mit welchem Koalitionspartner Sie zusammenarbeiten, lieber Herr Bundeskanzler, Ihre Regierung sollte jede Illusion in Bezug auf Putins Russland aufgeben: Es gibt keinen Weg zurück zum Business as usual. Hören Sie nicht auf die Sirenen der nostalgischen Lobbyisten vom Ost-Ausschuss. Es ist großartig, dass Rheinmetall beschlossen hat, in der Ukraine Waffen in einer Gemeinschaftsproduktion herzustellen. Aber die Freigabe des Taurus an die ukrainischen Streitkräfte ist längst überfällig.

Und übrigens: Schluss mit den Nord-Stream-Pipelines. Donald Tusk hat recht: Sie hätten nie gebaut werden dürfen.

Wenn, wie zu hoffen ist, ein Waffenstillstandsabkommen mit Russland geschlossen werden

kann, wird sich die Frage nach Sicherheitsgarantien für die Ukraine stellen. Ihre Regierung sollte dann bereit sein zu helfen, zusammen mit den anderen Europäern, die willens sind, Truppen zu stellen. Die ultimative Sicherheitsgarantie für die Ukraine ist allerdings, wie Sie wissen, die Mitgliedschaft in der NATO. Jetzt, da Joe Biden nicht mehr im Amt ist, sollte Deutschland seinen Widerstand gegen die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine aufgeben – und sich notfalls dem Zorn von Präsident Trump stellen.

Was unter Merkel und Scholz so lange gefehlt hat, ist eine deutsche Vision für Europa. In einem neuen Buch, das im Frühjahr in Frankreich erscheint, plädiert Macrons ehemaliger Europabeater Clément Beaune für eine Europäisierung der Migrationspolitik. Migration hat von Natur aus eine europäische Dimension, da wir einen gemeinsamen Raum der Freizügigkeit haben. Wenn Frankreich Algerien auffordert, illegale Einwanderer zurückzunehmen, und sich Algerien weigert, hat Frankreich kaum Einflussmöglichkeiten. Wenn Frankreich, Deutschland, Spanien, Griechenland und die Niederlande gemeinsam Druck auf Algerien ausüben, sieht das anders aus.

Und schließlich sollten wir beim Thema europäische Wettbewerbsfähigkeit nicht länger um den heißen Brei herumreden. Deutschland sollte die Führung dabei übernehmen, einen Weg zur Umsetzung der Empfehlungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Förderung des sozialen Wohlstands Europas zu finden, die der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi im vergangenen Herbst präsentiert hat.

Die Zeiten haben sich dramatisch geändert, seit die Koalition Ihres Vorgängers an die Macht kam. Deutschland darf nicht länger die Macht in Europa sein, die am Status quo hängt. Machen Sie es anders als Angela Merkel. Seien Sie mutig. Seien Sie kreativ, seien Sie kooperativ. Seien Sie großzügig. Seien Sie Europäer.

Aus dem Englischen von Bettina Vestring

**Sylvie Kauffmann** ist außenpolitische Kolumnistin bei der französischen Tageszeitung *Le Monde*.

## Überraschen Sie uns positiv!

*Nach den Enttäuschungen der vergangenen Jahre dürfte es nicht sonderlich schwierig sein, Fortschritte im deutsch-polnischen Verhältnis zu erreichen – mit Respekt, Pragmatismus und echtem Willen zur Partnerschaft.*

Von Adam Traczyk



*Liebe künftige Bundesregierung,*

machen wir uns nichts vor: Die Zeiten, in denen man große Hoffnungen auf einen Durchbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen setzte, sind vorbei. Zu oft führte eine solche Haltung zu Enttäuschungen. In Warschau hat man gelernt, die Erwartungen an Berlin nicht allzu hoch anzusetzen. Das bedeutet aber wiederum, dass es dir, liebe neue Bundesregierung, nicht allzu schwer fallen dürfte, Warschau positiv zu überraschen. Hier findest du einige Tipps, wie das gelingen kann.

Fangen wir mit dem Wichtigsten an – dem Krieg in Europa. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine vor drei Jahren rief Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitenwende aus. Es wurde viel getan, doch aus polnischer Sicht ist die Zeitenwende irgendwo auf halber Strecke stecken geblieben. Deutschland gehört zwar zu den größten Unterstützern der Ukraine, doch kaum jemand würde mit voller Überzeugung behaupten, dass Berlin Europa in Sicherheitsfragen anführt. Meistens wirkt es so, als würde ein Schritt nach vorne gemacht, nur um dann eine Weile auf der Stelle zu treten – oder sogar einen halben Schritt zurückzugehen, bevor nach langem Drängen und Bitten

der Verbündeten der nächste Schritt gewagt wird. In Sachen Führung und Verantwortung gibt es noch Luft nach oben.

Wenn Deutschland aber nicht führen möchte, dann kann es Polen folgen und die Vorschläge Warschaus unterstützen. Angesichts der politischen Lage in den USA und einer potenziell turbulenten zweiten Amtszeit Donald Trumps muss Europa handlungsfähiger in Sachen Verteidigung werden. Grundvoraussetzung dafür ist die Überzeugung, dass die Sicherheit der EU unteilbar ist und dass gemeinsame Investitionen für gemeinsame Sicherheit sorgen. Aus polnischer Perspektive bedeutet das, dass man in Berlin verinnerlicht, dass die Stärkung der östlichen EU-Außengrenzen gegen militärische und hybride Bedrohungen durch Russland und Belarus auch Deutschlands Sicherheit dient. Ein deutscher Beitrag über eine gemeinsame EU-Finanzierung wäre deshalb mehr als willkommen – zumal es dabei auch um die Sicherung der EU-Grenzen gegen illegale Migration geht. Will Deutschland die Migration langfristig unter Kontrolle bringen und den Schengen-Raum schützen, so muss es ebenfalls mehr in die gemeinsame Verantwortung für die Außengrenzen investieren.

Und wenn Deutschland weder führen noch unterstützen möchte, dann sollte es wenigstens nicht dabei stören, wenn andere versuchen, neue Mechanismen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Denn so etwas bedeutet keinesfalls eine Abwendung von Deutschland. Ein aktuelles Beispiel: die Annäherung Polens an die nordischen und baltischen Staaten in Sicherheitsfragen. Ein partnerschaftliches und respektvolles Verhalten Deutschlands gegenüber solchen regionalen Initiativen könnte eine Vertrauensbasis für künftige ambitionierte gemeinsame Projekte bilden.

Du kannst auch, liebe künftige Bundesregierung, versuchen, positive Stereotype über Deutschland wiederzubeleben. Denn jahrelang beruhte das Deutschland-Bild in Polen auf dem Glauben an deutsche Effizienz und Pragmatismus. Mit solchen Eigenschaften gewinnt man vielleicht nicht sofort Sympathie, aber doch Respekt. Heute sind diese Eigenschaften in vielen Fällen einer bestürzenden Irrationalität und ideologischen Verbohrtheit gewichen.

### **Krach um Kernenergie**

Das Paradebeispiel dafür ist die deutsche Energiewende. Der Atomausstieg, gepaart mit einem sturen Festhalten an russischen Rohstoffen und mangelnder Diversifizierung, sorgt immer noch für Kopfschütteln bei uns im Land. Aus polnischer Perspektive ist er an Naivität kaum zu überbieten. Während die sicherheits-, energie- und wirtschaftspolitischen Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ein Umdenken angestoßen und die deutsche Perspektive näher an die polnische gebracht haben, bleibt die Zukunft der Kernenergie in Europa bis heute ein Streitthema.

Ob Deutschland seine alten Meiler wieder hochfährt oder gar neue baut, dürfte Polen egal sein. Doch Warschau, das einen Atomeinstieg vortreibt, würde sich mit Sicherheit freuen, wenn Berlin sich den Vorschlägen für eine EU-Finanzierung von Nuklearenergie nicht widersetzen würde. Auf der anderen Seite gibt es ein großes Potenzial für eine Zusammenarbeit beim Bau von Offshore-Windanlagen in der Ostsee. So könnten

Deutschland und Polen gemeinsam für mehr Energiesicherheit und Klimaschutz sorgen.

Eine weitere Anregung, liebe Bundesregierung, wirst du bei der nächsten gemeinsamen Regierungskonsultation wahrscheinlich nicht hören, denn auch in Warschau wird Haushaltsdisziplin großgeschrieben. Doch immer mehr polnische Ökonomen weisen darauf hin, dass das Festhalten am Dogma der Schuldenbremse nicht nur ein Risikofaktor für Deutschland ist, sondern auch der Wirtschaft Europas schadet. Polen ist nicht daran interessiert, dass sein größter Handelspartner zum kranken Mann Europas wird. Um Europa zukunftsfähig bei Energie, E-Mobilität oder Künstlicher Intelligenz zu machen, sind massive Investitionen nötig. Dazu muss Geld in die Hand genommen werden – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Zu glauben, dass dies ohne eine Lockerung der bestehenden Haushaltsregeln möglich ist, ist schlichtweg illusorisch.

Zum Schluss muss, liebe Bundesregierung, das Thema Geschichte angesprochen werden. Denn die Erinnerung an deutsche Verbrechen im Zweiten Weltkrieg und die deutsch-russische Zusammenarbeit, die den Weg zum deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 ebnete, nimmt im historischen Gedächtnis der Polen eine zentrale Rolle ein und ist auch ein wichtiger Bezugspunkt für aktuelle politische Debatten. So darfst du dich nicht wundern, dass das deutsch-russische Gaspipelineprojekt Nord Stream Assoziationen an den Hitler-Stalin-Pakt weckte. Ähnlich wird es mit jedem weiteren Annäherungsversuch zwischen Berlin und Moskau sein.

In Polen nimmt man auch sehr wohl wahr, dass westlich der Oder der deutschen Besatzung Polens und den damit verbundenen unzähligen Verbrechen nie eine ansatzweise vergleichbare Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Während Deutschland gerne das Selbstbild eines Weltmeisters der Vergangenheitsbewältigung pflegt, bleibt die deutsche Besatzung Polens bis heute eine Leerstelle der deutschen Erinnerungskultur. Und die Weigerung, polnische Opfer der NS-Verbrechen angemessen zu entschädigen, ist weiterhin eine

offene Wunde. Vor diesem Hintergrund darf sich niemand in Berlin wundern, wenn deutsche Politiker in Polen irritierte Reaktionen hervorrufen, wenn sie behaupten, die Bundesrepublik sei sich ihrer historischen Verantwortung sehr wohl bewusst, oder wenn sie von Versöhnung sprechen. Denn den Worten folgen keine Taten.

Du hast zwei Möglichkeiten, mit dieser Sache umzugehen, liebe Bundesregierung. Du kannst ein „Weiter so“ betreiben, musst dir dann aber bewusst sein, dass die beschriebene Asymmetrie das bilaterale Verhältnis belastet und dem Ansehen Deutschlands in Polen schadet, unabhängig davon, wer dort an der Regierung ist. Oder du nimmst die polnische Befindlichkeit und deine historische Verantwortung endlich ernst. Die Regierung Donald Tusks wird, anders als ihre Vorgänger, nicht lautstark Reparationen fordern. Doch von symbolischen Gesten wird sie sich nicht beeindrucken lassen, wie Olaf Scholz bereits erfahren musste.

Und wenn du wirklich an die polnischen Opfer der NS-Zeit erinnern möchtest, dann mach es richtig und nicht halbherzig. Der Versuch, den Anstoß zur Errichtung eines Denkmals in Berlin

zu verwässern und in eine weitere deutsch-polnische Begegnungsstätte umzuwandeln, wird in Warschau mit wachsender Irritation und Ungeduld wahrgenommen. Polen gedenkt seiner Opfer bereits – es muss das nicht in Berlin tun. Diese Last muss Deutschland allein tragen.

Es bleibt, dir, liebe Bundesregierung, alles Gute zu wünschen. Deutschland und Polen teilen viele Herausforderungen. Wenn es gelingt, diese mit Pragmatismus, Respekt, echtem Willen zur Partnerschaft und realistischem Blick auf Europa und die Welt anzugehen, könnte das nicht nur den bilateralen Beziehungen, sondern auch der gemeinsamen Zukunft in Europa neuen Schwung verleihen. Es liegt in deiner Hand, ob alte Muster der Enttäuschung überwunden und neue Wege der Zusammenarbeit beschritten werden können. Es ist Zeit für einen mutigen und nachhaltigen Ansatz – denn eine stabile und kooperative Partnerschaft zwischen Polen und Deutschland ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines starken Europas.

**Adam Traczyk** ist Direktor des Thinktanks More in Common Polska in Warschau und war bis April 2023 Associate Fellow der DGAP.

*Euphorie geht anders: Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland (Donald Tusk und Olaf Scholz bei den Regierungskonsultationen in Warschau, Juli 2024) war schon mal herzlicher. Auf Berlin wartet hier viel Arbeit.*

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

# Helfen Sie der Ukraine nach Europa!

*In Kyjiw weiß man die deutsche Unterstützung seit dem 24. Februar 2022 sehr zu schätzen. Gleichzeitig hofft man auf Rückenwind aus Berlin bei der EU-Erweiterung. Denn die Ukraine kann der Europäischen Union sehr viel geben.*

Von **Oleksandra Bulana**



*Liebe künftige Bundesregierung,*

lassen Sie mich diesen Brief mit der Versicherung unseres tiefempfundenen Danks an das gesamte deutsche Volk beginnen, das uns in diesen für unser Land so dunklen Zeiten unterstützt. Die deutsche Hilfe ist vielfältig – sie reicht von Waffen und Nachschub für das ukrainische Militär über Finanzhilfen für unsere vor dem Krieg fliehende Bevölkerung bis hin zu politischer und technischer Hilfe für die EU-Integration der Ukraine.

Wenn wir sagen, dass wir wirklich voll des Lobes für das sind, was Deutschland zur Unterstützung der Ukraine tut, dann sind das nicht nur höfliche Floskeln: Umfragen zufolge äußern über 87 Prozent der Ukrainer eine äußerst positive Einstellung zu Deutschland und sehen Ihr Land als strategisch wichtigen Partner der Ukraine an.

Der Beitritt zur EU hat für die Ukraine unbestritten Vorrang. Unsere Gesellschaft strebt von jeher den Weg nach Europa an: Über 88 Prozent der Ukrainer unterstützen die Integration in die EU.

Wir hoffen auf eine bessere Zukunft in der Europäischen Union, zusammen mit unseren stra-

tegischen Verbündeten, zu denen auch Deutschland gehört. Allerdings bedroht die unprovokierte russische Aggression gegen die Ukraine und die Werte Europas unser Land in seiner Existenz, ganz zu schweigen von unserem Streben nach einer EU-Mitgliedschaft. Solange Russland in Europa Krieg führt und glaubt, dass es dafür nicht belangt werden kann, sind die wirtschaftliche Entwicklung, die Demokratie und die Sicherheit auf dem gesamten Kontinent gefährdet.

Eine Niederlage der Ukraine würde verheerende Folgen haben und eine ernsthafte Bedrohung für die Länder Mittel- und Osteuropas und die gesamte EU bedeuten. Deswegen müssen wir Frieden und Gerechtigkeit in Europa wiederherstellen, bevor wir über die Zukunft der Ukraine oder der EU sprechen.

Wir hoffen, dass die Bundesregierung ihre Hilfe für die Ukraine in diesem ungerechten Krieg fortsetzt und, wenn möglich, noch verstärkt. Die Ukraine braucht weiterhin militärische Hilfe und engere Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie. Um Russlands Wirtschaft weiter zu isolieren und seine Einnahmen aus dem Handel mit Energie

zu verringern, müssen die EU-Sanktionen ausgeweitet, die bestehenden Sanktionen konsequent durchgesetzt und überwacht werden. Kriegsverbrechen dürfen nicht ungestraft bleiben. Niemand soll der Gerechtigkeit entkommen.

Mit seiner Unterstützung für die Ukraine in diesem Krieg setzt sich Deutschland für den Erhalt grundlegender Normen des Völkerrechts ein. Eine Zerstörung der regelbasierten Ordnung – die Russland zu untergraben versucht – würde zur Ausbreitung von globalem Chaos führen und zu noch mehr Kriegen.

Wir glauben an unsere gemeinsame Zukunft. Die Ukraine wird auf ihrem Weg ins vereinte Europa große innere Herausforderungen bewältigen müssen. Dazu gehören Bedrohungen, die mit dem Erhalt und der Stärkung der Demokratie unter den Bedingungen des Kriegsrechts zu tun haben – etwa die Unmöglichkeit, Wahlen abzuhalten – oder kriegsbedingte Einschränkungen von Rechten und Freiheiten. Die derzeit von Deutschland geleistete Unterstützung für die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Eine weitere große Herausforderung entsteht durch den Verlust von menschlichen Ressourcen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung. Dieser Sektor wird bei der Umsetzung der Reformen für die EU-Integration und der Übernahme der geltenden EU-Gesetze und -Vorschriften eine entscheidende Rolle spielen. Um ein effizienter Partner zu werden und die EU-Standards zu erfüllen, muss die Ukraine ihre Institutionen weiter reformieren und stärken. Wir hoffen, dass Deutschland diese Reformen unterstützt und sich für ihre Umsetzung einsetzt.

Die durch den Krieg verursachten Zerstörungen sind eine weitere drängende Herausforderung. Große Teile der Infrastruktur, der Industrie und der Wohngebäude wurden bei Angriffen beschädigt oder zerstört, wobei sich die kritischen Schäden auf den Energiesektor konzentrieren. Auch die ukrainischen Häfen sind immer wieder Ziel russischer Raketenangriffe. Die Ukraine wird finanzielle Unterstützung und Investitionen benötigen, um das Land wieder aufzubauen.

Zugleich wird die Ukraine aber eine große Bereicherung für die EU sein. Vor allem kann sie mit ihrer beispiellosen militärischen Erfahrung einen wichtigen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik leisten. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der Ukraine, Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten wird die Fähigkeit der EU, externe Sicherheitsherausforderungen zu bewältigen, erheblich stärken.

Die EU wird sehr davon profitieren, auf eine der größten Armeen Europas zurückgreifen zu können; von den Erfahrungen der Ukraine im Kampf gegen militärische Aggressionen, Terrorismus, Cyberangriffe und Desinformation ganz zu schweigen. Dazu kommen die starke ukrainische Verteidigungsindustrie und die beeindruckenden Fähigkeiten des Landes bei der Entwicklung und Nutzung militärischer Drohnen.

Neben all dem verfügt die Ukraine über besondere Erfahrungen darin, unter schwierigsten Bedingungen die Resilienz der Verkehrsinfrastruktur, des Energienetzes und der Telekommunikation zu erhalten. Auch das kann zum Aufbau eines widerstandsfähigeren Europas beitragen.

### Zuverlässiger Partner

In Kriegs- wie in Friedenszeiten ist die Ukraine ein zuverlässiger Partner für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Seit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen Brüssel und Kyjiw im Jahr 2016 hat sich der Handel mit der EU fast verdoppelt und kam im Jahr 2023 auf ein Volumen von 61,9 Milliarden Euro. Auch die deutschen Ausfuhren in die Ukraine haben sich seit 2016 fast verdoppelt und erreichten 2023 ein Volumen von sieben Milliarden Euro. Der freie Handel und der Zugang der Ukraine zum europäischen Binnenmarkt sind demnach für beide Seiten von Vorteil.

An diesem Freihandel müssen wir festhalten, auch wenn die Einheit des EU-Binnenmarkts vor vielen Herausforderungen steht. Ein berechenbares wirtschaftliches Umfeld, in dem Handelsabkommen respektiert werden, ist die beste Garantie für eine funktionierende wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mit ihrer ausgesprochen wett-

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Europas Kornkammer: Wer nach handfesten Vorteilen sucht, die ein Ukraine-Beitritt der EU bringen kann, dem sei ein Blick auf die ukrainische Landwirtschaft (hier in der Region Saporischschja) empfohlen.*

bewerbsfähigen landwirtschaftlichen Produktion kann die Ukraine einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssouveränität und -sicherheit der EU leisten. Darüber hinaus verfügt die Ukraine über ein erhebliches Potenzial in Sachen erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit. Dadurch kann sie die EU dabei unterstützen, ihre grüne Agenda auf der internationalen Bühne voranzubringen.

Die neue Realität, die sich seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 herausgebildet hat, birgt erhebliche Gefahren für die Demokratie auf dem europäischen Kontinent. Das reicht von unkontrollierter Migration über die Gefahr direkter militärischer Angriffe auf EU-Mitgliedstaaten bis hin zu Informationsmanipulation und Desinformation in den politischen Prozessen demokratischer Nationen, einer Bedrohung der Telekommunikations- und Energieinfrastruktur und vielem mehr.

Die Erweiterung ist ein Instrument zur geopolitischen Stärkung der EU und zur Verbreitung ihrer Werte in den europäischen Nachbarländern. Die

jetzige Erweiterungsrunde findet jedoch unter schwierigsten Bedingungen politischer Unsicherheit statt, was den Beitrittsprozess für die derzeitigen Kandidatenländer sehr viel komplexer macht.

Die Ukraine hofft, dass Deutschland eine Führungsrolle bei der Reform der EU und ihrer Vorbereitung auf die Bewältigung dieser Risiken übernimmt. Die Ukraine ist außerdem darauf angewiesen, dass Deutschland den Erweiterungsprozess und die Reformen in den Kandidatenländern auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft weiterhin unterstützt.

In der Einigkeit liegt die Stärke. Durch unsere gemeinsamen Anstrengungen in der Sicherheitspolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit können die Ukraine und Deutschland nicht nur den Frieden auf dem Kontinent sichern, sondern auch ein wohlhabendes und geeintes Europa für kommende Generationen aufbauen.

Aus dem Englischen von Bettina Vestring

**Dr. Oleksandra Bulana** ist Analystin beim Ukrainian Centre for European Policy (UCEP) in Kyjiw.

## Stärken Sie die EU!

*Donald Trump ist entschlossen, Deutschland in den Nationalismus und den Militarismus zu treiben. Wie Berlin und Brüssel damit umgehen, wird über Europas Zukunft entscheiden.*

Von Caroline de Gruyter



*Liebe künftige Bundesregierung,*

dass sich die europäische Integration stets um Deutschland und Frankreich und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gedreht hat, ist nichts Neues. Doch nun stehen wir vor der zweiten Amtszeit Donald Trumps. Das Schlimmste, was Europa jetzt passieren könnte, wäre ein Zerwürfnis zwischen diesen beiden Ländern. Deshalb wird ganz Europa die neue deutsche Regierung sehr genau beobachten. Das beste Szenario für alle Beteiligten wäre, wenn sich Deutschland für ein starkes Europa einsetzt, gemeinsam mit Frankreich.

Das mag pathetisch klingen. Aber bedenken Sie Folgendes: Trump hat für Deutschland einen besonderen Platz in der Hölle reserviert. „Die Deutschen sind böse, sehr böse“, hat er einmal gesagt und sich über „die Millionen von Autos, die sie in den USA verkaufen“ beschwert, ganz zu schweigen von den „riesigen Summen Geld, die sie uns für die machtvolle und sehr teure Verteidigung schulden, die wir für Deutschland bereitstellen“.

Tatsächlich will Trump, dass Deutschland Amerika ähnlicher wird. Es soll militaristischer werden und erhebliche Summen für die Verteidigung – und amerikanische Waffen – ausgeben. Trump will die Zölle auf deutsche Importe erhöhen und Berlin so zwingen, die deutschen Unternehmen

zu schützen und dabei selbst nationalistischer zu werden. Und indem Trump multilaterale Verträge und Institutionen untergräbt oder kündigt, zerstört er die wichtigste Grundlage des stabilen Nachkriegsdeutschlands, das uns allen vertraut ist.

Kann das übrige Europa das ertragen? Kann es damit leben? Die Antwort entscheidet nicht nur über Deutschlands, sondern auch über Europas Zukunft.

Das Hauptziel der Friedensordnung nach dem Zweiten Weltkrieg war die Eindämmung Deutschlands. Der Kern der europäischen Integration bestand und besteht darin, dass Deutschland nie wieder imstande sein sollte, die Vorherrschaft auf dem Kontinent zu erlangen, da solche Vorherrschaft in der Vergangenheit oft zum Krieg mit Frankreich geführt hatte.

Alle Staaten, die an dieser Integration teilnahmen, wurden Teil eines gemeinsamen Wirtschaftssystems und in dasselbe Korsett von Regeln eingebunden, die für alle verbindlich waren. Auf diese Weise wurden die politischen Probleme zwischen europäischen Ländern, die in der Vergangenheit so oft eskaliert waren und in den Krieg geführt hatten, nun zu technischen Problemen – wobei die Brüsseler Bürokraten jedes Mal das Problem formulierten und technische Lösungen dafür fanden, sodass die Regierungen weitermachen und sich über neue Themen austauschen konnten.

Für Europas Bürgerinnen und Bürger ist diese technokratische Regierungsführung, die politische Konflikte in Fischereiquoten oder Chemikalienrichtlinien auflöst, schwer verständlich. Ansonsten ist es jedoch ein wirklich brillantes System. Ihm ist es zu verdanken, dass die europäischen Staaten über eine so lange Zeit Krieg vermeiden konnten wie kaum je in der Geschichte. Allerdings vergessen die Menschen zuweilen, dass dieses System von Beginn an von Amerika unterstützt wurde.

Sieben Jahrzehnte lang waren die USA der Beschützer Europas. In diesem Rahmen war es kaum jemals nötig, das heikle Thema der Remilitarisierung Deutschlands zur Sprache zu bringen. Ein minimal militarisiertes Deutschland kam den Amerikanern (und den Franzosen!) sehr gelegen. Auch für die Deutschen selbst, bei denen die Angst vor der deutschen Macht wahrscheinlich noch größer ist als bei den meisten anderen Europäern, erwies es sich als Geschenk des Himmels. Unter dem amerikanischen Sicherheitsschirm hatten sie die Chance, ihr Land in einen weltoffenen und freundlichen Ort zu verwandeln, vor dem niemand Angst zu haben brauchte. Ein Land der Ingenieure und Autobauer, die *Schöner Wohnen* lesen.

Jetzt steht das gesamte Nachkriegsarrangement auf dem Spiel. Die USA sagen sich von der Vereinbarung los, und das gerade in dem Moment, in dem Russlands Krieg in der Ukraine, der sich leicht ausweiten kann, ein weitgehend entmilitarisiertes Europa vor die größte sicherheitspolitische Herausforderung seit Jahrzehnten stellt.

Präsident Trump macht die militärische Unterstützung für europäische Länder unter anderem von der Höhe ihrer Militärbudgets und ihrer Handelsbilanz abhängig. Im Grunde genommen bilateralisiert er die amerikanische Unterstützung für Europa. Polen ist dabei. Estland auch. Doch wenn es um Deutschland geht, ist Trump nicht zu Nachsicht bereit. Trotz aller deutschen Bemühungen in den vergangenen Jahren, trotz der Zeitenwende – Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Unterstützer der Sicherheit der Ukraine – betrachtet er das Land als „Trittbrettfahrer“.

Und so steckt Deutschland, das seit der russischen Invasion der Ukraine instinktiv in Washington um Schutz nachsucht – im Austausch für den Kauf amerikanischer Waffen und die Unterstützung amerikanischer Positionen in Europa und der NATO –, nun in der Klemme. Präsident Joe Biden und Bundeskanzler Olaf Scholz standen sich nahe. Unter Donald Trump läuft Deutschland Gefahr, von seinem wichtigsten Beschützer schikaniert oder im Stich gelassen zu werden.

„Trittbrettfahren ist zu einem wesentlichen Bestandteil der deutschen nationalen Identität geworden“, schrieb der Politologe Hans Kundnani 2015 in seinem Buch „The Paradox of German Power“. Heute beklagt man sich in Europa gern darüber, dass Deutschlands Wandlung von einem pazifistischen „Wandel durch Handel“-Land mit einer schwachen Armee zu einem Sicherheits- und Verteidigungsstaat halbherzig und nicht schnell genug geschehe.

Natürlich haben alle Schwierigkeiten, sich an eine neue, merkantilistische Welt mit Großmächten anzupassen, die Europa als Schachbrett benutzen. Noch wichtiger ist, dass sie gern vergessen, dass Deutschland das Land in Europa ist, das derzeit die härteste Zeitenwende durchmacht. Wäre die Transformation in Deutschland schneller vonstattengegangen, wäre die Kritik seitens anderer Europäer wahrscheinlich noch schärfer ausgefallen. Denken Sie daran, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel während der Eurokrise vor einem Jahrzehnt in griechischen Zeitungen dargestellt wurde, als die größte Herausforderung noch nicht militärischer, sondern vor allem finanzieller und monetärer Natur war: in einer Nazi-Uniform.

### Was Deutschland tut, es ist verkehrt

Es braucht schwere Krisen, damit deutlich wird, dass das deutsche Problem, das der europäischen Integration zugrunde liegt, noch immer existiert – es wurde nur eingedämmt. Heute drängen manche europäischen Länder darauf, dass Deutschland stärker wird; andere fühlen sich mit einem starken Deutschland unwohl. Was Deutschland auch tut, es ist verkehrt. Diese ständige Ambivalenz

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Erfolgsmodell Eurofighter: Auch in Sachen Militär und Rüstungsindustrie sollte sich die künftige Bundesregierung für mehr Kooperation in Europa einsetzen.*

gegenüber dem größten Land Europas macht es so schwer für Berlin, seinen Kurs radikal zu ändern, vor allem, wenn die größte Herausforderung militärischer Natur ist.

Der beste Weg für Deutschland, diesen Wandel – auch militärisch – zu vollziehen, ohne das empfindliche Gleichgewicht in Europa zu stören, besteht darin, einen Alleingang zu vermeiden und die Transformation in einen durch und durch europäischen Kontext zu stellen, gemeinsam mit anderen. Mit anderen Worten: Deutschland sollte sich für mehr Europa einsetzen. Im Tandem mit Frankreich sollte es auf mehr Integration drängen und Europa viel stärker machen, auch militärisch. Nur in einem solchen Rahmen, sicher eingebettet in eine größere Einheit, kann Deutschland im Windschatten verharren und die Verursachung größerer Spannungen auf dem Kontinent vermeiden.

Hier liegt die Hauptaufgabe der neuen Regierung in Berlin: Statt Europa auszubremsen, sollte sie mit neuem Elan in die Gemeinschaft investieren. Sie sollte ihre Abhängigkeit von russischer Energie reduzieren und sich mit ganzer Kraft für eine europäische Energieunion einsetzen. Sie sollte ihre Unternehmen dazu ermutigen, weniger Geschäfte mit China zu machen und mehr „Friendshoring“ in Europa zu betreiben. Sie sollte die neuen Vorschläge der Kommission für ein

Beschaffungswesen annehmen, das auf dem Prinzip „Buy European“ beruht.

Sie sollte die Militärhilfe für die Ukraine erhöhen und Eurobonds, gemeinsame europäische Kredite, einführen, damit sich die europäische Waffenindustrie entwickeln kann. Sie sollte nationalistischen Tendenzen zur Schließung von Grenzen oder zum Schutz der eigenen Unternehmen widerstehen und sich so weit wie möglich an die EU-Vorschriften halten. Sie sollte versuchen, gute Beziehungen zur Trump-Regierung in den USA zu unterhalten – aber nicht, wenn Europa dadurch geschwächt würde.

Und schließlich sollte sie, anders als es leider in vielen EU-Mitgliedstaaten üblich geworden ist, den Bürgern erklären, warum sie diesen Kurs einschlägt, und für das gemeinsame europäische Interesse eintreten. Je stärker Europa ist – wirtschaftlich, politisch, militärisch und sogar psychologisch –, desto größer ist die Chance, dass es diese turbulente Phase seiner Geschichte relativ unbeschadet übersteht. Ein starkes Europa ist für Deutschland mit Abstand die beste Wahl.

Aus dem Englischen von Bettina Vestring

**Caroline de Gruyter** ist Brüssel-Korrespondentin der niederländischen Tageszeitung *NRC* und Autorin. Auf Deutsch erschien zuletzt von ihr „Das Habsburgerreich – Inspiration für Europa?“ (2022).

# Die Lage ist ernst, nehmen Sie sie auch ernst!

*Die Friedensordnung der Nachkriegszeit mitsamt ihren normativen Grundlagen wird derzeit aktiv revidiert – auch von ihrer historischen Schutzmacht. Deutschland gilt Trumps Amerika als Europas Sollbruchstelle.*

Von Constanze Stelzenmüller



*Liebe künftige Bundesregierung,*

viele Reaktionen in Berlin auf die Wiederwahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA folgten dem Muster „Kennen wir doch schon, und nach vier Jahren ist es wieder vorbei.“ Das ist eine hoch riskante Fehleinschätzung.

In kürzester Zeit ist klar geworden, was Trump 2.0 von der ersten Amtszeit unterscheidet. Er ist vorbereitet, aggressiv, strategisch. Er hat mächtige Unterstützer. Und er will nichts weniger als eine brachiale Revision der inneren Verfassung Amerikas, seiner Feind- und Freundschaften. Das hat er seinen Verbündeten, seinen Geldgebern und seinen Wählern versprochen. Das Mandat dazu folgert Trump aus seiner dreifachen Mehrheit (Wählerstimmen, Senat, Abgeordnetenhaus), aber vor allem aus zwei Attentaten, denen er knapp entronnen ist. „I was saved by God to make America great again.“ Mehr messianische Berufung geht nicht.

Die Erwartungen sind himmelhoch, noch nie ist so vielen so viel verkündet worden. Aber die Zeit ist knapp. In 22 Monaten werden der ganze Kongress und ein Drittel des Senats neu gewählt; in der Regel

wählen Amerikaner dann die Opposition. Selbst wenn die Republikaner gewannen: Da beginnt auch der nächste Präsidentschaftswahlkampf, und die Verfassung erlaubt es Trump nicht, erneut anzutreten. Daher die gewaltige Druckwelle.

Der Ansturm begann schon nach der Verkündung des Wahlergebnisses: Das Repräsentantenhaus, forderte Trump, solle die Schuldenobergrenze für den Bundeshaushalt aufheben; der Senat auf sein verfassungsmäßiges Recht verzichten, über die Kabinettsnominierungen des Präsidenten abzustimmen. Seit der Amtseinführung geht es in schwindelerregendem Tempo weiter: Deportationen, Entkernung der Bundesbehörden, sofortiger Stopp von Bundesmitteln und -krediten, Kappung von Fördermaßnahmen für benachteiligte Gruppen, ein Ende des verfassungsmäßigen Geburtsrechts auf Staatsbürgerschaft.

Die Bilanz bisher: durchwachsen. Die Shock-and-Awe-Wirkung ist unverkennbar, besonders in Washington. Aber nach Widerstand in der eigenen Republikanischen Partei, im Kongress und von den Gerichten wurde ein Kandidat still zurückgezogen, die eine oder andere Order suspendiert.

Ausnahmen, aber immerhin. Die Trump-treue Meinungsseite des *Wall Street Journal* bezeichnete die Begnadigung sämtlicher Beteiligten am Umsturzversuch des 6. Januar 2021 als „mieses Signal“. Eine Umfrage derselben Tageszeitung ergab, dass die Wähler „MAGA-lite“ statt „Ultra-MAGA“ wollen, mit Mehrheiten zwischen 60 und 75 Prozent gegen Säuberungen des Beamtenapparats oder Deportationen.

Dem Durchregieren steht aber noch etwas anderes im Weg. In Trumps MAGA-Lager hat sich ein gewaltiger ideologischer Abgrund aufgetan zwischen Ultra-Libertären (allen voran Elon Musk) und Nationalkonservativen (etwa Stephen Miller). Beide halten wenig von der repräsentativen Demokratie und viel von europäischen Rechtsradikalen. Aber Erstere wollen wenig Staat, viel Zuwanderung und Peking umarmen. Letztere kämpfen für einen starken Gemeinwohlstaat, dichte Grenzen und einen harten China-Kurs. Der Krach wird bereits laut ausgetragen. Das Potenzial für Chaos, Frustration und Ablenkung ist gewaltig. Es kann von Feinden der Demokratie ausgenutzt werden. Und wehe denen, die zwischen die Fronten geraten.

Trump's geopolitische Überzeugungen wurzeln bekanntlich in der „Great Game“-Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts. Daher stammt seine Ablehnung internationaler Institutionen und Verträge; die Affinität zu Autokraten wie Wladimir Putin oder Xi Jinping, die wie er in Einflussphären und Nullsummenspielen denken; und seine Aversion gegen Verbündete. Folgerichtig also der sofortige Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation und dem Pariser Klimaabkommen, das Einfrieren aller Entwicklungshilfe.

Mit scharfem Gespür für die Verheerungen, welche die Kriege der vergangenen 20 Jahre in der amerikanischen Psyche angerichtet haben, will der „Peacemaker“-Präsident den Krieg in der Ukraine baldmöglichst beenden und dafür Putin mit „Steuern, Strafzöllen und Sanktionen“ an den Verhandlungstisch treiben. China indes wird von Trump mit Samthandschuhen angefasst: keine Erwähnung von Taiwan; stattdessen Kapitulation gegenüber Tiktok.

Und Europa? Trump hat zwar den Abzug von 20 000 US-Truppen aus Polen angekündigt und europäische Verteidigungsausgaben von 5 Prozent verlangt – doch er bricht vorerst weder die Ukraine-Hilfe ab noch tritt er aus der NATO aus. (Warum auch? Er verlöre damit zwei Druckmittel auf Russland und Europa.)

Ein schwacher Trost. Denn die neoimperialen Ambitionen dieses Präsidenten, mit denen Nachbarn und Verbündete nun in der amerikanischen Hemisphäre brutal konfrontiert werden, erzielen eine zerstörerische Wirkung, die weit über ihre anvisierten Opfer hinausgeht. Mexiko und Kolumbien werden drangsaliert, Migranten zurückzunehmen; Panama, Kanada und die autonome dänische Insel Grönland sollen sich den USA anschließen oder sich auf Repressalien gefasst machen.

### Trump's Welt als Wille und Vorstellung

Ausgerechnet von der Supermacht wird die Axt an das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen gelegt und so die Empörung des Westens über die russische Invasion der Ukraine delegitimiert. In letzter Konsequenz – Kanada und Dänemark sind NATO-Mitglieder – wird die transatlantische Sicherheitspartnerschaft endgültig zur Schutzgelderpressung.

Darin offenbart sich ein gefährliches Muster: Dezisionismus, Dominanzgehebe, Drohungen. In der Fantasie des Auserwählten reichen Wille und Vorstellung, um die Welt neu zu erschaffen. Allerdings hat Trump eine entschiedene Abneigung gegen das militärische Instrument; sein Vizepräsident und sein Verteidigungsminister sind beide zornige Veteranen der „endless wars“ im Irak und in Afghanistan. Aber er hat, so glaubt er jedenfalls, eine viel bessere Superwaffe: den wirtschaftlichen Zwang.

Dass der 47. US-Präsident ein überzeugter Globalisierungsgegner und Hasser von Handelsüberschüssen ist, war bekannt. Neu ist, dass Trump nun wirtschaftliche Zwangsmittel großflächig einsetzen will: nicht nur gegenüber Rivalen, sondern auch gegenüber Verbündeten wie uns Europäern.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Angriff auf Europa: US-Präsident Donald Trump will die Ordnung des Kontinents umpflügen, und er hat sich offenbar die angeschlagene Führungsmacht Deutschland als Hebel dafür ausgesucht.*

Er scheint überzeugt, dass er mit Steuern oder Strafzöllen – oder sogar mit deren bloßer Androhung – nicht nur bilaterale Handelsbeziehungen brachial umgestalten, sondern auch politische Ergebnisse erzwingen kann. Der Präsident hat eine Welle von Sanktionen gegen Kanada, Mexiko und China angekündigt; weitere werden folgen. Der deutsche Handelsüberschuss war schon vor acht Jahren im Fadenkreuz, er wird es wieder sein.

Und anders als in seiner ersten Amtszeit sind die großen Technologieunternehmen mit fliegenden Fahnen zu ihm übergelaufen. Noch nie hat ein Präsident in der jüngeren Geschichte eine so ungeheure Konzentration von digitaler Macht in Form von Medienplattformen, Kommunikationsinfrastruktur und digitalen Währungen hinter sich gewusst; noch nie haben die Broligarchen so viel politische Macht gehabt.

Möglich, dass Trump die Durchschlagskraft amerikanischer Macht in einer vernetzten Welt völlig überschätzt. Kann sein, dass er die Widerstandskraft kleiner Länder und die Solidarität der Demokratien unterschätzt. Aber Europa ist uneinig und schwach; Deutschland ist im zweiten Rezessionsjahr, seine politische Statur als europäische Führungsmacht schwer angeschlagen.

Das alles ist schon eine epochale Herausforderung – nicht nur für Sie als Bundesregierung, sondern für das ganze Land, für ganz Europa. Es kommt aber noch eine zutiefst schockierende Neuerung hinzu: gezielte Attacken auf unsere eigene Demokratie von der Macht, die vor 80 Jahren geholfen hat, sie aus Ruinen zu erschaffen. Musks wiederholte Wahlkampfhilfe für die AfD, die Einladung von AfD-Anführern zur Amtseinführung: Das sind Signale, die ich Ihnen nicht deuten muss.

Kurz: Wir befinden uns in einem Moment, in dem die globale Friedensordnung der Nachkriegszeit mitsamt ihren normativen Grundlagen aktiv revidiert wird – und das nicht nur von den Rivalen oder Feinden des Westens, sondern auch von ihrer historischen Schutzmacht. Deutschland, das sich 80 Jahre lang auf Amerika verlassen hat, gilt ihm nun als Europas Sollbruchstelle. Dort muss der Hebel angesetzt werden, wenn die Ordnung des Kontinents umgepflügt werden soll. Um eine Ihrer Vorgängerinnen zu zitieren: „Die Lage ist ernst, nehmen Sie sie auch ernst.“

**Dr. Constanze Stelzenmüller** ist Direktorin des Center on the United States and Europe und Fritz Stern Chair an der Brookings Institution, Washington D.C.

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

## Goldene Zeiten

Zollkriege und Landnahme, Demagogie und Größenwahn: Trump II kommt über die Welt, und es sieht noch nicht so aus, als gebe es ein Antidot gegen die Melange aus seiner Macht und Musks Millionen. Für Freiheit, Diversität und Allianzen ist er der König Midas der Neuzeit – nur andersherum: Was Trump berührt, weil es missfällt, wird zerstört.

# INTERNATIONALE POLITIK **Welt spiegel**

## „Amerika zuerst“ bedeutet nicht „Europa allein“

Die zweite Trump-Regierung bietet eine Chance für die Erneuerung der transatlantischen Beziehungen. *Von Nadia Schadlow*

**Seite 66**

## Scheitert Europa?

Zum ersten Mal ist ein Ende der EU ein realistisches Szenario. Die Substanz der Integration erodiert, zentrifugale Dynamiken verstärken den Zerfall. *Von Josef Janning*

**Seite 72**

## Demokratische Integrität stärken

„Europa, du bist dran!“ gilt auch im Kampf gegen strategische Korruption. Dabei wird die Positionierung gegenüber Washington entscheidend. *Von Christoph Kowalewski und Bertram Lang*

**Seite 80**

## Erdoğan's lange Wunschliste in Syrien

Auf dem Weg zur Führungsmacht im Nahen Osten will die Türkei ihr Nachbarland nach eigenen Vorstellungen umbauen – und droht sich dabei zu verheben. *Von Günter Seufert*

**Seite 85**

## Sorgen um Pekings Atomwaffen-Arsenal

Chinas massiver nuklearer Ausbau befeuert in angespannten Zeiten ein Wettrüsten mit den USA. Transparenz und Kontrolle sind dringend vonnöten. *Von Lucian Bumeder und Wolfgang Rudischhauser*

**Seite 91**

## Konkurrenz zum Dollar

Die Zusammensetzung von Währungsreserven ist ein Spiegelbild geopolitischer Kräfteverhältnisse und ein Indikator für die Zukunft der internationalen Ordnung. *Von Falk Laser, Alexander Mihailov und Jan Weidner*

**Seite 97**

## Ein zweischneidiges Schwert

Die USA und China setzen Exportkontrollen für ihre geopolitischen Ziele ein. Das verursacht nicht nur hohe Kosten – es bedroht den freien Welthandel. *Von Joachim Lang*

**Seite 101**

# „Amerika zuerst“ bedeutet nicht „Europa allein“

Die zweite Trump-Regierung bietet eine Chance für die Erneuerung der transatlantischen Beziehungen. Allerdings muss Europa seine vielfältigen Probleme lösen.

Von Nadia Schadlow

In Europa und darüber hinaus ist die Meinung weit verbreitet, dass die Vereinigten Staaten sich unter Führung der neuen Trump-Regierung gegen die übrige Welt – insbesondere gegen Europa – wenden werden. (Tatsächlich lautete der Arbeitstitel für diesen Artikel, als die *IP* zum ersten Mal an mich herantrat: „Die Vereinigten Staaten vs. die Welt: Die zweite Trump-Administration und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen“.)

Zahlreiche Linksliberale in den USA, aber auch europäische Politikerinnen und Politiker sowie viele internationale Beobachter vertreten diese Ansicht. Sie sind überzeugt, dass Präsident Donald Trump aufgrund seiner „America First“-Orientierung grundsätzlich gegen Europa eingestellt sei. Diese Vorstellung wurde schon vor den US-Wahlen in vielen Gesprächen geäußert, in denen es um die Notwendigkeit ging, die transatlantischen Institutionen und vor allem die NATO „Trump-sicher“ zu machen.

Tatsächlich versteht Trump die Vereinigten Staaten nicht als „unverzichtbare Schutzmacht“ der Welt (wie es der

*Economist* im Januar formulierte), und es ist unwahrscheinlich, dass er den Status quo in Europa – oder in weiten Teilen der übrigen Welt – akzeptieren wird. Aber genauso wenig sollten das die Europäer tun. Trumps Benennung von Schlüsselproblemen in den transatlantischen Beziehungen sollte als ein erster Schritt verstanden werden, um die Probleme gemeinsam zu lösen und von einer Erneuerung der Beziehungen zu profitieren.

Diese Erneuerung wird im Rahmen der „America First“-Politik der zweiten Trump-Regierung stattfinden.

## Sicherheit ernst nehmen

Wie schon in seiner ersten Amtszeit wird Trump, erstens, die Europäer auffordern, das Thema Sicherheit ernst zu nehmen und mehr dafür zu tun. Er ist nicht der erste US-Präsident, der Bedenken äußert, dass Europa viel zu wenig für die eigene Verteidigung tut. Schon Jahrzehnte vor Trumps Wahl haben amerikanische Präsidenten dasselbe gesagt, allerdings mit anderen Worten. So erklärte der damalige Präsident Barack Obama im Jahr



**Nadia Schadlow** ist Senior Fellow am Hudson Institute. 2017 war sie die „Architektin“ der Nationalen Sicherheitsstrategie der ersten Trump-Regierung.

2016, dass „Europa sich in Bezug auf seine Verteidigung manchmal selbstzufrieden gezeigt hat“.

In ähnlicher Weise forderte Präsident George W. Bush 2008 seine europäischen Verbündeten auf, „ihre Verteidigungsinvestitionen zu erhöhen, um sowohl NATO- als auch EU-Einsätze zu unterstützen“. In jüngster Zeit haben mehrere europäische Regierungen begonnen, diese Aufrufe zu beherzigen: Im April 2024 kündigte der damalige britische Premierminister Rishi Sunak eine schrittweise Erhöhung der Verteidigungsausgaben des Vereinigten Königreichs an und warnte, die Europäer könnten „nicht mehr erwarten, dass Amerika jeden Preis zahlt und jede Last schultert, wenn wir selbst nicht bereit sind, größere Opfer für unsere eigene Sicherheit zu bringen“.

In einem Bericht, den der ehemalige finnische Präsident Sauli Niinistö im Auftrag der EU-Kommission fertigstellte, hieß es im Oktober 2024, Europa müsse sich der „neuen Realität“ stellen, mit der es konfrontiert sei. Diese neue Realität werde am deutlichsten an Russlands Großangriff auf die Ukraine, der „Putins lang gehegte Wahrnehmung, dass der Westen und die Menschen im Westen schwach sind“, unterstreiche. Niinistö forderte die Europäer auf, der Sicherheit klar Vorrang zu geben, und erklärte: „Sicherheit ist die Grundlage für alles, was uns am Herzen liegt. Sicherheit ist ein öffentliches Gut – sie ist für jeden das Wichtigste. Sicherheit ist die Voraussetzung für die Wahrung unserer

*Europäer wie der frühere finnische Präsident Niinistö sagen es selbst: Sicherheit ist die Grundlage für alles*

Werte, aber auch eine Notwendigkeit für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Wenn wir die Sicherheit verlieren, gehen auch unser Wohlstand und unsere Zukunftspläne verloren.“

Diese Erkenntnisse liefern eine ausgezeichnete Grundlage, um mit dem neuen Team von Präsident Trump sowohl an militärischen Fähigkeiten als auch an operativen Konzepten zur Verbesserung der Sicherheit in Europa zu arbeiten. Bei diesen Gesprächen sollte auch darüber nachgedacht werden, wie der private Sektor auf beiden Seiten des Atlantiks zu diesem Umfeld beitragen und es gestalten kann. Es gibt viel, an dem wir arbeiten können.

### **Verbesserung der Energiesicherheit**

Zweitens wird Trump wahrscheinlich weiterhin die geopolitischen Risiken der europäischen Energiepolitik betonen. In seiner ersten Amtszeit erntete er viel Kritik dafür, dass er insbesondere Deutschland wegen dessen Abhängigkeit von russischem Gas kritisierte. Die Situation hat sich zwar seit dem Einmarsch Russlands geändert – der Thinktank Bruegel berichtete, dass die EU zwischen 2022 und Ende 2023 ihre Importe fossiler Brennstoffe aus Russland um 94 Prozent reduziert hat –, aber Trump dürfte darauf hinweisen, dass Europa nach wie vor auf russisches Flüssigerdgas (LNG) angewiesen ist, was keinen Sanktionen unterliegt. Er dürfte auch der europäischen Energieanalystin Ana Maria Jaller-Makarewicz zustimmen, die im vergangenen Dezember in der *Financial Times* darauf hinwies, dass es in der Tat „überraschend“ sei, dass die LNG-Importe der EU aus Russland im Jahr 2024 ein Allzeithoch erreichten. „Anstatt die russischen LNG-Importe schrittweise zu reduzieren, erhöht [Europa] sie.“

Trump wird höchstwahrscheinlich Vereinbarungen anstreben, die den Verbrauch von mehr LNG aus den USA begünstigen – ein Thema, das er während seiner ersten Amtszeit und im Wahlkampf immer wieder angesprochen hat. Bei manchen Europäern stößt er damit auf Zustimmung. Mario Draghi, der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank, stellte in seinem inzwischen berühmt gewordenen Bericht vom September 2024 fest, Europa habe die höchsten Energiepreise: „Die Strompreise in der EU sind zwei- bis dreimal so hoch wie in den Vereinigten Staaten und in China.“

Die Energiekosten wirken sich auch auf die Entwicklung des europäischen Technologiesektors aus, der schon jetzt hinter den USA und China zurückbleibt. Nur vier der 50 größten Technologieunternehmen der Welt sind europäische Firmen. Auch wenn die Gründe für diesen Rückstand vielfältig sind, behindern hohe Energiepreise Reformen und Innovationen, was sich seinerseits auf die transatlantischen Beziehungen auswirken kann.

### **Einbindung in die US-China-Politik**

Drittens wird Trump vermutlich versuchen, Europa in die Bemühungen der USA einzubinden, sich Chinas zunehmender politischer, wirtschaftlicher und militärischer Aggression entgegenzustellen. Er ist sich darüber im Klaren, dass der beste Weg darin besteht, dass sich Europa erst einmal selbst hilft und aus seiner tiefen Abhängigkeit von China befreit. Dieser

*Es geht darum, dass sich Europa erst einmal selbst hilft und aus seiner Abhängigkeit von China befreit*

Prozess der kontinentalen Selbsthilfe erfordert, dass die Europäer Trump in gutem Glauben begegnen, wenn er auf die echten und drängenden Probleme hinweist, die von Peking ausgehen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Europa hat seine Energieinfrastruktur und -versorgung von Lieferketten für grüne Technologien abhängig gemacht, die fast vollständig von China dominiert werden, weil sich Europa in dem Wunsch, seine Netto-Emissionen auf null zu senken, überstürzt von fossilen Brennstoffen abgewendet hat. Peking überschwemmt die europäischen Märkte gezielt mit billigen, subventionierten Gütern – unter anderem Solarpaneele und Elektrofahrzeuge –, die verhindern, dass europäische Unternehmen unter Marktbedingungen konkurrieren können. Auf diese Weise positioniert sich China als Alleinlieferant. Wenn es nicht zu einer politischen Kehrtwende kommt, wird die Kommunistische Partei Chinas, wie mein Kollege Peter Rough vom Hudson Institute festgestellt hat, weitere Möglichkeiten erhalten, sich in den elektronischen Systemen Europas festzusetzen, geistiges Eigentum zu stehlen und ihren Einfluss in einem Wirtschaftssektor zu festigen, der von chinesischem Kapital und Ressourcen abhängig ist.

Trump vertritt die Ansicht, dass wirtschaftliche und materielle Abhängigkeiten letztlich zu einer Erosion der politischen Autonomie führen. Dies hat er mit seiner „America First“-Politik und besonders mit seinem Vorstoß für eine größere Unabhängigkeit der US-Produktion deutlich gemacht. Aufbauend auf dieser Einsicht möchte er, dass Europa durch eine größere Unabhängigkeit in einer Vielzahl von Sektoren seinen Status als kompetenter und zuverlässiger Partner der USA zurückgewinnt. Nur dann wird der Westen insgesamt in der Lage sein, dem chinesischen

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Donald Trump ist längst nicht der erste US-Präsident, der die Europäer auffordert, Sicherheit und Verteidigung ernst zu nehmen: Trump bei seinem zweiten NATO-Gipfel in Brüssel, Juli 2018.*

Revisionismus zu widerstehen. Dieser Prozess kann, wie bereits erwähnt, mit einer erweiterten amerikanisch-europäischen Zusammenarbeit im Energiebereich beginnen, die Europa eine solide Grundlage für den Wiederaufbau seiner wirtschaftlich-industriellen Basis bieten und Chinas Einfluss auf europäische Entscheidungsprozesse mindern würde.

### **Politik der Stärke gegenüber Russland**

Viertens gilt, dass mit Blick auf die Ukraine zwar die Meinung vorherrscht, dass der neue US-Präsident eine „freundliche“ Beziehung zum russischen Präsidenten Wladimir Putin anstrebt. Seine bisherigen Aussagen sprechen jedoch eine andere Sprache. Als der designierte Präsident Trump kurz nach seiner Wiederwahl mit Putin telefonierte, um über den nicht endenden Krieg in der Ukraine zu sprechen, soll Trump den russischen Präsidenten vor

einer Eskalation des Krieges gewarnt und ihn an die bedeutende Militärpräsenz der USA in Europa erinnert haben. Der Kreml bestritt, dass ein solcher Austausch stattgefunden habe, was die Glaubwürdigkeit der ursprünglichen Berichterstattung noch unterstreicht.

Dieses Gespräch ist ein Beispiel dafür, dass die zweite Trump-Regierung, wie Trumps ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater Robert O'Brien feststellte, den Leitspruch „Frieden durch Stärke“ ernst nimmt. Kurz nach seinem Gespräch mit Putin traf Trump anlässlich der Wiedereröffnung der Kathedrale Notre-Dame in Paris mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zusammen. Bei diesem Treffen äußerte Trump die Hoffnung, die Ukraine als starkes Land aus dem Krieg hervorgehen zu sehen – als ein Land, dessen Sicherheit

von Europa garantiert und unterstützt werden sollte, möglicherweise durch die Stationierung europäischer Truppen. Darüber hinaus forderte er seine Amtskollegen auf, Druck auf Peking auszuüben, um Moskau zur Beendigung des Konflikts zu zwingen. Eventuell könnte Europa durch die Verhängung von Zöllen Anreize für China setzen.

Am Tag nach diesem Treffen rief Trump zu einem „sofortigen Waffenstillstand“ im russisch-ukrainischen Krieg auf und schrieb in den sozialen Medien, dass „Selenskyj und die Ukraine gerne eine Einigung erzielen und den Wahnsinn stoppen würden“. Im selben Posting auf TruthSocial suchte er auf Putin einzuwirken, indem er feststellte, dass „fast 600 000 russische Soldaten verwundet oder tot sind, in einem Krieg, der nie hätte beginnen dürfen und der ewig weitergehen könnte“.

Donald Trump gibt sich nicht damit zufrieden, russische Propaganda und Desinformation blind zu akzeptieren. Seine offensichtliche Bereitschaft, sich der

russischen Führung zu widersetzen, mit europäischen Akteuren über den Konflikt zu sprechen und sich für ein ausgehandeltes Ende des Krieges einzusetzen, steht im Widerspruch zu den Prognosen, die vor der Wahl abgegeben wurden, nach denen Trump bei seiner Rückkehr ins Weiße Haus die Ukraine und Europa sofort im Stich lassen würde. Bisher bemüht er sich, einen Prozess zur Beilegung des Krieges in Gang zu setzen.

### **Migration als gemeinsames Anliegen**

Es gibt natürlich noch mehr Themen, bei denen die Vereinigten Staaten und Europa in den kommenden Jahren zusammenarbeiten können. Trump wird offen sein für Gespräche darüber, wie das um sich greifende Übel des Antisemitismus in den USA und in Europa bekämpft werden kann.

Und es wird viele Gelegenheiten geben, die Probleme der Massenmigration und der illegalen Einwanderung zu erörtern, die beiden Seiten des Atlantiks weiter zu schaffen machen. Die über Jahrzehnte betriebene Entwicklungspolitik der USA und

*EU-Importe von russischem Flüssiggas, das nicht von Sanktionen betroffen ist, haben 2024 ein Allzeithoch erreicht. Nicht nur US-Präsident Donald Trump dürfte sich fragen, warum das so ist.*

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

Europas ist gescheitert. Sie hat nicht die Art von Gemeinschaften und Gesellschaften hervorgebracht, in denen Menschen bleiben wollen. Es lohnt sich nicht nur, diese Entwicklungsprioritäten und -ansätze ernsthaft zu überdenken, sondern es ist auch notwendig, ehrlich über das Problem der Migration zu sprechen, das erhebliche soziale und politische Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten und Europa hat und weiterhin haben wird.

Es muss einen transatlantischen Konsens darüber geben, dass es die Hauptverantwortung unserer Demokratien ist, die Stabilität des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gefüges unserer Nationen zu erhalten. Dies kann nicht durch offene Grenzen, Massenmigration oder das Wachstum des radikalen Islamismus überall in Europa geschehen. Da gemeinsame Werte ein wesentlicher Bestandteil der transatlantischen Beziehungen sind, ist dieser Punkt wichtig.

Die Herausforderungen und potenziellen Lösungen entfalten sich im Kontext von Trumps politischer Agenda „America First“. Trump selbst ebenso wie viele seiner Berater haben immer wieder gesagt, dass „America First“ nicht bedeutet, dass Amerika allein handelt. Es bedeutet, dass die US-Politik in erster Linie darauf ausgerichtet sein muss, die US-Interessen zu fördern, und dass Europa als kompetenter Partner mit den USA zusammenarbeitet.

Die europäischen Staaten müssen zeigen, dass sie verlässliche Verbündete sind, indem sie ihre Landesverteidigung stärken, ihre Energieinfrastruktur sichern, ihre wirtschaftliche Sicherheit schützen und für die Werte eintreten, die die Vereinigten Staaten und Europa verbinden.

Kurz gesagt: Die Europäer müssen beginnen, sich selbst ebenso viel abzuverlangen, wie sie von den Vereinigten Staaten fordern.

## *Die Europäer müssen sich ebenso viel abverlangen, wie sie von den Amerikanern einfordern*

Einige europäische Regierungen haben dies erkannt. Kurz nach Trumps Wiederwahl sagte die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zu den anderen europäischen Staats- und Regierungschefs: „Fragen Sie nicht, was die USA für Sie tun können, sondern was Europa für sich selbst tun sollte.“ Meloni riet Europa dazu, einen pragmatischen, konstruktiven und offenen Ansatz gegenüber der neuen Trump-Regierung zu pflegen und sich auf Bereiche potenzieller Zusammenarbeit zu konzentrieren.

In eine ähnliche Richtung zielte Macron mit dieser Mahnung vom November 2024: „Wir [in Europa] denken, dass wir unsere Geopolitik an die Vereinigten Staaten von Amerika delegieren sollten, dass wir unsere Wachstumsschulden an unsere chinesischen Wirtschaftspartner delegieren sollten, dass wir unsere technologische Innovation an die amerikanischen Hyper-Skalierer delegieren sollten. Das ist nicht die allerbeste Idee.“

Die Erneuerung der transatlantischen Beziehungen als politisches, wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Arrangement *auf Gegenseitigkeit* ist möglich. Um sicherzustellen, dass sich die Beziehungen in eine positive Richtung entwickeln, muss Europa zunächst die unzähligen Probleme, die den Kontinent plagen, erkennen und Schritte unternehmen, um sie zu lösen. In der Zusammenarbeit mit Washington eröffnen sich nun Chancen, diesen Problemen zu begegnen.

Aus dem Englischen von Bettina Vestring

IP

# Scheitert Europa? Zum ersten Mal ist ein Ende der EU ein realistisches Szenario. Die Substanz der Integration erodiert, zentrifugale Dynamiken verstärken den Zerfall. Eine Bestandsaufnahme.

Von Josef Janning

Die Malaise der europäischen Einigung liegt in ihrer Unfertigkeit. Ihr Organisationsgrad ist hoch, ihre Regelungsdichte in den Augen vieler noch höher, und ihr rechtlicher Besitzstand füllt viele tausend Seiten – und doch ist die Europäische Union ein Torso geblieben, dem wesentliche Instrumente zur Bewahrung von Wohlfahrt und Sicherheit der europäischen Völker fehlen. So ist der Binnenmarkt unvollendet; so fehlt ihm der gemeinsame Kapitalmarkt oder die volle Handelskompetenz für die EU. Es gibt keinen Binnenmarkt für Rüstungsgüter und kaum gemeinsame Beschaffung, keinen effektiven gemeinsamen Grenzschutz und keine gemeinsame Einwanderungspolitik, keine gemeinsame Verteidigungspolitik, ganz zu schweigen von integrierten Streitkräften.

Nach dem Ende der Teilung des Kontinents hat der EU-Magnetismus der Integrationsidee ungeahnte Schübe verliehen. Groß wurde gesprochen über das neue Europa, auch dann noch, als die auf den Vertrag von Maastricht folgenden Reformverträge entweder inhaltlich oder formal

scheiterten. Doch zunehmend weniger wurde groß gedacht und groß gehandelt. Die Feiertagsrhetorik europäischer Zusammenkünfte gibt es noch, aber diese bewegt kaum noch jemanden. Der Alltag europäischer Einigung folgt längst den Regeln situativen Politikmanagements, auch dann noch, wenn große Krisen das Gefüge auszuhebeln drohen. Finanz- und Staatsschuldenkrise 2008, Migrationskrise 2015, Corona-Pandemie 2020 – jede dieser Herausforderungen hat intensive Politikprozesse und zahlreiche Krisenentscheidungen ausgelöst, doch eine dauerhafte Verstärkung europäischer Handlungsfähigkeit, eine engere Union oder tiefere Integration wurden nicht erreicht, ja nicht einmal ernsthaft versucht. Ein Scheitern zu verhindern, war den Akteuren Erfolg genug. So trifft Europa der doppelte Umbruch seines Milieus absehbar unvorbereitet.

## Zusammenhalt oder Vereinzelung

Einerseits exponiert und verschärft Russlands geopolitische Wendung gegen Europa und den Westen das Problem euro-



**Josef Janning** ist Senior Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und einer der profiliertesten Experten für Angelegenheiten der Europäischen Union.

päischer Unfertigkeit. Es ist kein isolierter Vorgang, sondern Teil eines globalen Umbruchs: Der Vorrang der Macht vor dem Recht und die Verfolgung des Eigeninteresses zu Lasten des Interessenausgleichs überlagern das werte- und regelbasierte Ordnungskonzept der jüngeren internationalen Beziehungen. Rivalisierende Großstaaten mit überlegener militärischer Macht, Wirtschaftsleistung oder Ressourcenausstattung transformieren die Staatenwelt und deren Kooperations- und Allianzstrukturen.

Machtakteure bevorzugen bilaterale Beziehungen, die sie leichter dominieren können, anstelle multilateraler Prozesse. Die Rivalität mit anderen Mächten führt sie zu Nullsummenkalkülen. Die oft revisionistische Agenda dieser Mächte, die Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den größten unter ihnen, und der Eintritt der Vereinigten Staaten in diesen Kreis können Europas Einigung brechen. Zum ersten Mal seit den 1950er Jahren erscheint ein Scheitern und Zerfall der Europäischen Union als realistisches Szenario.

Andererseits hat sich über das zurückliegende Jahrzehnt die Balance zwischen Integration und Fragmentierung dramatisch verschoben, die John Lewis Gaddis bereits 1991 als die neue Dichotomie nach dem Ende der Blockkonfrontation erkannte. Gaddis erwartete Fragmentierung vor allem infolge von drei Triebkräften: zuerst und vor allem aus einem alt-neuen Nationalismus, in wirtschaftlicher Hinsicht aus neuem Protektionismus und kulturell aus

der Zuspitzung religiöser Unterschiede – heute würde man wohl breiter von identitären Bewegungen sprechen. Diese Kräfte beschreibt Gaddis als wesentlich älter als die der Integration, sodass er selbst im Augenblick des westlichen Triumphs letztere nicht für dauerhaft gesichert hält.

Heute haben Konzept, Momentum und Akzeptanz von Integration breit an Boden verloren, in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Vor diesem Hintergrund kann das institutionalisierte Europa auch von innen zerfallen, angesichts einer politischen Klasse, die nicht mehr weiß, wohin Europas Union führen soll, und angesichts europäischer Gesellschaften, welche die Konsequenz von kruder Machtpolitik und populistischem Nationalismus für ihren Zusammenhalt nicht wahrhaben wollen oder nicht verstehen.

Vor dem doppelten Risiko dieser Vereinzelung steht das vereinigte Europa heute. Zu keiner Zeit seit den 1950er Jahren war die zentrifugale Dynamik stärker und sichtbarer als in der gegenwärtigen Lage. Während Institutionen und Abläufe funktionieren wie gewohnt, erodiert die Substanz der Integration unter der Oberfläche. Fünf Veränderungen markieren den schleichenden Verfall.

### **1. Die fehlende Integrationsidee**

Über die verschiedenen Stufen ihrer Entwicklung war die europäische Integration nie ein Selbstläufer, sondern stets ein Aushandlungsprozess, in dem unterschiedliche Interessen und Zielvorstellungen zusammentrafen. Dabei wirkte die Vorstellung einer schrittweise fortschreitenden Gemeinschaftsbildung als Wegweiser. Dass die Verträge die „Finalität“ des Prozesses recht offen umschrieben, wurde so lange nicht zum Problemfall, wie die Optionen der Vollendung in der europapolitischen Debatte präsent blieben.

*Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde groß gesprochen über Europa. Groß gedacht oder gehandelt nicht*

Seit der Jahrhundertwende hat sich diese Präsenz zunehmend verdünnt. Joschka Fischers Rede vor der Humboldt-Universität vom Mai 2000 markiert den Schlusspunkt der Debatte in Deutschland. Spätestens mit dem Scheitern des Verfassungsvertrags von 2004 ist das in Artikel 1 der geltenden Verträge benannte Zielbild einer „immer engeren Union der Völker Europas“ aus der europäischen Politik verschwunden und taucht nur noch in Festakten, Preisverleihungen und Koalitionsverträgen auf.

Stattdessen regiert pragmatisches Politikmanagement, das ohne längerfristige Zielbilder auskommt. Die Ausnahme sind gelegentliche Grundsatzreden französischer Präsidenten, deren Wirkung jedoch

mangels Resonanz in der Sache gering bleibt. Es scheint, als habe die Europapolitik den Gedanken eines großen Schrittes nach vorn zu den Akten gelegt. Damit geht der Integrationspolitik ihre strategische Dimension verloren; mehr noch, ohne weiterreichende Zielvorstellungen können selbst die kleinen Schritte nicht mehr in ihrer vollen Bedeutung als Teile eines großen Weges verstanden und vermittelt werden.

## **2. Keine Gestaltungscoalitionen mehr**

Die Entwicklung der Europäischen Union ist nicht denkbar ohne längerfristig beständige Koalitionen unter Mitgliedstaaten. Nicht nur war das deutsch-französische Tandem unverzichtbar, sondern

*Das institutionalisierte Europa kann auch von innen zerfallen. Seine politische Klasse weiß nicht mehr, wohin die Union führen soll, seine Gesellschaften negieren die Folgen von Machtpolitik und Nationalismus.*

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

ebenso die Integrationsallianz der Benelux-Staaten und der Beitrag Italiens. Der Konsens der Gründerstaaten hat die Union in den Stufen ihrer Erweiterung begleitet, auch wenn nicht immer alle in allen Stufen beteiligt waren. Andere Staaten wie Spanien oder Polen kamen über die Zeit hinzu, Großbritannien und nordeuropäische Mitgliedstaaten nahmen aktiv an der Gestaltungscoalition Binnenmarkt teil.

In der XXL-EU heutiger Tage fehlen solche Koalitionen angesichts der stark gewachsenen Heterogenität der Interessen. Im Politikmanagement geht es vielmehr um Mehrheitskonstellationen, die situativ und je nach Dossier unterschiedliche Staaten zusammenführen können. Dabei dominiert das Nutzenkalkül. Es finden sich keine strategischen Gestaltungsgruppen mehr, sondern eher Vetokoalitionen, die bestimmte Entscheidungen oder Weichenstellungen zu verhindern suchen.

### 3. Das Konzept des Souveränismus

Gaddis hatte recht; der Nationalismus ist zurückgekehrt nach Europa – zunächst in einer konstruktiv wirkenden Variante als Betonung nationaler Identität. Sie vermochte Akzeptanz und Zusammenhalt in den Gesellschaften Ostmitteleuropas zu stiften angesichts der Wucht des Wandels hin zu Demokratie und Marktwirtschaft im früheren Ostblock mit seinen sozialen Verwerfungen. Schnell zeigten sich jedoch auch Brüche und Konflikte: in der Frage des Minderheitenschutzes in einer Reihe von Staaten und massiv in den Desintegrationskonflikten und Kriegen des ehemaligen Jugoslawien.

Die darin liegende Tendenz zur Fragmentierung blieb jedoch begrenzt, da für alle der zu nationaler Selbstbestimmung gelangten Staaten der Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO an der Spitze ihrer außenpolitischen Agenda stand. Im

Alltag der Mitgliedschaft, vor allem aber in den Verteilungskonflikten und Krisen, wurden die Folgen supranationaler Politikverflechtung spürbarer. Rechtsnationale Strömungen und Parteien gewannen an Gewicht in vielen der zuletzt beigetretenen Staaten im Osten und Norden Europas, aber auch in „alten“ Mitgliedstaaten wie Frankreich mit dem Rassemblement National, Deutschland mit der AfD, den Niederlanden oder Italien.

Gemeinsam ist diesen Parteien die Betonung nationaler Souveränität, das Streben nach Bewahrung von bzw. Rückkehr zur Einstimmigkeit und das Postulat des Vorrangs nationalen Rechts vor dem europäischen Recht. Das Programm des Souveränismus ist die Dekonstruktion der Europäischen Union zu einer freiwilligen Zusammenarbeit unabhängiger Staaten mit eigenen Grenzen, eigenen Institutionen und eigener Währung.

### 4. Populistisch verstärktes Unbehagen

Die Resonanz nationalistischer Parteien in Europa lässt sich schwerlich aus der Stringenz ihrer Argumentation oder der Attraktivität ihrer Alternativen erklären. Viele Menschen in Europa artikulieren in den Befragungen des Eurobarometer weiterhin positive Einstellungen zur EU, seit einer Schwächephase um 2011/12 herum sogar mit deutlich steigenden Werten – erstaunlich angesichts der erheblichen Zunahme europakritischer Stimmen in der öffentlichen Debatte. Dies mag Indiz für eine zunehmende Polarisierung innerhalb europäischer Gesellschaften sein, weist möglicherweise aber auf Kontingenzerfahrungen vieler Menschen hin, in Reaktion auf die enorme Zunahme von wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Integration im globalen Maßstab.

Die Entgrenzung von Wirtschaft in der Globalisierung von Lieferketten und

Produktionsstandorten, die Entgrenzung von Gesellschaft durch globale Kulturindustrie, Mobilität und Digitalität sowie die Entgrenzung des Staates durch supranationale Verflechtung und global agierende Politik haben nicht nur neuen Wohlstand und neue Möglichkeiten geschaffen, sondern auch Vertrauensverluste, Ängste und Sinnkrisen ausgelöst. Integration evoziert ihr Gegenteil, so scheint es, forciert Begriffe wie Heimat, Nation oder Religion als den nichtmateriellen Kategorien der Selbstbeschreibung, die Beständigkeit, Zugehörigkeit und Abgrenzung versprechen. „Take Back Control“ – dieser Slogan aus der Brexit-Kampagne bringt das Unbehagen an der Entgrenzung auf den Punkt.

Es gehört zur Ironie der Integrationsgeschichte, dass die EU in den Augen vieler Menschen heute zum Teil des Problems geworden ist, wo sie Lösung sein sollte, konzipiert als Schutzraum, der einer kleinräumigen, oft dysfunktionalen Staatenwelt Europas ein Überleben in Wohlstand und Sicherheit erlauben sollte.

### 5. Die USA ohne europäische Rolle

Politik und Rolle der Vereinigten Staaten waren mitentscheidend für den Aufbau Europas. Die Bereitstellung der Mittel aus dem Marshall-Plan knüpften die USA an die Bedingung der Zusammenarbeit der Empfängerstaaten, und sie waren seit Gründung der NATO unbestrittene Führungsmacht und Sicherheitsgarant der Europäer. Die intergouvernementale Struktur der Allianz entsprach den Präferenzen der amerikanischen Außenpolitik mehr als die sich entwickelnden supranationalen Elemente der heutigen Europäischen Union.

Washingtons Verhältnis zum „other place“ in Brüssel blieb ambivalent. Die Abgabe von Souveränität an gemeinsame

Institutionen und die daraus entstehende Verhandlungsmacht der Europäer führte bereits in den 1960er Jahren zu ersten Handelskonflikten. Auch die Frage der Lastenteilung in der NATO im Sinne einer Entlastung der USA begleitet die transatlantischen Beziehungen seit Jahrzehnten. Das strategische Interesse der Vereinigten Staaten an einem stabilen, prosperierenden und kooperativen Europa überwog jedoch eindeutig.

### *Politische Gebilde können institutionell weiter bestehen, ihre Bedeutung und Bindekraft aber verlieren*

Die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus ändert alles. Mit ihm beschleunigt sich der Konstellationswandel in den transatlantischen Beziehungen rasant. Für Trump ist die EU ein Instrument der Europäer zur wirtschaftlichen Übervorteilung der USA, die Größe und Organisation des EU-Binnenmarkts eine Waffe vor allem in den Händen exportstarker Mitgliedstaaten wie Deutschland. Die EU-Institutionen erschweren den transaktionalen Charakter seiner Politik. Das Trump-Lager hat schon den Brexit gefeiert und unterstützt die EU-kritischen Parteien und Regierungen in Europa. Dass Europas Nationalisten häufig stark antiamerikanische Ressentiments pflegen, scheint den Trumpisten zweitrangig zu sein gegenüber der Chance einer Spaltung der EU.

Um diese Gemeinschaft aufzubrechen, dürfte die Trump-Administration gefügige Staaten mit Ausnahmen im Handelskrieg belohnen und zugleich das Sicherheitsdilemma der Europäer verschärfen wollen. Angesichts der deutlich gewachsenen

Verteidigungsausgaben hat Trump bereits die Zielmarke auf 5 Prozent des Sozialprodukts angehoben, wobei er diese Ausgaben als Schulden der Europäer gegenüber den Vereinigten Staaten sieht. Aus seiner Sicht wären die vor allem durch Waffenkäufe in den USA im großen Stil abzutragen. Kommt es daneben zu der von ihm angekündigten raschen Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine auf der Basis des heutigen Status quo, dürften die Bedrohungsvorstellungen in Ostmitteleuropa stark steigen – Trump hätte sie in der Hand. Schutz gegen Geld, Rabatt gegen politische Gefolgschaft – dies trüge nicht nur neue Konflikte in die Beratungen der EU, sondern veränderte zugleich den Charakter der militärischen Allianz. In seinem Ausblick auf die kommenden Jahre hat Thomas Kleine-Brockhoff diese Staaten kürzlich als Camp der „Anpasser“ charakterisiert und neben der Ostflanke auch Deutschland hinzugezählt (*IP* 1/2025, „Wie umgehen mit einem Bully?“). Akzeptieren sie diese Rolle, wird ihre Schwäche zur Achillesferse der EU.

### **Kann die EU das Jahr 2040 erleben?**

Es steht also nicht gut um die Zukunft der Europäischen Union, und dies nicht nur aufgrund der Renaissance von Großmachtspolitik, De-Globalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung. Brüssel sei das neue Moskau, lautet eine der Sottisen des ungarischen Premiers Viktor Orbán, die von vielen seiner souveränistischen Gesinnungsfreunde geteilt wird. Orbán spielt damit sowohl auf die von ihm behauptete Unterdrückung nationaler Hauptstädte durch die EU-Institutionen als auch auf das Schicksal der Sowjetunion an. Die Rede vom neuen Moskau erinnert an den berühmten Essay von Andrei Amalrik und dessen These, die UdSSR werde an ihrer inneren Erstarrung

im Krieg gegen einen äußeren Gegner (hier: China) zugrunde gehen.

Kann es ein Europa überleben, von maßgeblichen Akteuren derart missverstanden und verunglimpft zu werden? Offensichtlich ist die europäische Integration fragiler als von vielen erwartet; auch eine so konsolidierte und verfasste Struktur kann zerfallen, wenn sie die Bedürfnisse, Interessen und Ambitionen ihrer Mitglieder nicht mehr erfüllt. Politische Gebilde brechen jedoch nur selten so spektakulär zusammen wie die Sowjetunion, erst recht nicht, wenn sie auf freigeschlossenen Verträgen, Schranken und zahlreichen Beteiligungsformen sowie demokratischer Kontrolle beruhen. Zwar können sie institutionell weiter bestehen, ihre Bedeutung und Bindekraft aber verlieren; sie können weder Weiterentwicklung erfahren noch Handlungsfähigkeit bewahren – bis sie eines Tages vollständig obsolet geworden sind und nur der Ewigkeitscharakter ihrer Rechtsgrundlagen ein Verschwinden verhindert.

Viktor Orbán allein kann die EU nicht sprengen, doch die Beteiligung rechtsnationaler Parteien an immer mehr Regierungen in der EU könnte dies auslösen, wenn sie – wie Polen und Ungarn vorgemacht haben – die Gewaltenteilung und Grundfreiheiten in ihren Ländern beschneiden, wenn sie wie einige EU-Staaten europäisches Recht und Mehrheitsentscheidungen im Rat nicht mehr umsetzen oder durch nationale Alleingänge unterlaufen. Die Einwanderungs- und Asylpolitik der vergangenen Jahre hat dazu einige Anschauung vermittelt. Das Ringen um außenpolitische Geschlossenheit liefert weitere Beispiele der Zerbrechlichkeit. Wenn diese Tendenzen die erste Säule der EU erreichen – den Binnenmarkt und die gemeinsame Währung –, dann zerreißt die Union in einer Fülle von Mehrebenen-

konflikten zwischen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten sowie unter ihnen selbst. Gemeinsam geschaffener Wohlstand und gemeinsame Sicherheit gehen verloren.

Scheitert der strukturierte Interessenausgleich, wird die Durchsetzung nationaler Interessen Vertrauen und Zusammenarbeit zerstören, und das Machtgefälle unter den europäischen Staaten wird neue Gräben aufreißen. Zerbricht die Solidarität innerhalb der EU, wird auch die Solidarität innerhalb der NATO nicht halten. Im Blick auf die großen und mittleren Mächte der Weltpolitik verzweigt Europa im Gestrüpp seiner Anbiederungsversuche. Ein Kontinent der „First-entümer“ wird keinesfalls die Antwort auf Trumps „America First“ sein können.

Dass dieses Szenario, wenngleich möglich, doch nicht hochwahrscheinlich erscheint, ist allein der inhärenten Balance einer multiplen Akteurskonstellation zu verdanken, die plötzliche Ausschläge abpuffern kann und Momentum in den Längen der Prozesse verebben lässt. Dies sollte allerdings niemanden über die Risiken für Integrität und Zusammenhalt täuschen, vor denen die Europäer stehen. Europas Ende kommt schleichend.

### **Wege aus der Erosion**

Die Europapolitik muss aufhören mit dem taktischen Geplänkel. Die EU steckt heute in einer „Politikentflechtungsfalle“ (der Begriff modifiziert die von Fritz W. Scharpf geprägte Analyse, die das Unbehagen an der EU-Politik mit dem Begriff der „Politikverflechtungsfalle“ erklärt), da die Mitgliedstaaten in Krisenfällen – etwa in der Asylfrage – nationale Alleingänge unternehmen, um europäische Lösungen zu erzwingen, diese Lösungen von anderen blockiert oder national nicht umgesetzt werden, was wiederum dritte, integrationswillige Mitglieder zu nationalen Al-

leingängen provoziert. Aus Angst vor einer Spaltung dann weitere Integrations Schritte, eine Vertiefung der EU zu vermeiden, hat zu mehr Fragmentierung durch den Aufstieg des Souveränismus geführt.

Europa benötigt vielmehr neue Integrationsimpulse, weil die Handlungsfähigkeit der Europäer immer stärker hinter dem Handlungsbedarf zurückbleibt. Die EU braucht einen Aufbruch zur politischen Union, braucht strategisches Denken. Eine Weiterentwicklung muss die Klärung und Abgrenzung der Zuständigkeit ebenso umfassen wie die Effektivierung der Verfahren über Mehrheitsentscheidungen. Vor allem in der Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, in der inneren Sicherheit und dem Gesamtbereich der Zuwanderung sowie in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist „Mehr Europa“ nötig.

## *Die EU braucht einen Aufbruch zur politischen Union, sie braucht strategisches Denken*

Dies schließt die Frage einer gemeinsamen Verteidigung ein. Sie auszuschließen mit dem Argument, dies könne die Garantrolle der Vereinigten Staaten infrage stellen, überzeugt nicht mehr, denn heute zeigt sich, dass das Nichthandeln der Europäer die Bündnissolidarität der USA gefährdet. Die zur gemeinsamen Verteidigung bereiten europäischen Regierungen sollten vorangehen mit einem gemeinsamen strategischen Konzept, gemeinsamer Beschaffung auf einem gemeinsamen Markt und gemeinsamen Streitkräften an der Ostflanke, wo die Gefahr einer Verletzung der territorialen, politischen

und wirtschaftlichen Integrität am größten ist. Dass sie auch in der NATO gemeinsam agieren, liegt auf der Hand.

Das Vorgehen einer Staatengruppe wäre auch für die innere Sicherheit des Raumes ohne Binnengrenzen zu kalkulieren. So wie das Schengener Abkommen eine Vereinbarung von zunächst fünf Staaten war, die außerhalb aber in Bezug auf die Verträge eine Lösung fanden, können Blockaden und Stillstand auch in anderen Bereichen überwunden werden.

### **Eine neue Europapolitik**

Die Stärkung Europas entlang solcher Linien kann nur durch handlungswillige und hinreichend stabile Koalitionen europäischer Staaten herbeigeführt werden. Sie müssen eine neue Sprache finden für die Herausforderungen an Europa, ihre Ziele und Strategien, da die alten Chiffren weder Aufmerksamkeit noch Zustimmung finden. Die politische Kommunikation muss aufhören mit dem „over-selling“ und „under-performing“ in der Europapolitik.

Vieles, wenn nicht alles hängt dabei von Deutschland ab. Wie die deutsche Politik die Lage Europas liest und welche Schlussfolgerungen sie zieht, entscheidet über die Perspektive jeder Gestaltungskoalition zu den genannten Bereichen. Alle sehen das, nur die deutsche Politik nicht, eingemauert hinter ihren roten Linien. Andere Staaten wie Frankreich oder Polen sind ebenfalls wesentlich für ein strategisches Europa, doch ohne Deutschland kommt hinreichendes Gewicht kaum zustande. Bleibt Deutschland integrationspolitisch passiv wie bisher, lehnt die Bundesregierung variables Vorgehen weiter ab, dann bleiben auch andere Akteure im Wartestand. Ein unentschlossenes Deutschland lähmt Europa. Wenn die Einigung Europas zerfällt, wird die

Bundesrepublik Deutschland Hauptleidtragender und Sündenbock zugleich sein.

Ein handlungsfähiges Europa liegt im vitalen Interesse des Landes. Wer immer die nächste Bundesregierung bildet, darf sich nicht mit Allgemeinplätzen und diffusen Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag begnügen. So wie Europa ein strategisches Konzept seiner Weiterentwicklung braucht, so benötigt die deutsche Politik eine außen-, sicherheits- und europapolitische Strategie. Sie kann sich in der Zielformulierung bei Frankreichs Präsident Macron bedienen, doch sie muss selbst die operativen Schritte und die eigenen Beiträge benennen. Eine nationale Europastrategie muss Angebote zur Partnerschaft und Koalitionsbildung unterbreiten. Deutschland muss das Risiko einer Zurückweisung eingehen und Alternativen planen. Ein „Direktorium“ weniger großer Staaten wird nicht genug Gewicht besitzen; es müssen weitere Mitgliedstaaten aus unterschiedlichen Räumen der EU zur Mitwirkung gewonnen werden.

Die Abstinenz des Auswärtigen Amtes in den Grundsatzfragen der Europapolitik muss überwunden werden. Wo sonst könnte konsequenter und kompetenter an Strategiebausteinen und Partnerschaften gearbeitet werden? Deutschland braucht einen Nationalen Rat für Europastrategie viel mehr als einen Nationalen Sicherheitsrat beim Bundeskanzler. Eine neue Europapolitik benötigt das strategische Zusammenwirken der Schlüsselressorts Kanzleramt, Auswärtiges Amt, Verteidigungs-, Innen-, Finanz- und Wirtschaftsministerium.

Es genügt nicht, eine neue Europapolitik zu wollen; sie muss gemacht werden. Zu oft bestimmte das Regierungshandeln die Hoffnung, es werde nicht so schlimm kommen. Diese Zeiten sind vorbei. Es kommt schlimmer. **IP**

# Demokratische Integrität stärken „Europa, du bist dran!“ gilt auch im Kampf gegen strategische Korruption. Dabei wird die Positionierung gegenüber Washington zu einer entscheidenden Herausforderung.

Von Christoph Kowalewski und Bertram Lang



**Christoph Kowalewski**  
ist Mitglied im  
Führungskreis  
von Transparency  
International  
Deutschland e.V.



**Dr. Bertram Lang**  
ist Mitglied im  
Führungskreis  
von Transparency  
International  
Deutschland.

„Europa, du bist dran!“ Unter diesem Titel widmete sich die *Internationale Politik* Anfang 2025 den Folgen des radikalen Richtungswechsels amerikanischer Außenpolitik in der zweiten Trump-Präsidentschaft für Deutschland und Europa. Ein bislang unbeachteter Aspekt ist, dass auch im Bereich der Korruptionsbekämpfung eine Kehrtwende zu erwarten ist – mit weitreichenden Auswirkungen für die Zukunft demokratischer Gesellschaften.

## Sicherheit und institutionelle Qualität

Über Jahrzehnte wurde Korruption auf internationaler Ebene primär als Entwicklungshemmnis und als Problem ärmerer Länder mit schlechter Regierungsführung betrachtet. Auch die oligarchischen und kleptokratischen Strukturen, mit denen autoritäre Herrscher wie Wladimir Putin, Nursultan Nasarbajew oder Ramsan Kadyrow im postsowjetischen Raum ihre Macht zementierten, wurden lange unter dem Gesichtspunkt der Plünderung wertvoller Ressourcen oder der Machtsicherung nach innen betrachtet.

Dabei wurde ignoriert, wie die unter tatkräftiger Mithilfe westlicher Banken und von Intermediären gewaschenen und ins globale Finanzsystem eingeschleusten gestohlenen Vermögenswerte zu gewaltigen Schattenbudgets insbesondere der russischen Außenpolitik avancierten, die im Sinne „strategischer Korruption“ wiederum weltweit für verdeckte Operationen eingesetzt werden können.

Transparency International Deutschland definiert strategische Korruption als den „Einsatz korrumpierender Mittel durch einen Staat, um direkt oder indirekt die politische Willensbildung in einem anderen Staat zum eigenen Vorteil zu beeinflussen“. Anders als im Kontext hybrider Kriegsführung oft angenommen wird, können westliche Staaten mit Blick auf strategische Korruption keineswegs nur als Opfer ausländischer Angriffe betrachtet werden. Korrupte Beziehungen setzen ein Einverständnis zwischen den involvierten Akteuren voraus und funktionieren gerade im transnationalen Kontext meist über professionelle Intermediäre und hochkomplexe Netzwerke.

Im Vereinigten Königreich hat sich der Begriff „Londongrad“ eingeprägt, um das Konglomerat aus Finanz-, Rechts- und Immobilienfirmen zu bezeichnen, das es mit maßgeschneiderten Dienstleistungen postkommunistischen Eliten ermöglicht, illegal erworbene Vermögen zu verstecken, zu legalisieren und sicher in westliche Märkte zu transferieren. Milliarden derart gewaschener Gelder bieten ungeahnte Möglichkeiten für die Beeinflussung und Unterwanderung politischer Prozesse und die Schaffung asymmetrischer Abhängigkeiten – sei es durch gezielte Wahlkampfunterstützung, Drehtüreffekte, über lukrative Beratungsaufträge oder stille Unternehmensbeteiligungen.

Erst der umfassende russische Angriffskrieg auf die Ukraine lenkte in Europa Aufmerksamkeit auf dieses Thema. Die Anfälligkeit europäischer Demokratien für strategische Korruption wusste in der Vergangenheit aber längst nicht nur Russland auszunutzen. Belgische Behörden arbeiten immer noch an der Aufarbeitung der hochrangigen „Katargate“-Affäre im Europäischen Parlament.

In Deutschland müssen sich in der Aserbaidschan-Affäre seit Januar zwei ehemalige Unionspolitiker wegen mutmaßlicher Bestechlichkeit vor dem Oberlandesgericht München verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, hohe Geldsummen aus Baku angenommen zu haben, um das autoritär geführte Land vor internationaler Kritik an Menschenrechtsverletzungen

*In Deutschland fehlt es  
an einem Risikoverständnis  
für die Bedrohung durch  
strategische Korruption*

und Demokratiedefiziten zu schützen. In Frankreich läuft unterdessen ein weiteres Verfahren gegen Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, der sich mutmaßlich seinen Wahlkampf 2007 vom libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi mit Millionenbeträgen aus Staatskassen Libyens finanzieren ließ: im Gegenzug für diplomatische Rehabilitierung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und juristische Gefälligkeiten.

### **US-Regierung: vom Vorbild ...**

Seit 2020 war es die von Demokraten geführte US-Regierung, die unter dem Eindruck der ersten Trump-Präsidentschaft den Kampf gegen transnationale Korruption hoch auf die Agenda setzte: Aufbauend auf der „US Strategy on Countering Corruption“ von 2021 wurde 2022 die Bedrohung durch „weaponized corruption“ in die Nationale Sicherheitsstrategie aufgenommen. Im Nationalen Sicherheitsrat und im State Department wurden personelle Ressourcen für Koordination und Umsetzung bereitgestellt. Auch war die US-Regierung stets hochrangig auf internationalen Anti-Korruptionskonferenzen vertreten und machte Korruptionsbekämpfung zu einer Priorität der internationalen Zusammenarbeit.

Dagegen fehlt es in Deutschland weiterhin an einem Risikoverständnis, das der Bedrohung durch strategische Korruption gerecht werden würde. Diese wurde weder in der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2023 anerkannt noch findet sie Erwähnung in der Liste hybrider Bedrohungen des Bundesministeriums des Innern und für Heimat.

### **... zum Nutznießer von Korruption**

Infolge der Rückkehr Donald Trumps und der noch viel umfassenderen Machtfülle seiner zunehmend autoritär geführten Partei wird die Situation eine gänzlich andere

sein. Neben systematischen Angriffen autokratischer Staaten auf demokratische Prozesse und Infrastruktur muss sich Europa der Realität stellen, dass die US-Regierung nicht nur ihre Führungsrolle bei Gegenmaßnahmen aufgibt, sondern selbst Korruption als Mittel der Interessendurchsetzung normalisiert und grundlegende Integritätsstandards wie die Trennung öffentlicher und privater Interessen auflöst.

### *Oligarchische „tech bros“ des Silicon Valley und superreiche Mitglieder im Mar-a-Lago-Club erkaufen sich exklusiven Zugang zum Präsidenten und zu seinem Umfeld*

Aus Trumps erster Amtszeit lassen sich klare Risikoprofile ableiten. Gravierende ökonomische Interessenkonflikte wurden nicht nur in Kauf genommen, sondern vom Trump-Clan im Sinne eines konsequent transaktionalen Ansatzes in der Außenpolitik aktiv zum Geschäftsfeld ausgebaut: von der inzwischen gerichtlich bestätigten Wäsche russischer Gelder zur Beeinflussung der Präsidentschaftswahlen 2016 durch Vertraute des Trump-Anwalts Rudy Giuliani über die Verquickung außenpolitischer und privatgeschäftlicher Fragen in den Beziehungen zu Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten bis hin zu den von Global Witness aufgedeckten Verstrickungen des Trump Ocean Club in Narco-Geschäfte und Geldwäsche in Panama. Auch der NATO-Verbündete Türkei nutzte im großen Stil verdeckte (aber vermutlich aufgrund

laxer Bestimmungen legale) Zahlungen an Trump-Verbündete über Lobby-Agenturen, um den eigenen Einfluss in Washington systematisch auszubauen.

Verstärkt und enthemmt werden die privat-öffentlichen Verquickungen und Interessenkonflikte in Trumps zweiter Amtszeit durch den inzwischen als „Broligarchy“ bezeichneten zunehmenden Oligarchenstatus der sogenannten „tech bros“ des Silicon Valley. Auch der Aufstieg von Mar-a-Lago zum faktischen Zweitregierungssitz ging nicht umsonst mit einer weiteren massiven Anhebung der bereits exorbitanten Mitgliedsbeiträge des Clubs einher: Inzwischen können sich gut betuchte Spenderinnen und Mittelsmänner für Beiträge von bis zu einer Million Dollar exklusiven und weitgehend unkontrollierten Zugang zum Präsidenten und zu seinem Umfeld kaufen – paradiesische Zustände für diskrete Einflussmakler aus dem In- und Ausland.

### **Bedrohung für Europa**

Im durch Trumps Sieg weiter beflügelten politischen Vorfeld sind Protagonisten der MAGA-Bewegung schon seit Jahren eng mit europäischen rechtsextremen Kräften vernetzt und fördern diese auch finanziell. Diese immer engere politische Symbiose reicht von Ungarn und Orbáns Bündnis mit der einflussreichen Heritage Foundation über Italiens postfaschistische Meloni-Regierung bis zur umfangreichen Kooperation der französischen radikalen Rechten mit Organisationen der Alt-Right-Bewegung.

Diese transnationalen Netzwerke bergen die Gefahr, autoritäre Strömungen und demokratiefeindliche Narrative in Europa weiter zu stärken und im Interesse der Trump-Regierung die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Europäischen Union massiv zu schwächen.

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Elon Musks Einmischung in den Bundestagswahlkampf wirkte noch hölzern und uninformiert, lässt aber vorausahnen, wie aggressiv die US-Unterstützung für rechtsextreme Kräfte in Europa ausfallen dürfte.*

Die prominente Einmischung von Trumps wichtigstem Wahlkampfspender Elon Musk zugunsten rechtsradikaler Kräfte in verschiedenen europäischen Ländern baut somit auf bestehenden Netzwerken auf, hebt diese aber finanziell auf eine neue Ebene. Musks öffentliche Einmischung in den Bundestagswahlkampf wirkte zwar noch hölzern und uninformiert, lässt aber vorausahnen, wie aktiv und aggressiv die Unterstützung aus den USA für rechtsextreme und antidemokratische Kräfte in Europa ausfallen dürfte.

Für die Risikoanalyse von staatlichen Institutionen, die den fairen Wettbewerb aller Parteien sicherstellen müssen, ergeben sich aus Musks massiver Wahlkampffinanzierung für Trump – in für europäische Verhältnisse bislang unvorstellbaren Dimensionen von über 250 Millionen Dollar – Szenarien für bevorstehende Kampagnen. Zusätzlich zu seiner Ankündigung, 100 Millionen Dollar für die rechtspopulistische britische Partei Reform UK spenden zu wollen, hat Musk bereits in jüngerer Vergangenheit seine Bereitschaft

demonstriert, auf „kreative“ Maßnahmen der politischen Einflussnahme zurückzugreifen und dabei rechtliche Grauzonen auszutesten, wie die Auslobung einer millionenschweren Lotterie für neu registrierte republikanische Wählerinnen und Wähler eindrucksvoll zeigte.

Theoretisch sind der direkten finanziellen Einflussnahme in Deutschland durch das jüngst novellierte Parteiengesetz Grenzen gesetzt: So sind insbesondere Spenden durch Nicht-EU-Bürger auf 1000 Euro limitiert. Darunter fallen explizit auch geldwerte Vorteile wie Dienstleistungen, die unter normalen Umständen teuer zu bezahlen wären. Ob die Bereitstellung einer exklusiven globalen Bühne, wie sie Alice Weidel am 9. Januar bei einem „Live-Talk“ auf Musks Plattform X geboten wurde, bereits eine unzulässige Parteienfinanzierung in Form von Wahlkampfunterstützung nach § 27a PartG darstellt, prüft zum Redaktionsschluss noch die Bundestagsverwaltung.

Einem „Innovator“ wie Musk wird es aber nicht an Ideen und Mitteln fehlen,

diese juristischen Grenzen zu umgehen oder auszutesten. Mit Tesla verfügt er bereits über eine bestehende Unternehmensinfrastruktur auf deutschem Rechtsgebiet. Notwendig wäre daher mindestens eine allgemeine Höchstgrenze für Parteispenden – ein Parteispendendeckel, wie er in vielen EU-Staaten, z.B. in Frankreich oder Spanien, längst selbstverständlich und aus Gründen der gerechteren demokratischen Teilhabe ohnehin überfällig ist.

Die Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten bei der Finanzierung der AfD und neuer Parteien wie BSW und WerteUnion kann dabei nicht Selbstzweck, sondern nur Anlass für umfassendere Reformen sein, mit denen die etablierten demokratischen Parteien auch ihrer eigenen Verantwortung gerecht werden und Gesetzeslücken bei Parteienfinanzierung und politischer Einflussnahme schließen. Weitere präventive Maßnahmen wären die Senkung der Anzeigeschwellen und -fristen für Parteispenden sowie eine höhere Transparenz bei Nebeneinkünften von Abgeordneten und ihren Anschlussstätigkeiten.

### **Eine positive Agenda**

Die neue Weltlage erfordert einerseits entschiedene Reformen zum Schutz demokratischer Systeme in Europa und andererseits eine deutsche und europäische Führungsrolle im Kampf gegen strategische Korruption und internationale Geldwäsche, etwa im Rahmen der G7 und G20. Außerdem sollte die Staatengruppe gegen Korruption des Europarats aufgewertet

und die Kooperation mit der OECD gestärkt werden. Da gerade in Deutschland jenseits prominenter Einzelfälle politischer Einflussnahme viel zu wenig Informationen vorliegen, wäre die Einrichtung einer Enquetekommission durch den neuen Bundestag ein wichtiger Schritt, um parteiübergreifend vergangene Fälle aufzuklären und Anfälligkeiten und Schwachstellen für die externe Unterwanderung demokratischer Entscheidungsprozesse zu identifizieren sowie risikobasierte Handlungsempfehlungen vorzuschlagen.

Eine Koordinierungsstelle im Kanzleramt könnte die Entwicklung einer nationalen Anti-Korruptionsstrategie vorantreiben und sicherstellen, dass diese institutionell verankert wird. Politische Integritätsstandards und der Kampf gegen Geldwäsche sollten als wesentliche Bestandteile der Prävention hybrider Kriegsführung priorisiert werden. Insbesondere Behörden mit sicherheitspolitischer Verantwortung benötigen Ressourcen und klare Verantwortlichkeiten bei der Umsetzung. Öffentliche Konsultationen, wie sie etwa bei der Ausarbeitung eines „Dekleptification Guide“ 2022 in den USA stattfanden, können dabei Know-how sichern und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, Zivilgesellschaft und internationalen Partnern fördern.

Die demokratischen Parteien müssen strategischer Korruption und den Angriffen auf liberaldemokratische Institutionen nicht nur reaktiv, sondern auch durch eine systematische Stärkung von Normen der Transparenz und Integrität trotzen. Nur so können gleichzeitig Strategien der verdeckten Einflussnahme entkräftet und die Legitimität demokratischer Systeme gestärkt werden, um den vielfältigen (neo)autoritären Bedrohungen wirksam zu begegnen.

Der vorliegende Text gibt die Meinung der Autoren wieder.

IP

*Nicht nur reagieren: Demokratische Parteien müssen Transparenz und Integrität systematisch stärken*

# Erdoğan's lange Wunschliste in Syrien

Auf dem Weg zur Führungsmacht im Nahen Osten will die Türkei ihr Nachbarland nach eigenen Vorstellungen umbauen – und droht sich dabei zu verheben.

Von Günter Seufert

Der Sturz des Regimes in Damaskus hat in der Türkei einen wahren Siegestaumel ausgelöst. Syrische Flüchtlinge, die sich nach pogromartigen Überfällen nationalistischer Türken in den vorhergegangenen Monaten nicht mehr auf die Straße getraut hatten, konnten den Sturz Baschar al-Assads ausgelassen feiern. Regierungsnahe Zeitungen füllten ihre Titelseiten mit Bildern jubelnder Syrer im ganzen Land. Wegen der hohen Flüchtlingszahlen hatte die türkische Opposition die Syrien-Politik der Regierung jahrelang scharf kritisiert. Nun kanzelt Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Oppositionspolitiker ab: „Begreift ihr jetzt, weshalb wir in Syrien sind?“

Doch nicht nur Erdoğan schreibt seinem Land eine zentrale Rolle im syrischen Machtwechsel zu. Der Chef des türkischen Geheimdiensts, İbrahim Kalın, besuchte als erster hoher Vertreter einer ausländischen Regierung Damaskus. Syriens neuer Machthaber Ahmad al-Scharaa chauffierte ihn persönlich zur historischen Umayyaden-Moschee, damit er dort sein Gebet verrichten konnte.

In Ankara rechtfertigte Erdoğan indes nicht nur das türkische Engagement in Syrien, sondern auch das in Libyen und Somalia. „So wie in Syrien verweist alles, was in letzter Zeit in unserer Region passiert, auf uns“, verkündete er nach dem Fall Assads in seinem Palast. Es sei das Schicksal der Türkei, Führungsnation zu werden. „Die (wahre) Türkei ist größer als die (heutige) Türkei“, sagte Erdoğan und forderte seine Nation auf, über die eigenen Landesgrenzen hinauszudenken.

Aus dieser Position der gefühlten Stärke heraus betrachtet die Türkei den Sturz Assads nur als Zwischenschritt, denn: Ankaras politische und wirtschaftliche Ziele gehen weit darüber hinaus – nicht nur in Syrien, sondern in der gesamten Region. Die Wunschliste ist denkbar lang. Sie enthält auch Punkte, die sich gegenseitig widersprechen. Zudem birgt die Fülle an Zielen die Gefahr, dass sich die Türkei einmal mehr ordentlich verhebt.

## **Priorität: Kurdenfrage in Nordsyrien**

Ganz oben auf der Liste Ankaras steht der Wunsch, die kurdische Selbstverwaltung



**Dr. Günter Seufert** ist Wissenschaftler, freier Journalist und Buchautor. Zuvor hat er u.a. für die SWP, das Orient-Institut Istanbul und als Autor für die ZEIT gearbeitet.

in Nordsyrien auszulöschen. Dort ist die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) die bestimmende Kraft. Ihre Miliz, die Volksverteidigungseinheiten (YPG), bildet das Rückgrat der sogenannten Syrian Democratic Forces (SDF). Zu den SDF gehören auch arabische sowie christliche Truppen assyrischer und armenischer Konfession. 2014 sind die USA den syrischen Kurden bei der Verteidigung der Stadt Kobane gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) beigesprungen. Seitdem baut Washington die SDF durch Ausbildung und Bewaffnung zu Bodentruppen der internationalen Koalition gegen den IS aus.

### *Ganz oben auf der Prioritätenliste Ankaras steht der Wunsch, die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien auszulöschen*

Geburtshelfer von PYD und YPG war Anfang der 2000er Jahre jedoch die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die seit über 40 Jahren einen bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat und für eine Autonomie der türkischen Kurden führt. Wie die Türkei haben die EU und die USA die PKK auf die Terrorliste gesetzt – nicht jedoch die PYD, die YPG oder die SDF. Das tat nur die Türkei. Seit Jahren bombardiert sie die Stellungen der YPG sowie die gesamte zivile und wirtschaftliche Struktur der kurdischen Selbstverwaltung in Nordsyrien. Zwar sind die syrischen Kurden für Ankara keine Gefahr, doch Ankara fürchtet, dass ein kurdischer Erfolg in Syrien den eigenen Kurden zu viel Mut macht.

Wie sehr die türkische Regierung die Zerstörung der kurdischen Selbstver-

waltung über all ihre anderen Anliegen in Syrien stellt, zeigte das Vorgehen der sogenannten Syrischen Nationalen Armee (SNA) kurz vor dem Fall von Damaskus. Die SNA ist ein Kind der Türkei: 2017 brachte Ankara eine Reihe islamischer und islamistischer Milizen dazu, sich unter ein gemeinsames Kommando zu stellen. In der Folge unterstützte die SNA die Invasion der türkischen Armee in Syrien. Teile ihrer Kämpfer ließen sich von der türkischen Regierung in den Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und in den Bürgerkrieg nach Libyen schicken. Noch vor dem Fall von Damaskus trennten sich SNA-Einheiten vom Gros der Rebellenkräfte, die in Richtung der syrischen Hauptstadt zogen. Auf Anweisung Ankaras und mit Unterstützung der türkischen Luftwaffe griffen sie die kurdische Selbstverwaltung an und zwangen ihre Truppen, sich auf das östliche Ufer des Euphrat zurückzuziehen.

Noch ist nicht ausgemacht, dass Ankara der Selbstverwaltung den Garaus machen kann. Marco Rubio, Außenminister in der Trump-Administration, hält bisher an der Kooperation mit den Kurden fest. Laut US-Angaben bewachen die Kurden in mehreren Gefangenenlagern in Nordsyrien immer noch rund 9000 IS-Kämpfer und deren knapp 40 000 Familienangehörigen.

Die USA und europäische Staaten fürchten die Rückkehr dieser Terroristen, weshalb sich in den vergangenen Wochen hochrangige Diplomaten aus Deutschland, Frankreich und Italien mit Mazlum Abdi, dem SDF-Oberkommandierenden, getroffen haben. Mitte Januar wurde Abdi auch von Masud Barzani empfangen. Barzani ist der mächtigste Mann der kurdischen Regionalregierung im Nordirak. Zwar kooperiert er mit der Türkei, doch für die Kurden Syriens verlangt auch er Autonomie.

Das gestiegene internationale Interesse an der kurdischen Selbstverwaltung erschwert es dem türkischen Präsidenten, seiner Armee den Befehl für eine neue Invasion zu geben. Erdoğan wartet dafür auf einen Wink aus Washington. Gleichzeitig erhöht Ankara den Druck auf Ahmad al-Scharaa, den Chef der islamistischen Front zur Befreiung Syriens (HTS), die ausschlaggebende Kraft für den Sturz Assads. Doch Al-Scharaa, der sich Ende Januar zum Übergangspräsidenten hat ernennen lassen, will nicht gleich wieder eine neue Front eröffnen und hat stattdessen Verhandlungen mit den SDF begonnen.

### **Wiederaufbau oder wieder Krieg?**

Ein weiteres zentrales Interesse Ankaras ist es, die Flüchtlinge aus Syrien so schnell wie möglich in ihr Land zurückzuführen. In der seit Jahren andauernden Wirtschaftskrise empfindet die Mehrheit der türkischen Bevölkerung die über drei Millionen Syrer als wirtschaftliche Belastung und drängt auf ihre Rückkehr. Dass Erdoğan's Partei, die AKP, im März 2024 nach 22 Jahren erstmals weniger Stimmen erhielt als ihre Konkurrentin, die säkulare CHP, lag maßgeblich daran, dass Erdoğan den Flüchtlingszustrom zuließ und anfangs gar beförderte. Unmittelbar nach dem Sturz Assads hat die türkische Regierung daher Programme zur Förderung der Rückkehr aufgelegt.

In der Türkei stellen bisher nur Migrationsexperten und einzelne Journalisten die Frage, wie sich das Drängen der türki-

schen Regierung auf einen neuen Feldzug gegen die Kurden mit den Notwendigkeiten verträgt, Frieden zu schaffen, Wohlstand zu fördern und so die Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen. Die hohe Politik ist damit bisher nicht befasst. Sie blendet aus, dass eine solche Militäraktion Infrastruktur zerstört – die Kurden halten die Erdölförderregion Syriens – und eine neue Massenflucht auslösen würde.

Auch das Ziel der türkischen Regierung, der heimischen Bauwirtschaft den Löwenanteil der Aufträge für die Sanierung des kriegszerstörten Landes zu sichern, würde durch einen neuen Waffenangriff erschwert. Wiederholt hat Erdoğan in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten dafür geworben, dass die EU den Wiederaufbau Syriens finanziert und die Türkei diesen durchführt. Nach dem Sturz Assads richten sich seine Hoffnungen in dieser Angelegenheit nun auch auf die Staaten am Persischen Golf.

Zweifelsohne: Die großen türkischen Bauunternehmen sind aufgrund ihrer geografischen Nähe, ihrer internationalen Erfahrung und ihrer Kapazitäten prädestiniert, eine zentrale Rolle beim Wiederaufbau Syriens zu spielen. Doch wer wird der Türkei den Wiederaufbau Syriens finanzieren, wenn Ankara gleichzeitig wieder Krieg im Land führt?

### **Türkisches Großmachtdenken**

Dass sich die türkische Regierung mit diesen Fragen bislang nicht weiter aufhält, liegt wahrscheinlich auch daran, dass sie glaubt, ihr Land habe Größeres vor sich. Nur wenn man das in Rechnung stellt, werden die Worte Erdoğan's verständlich, wonach in der Region nichts ohne und nichts gegen die Türkei geht.

Noch vor Beginn des Bürgerkriegs in Syrien schrieb Ahmet Davutoğlu, der spätere Außenminister Erdoğan's, sein

*Wer finanziert der Türkei  
den Wiederaufbau Syriens,  
wenn Ankara gleichzeitig  
Krieg im Land führt?*

Buch von der „strategischen Tiefe“ der Türkei. Das Land, so Davutoğlu, sei dazu bestimmt, die zentrale Macht in der Region zu sein. Seine strategische Lage zwischen drei Kontinenten, die lange Staatstradition der Türken, das Erbe des Osmanenreichs und das Gewicht der islamischen Zivilisation ließen den Türken keine andere Wahl als Führungsmacht zu werden.

Im kurzen Arabischen Frühling stärkte die türkische Regierung der islamischen Opposition in Syrien, Ägypten und Tunesien den Rücken. So wie die religiös-konservativen Türken unter Erdoğan die säkulare Minderheit von der Macht verdrängt haben, so glaubte man, würden auch in diesen Ländern die gläubigen Muslime das Ruder übernehmen. Die Türken wären dann der Primus inter pares der Region und nicht mehr dazu verdammt, erfolglos an die Tür der EU zu klopfen. Schon damals spielte Syrien als Tor der Türkei zur arabischen Welt eine zentrale Rolle im Denken Ankaras.

Der Staatsstreich von Abd al-Fattah al-Sisi in Ägypten und der syrische Bürgerkrieg begruben alle Hoffnungen auf eine friedliche Revolution im Nahen Osten. Doch die Vision von der historischen Aufgabe der Türkei lebt ungebrochen weiter. Ankara schwenkte von Soft Power auf Hard Power um und war damit in Libyen, im Kaukasus und im Kampf gegen PKK-Stellungen im Irak erfolgreich. Der Fall Assads soll Syrien endgültig zu einem Anhängsel der Türkei machen.

Wie sicher man sich seiner Sache in Ankara nach dem Sturz Assads war, zeigte sich an dem Vorstoß des türkischen Transportministers Abdulkadir Uraloğlu, der schon im Dezember verkündete, die Türkei werde schon bald mit der neuen syrischen Regierung ein Abkommen über die Festlegung der Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) beider Länder im

## *Die Vision von der historischen Aufgabe der Türkei lebt auch heute noch ungebrochen weiter*

östlichen Mittelmeer abschließen. Aus Damaskus war davon nichts zu hören; schließlich fehlt dem neuen Regime in dieser Angelegenheit sowohl Erfahrung als auch Expertise.

### **Umworbener Machthaber Al-Scharaa**

Auch Ankaras neuer Geschäftsträger in Syrien, Burhan Köroğlu, ist überzeugt, dass die Türkei in Zukunft die Politik in Syrien prägt. Er gehe davon aus, so Köroğlu vor seinem Amtsantritt, dass die Türkei und Syrien in Zukunft so zueinander stehen würden wie früher die osmanische Regierung zu ihrem Statthalter in Damaskus.

So weit ist es noch nicht. Der neue Herrscher in Damaskus, Al-Scharaa, hat seine Unterhändler nicht sofort nach Ankara gesandt, sondern erst nach Riad und Abu Dhabi. Er selbst besuchte den starken Mann Saudi-Arabiens, Kronprinz Mohammed bin Salman, bevor er einer Einladung des türkischen Staatspräsidenten nach Ankara gefolgt ist. Zwar hat die Türkei Al-Scharaas Rebellen Gruppe über Jahre hinweg vor Angriffen der Assad-Truppen, iranischer Milizen und russischer Söldner geschützt. Doch heute kann Al-Scharaa aus einer Reihe von Angeboten zur Zusammenarbeit wählen.

Nicht nur die Türkei, auch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Katar bieten ihm Unterstützung an. Sie alle wissen um die strategische Bedeutung Syriens – und das nicht nur mit Blick auf den Iran. Saudi-Arabien und die VAE wollen vermeiden, dass Syrien zu

einem Werkzeug Erdoğan's und der Türkei wird. Sie haben nicht vergessen, dass Ankara noch vor einem Jahrzehnt die Muslimbrüder unterstützt hat, die Nemesis der Golf-Monarchien. Wenn man die Herrschaft der Islamisten in Damaskus schon nicht verhindern kann, dann lockt man sie ins eigene Lager – so lautet die Strategie Saudi-Arabiens und der VAE.

Der lang erwartete Besuch Al-Scharaa's in Ankara Anfang Februar brachte nicht den von der Türkei erhofften Durchbruch. Obwohl Erdoğan sein Präsidentenflugzeug nach Damaskus sandte, um Al-Scharaa nach Ankara zu bringen – eine präzedenzlose Geste –, vermied es der Gast, der Türkei konkrete Zugeständnisse zu machen. Zwar betonte er seine Bereitschaft zu einer engen Zusammenarbeit mit der Türkei; dass Ankara die Ausbildung der syrischen Armee übernehmen und weitere Militärstützpunkte in Syrien errichten könnte, erwähnte er jedoch nicht.

Als es um den Kampf gegen den Terrorismus ging, nannte Al-Scharaa die SDF nicht beim Namen. Nachfragen von Journalisten waren nicht erlaubt. Der neue Herrscher in Damaskus scheint ein feines Gespür für Machtverhältnisse zu haben: Weder darf er es sich mit der Türkei verscherzen, noch darf er Ankara die alleinige Verantwortung für Syrien übertragen und sich damit von Saudi-Arabien sowie von den VAE und ihren Petrodollars isolieren.

Der türkische Außenminister und ehemalige Chef des türkischen Geheimdiensts, Hakan Fidan, zeichnete nach dem Besuch Al-Scharaa's ein rosarotes Bild von der nun aufblühenden türkisch-syrischen Freundschaft, wohl um die eigene Wählerschaft zu beruhigen. Laut Fidan habe sich Al-Scharaa in den Unterredungen deutlich dafür ausgesprochen, dass Syrien eine einheitliche Nation hervorbringen müsse, dass es einen starken Zentralstaat

*Ankaras Avancen: Der türkische Präsident Erdoğan will Syrien nach seinen Wünschen formen – und davon auch Syriens neuen Machthaber Al-Scharaa überzeugen, hier bei dessen Antrittsbesuch im Februar 2025.*

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

brauche, dass keine ethnische Gruppe Privilegien genießen dürfe und dass jede Art von Autonomie und Dezentralisierung ausgeschlossen sei. Hat sich der ehemalige Rebellenführer tatsächlich so geäußert oder hat Fidan ihm diese Worte in den Mund gelegt? Auf jeden Fall entsprechen sie exakt den eigenen Staatsvorstellungen der Republik Türkei. Ankara möchte Syrien nach seinem eigenen Bild formen. Doch ist das realistisch?

Noch besteht das Land aus vier verschiedenen Zonen: In den Regionen von Aleppo, Hama, Homs und Damaskus lebt die sunnitisch-arabische Bevölkerung. Ganz im Süden stellen die Drusen die Mehrheit der Bevölkerung. Die Küste des Mittelmeers ist alewitisches Siedlungsgebiet und im Nordosten liegt die kurdische Selbstverwaltung. Nur unter den Sunniten blickt eine Mehrheit hoffnungsvoll in die Zukunft. Drusen, Kurden und Alewiten schwanken zwischen Schicksalsergebenheit und Angst. Ob bei der Ernennung von Ministern, der Bestellung von Offizieren für die neue Armee oder der Besetzung von Verwaltungsstellen: Nicht-Sunniten fühlen sich schon jetzt übergangen. Ist da das türkische Modell von einem alles bestimmenden Zentralstaat wirklich die beste Lösung?

### **Zweifel an Erdoğan's Größenfantasien**

Wahrscheinlich tut Al-Scharaa der Türkei sogar einen Gefallen, indem er sich ihr nicht völlig unterwirft. Denn Erdoğan's Politik könnte in Syrien nur Schiffbruch erleiden. Wirtschaftlich, weil Ankara nicht die Mittel hat, die es zum Wiederaufbau Syriens braucht. Innenpolitisch, weil sich die verschiedenen Gruppen Syriens nicht in ein arabisch-islamistisches Korsett zwängen lassen werden, weil die Weltansicht der neuen Herrscher politische und rechtliche Egalität ausschließt

und weil die staatlichen Kapazitäten ungenügend sind. Wenn die Türkei die Zügel übernimmt, wird man sie auch für das Scheitern des Übergangs verantwortlich machen.

Fast scheint es, als misstrauten auch einige von Erdoğan's Weggefährten und Verbündeten dem Narrativ, dass sich der Türkei nach dem Machtwechsel in Syrien große Chancen böten. Devlet Bahçeli etwa, Vorsitzender der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), lehnte bis vor Kurzem noch jede Forderung der Kurden nach Anerkennung einer eigenen Identität kategorisch ab. Er forderte unter anderem ein Verbot der legalen kurdischen Partei in der Türkei und die Hinrichtung des seit 2009 in der Türkei inhaftierten PKK-Anführers Abdullah Öcalan. Doch im Oktober letzten Jahres änderte Bahçeli von heute auf morgen seinen Kurs. Plötzlich waren ihm Türken und Kurden Schicksalsbrüder; Öcalan solle freikommen, wenn er die PKK auflöse.

Der Grund für Bahçeli's Sinneswandel ist das Machtvakuum im Nahen Osten, das infolge der Niederlage der Hisbollah im Libanon und der damit verbundenen Schwächung des Iran entstanden ist und durch den Fall Assads noch verstärkt wurde. Bahçeli befürchtet, dass die Kurden im Nahen Osten, die im Irak, in der Türkei und in Syrien leben, von diesem Vakuum profitieren werden. Der Sturz Saddam Husseins hat im Irak zur Etablierung der kurdischen Regionalregierung im Nordirak geführt. Und jetzt ist Teheran geschwächt, das wie Ankara jegliche kurdische Bewegung fürchtet. Bahçeli glaubt daher, dass die Türkei die Kurden heute genauso braucht, wie sie sie im türkischen „Befreiungskampf“ vor der Gründung der Republik Türkei gebraucht hat. Die Größenfantasien der Türkei sind eng mit Überlebensängsten verbunden. **IP**

# Sorgen um Pekings Atomwaffen-Arsenal

Chinas massiver nuklearer Ausbau befeuert in angespannten Zeiten ein Wett-rüsten mit den USA. Transparenz und Kontrolle sind dringend vonnöten.

Von Lucian Bumedner und Wolfgang Rudischhauser

In den vergangenen fünf Jahren hat China die Anzahl seiner nuklearen Sprengköpfe verdoppelt und über 300 neue Silos für Interkontinentalraketen errichtet, die die USA erreichen können. Dies stellt einen radikalen Wandel der chinesischen Nuklearstreitkräfte dar und befeuert ein Wett-rüsten bei strategischen Atomwaffen mit den USA. Deutschland hat ein klares Interesse daran, eine solche Entwicklung zu vermeiden – nicht zuletzt, weil dies zu Lasten der US-Ausgaben für die Verteidigung Europas gehen könnte. Daher sollte die nächste Bundesregierung sich weiter dafür einsetzen, China in Rüstungskontrollgespräche einzubinden und nach und nach Transparenzmaßnahmen zu etablieren, die von nuklearen Supermächten erwartet werden.

Über den größten Teil seiner modernen Geschichte hinweg verfolgte China – ähnlich wie Frankreich und Großbritannien – das Dispositiv einer minimalen nuklearen Abschreckung. Nach Pekings erstem Atomtest 1964 baute es sukzessive ein Nuklearpotenzial von rund 200 Sprengköpfen überwiegend für landgestützte

Interkontinentalraketen auf, nach eigenen Angaben zur defensiven Abschreckung nur im Falle eines nuklearen Angriffs. Dies war begleitet von Chinas strikter „No-First-Use“-Doktrin, die einen nuklearen Ersteinsatz durch China ausschließt. Auch auf den Einsatz gegen Staaten, die selbst keine Atomwaffen besitzen, verzichtet China offiziell seit 1964.

Durch die Modernisierung der vergangenen Jahre hat sich die militärische Grundlage hinter dieser Doktrin jedoch grundlegend verändert und nähert sich tendenziell den nuklearen Supermächten USA und Russland an. Mit seiner Aufrüstung hat China einerseits die Zuverlässigkeit der eigenen Zweitschlagfähigkeit deutlich erhöht und kann andererseits flexibel über unterschiedliche Eskalationsstufen nuklear agieren. Dies nährt auch Zweifel, ob das Land dauerhaft an seiner Doktrin festhält.

Nach aktuellen Schätzungen verfügt China derzeit über etwa 600 Sprengköpfe. Prognosen von amerikanischen Geheimdiensten rechneten bisher mit einem weiteren Aufwuchs bis 2035 auf eine



**Lucian Bumedner** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Büro des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).



**Wolfgang Rudischhauser** ist Senior Fellow im Berliner Büro des IFSH.

Zahl von 700 bis 1500. Diese Zahlen sind allerdings umstritten und setzen einen linearen Fortschritt des bisherigen Ausbaus voraus. Zum Vergleich: Die aktuellen 600 Sprengköpfe machen China inzwischen zur drittstärksten Atommacht vor Frankreich und Großbritannien mit je ca. 290 bzw. 255.

Dennoch: Auch bei einem Worst-Case-Szenario von 1500 Sprengköpfen in zehn Jahren wird China nuklear zwar den USA und Russland sehr viel näher sein, aber bei Weitem nicht gleichwertig. Schließlich verfügen wegen des kräftigen Rückbaus nach dem Kalten Krieg beide noch über jeweils etwa 1500 einsatzbereite Sprengköpfe und 800 strategische Trägersysteme, die Obergrenzen des noch bis 2026 gelten-

den New-START-Vertrags. Dazu kommen beträchtliche Reserven an Sprengköpfen (USA ca. 3700, Russland geschätzte 4500) sowie eine deutlich höhere Vielfalt von strategischen Trägersystemen.

China hat auch seine Trägersysteme modernisiert und verfügt seit 2023 laut Pentagon über eine glaubwürdige nukleare Triade, also see-, land- und luftgestützte Möglichkeiten, eine Atomwaffe zu starten. Nuklearbetriebene U-Boote mit ballistischen Raketen gelten allgemein als der Goldstandard für die Überlebensfähigkeit einer Nuklearstreitmacht, da sie im Ozean nahezu nicht zu entdecken sind. Auch der quantitative Ausbau der Interkontinentalraketen und ihrer Basen weit im Landesinneren erschwert einen erfolgreichen

*Gerne nutzt China große Paraden, um seine globalen Ambitionen zu untermauern. Nach aktuellen Prognosen verfügt das Land derzeit über 600 nukleare Sprengköpfe; das Bild zeigt Trägerraketen vom Typ DF-41.*

Bild nur in  
Printausgabe verfügbar

entwaffnenden Erstschlag erheblich. Auf der anderen Seite erhöhen neue offensive Trägersysteme wie das 2019 getestete Fraktionierte Orbitalbombardierungssystem (FOBS) und Hyperschallflugkörper die Möglichkeit Chinas, US-Abwehrsysteme zu überwinden. Für einen regionalen Konflikt verüßt China über eine Vielzahl von nuklearfähigen Mittelstreckenraketen und Seezielflugkörpern.

### Motive und Treiber

China begründet den Ausbau des eigenen Atomwaffenarsenals mit militärischen Notwendigkeiten. Russland und China beklagen die US-Dominanz bei offensiven und defensiven nichtnuklearen Systemen, welche die nukleare Zweitschlagfähigkeit untergraben würden. Tausende Tomahawks und Luft-Boden-Raketen (insbesondere JASSM-ER) der USA und ihrer Alliierten in der Region könnten aus Chinas Perspektive in einem Krisenmoment gegen eigene Abschuss- und Kontrollsysteme eingesetzt werden. Überlebende Raketen müssten dann noch die US-Raketenabwehr überwinden, die in der Region und rund um die USA selbst weiter ausgebaut werden soll. Die Sorge wird noch verstärkt durch den Ausbau militärischer Fähigkeiten in vielen chinesischen Nachbarstaaten. In Reaktion auf zunehmend aggressives territoriales Vorgehen Chinas sind immer mehr Staaten in der Region bemüht, Sicherheitsabkommen mit den USA zu schließen und modernste amerikanische Waffensysteme auf ihrem Territorium zu stationieren oder von den USA zu erwerben.

Externe Beobachter sehen dagegen die Treiber des chinesischen nuklearen Aufwuchses überwiegend auf politischer, weniger auf militärischer Seite. Das eigentliche Motiv sei das neue chinesische Selbstbewusstsein unter dem Vorsit-

### *Motive für Pekings Aufrüstung sind militärische Notwendigkeiten und wachsendes Selbstbewusstsein*

zenden der Kommunistischen Partei Xi Jinping und die damit verbundene geopolitische Rivalität mit den USA. Ein starkes Militär, zu dem natürlich auch Nuklearwaffen gehören, scheint für Xi essenzieller Bestandteil einer Politik, um seinen Traum von einer starken Nation und nationaler Verjüngung zu verwirklichen.

Schon 2016 bezeichnete er Nuklearwaffen als strategischen Pfeiler von Chinas Großmachtstatus. Das steht in krassem Gegensatz zu früheren chinesischen Zielen eines „lean and effective“ Arsenal, das mit der geringstmöglichen Zahl von Sprengköpfen einen Gegner kostengünstig abschrecken sollte.

Es könnte also vor allem darum gehen, in einem veränderten geostrategischen Umfeld Zeichen der Stärke zu setzen, um den globalen Führungsanspruch Chinas zu untermauern.

Dazu gehört auch, dass China begleitend zu seiner Aufrüstung regelmäßig Initiativen lanciert, um eigene nukleare Normen zu verbreiten und die anderen Atomwaffenstaaten ebenfalls zu einem Erstschlagverzicht zu bewegen. Mit seinem „no first use pledge“ steht China derzeit unter den Nuklearwaffenstaaten allein. China nutzt dies auch in seinem globalen Outreach gegenüber der großen Zahl von Staaten des Globalen Südens, die Drohungen mit oder den Einsatz von Atomwaffen kategorisch ablehnen.

Xi hat zudem Russland (trotz des engen Schulterchlusses seit Februar 2022) aufgefordert, von Nukleardrohungen Ab-

stand zu nehmen und eine entsprechende G20-Erklärung in Bali 2022 mitgetragen. Auch auf die jüngste Änderung der russischen Nukleardoktrin hat China kritisch reagiert – ein Hinweis, dass die höchste Entscheidungsebene in China weiter darum bemüht ist, ihre Reputation als verantwortungsvolle Nuklearmacht zu erhalten.

### **Besorgnisse im US-Bündnis**

Weil sich China bisher jeder Transparenz zu seinem Programm verweigert, resultieren für die USA aus dem Nuklearausbau zwei große Sorgen. Einerseits erscheint die eigene strategische Abschreckung zunehmend unzureichend, da sie bisher nur auf Russland ausgerichtet war. Andererseits wird befürchtet, dass China sich einen nuklearen Schutz verschafft, in dessen Windschatten ein konventioneller oder limitierter Nuklearkrieg um Taiwan wahrscheinlicher wird.

Die Planungen für amerikanische strategische Streitkräfte basieren unter anderem darauf, zu Beginn eines atomaren Konflikts die Nuklearwaffen des Gegners anzugreifen, dabei jedoch zivile Opfer zu begrenzen. Das gibt der Gegenseite die Möglichkeit, ähnliche Zurückhaltung zu zeigen und die Eskalation zu stoppen, bevor Bevölkerungszentren und die politische Führung angegriffen werden. Zudem würde der spätere Schaden zumindest nominell reduziert, da weniger Nuklearwaffen der Gegenseite übrigbleiben. Dies erfordert vereinfacht dargestellt einen eigenen Sprengkopf für jeden Sprengkopf des Gegners – oder beider Gegner. Basierend auf dieser Logik wird von einigen Politikern ein Ausbau von US-Nuklearwaffen gefordert, der der gemeinsamen Zahl russischer und chinesischer Sprengköpfe entspricht.

Die nächste US-Regierung steht mit Russland und China zwei großen Nuklear-

*Peking war bislang stets sehr zurückhaltend, wenn es um Rüstungskontrollverhandlungen ging*

mächten gegenüber. In den USA setzt sich die Grundannahme durch, dass beide Staaten in einer Krise koordiniert handeln könnten oder die Ablenkung der USA ausnutzen würden. Daher muss Washington entscheiden, ob es dem chinesischen Aufbau durch einen quantitativen Ausbau der eigenen strategischen Nuklearwaffen beggnet will und/oder Ziele, für die bisher Nuklearwaffen vorgesehen waren, auch durch konventionelle Raketen bedrohen kann. Gerade im Trump-nahen konservativen Lager gibt es viele Stimmen, die einen quantitativen Ausbau des strategischen US-Nukleararsenals und neue Trägersysteme für substrategische Waffen zur Unterstützung von Verbündeten fordern.

Denn an einem Taiwan-Szenario zeigt sich das Grundproblem erweiterter nuklearer Abschreckung. Wenn nukleare Parität zwischen den Supermächten besteht, ist es für eine Supermacht nicht länger rational, zur Verteidigung eines Verbündeten eine nukleare Eskalation gegen das Heimatterritorium der Gegenseite zu führen, weil dadurch das eigene Festland in Gefahr von Nuklearschlägen gerät. So entsteht eine Schwelle, an der die existenzielle Gefahr eines globalen Nuklearkriegs noch kontrolliert werden kann: keine strategischen Angriffe auf das gegnerische Festland. Unterhalb dieser Schwelle wird jedoch ein konventioneller Krieg oder ein limitierter Nukleareinsatz wahrscheinlicher.

Dadurch weckt der militärische Ausbau Chinas auch Zweifel in den USA an der Glaubwürdigkeit der chinesischen

No-First-Use-Doktrin. In einem konventionellen Krieg um Taiwan könnte China substrategische Nuklearwaffen einsetzen, um einen militärischen Vorteil zu erzielen oder mit der Drohung weiterer Eskalation versuchen, eine Intervention der USA zu behindern. Einige US-Beobachter befürchten, dass China so einen Keil zwischen die USA und ihre Verbündeten in der Region treiben will. Je mehr China seine strategische Abschreckung gegen die Vereinigten Staaten ausbaut, umso stärker müssten die USA zurückhaltend auf eine Aggression Chinas reagieren und umso unglaubwürdiger macht es das amerikanische Schutzversprechen.

### Herausforderungen für Trump

Die USA werden weiter konventionell und auch nuklear aufrüsten. Jedoch ist schwer abzuschätzen, welche Rüstungsprioritäten sich durchsetzen, da industrielle und finanzielle Ressourcen beschränkt sind. Die neuerliche Wahl Trumps zum US-Präsidenten schafft zusätzliche Unklarheit. Während Biden größtenteils auf eine Stärkung des konventionellen Arsenal und eine Modernisierung existierender Nuklearfähigkeiten gesetzt hat, deuten die bisherigen Kabinettsbesetzungen darauf hin, dass in Bezug auf China eher die militärischen „Falken“ das Sagen haben werden. Diese sind deutlich offener für einen nuklearen Ausbau. Trump könnte etwa den von Russland suspendierten, noch bis 2026 laufenden New-START-Vertrag aufkündigen und zusätzliche Sprengköpfe aus der Reserve auf bestehende Trägersysteme montieren lassen, um ein Zeichen der Stärke zu setzen. Ergänzend sind die Wiedereinführung von U-Boot-gestützten nuklearen Marschflugkörpern oder die Entwicklung von nuklearen Sprengköpfen für landgestützte Mittelstreckenraketen als substrategische nukleare Optionen denkbar.

Alternativ könnten ein Dialog und Rüstungskontrollverhandlungen mit China, den die Biden-Administration wiederholt angeboten hatte, das Dilemma verringern. Die Grundanforderung wäre, dass beide Länder ein besseres Verständnis der Bedrohungsperzeptionen der jeweiligen anderen Seite entwickeln und Gespräche über eine militärische Balance beginnen, die für beide Seiten akzeptabel wäre. Bereits erhöhte Transparenz (wie sie die USA schon zeigen) könnte ermöglichen, dass Rüstungsentscheidungen auf tatsächlichen Plänen und nicht basierend auf Worst-Case-Szenarien getroffen werden. So ließe sich ein offenes Wettrüsten begrenzen. Das sollte auch im Interesse Chinas liegen, das seine begrenzten Ressourcen dann für die eigene wirtschaftliche Entwicklung einsetzen könnte. Gerade im Gegensatz zu einer unilateral handelnden Trump-Regierung würde die Bereitschaft zur Rüstungskontrolle auch die globale Reputation Chinas stärken.

### Geopolitische Spannungen

In der Vergangenheit hat sich China allerdings sehr zurückhaltend gegenüber einer Beteiligung an Rüstungskontrollverhandlungen gezeigt. Peking lehnt bi- oder trilaterale Rüstungskontrolle mit Russland und den USA konsequent unter Verweis auf deren viel größere Arsenale ab. Erst wenn beide stark abgerüstet hätten, wären Transparenz und Limitierungen denkbar, lautet die offizielle Sprachregelung. Angesichts der gegenwärtigen geopolitischen Rivalitäten, die eher zu einem Ausbau der Arsenale führen, ist dies derzeit kaum realistisch. Selbst Gespräche zu niedrigschwelligen Themen, etwa über Rahmenregeln für einen kooperativen Umgang beim Einsatz neuer Technologien, zur menschlichen Kontrolle bei nuklearen Entscheidungs-

prozessen oder Selbstverpflichtungen bezüglich militärischer Aktivitäten im Weltraum lehnt China bisher weitestgehend ab.

Offener zeigte sich China im Rahmen des regelmäßigen Dialogs zwischen den offiziellen Nuklearmächten, den P5, wo es wichtige Arbeiten auch definitorischer Art und gemeinsame Erklärungen unterstützt hat. Dort wird aber nicht über Beschränkungen verhandelt. Substanzielleren Gesprächsangeboten der Biden-Regierung zu strategischen und rüstungskontrollpolitischen Fragen hat China nach anfänglich hoffnungsvollen Ansätzen inzwischen mit Verweis auf US-Waffenverkäufe an Taiwan eine Absage erteilt. Im November 2023 hatten noch offizielle Konsultationen beider Länder zu Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung stattgefunden, gefolgt von informellen Gesprächen zwischen Experten im März 2024.

Positiv stimmt immerhin, dass seit diesem Zeitpunkt wieder militärische Kanäle zwischen den USA und China bestehen, die im Ernstfall zur Krisenkommunikation genutzt werden könnten. Auch kann mehr chinesisches Vertrauen in sein eigenes Nukleararsenal die Grundlage für mehr Transparenz bilden. Ein vorsichtiges Beispiel könnte der jüngste Test einer chinesischen Interkontinentalrakete im September 2024 sein. China wählte hier eine Flugbahn, die nicht wie bisher innerhalb der eigenen Grenzen stattfand, sondern in den Pazifik zielte. Der Test mit voller Reichweite gewährte so aber auch amerikanischen Sensoren einen besseren Einblick in das System. Der Start war zudem u.a. Frankreich und den USA gegenüber angekündigt, um Missverständnisse zu vermeiden. All das zusammen ähnelt stark der etablierten Praxis amerikanischer und russischer Raketentests, die mehrmals jährlich abgehalten werden.

### Was Deutschland tun kann

Die Möglichkeiten der Bundesregierung sind begrenzt, da China vor allem auf Augenhöhe mit den USA sprechen möchte. Gefragt sind daher in erster Linie die P5, in denen China aktuell den Vorsitz hat. Deutschland sollte aber Folgendes tun – zusammen mit europäischen Partnern, insbesondere Frankreich und Großbritannien:

- Erstens darauf hinwirken, dass China im Dialog mit den USA und in den einschlägigen multilateralen Foren den Umfang und die Motive seiner Nuklearpolitik transparenter macht. Peking kann so auch helfen, Zweifel an einer Doktrin-Änderung auszuräumen.
- Zweitens im Dialog mit China betonen, dass Berlin ein eigenes Sicherheitsinteresse daran hat, dass Peking an Rüstungskontrollinitiativen teilnimmt, um einem nuklearen Wettrüsten entgegenzuwirken, das Auswirkungen auf russische und europäische Arsenale hat.
- Drittens sollte es China (mit den europäischen Partnern und den USA) an den eigenen Anspruch als „verantwortliche Nuklearmacht“ erinnern, der auch erhöhte Erwartung an Transparenz und Risikominimierung mit sich bringt.
- Viertens, im Rahmen der China-Strategie der Bundesregierung nachhaltige Expertise zur chinesischen Sicherheitspolitik bei Forschungseinrichtungen und im Auswärtigen Amt ausbauen. Wo offizielle Kontakte nicht möglich sind, sollten vorbereitende Expertentreffen unterstützt werden.
- Fünftens, vermehrt in konventionelle Sicherheit in Europa investieren und die USA aufrufen, in ihren nuklearen Reaktionen auf den Aufbau Chinas so weit wie möglich Besonnenheit und Zurückhaltung zu wahren.

Die Autoren vertreten hier ausschließlich ihre persönliche Meinung.

IP

# Konkurrenz zum Dollar

Die Zusammensetzung von Währungsreserven ist ein Spiegelbild geopolitischer Kräfteverhältnisse und ein Indikator für die Zukunft der internationalen Ordnung.

Von Falk Laser, Alexander Mihailov und Jan Weidner

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat der US-Dollar das internationale Währungssystem dominiert. Unsere neuen Daten bestätigen jedoch die anhaltende Tendenz zu einem multipolaren Währungssystem, in dem andere Währungen einen gewichtigeren Platz einnehmen und in Konkurrenz zum Dollar treten werden. Geopolitische Ereignisse wie Russlands Krieg gegen die Ukraine oder die politische und wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den USA und China beschleunigen diesen Wandel und zeigen, dass die Zusammensetzung von Währungsreserven weit mehr ist als nur eine Frage ökonomischer Rationalität. Sie ist ein Spiegelbild der geopolitischen Kräfteverhältnisse und ein Indikator für die Zukunft der internationalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung.

Aus ökonomischer Sicht wird die Zusammensetzung von Währungsreserven davon beeinflusst, wie stark mit den emittierenden Ländern von Währungen Handel betrieben wird und insbesondere, in welchen Währungen Handel abgewickelt wird. So ist beispielsweise der Anteil

des abgewickelten Handels in Dollar eine deutlich bessere Maßzahl für den in Dollar gehaltenen Anteil der Währungsreserven als das tatsächliche Handelsvolumen eines Landes mit den USA. Denn weltweit werden im grenzüberschreitenden Handel im Schnitt deutlich mehr Waren und Dienstleistungen in Dollar abgewickelt, als dies dem amerikanischen Anteil am Welthandel entspricht.

Außerdem entscheidet die Struktur der Auslandsverschuldung von Ländern – sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors inklusive des Finanzsektors – über die Zusammensetzung der Währungsreserven. Ist ein Land beispielsweise mehrheitlich in Euro verschuldet, weisen die Währungsreserven dieses Landes typischerweise einen hohen Anteil an Euro auf. Hintergrund ist, dass Zentralbanken zur Absicherung der Handelsströme als auch der Verschuldung Rücklagen in den Währungen halten, in denen das Land Handel treibt oder in denen das Land verschuldet ist. Nicht zuletzt beeinflusst eine mögliche Bindung einer Landeswährung, in welcher Währung die Reserven eines



**Dr. Falk Laser**  
ist Senior Manager  
bei ABC economics  
in Berlin.

Landes zusammengesetzt sind. Koppelt ein Land seine Währung zum Beispiel an den Dollar oder an den Euro, hält es einen Grosteil seiner Reserven in der entsprechenden Bezugswahrung. Hierdurch kann die Zentralbank eines Landes über Wahrungsan- und -verkäufe die eigene Währung stabilisieren.

### **Weltwirtschaftliche Verschiebungen**

Diese Beispiele zeigen, dass die Zusammensetzung der Währungsreserven ein Abbild der globalen wirtschaftlichen Verflechtungen ist. Eine Betrachtung der Währungsreserven erlaubt somit Rückschlüsse auf die zugrundeliegenden Verschiebungen in der Weltwirtschaftsordnung. Für die wichtigsten Währungen zeichnet die Haltung von Reserven durch Zentralbanken derzeit folgendes Bild:

- Der US-Dollar bleibt als Reservewährung, als Zahlungsmittel im Welthandel und als Bezugsgröße für viele Rohstoffe eine tragende Säule der internationalen Wirtschaft. So sind rund 60 Prozent der globalen Währungsreserven in US-Dollar denominiert. Die größten (prozentualen) Halter von Dollar-Reserven sind die Staaten Südamerikas und der Eurozone. Australien und die Länder Ozeaniens gehören zu den geringsten (prozentualen) Haltern von US-Dollar-Reserven.
- Der 1999 eingeführte Euro ist mittlerweile die zweitgrößte Reservewährung, konnte seinen großen Erwartungen aber nur zum Teil gerecht werden und

*Der Yuan ist die einzige Währung, die in allen Weltregionen ihren Anteil erhöhen konnte*

hat in den vergangenen Jahren global sogar teilweise an Bedeutung verloren. Während er Anfang der 2000er Jahre einen Anteil von über 25 Prozent an den weltweiten Reserven hielt, liegt dieser heute eher in der Näher von 20 Prozent – und damit nur rund 5 Prozentpunkte über dem historischen Anteil der Deutschen Mark an internationalen Reserven vor Einführung des Euros. Gründe dafür sind wirtschaftliche Unsicherheiten in der Eurozone und Entwicklungen wie die Schuldenkrise ab 2008. Vor allem in Europa außerhalb der Eurozone und Nordamerika spielt der Euro eine wichtige Rolle. Die Staaten Südamerikas halten, trotz ihrer kulturellen Näher und historischen Verbindung zu Europa, die geringsten Anteile an Währungsreserven in Euro.

- China hat ambitionierte Pläne, den Yuan als internationale Währung zu etablieren, und dieser hat in den letzten Jahren einen stetigen, wenn auch langsamen Aufstieg erlebt. Der Anteil des Yuan an den weltweiten Reserven ist mit weniger als 3 Prozent weiterhin gering. Australien und Ozeanien sind die Weltregion mit den höchsten Anteilen an Yuan an ihren Reservebestanden, während die Staaten der Eurozone wie auch die USA und Kanada die geringsten Yuan-Bestände im Durchschnitt halten. Auffällig sind signifikante Wachstumsraten in Südamerika, wo der Yuan zuletzt an Bedeutung gewinnen konnte. Der Yuan, der eher von Schwellenländern gehalten wird, ist die einzige Währung, die in allen Weltregionen ihren Anteil erhöhen konnte.

Insgesamt deutet der Blick auf Währungsreserven eine zunehmende Diversifikation an. Während der Dollar und der Euro weiterhin dominieren, steigt der Anteil anderer Währungen, einschließlich des Yuan

und kleinerer Währungen wie des kanadischen oder des australischen Dollars (sogenannte „nontraditional reserve currencies“). Wenngleich einzelne Länder ihre Yuan-Bestände erhöht haben, bleibt die Währung für viele Zentralbanken unattraktiv. Gründe hierfür sind unter anderem Chinas Kapitalverkehrskontrollen, die begrenzte Liquidität der chinesischen Finanzmärkte und Bedenken hinsichtlich des politischen Systems des Landes.

*Länder, die sich vom Einfluss westlicher Staaten lösen wollen, suchen nach Alternativen zu den Währungen der Länder, die Sanktionen verhängt haben*

### Folgen des Krieges in der Ukraine

Wie sehr die Frage des Weltwährungssystems mit geopolitischen Entwicklungen verknüpft ist, zeigt der russische Krieg in der Ukraine. So hat die Ukraine im Zeitraum 2013 bis 2023 den US-Anteil an ihren Währungsreserven von 63 auf 93 Prozent erhöht und zugleich ihre Bestände an Euro, Yuan, britischem Pfund und japanischem Yen verringert.

Russland wiederum als einer der weltgrößten Halter von Währungsreserven nutzt seine Reserven zum Schutz vor Sanktionen und hat im ersten Jahr des Krieges gegen die Ukraine aufgehört, die Zusammensetzung seiner Währungsreserven zu veröffentlichen. In den fünf Jahren vor der Invasion (2017 bis 2021) reduzierte die russische Nationalbank ihre Dollar-Bestände signifikant von 46 auf 11 Prozent. Dies ging mit einem Anstieg des Anteils an Beständen in Euro (von 22 auf 34 Prozent)

und Yuan (von 3 auf 17 Prozent) einher. Dieses Beispiel zeigt, wie geopolitische Ereignisse, Sanktionen oder internationale Allianzen die Zusammensetzung von Währungsreserven beeinflussen können.

### Ein neues BRICS-Zahlungssystem

Während die westliche Allianz zeigt, dass die Kontrolle über die globalen Finanzströme ein mächtiges geopolitisches Instrument bleibt, suchen Länder, die sich vom Einfluss westlicher Staaten lösen wollen, nach Alternativen. Die Staatschefs Russlands, Chinas, Indiens und Brasiliens drücken regelmäßig ihre Unzufriedenheit mit dem globalen US-zentrierten Finanzsystem, der Rolle des Dollars im Warenhandel oder auch der Bedeutung von SWIFT als Zahlungsverkehrssystem der Banken aus.

Konkrete Handlungen erfolgten in der Vergangenheit beispielsweise als Reaktion auf die gegen Russland verhängten Sanktionen und das Einfrieren eines großen Teils der russischen Währungsreserven in Dollar und Euro durch den Westen nach Beginn des Krieges in der Ukraine. Bei den getroffenen Maßnahmen steht im Zentrum einiger Länder insbesondere die Absicht, Alternativen zu den Währungen der Länder zu entwickeln, die Sanktionen verhängt haben. So gab es beispielsweise verschiedene Bestrebungen zur Verwendung lokaler Währungen für die Abwicklung von Handelsgeschäften, insbesondere mit Rohstoffen, und die mögliche Schaffung neuer gemeinsamer Währungen als Alternative zum US-Dollar, zum Euro und zu anderen Währungen von Ländern, die Sanktionen verhängt haben.

Als Forum für ihre Bemühungen auf dem währungspolitischen Spielfeld nutzen die genannten Staaten dabei auch die auf nunmehr zehn Mitglieder angewachsene Gruppe der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Iran,



**Dr. Alexander Mihailov**

ist Associate Professor in Economics an der University of Reading und Director of the Group for Economic Analysis at Reading (GEAR).



**Dr. Jan Weidner**

arbeitet bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD in Paris.

Ägypten, Äthiopien, Vereinigte Arabische Emirate und Indonesien). Ein neues, im Oktober 2024 auf dem BRICS-Gipfel in Kasan diskutiertes Konzept soll das gemeinsame Zahlungssystem „BRICS Bridge“ sein, dessen Entwicklung unserer Meinung nach im Blick gehalten werden sollte. Dabei soll es sich um ein noch aufzubauendes unabhängiges Zahlungssystem handeln, das Nutzern grenzüberschreitende Zahlungen zwischen den Mitgliedstaaten in Landeswährungen ermöglichen soll. Das System soll digitale Währungen nutzen, die von den Zentralbanken der BRICS-Staaten ausgegeben werden, und Zentralbanken – statt Korrespondenzbanken mit Zugang zum Dollar-Abwicklungssystem in den USA – sollen im Zentrum grenzüberschreitender Transaktionen stehen.

Hierdurch sollen Teilnehmer die Abhängigkeit von der Dominanz des Dollars und des Euros verringern und sich vor Sanktionen schützen können. Es bleibt abzuwarten, was von dem erklärten Ziel der Etablierung innerhalb eines Jahres bis zum kommenden BRICS-Gipfel in Brasilien Realität wird oder übrigbleibt.

### **Der US-Dollar bleibt Hauptwährung**

Der Ausblick auf die Entwicklung der dominierenden Reservewährungen bleibt spannend und ist mit viel Unsicherheit verbunden. Zwar ist noch unklar, wie schnell und in welchem Umfang sich die Anteile dieser Währungen verändern werden; doch eine schrittweise Entwicklung hin zu einem stärker fragmentierten Weltwährungssystem scheint wahrscheinlich.

Die Zusammensetzung der Devisenreserven dürfte weiterhin von einer zunehmenden Diversifizierung und auch einer gewissen Trägheit geprägt sein. Das bedeutet, dass der US-Dollar voraussichtlich noch viele Jahre die Hauptwährung

## *Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik der EU-Staaten würde dazu beitragen, den Euro wieder zu stärken*

bleiben wird, selbst wenn der Euro und der Yuan an Akzeptanz gewinnen.

Aus unserer Sicht verfügt der Euro über großes Potenzial, um zu den Gewinnern des globalen Währungswettlaufs zu gehören. Die mit dem Euro verbundenen Stärken sind bekannt: ein erhebliches wirtschaftliches Gewicht der EU-Staaten, institutionelle Transparenz sowie Demokratie und Marktwirtschaft als Charakteristika des politischen Systems. Mit den richtigen wirtschaftlichen und monetären Politiken könnte der Euro erneut zu einem ernsthaften Konkurrenten des Dollars werden. Die internationale Rolle der Gemeinschaftswährung könnte sich insbesondere dann verbessern, wenn es gelänge, im Währungsraum auf den Pfad einer stabilen und positiven Wirtschaftsentwicklung zurückzukehren, die Nutzung des Euros zur internationalen Handelsabwicklung zu stärken und zudem die Tiefe und Integration der europäischen Finanzmärkte zu verbessern.

Entscheidende Erfolgsfaktoren sind dabei vor allem eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik der EU-Staaten, welche die aktuelle Wachstumsschwäche überwindet und die europäische Produktivität erhöht, sowie die Vermeidung bekannter Fehler. In Verbindung mit strukturellen Reformen würde ein sukzessiver Beitritt der wirtschaftlich erfolgreichen Staaten Mittel- und Osteuropas zum Euro (zu dem sie sich mit ihrem EU-Beitritt verpflichtet haben) der europäischen Gemeinschaftswährung weiteres Gewicht verleihen. **IP**

# Ein zweischneidiges Schwert

## Die USA und China setzen Exportkontrollen für ihre geopolitischen Ziele ein. Das verursacht nicht nur hohe Kosten – es bedroht den freien Welthandel.

Von Joachim Lang

Exportkontrollen sind zu einem zentralen Instrument geopolitischer Strategien in der Außen- und Handelspolitik geworden. Sie sind Teil eines geoökonomischen Instrumentenkastens, mit dem die USA die technologische Entwicklung Chinas verlangsamen wollen, und China revanchiert sich u.a. mit erschwertem Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen. Strafzölle und die Kontrolle von Investitionen sowohl von ausländischen Unternehmen in den USA (Committee on Foreign Investment in the USA) wie auch Investitionen amerikanischer Unternehmen in China (Outbound Investment Screening) gehören ebenfalls zu diesen Instrumenten.

Mit Exportkontrollen regulieren Staaten den Transfer kritischer Güter, Technologien und Dienstleistungen, um nationale Sicherheitsinteressen zu schützen, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und den Zugang zu strategischen Ressourcen oder Technologien für Wettbewerber einzuschränken. Ihre Auswirkungen auf die internationalen Handelsbeziehungen, globale Lieferketten und

den freien Welthandel sind allerdings enorm und spiegeln die wachsende Fragmentierung der Weltwirtschaft wider.

### USA: Schlüsseltechnologien schützen

Die Vereinigten Staaten sind führend, wenn es darum geht, Exportkontrollen gezielt als Mittel der nationalen Sicherheit und Sicherung wirtschaftlicher Interessen einzusetzen. Sie kommen zu dem Schluss, dass in einer zunehmend technologisch dominierten Welt der Schutz bestimmter Schlüsseltechnologien wie KI, Halbleiter, Quantencomputing und BioTech entscheidend ist für die nationale Sicherheit und den wirtschaftlichen Erfolg des Landes.

Gleichzeitig versucht die US-Regierung, die Kontrollen zu begrenzen, um Innovationen nicht zu hemmen und die internationale Zusammenarbeit zu bewahren – eine schwierige Gratwanderung. Dabei handelt es sich um grundlegende Entscheidungen, die überparteilich verfolgt werden. Ein Wendepunkt war die Verabschiedung des Export Control Reform Act im Jahr 2018 unter Donald Trump und die darauffolgenden Maßnahmen gegen chinesische



**Dr. Joachim Lang** ist Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft. Zuvor war er u.a. Hauptgeschäftsführer des Industrieverbands BDI.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Unternehmen wie Huawei und SMIC. Damit haben die USA eine klare Linie gezogen: Technologie und Innovation sind keine rein wirtschaftlichen Themen mehr, sondern zentrale Elemente nationaler Sicherheit. Die Biden-Administration hat die Exportkontrollen in die über mehrere Jahre erarbeitete „Small Yard, High Fence“-Strategie eingebettet, deren zentrale Bedeutung der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan im April 2023 öffentlich erläuterte: Danach soll um einen klar definierten Bereich von Schlüsseltechnologien ein hoher Zaun errichtet werden.

Schon im Oktober 2022 verschärfte die USA ihre Exportkontrollen für Halbleiter deutlich. Diese Regelungen untersagten nicht nur den Export von Hochleistungs-chips, sondern auch die Lieferung bestimmter Halbleiterfertigungstechnologien nach China. Schätzungen zufolge könnte dies Chinas Fortschritt in der Chip-Produktion um Jahre verzögern. Laut einer Analyse der Boston Consulting Group könnten die weltweiten Einnahmen der Halbleiterindustrie durch diese Maß-

nahmen um bis zu 60 Milliarden US-Dollar sinken, da Unternehmen gezwungen sind, alternative Märkte zu suchen oder ihre Produktionsprozesse umzustellen.

Die Entity List des Bureau of Industry and Security des US-Handelsministeriums ist ein weiteres zentrales Instrument der amerikanischen Exportkontrollpolitik. Unternehmen, die auf dieser Liste stehen, dürfen keine US-Technologien beziehen. Das Lieferverbot gilt nicht nur für Unternehmen aus den USA, sondern auch für Unternehmen in Drittstaaten. Ein prominentes Beispiel ist Huawei, das seit 2019 auf dieser Liste geführt wird. Der Zugang zu US-Chips und -Software wie Android wurde damit drastisch eingeschränkt, was Huaweis Marktanteil im globalen Smartphone-Markt von 15 Prozent (2019) vorübergehend auf unter 5 Prozent im Jahr 2023 sinken ließ.

Vorläufiger Höhepunkt in dieser Entwicklung ist die Entscheidung der US-Regierung vom 2. Dezember 2024, den Export von 24 Halbleiterfertigungstechnologien zu verbieten sowie 140 Unternehmen in

chinesischem Eigentum aus der Halbleiter- und Chipbranche in mehreren asiatischen Staaten auf die Entity List zu setzen. Die damalige Handelsministerin Gina Raimondo unterstrich, dass es sich bei dem Maßnahmenpaket um den Höhepunkt der Anstrengungen der Biden-Administration handele, China von Spitzentechnologien abzukoppeln, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen könnten. Wörtlich sagte sie: „Das sind die strengsten Kontrollen, die jemals von den USA beschlossen wurden, um die Fähigkeit der Volksrepublik China zu verringern, hochleistungsfähige Chips herzustellen.“

### Durchsetzung der Interessen Chinas

China hat seinerseits begonnen, Exportkontrollen sowohl als Verteidigungs- als auch als Vergeltungsinstrument zu nutzen. Seit der Einführung des Export Control Law im Jahr 2020 hat Peking seine Maßnahmen deutlich ausgeweitet.

Das zentrale Element seiner Strategie ist die Kontrolle über Seltene Erden und Rohstoffe, die in Hightech-Anwendungen unverzichtbar sind. China kontrolliert etwa 70 Prozent der weltweiten Produktion dieser Rohstoffe und nutzte diesen Hebel zum Beispiel 2023, als es zunächst den Export von Gallium und Germanium einschränkte – zwei Materialien, die in der Halbleiterfertigung unerlässlich sind. Laut dem World Semiconductor Council könnten diese Exportkontrollen die globale Halbleiterproduktion um bis zu 10 Prozent verlangsamen, zumal sich die Preise

für Gallium seit 2020 verdreifacht und für Germanium verdoppelt haben.

Als Reaktion auf die jüngsten Entwicklungen hat China noch am gleichen Tag seine Exportkontrollen dahingehend verschärft, dass Gallium und Germanium, aber auch Antimon nicht mehr in die USA ausgeführt werden dürfen. Antimon ist essenziell für die Herstellung von Lasern, Röntgen- und CT-Scannern, Batterien, optoelektronischen Geräten, Solarzellen, Smartphones, Laptops und Satelliten. Die militärische Nutzung reicht von Wärmebildkameras über Infrarotsensoren bis hin zu Zielverfolgungssystemen. In der Folge stieg der Preis von ca. 6000 auf 25 000 Dollar pro Tonne. Hinzu kommt eine weitere Einschränkung der ohnehin schon geltenden Restriktionen für Grafit, von dem als Anodenmaterial in Lithium-Ionen-Batterien in jedem Elektrofahrzeug je nach Größe 40 bis 120 Kilogramm enthalten sind. China produziert fast 80 Prozent des natürlichen Grafits, 95 Prozent des synthetischen Grafits und stellt 99 Prozent der Veredelungskapazitäten. Grafit gibt es zwar auch in Mosambik, Madagaskar und Tansania, aber die Förderung bewegt sich noch nicht auf dem chinesischen Niveau.

Recycling von Rohstoffen wird in Zukunft auch in den USA eine größere Rolle spielen, aber diese Lieferketten neu aufzubauen, kostet Zeit und Geld. Peking sendet ein klares Signal an Washington, dass man jederzeit reagieren kann und bereit ist, die USA von dringend benötigten kritischen Rohstoffen für strategisch bedeutsame Industrien abzuschneiden.

Gleichzeitig investiert China massiv in die Entwicklung einer eigenständigen Halbleiterindustrie, um die Abhängigkeit von ausländischen Technologien zu reduzieren. Bis 2023 stieg der Anteil chinesischer Chips am heimischen Markt auf 16 Prozent, mit einem Ziel von über

*Peking signalisiert den USA, dass man sie jederzeit von kritischen Rohstoffen abschneiden könnte*

70 Prozent bis Ende 2025. Diese Strategie zeigt erste Erfolge: Unternehmen wie SMIC konnten, trotz Entity-Liste, Fortschritte in der Produktion von 7-Nanometer-Chips erzielen.

Doch die Abkopplung vom globalen Technologiemarkt hat auch ihren Preis. Laut einer Studie von Bloomberg könnten die zusätzlichen Investitionen Chinas zur Erreichung technologischer Eigenständigkeit jährliche Kosten von bis zu einer Billion Dollar verursachen, da lokale Alternativen oft ineffizienter und teurer sind.

### Politische Maßnahmen der EU

Die Europäische Union nimmt in dieser geopolitischen Dynamik eine Zwischenposition ein. Sie verfolgt einen multilateralen und regelbasierten Ansatz, der wirtschaftliche Offenheit mit sicherheitspolitischen Zielen zu verbinden sucht. Ein zentraler Mechanismus ist die Dual-Use-Verordnung der EU, die 2021 aktualisiert wurde, um neue Technologien wie KI und Cybersicherheit besser zu regulieren.

Die EU hat zudem auf die russische Invasion in der Ukraine mit umfassenden Exportkontrollen reagiert. Bis 2023 sank der Handel zwischen der EU und Russland um 60 Prozent, da Exporte von Technologien, Maschinen und Software nahezu vollständig gestoppt wurden. Deutschland allein, das vor der Krise der größte Exporteur von Maschinenbauprodukten nach Russland war, verzeichnete einen Rückgang der Ausfuhren um über 70 Prozent.

Die EU ist jedoch nicht immun gegen die wirtschaftlichen Folgen von Exportkontrollen im Halbleitermarkt. Der European Chips Act soll die europäische Halbleiterproduktion stärken, indem bis 2030 statt aktuell unter 9 Prozent etwa 20 Prozent der weltweiten Chip-Produktion in Europa angesiedelt werden sollen. Doch die Abhängigkeit von Rohstoffen wie

Lithium und Kobalt, die größtenteils ebenfalls aus China importiert werden, bleibt ein erhebliches Risiko. Laut der European Raw Materials Alliance könnten Engpässe bei diesen Rohstoffen die europäische Batterie- und Elektrofahrzeugproduktion in den kommenden Jahren um bis zu 15 Prozent verlangsamen.

### Wohin führt das?

Exportkontrollen haben tiefgreifende Auswirkungen auf globale Lieferketten. Die Halbleiterindustrie, die auf komplexe und globale Netzwerke angewiesen ist, steht im Zentrum dieser Dynamik. Unternehmen wie ASML, der niederländische Hersteller von Lithografie-Maschinen, wurden durch den Druck der USA gezwungen, den Export bestimmter Technologien nach China einzustellen. Die Niederlande und Japan haben im Zuge dessen ihre Exportkontrollen erheblich verschärft. Dies hat nicht nur – wie politisch gewünscht – Chinas Halbleiterindustrie geschwächt, sondern auch die Position von ASML im asiatischen Markt beeinträchtigt. Laut einer Analyse von McKinsey könnten solche Maßnahmen bis 2030 zu einem jährlichen Verlust von 100 Milliarden Dollar in der globalen Halbleiterindustrie führen.

Dies unterstreicht, dass Exportkontrollen nicht nur geopolitische Ziele verfolgen, sondern auch erhebliche wirtschaftliche Kosten verursachen können – sowohl für betroffene Länder als auch für die Unternehmen der kontrollierenden Staaten. Die Halbleiterbranche ist jedenfalls alarmiert. NXP-CEO Kurt Sievers warnte kürzlich: „Kein Land auf dieser Welt wird bei Halbleitern jemals unabhängig sein.“

Die Fragmentierung der Weltwirtschaft, die durch Exportkontrollen beschleunigt wird, stellt eine direkte Herausforderung für die Globalisierung dar. Während in den vergangenen Jahrzehnten eine zu-

nehmende Integration der Märkte die Kosten senkte und die Effizienz steigerte, führt die aktuelle Politik zum gegenteiligen Effekt. Unternehmen sehen sich gezwungen, regionale Lieferketten aufzubauen, um Exportkontrollen auszuweichen. Dies erhöht nicht nur die Produktionskosten, sondern verringert auch die Innovationsgeschwindigkeit, da der Zugang zu globalem Know-how eingeschränkt wird.

### *Exportkontrollen gestalten die Beziehungen zwischen den Großmächten und prägen zugleich die Zukunft der Globalisierung und der technologischen Innovation*

Die Rückkehr zu einer stärker fragmentierten Weltwirtschaft zeigt sich auch in den Handelsströmen. China hat seine Exporte in den Globalen Süden erheblich ausgeweitet, insbesondere nach Afrika und Lateinamerika, während die Handelsbeziehungen mit westlichen Ländern stagnieren oder zurückgehen. Laut UNCTAD stieg der Handel zwischen China und Afrika allein im Jahr 2023 um 12 Prozent, während der Handel mit der EU um 3 Prozent zurückging. Dies zeigt, wie Exportkontrollen nicht nur direkte wirtschaftliche, sondern auch geopolitische Verschiebungen bewirken.

Peter E. Harrell, ein ehemaliger Mitarbeiter des National Economic Council unter Joe Biden, schlägt in *Foreign Affairs* eine dauerhaft enge Verknüpfung von Handelsfragen mit Fragen der nationalen Sicherheit vor, so wie es im Kalten Krieg Aufgabe des COCOM (Coordinating

Committee on Multilateral Export Controls) gewesen sei. Er regt zudem eine einseitige Vorgehensweise der USA an, der andere Wirtschaftsnationen zwangsläufig folgen müssten, gegebenenfalls im Austausch für Handelserleichterungen.

Seit einigen Jahren ist eine „Weaponization of Trade“ zu beobachten, wie Rebecca und Jack Harding es 2017 in ihrem gleichnamigen Buch beschrieben haben. Es ist zu vermuten, dass diese Entwicklung in der kommenden Dekade noch nicht abgeschlossen sein wird. China ist nicht die Sowjetunion, und offen bleibt, ob das Ziel, den politischen Gegner China in seiner technologischen Entwicklung abzu-bremsen, nur ein kurzfristiger Pyrrhussieg sein wird. Denn es ist zu erwarten, dass China schon mittelfristig alle technologischen Fähigkeiten selbst entwickeln wird, mit zeitlicher Verzögerung und zu höheren Kosten, dann aber auf den Import solcher Technologien dauerhaft wird verzichten können. Was werden dann die Auswirkungen auf den Welthandel sein? Dürfen die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein Spielball der systemischen Rivalität zweier Großmächte werden?

Exportkontrollen sind ein mächtiges Werkzeug in der Außen- und Handelspolitik, die weit über ihre ursprüngliche Funktion hinausgehen. Sie gestalten nicht nur die Beziehungen zwischen den Großmächten, sondern prägen auch die Zukunft der Globalisierung und der technologischen Innovation insgesamt. Die Balance zwischen Sicherheit, wirtschaftlicher Offenheit und internationaler Zusammenarbeit bleibt dabei die größte Herausforderung.

In einer Welt, die von Rivalitäten geprägt ist, sind Exportkontrollen nicht nur ein Mittel zur Sicherung nationaler Interessen, sondern auch ein Belastungstest für die Widerstandsfähigkeit des globalen Wirtschaftssystems. IP

# Von Kriegen, Ängsten und gefährlichem Halbwissen

*Militärische Fragen als gestrig abzutun, während die eigene Sicherheit von Verbündeten garantiert wird – das war lange deutscher Usus. Doch die Zeiten sind vorbei, in denen wir uns einen solchen Luxus leisten konnten. Nicht nur Deutschlands Sicherheitspolitik, auch die Debatte darüber muss mitziehen. Sonst droht nach der Zeitenwende ein neues Biedermeierzeitalter des Rückzugs ins Private.*

Von Ulrike Esther Franke

**E**s ist verständlich, dass sich bei den meisten Menschen die Begeisterung in Grenzen hält, über Militär und verteidigungspolitische Themen zu sprechen. Das gilt auch für Politiker. Denn in der letzten Konsequenz geht es, ob man es nun Strategie, Konfliktforschung oder Kriegsstudien nennt, um menschliches Leid, um Verletzung, um Tod. Das ist kein Wohlfühlthema, nichts, mit dem sich punkten ließe.

Doch obwohl dieser Befund für alle Länder gilt, ist es auffällig, dass Verteidigungspolitik in der öffentlichen Diskussion in Deutschland besonders wenig und – man muss es leider feststellen – im Vergleich schlecht informiert vorkommt. In Frankreich oder Großbritannien mag das Thema nicht populär sein, aber das Desinteresse, das Unverständnis und die oft abweisenden Reaktionen, die in Deutschland denen entgegenschlagen, die über Sicherheitsthemen sprechen, gibt es dort so nicht. Die „Zeitenwende“ hat zwar

einen gewissen Wandel gebracht, doch das Grundproblem besteht weiter.

Ich spreche aus persönlicher Erfahrung. Seit nunmehr 15 Jahren beobachte und kommentiere ich die verteidigungspolitischen Debatten in diesen drei Ländern. Seit 2019 co-produziere ich mit drei Kollegen den Podcast „Sicherheitshalber“, dessen explizites Ziel es ist, zu einer besser informierten sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland beizutragen. Gleichzeitig bin ich in den englisch- und französischsprachigen Medien präsent und Teil des französischen sicherheitspolitischen Podcasts „Le casque et la plume“.

**D**rei Dinge fallen mir in Deutschland besonders auf: Erstens, es fehlt ein Verständnis der grundlegenden Logik von Strategie und militärischer Macht. Nach drei Jahrzehnten des sogenannten „Endes der Geschichte“, also einer Zeit, in der die Deutschen überzeugt waren, dass der geopolitische Wettbewerb beendet sei, militärische Konfrontation der Vergangenheit angehörte, internationales Recht regierte und alle Länder über kurz oder lang demokratischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien folgen würden, findet derzeit ein hartes Erwachen statt. Allerdings zeigt sich in den Diskussionen über den russischen Krieg gegen die Ukraine, dass der deutschen Bevölkerung – und

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

zum Teil auch den Medienschaffenden und Politikern – ein ganz grundsätzliches Verständnis von Strategie und der Logik militärischer Macht fehlt.

Nehmen wir nur einmal die Idee der Abschreckung. Staaten sollten über ein gewisses Level an militärischen Fähigkeiten verfügen, um Angriffe zu verhindern. Die Hoffnung ist dabei, dass potenzielle Angreifer erkennen, dass sich ein Feldzug ob der bestehenden Verteidigungsfähigkeiten auf der anderen Seite nicht lohnen würde: Der Angriff ist zu teuer (Abschreckung durch Erfolgsvereitelung) oder die erwartende Gegenreaktion zu groß (Abschreckung durch Bestrafung). Die bekannteste Form der Abschreckung ist die nukleare: die Drohung mit einem atomaren Gegenangriff.

Diese Logik funktioniert auch im konventionellen Bereich. In den deutschen Diskussionen über Waffenlieferungen an die Ukraine vor der russischen Vollinvasion im Februar 2022 und ebenso über das Sondervermögen und die bessere Ausrüstung der Bundeswehr heute zeigt sich jedoch immer wieder, dass die Grundidee nicht verstanden wird. Bewaffnung wird gleichgesetzt mit dem Wunsch, Waffen einzusetzen. So können diejenigen, die sich für mehr eigene Fähigkeiten aussprechen, einfach als Kriegstreiber verunglimpft werden. Hilfreich ist das nicht.

Ebenfalls bezeichnend war die deutsche Reaktion auf die Aussage des französischen Präsidenten Emmanuel Macron im Februar 2024, er würde die Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine nicht ausschließen. Macron kündigte nicht an, dies tun zu wollen. Im Gegenteil. Er erklärte, dass, um „strategische Ambiguität“ zu wahren, die Option nicht öffentlich ausgeschlossen werden sollte. Es sei schlicht keine gute Idee, dem Gegner von vornherein zu verraten, was man *nicht* tun würde.

In Deutschland verfiel diese Logik nicht. Anstatt Putins Russland im Unklaren zu lassen, erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz, Truppen seien keine Option – für Deutschland nicht und ebenso wenig für die NATO oder andere europäische Länder (auch wenn letzteres gar nicht in Scholzens Entscheidungsgewalt liegt). Ein Verständnis des Konzepts der strategischen Ambiguität? Fehlanzeige.

Selbst fundamentale Ideen wie Verteidigung und Angriff scheinen unklar. Immer wieder kommt die Idee hoch, die Ukraine dürfe, weil sie sich politisch in einem Verteidigungskrieg befindet, auch militärisch nur verteidigend agieren. Also nur Vorstöße abwehren oder Raketen abfangen. Dabei ist es natürlich auch Teil der Verteidigung, offensive militärische Gegenangriffe durchzuführen – sogar auf russischem Territorium. Die Ukraine wird dadurch nicht zum Aggressor.

Wieder und wieder zeigt sich solches Un- oder Halbwissen und erschwert die Diskussion. Dass die USA die deutsche Sicherheit in weiten Teilen garantieren – unbekannt. Dass die Beistandsklausel der NATO kein Automatismus ist – nie gehört. Unwissen dieser Art macht es auch möglich, dass politische Nebelkerzen gezündet werden, die den Diskurs aufhalten, derzeit beispielsweise in der Debatte über die Stationierung amerikanischer Marschflugkörper in Deutschland.

**D**as zweite, das mir auffällt: Die deutsche Diskussion ist angstgetrieben. Angst ist ein Wort, das so klar mit Deutschland verbunden ist, dass es sogar ein Lehnwort in anderen Sprachen ist. In der Verteidigung drückt sich das in der Angst aus, über das Thema Krieg überhaupt zu sprechen. Man könnte ja etwas herbeireden. Das alte Sprichwort „Si vis pacem para bellum“, also „Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor“, wird ad absurdum geführt, gar auf den Kopf gestellt: Worüber nicht geredet wird, das kann auch nicht passieren.

Für Politiker hat es nur Nachteile, Gefahren zu thematisieren. „Angstmacherei“ ist ein schwerer Vorwurf. „Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern“, sagte der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière, als im November 2015 ein deutsches Fußballländerspiel abgesagt wurde, und beließ es weitestgehend bei dieser Erklärung. Natürlich gibt es Situationen, in denen Zurück- oder Geheimhaltung angebracht ist. Aber wenn Gefahren nicht thematisiert werden aus Angst, Wähler zu verschrecken, dann hat das negative Folgen auf die Vorbereitungsfähigkeit

der Gesellschaft. Wie sollen wir uns wappnen, mental wie praktisch, wenn Gefahren nicht benannt werden?

Selbst Experten wird Angstmacherei vorgeworfen – dabei ist es unser Job, Gefahren aufzuzeigen. Nur so lässt sich dafür Sorge tragen, dass nichts Schlimmes passiert. Dass nicht jede Gefahr, die Experten als möglich beschreiben, eine Vorhersage ist, wonach ein solches Ereignis zwangsläufig eintreffen werde, scheint oft unklar und wird den Experten später vorgeworfen.

**D**as führt mich schließlich zum dritten Punkt, der mir in der deutschen Debatte auffällt: Die Diskussion ist moralisch aufgeladen. Meine Hauptexpertise liegt in den neuen Militärtechnologien, einem Thema, zu dem ich regelmäßig schreibe und spreche. In einem längeren Interview mit der *ZEIT* Anfang 2021 erklärte ich die militärischen Vor- und Nachteile von Drohnen, inklusive der Sorge der Kritiker und den Aspekten der deutschen Drohnendebatte. Viel Information, wenig Meinung – ein Erklärstück.

In der nächsten Ausgabe beklagte dann ein Leserbrief, dass ich das „Hohelied des sauberen Tötens mit dem unbemannten Kriegsgerät“ sänge, und „offensichtlich [...] in diese stillen Killersysteme richtig vernarrt“ sei. Ich wage zu bezweifeln, dass Onkologen vorgeworfen wird, in Krebs vernarrt zu sein. Doch offensichtlich ist schon die wissenschaftliche Beschäftigung mit Krieg oder Militärtechnologie in Deutschland verurteilenswert. Aus Frankreich oder dem englischsprachigen Raum haben mich solche Zuschriften noch nie erreicht.

Dieses anekdotische Beispiel steht stellvertretend für die Moralisierung der Debatte in Deutschland. Dass Krieg zu den schlimmsten Dingen gehört, die Menschen

einander antun, ist klar – und im Zweifel wissen das diejenigen, die sich wissenschaftlich mit Militär und Verteidigung auseinandersetzen, besser als die meisten anderen.

Trotzdem besteht gegenüber den Experten ein erhebliches Misstrauen. Diskreditierungen à la „Kaliberexperten“ von höchster politischer Stelle tragen nicht zu einem besseren Diskussionsklima bei. In Bundestagsdebatten werden Waffen für die Bundeswehr – Deutschlands demokratisch legitimierte Streitkräfte, deren Aufgabe es ist, unsere Sicherheit zu verteidigen – schon mal als „Mörderwaffen“ tituliert. Die Implikation, was dann diejenigen sind, die sie einsetzen, ist offensichtlich.

Natürlich gibt es einen Grund, warum die deutsche Debatte anders ist als die in unseren Nachbarländern. Die Schuld des Zweiten Weltkriegs lastet schwer auf dem deutschen Denken, und das mit Recht. Das erklärt zum einen die Abwehrhaltung gegenüber Krieg im Allgemeinen – jegliche Idee von Kriegsheldentum ist den Deutschen aus gutem Grund ausgetrieben worden. Zum anderen aber hat die deutsche Gesellschaft in den vergangenen Jahren die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg immer stärker vereinfacht – um am Ende bei der Gleichung „Militär ist schlecht“ anzukommen. Militär und militärische Macht werden in den Köpfen vieler Deutscher gleichgesetzt mit Angriffskrieg – weil dies im deutschen historischen Kontext so war.

Für unsere osteuropäischen Nachbarn ist die historische Gleichung aus derselben Konfrontation allerdings eher „Militär garantiert Verteidigungsfähigkeit“. Dass beides richtig sein kann, zeigt, dass die Wahrheit nuanciert ist. Seit Ende des Kalten Krieges kommt in Deutschland noch eine gehörige Portion Hybris dazu. Wir Deutschen glauben, aus der Geschichte besonders gut gelernt zu haben – die Muster Schüler der Vergangenheitsbewältigung. Dass es für mehrere Jahrzehnte so aussah, als ob alle anderen unserem Beispiel folgen und so werden wollten wie wir, trug dazu bei, dass wir unsere Position nicht hinterfragen mussten.

**I**n diese Gemütslage platzte am 24. Februar 2022 der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Bei vielen Deutschen führte er zu einem Hinterfragen der bisherigen Überzeugungen. Plötzlich wurde vielen bewusst, dass militärische Fähigkeiten nicht zwangsläufig schlecht sind – sondern im Gegenteil potenziell überlebenswichtig. Es zeigte sich, dass es Akteure gibt, für die Krieg kein Instrument der Vergangenheit ist. Und es wurde offensichtlich, dass das

# Die Internationale Politik jetzt auch zum Hören



Sie finden uns überall,  
wo Sie Podcasts hören.  
Gleich QR-Code scannen,  
abonnieren und keine  
Folge verpassen.



Nichtbeschäftigten mit dem Gefürchteten nicht davor schützt, dass es eintritt.

Das Interesse an dem Krieg und am Militärischen im Allgemeinen wuchs. Die Nation diskutierte über die Vor- und Nachteile bestimmter Panzersysteme. Politiker, die bisher keinen Bezug zum Thema hatten – ihm sogar bisher abwehrend gegenüberstanden – wurden zu Experten, die in Bundestagsdebatten verschiedene Waffensysteme durchdeklinierten. Inzwischen ist Boris Pistorius, der regelmäßig vor Gefahren warnt, der beliebteste Politiker der Deutschen.

Nach dem anfänglichen Interesse schlägt das Pendel dieser Tage jedoch in die andere Richtung um. Je länger der Krieg in der Ukraine geht, je mehr den Menschen klar wird, dass sich in der Geopolitik grundsätzlich etwas verändert hat und dass auch nach Ende des russischen Angriffskriegs keine Rückkehr zur „Normalität“ möglich ist, desto größer ist der Wunsch nach einem Rückzug ins Private. Je komplizierter und tragischer die Weltlage wird, von Gaza bis nach Syrien, umso größer ist das Verlangen der Menschen danach, die Tür zuzumachen und die Realität auszublenzen. Eine Überforderung tritt ein. Es droht eine neue Periode des Biedermeier. Die Biedermeierzeit – in etwa die Zeit der Restauration nach Ende des Wiener Kongresses 1815 – zeichnete sich kulturgeschichtlich durch den Rückzug ins Private aus. Wohnkultur, Einrichtungsmode und private Gemütlichkeit rückten in den Vordergrund.

Inzwischen ist aus dem Rückzug ins Private wieder ein Trend geworden: „Romanticise your life“ lautet die Losung. Es gibt Bücher und Artikel mit Anleitungen, das Schöne im Kleinen, das Idyll im Privaten zu finden. Das kann helfen, mentale Belastungen abzubauen. Doch das Ignorieren der Welt und ihrer Herausforde-

rungen ist keine Lösung. Die Demokratie braucht mündige Bürger. Es kann den „Kaliberexperten“ überlassen werden, Detailfragen zu klären. Doch informiert zu sein ist Aufgabe des Bürgers, nötig für die politische Teilhabe, und eine Voraussetzung für die Vorbereitung auf Extremfälle.

**H**istorisch gewachsene Strukturen ändern sich nicht über Nacht. Aber damit Deutschland erfolgreich durch die Zeitenwende kommt, muss auch die Debatte über Verteidigungspolitik mitziehen. Das ist eine Aufgabe für die Politik, die Streitkräfte und die ganze Bevölkerung.

Gegen fehlendes Wissen hilft Information. Das ist ein Allgemeinplatz, ist aber trotzdem richtig. Politiker müssen mehr Bereitschaft zeigen, auch die schwierigen Themen anzusprechen – das gilt insbesondere für die höchste Ebene der Politik. Sicherheit muss wieder Chefsache werden; der nächste Bundeskanzler kann das Thema Verteidigung nicht wie Olaf Scholz, und vor ihm Angela Merkel, ans Verteidigungsministerium delegieren. Und auch wenn nicht jede Entscheidung eine „gesamtgesellschaftliche Debatte“ braucht – ein Begriff, der in Expertenkreisen zur Chiffre für nie endende Diskussionen geworden ist –, so sind Erklärungen wichtig.

Erklärungen reichen aber nicht. Nach Jahrzehnten, in denen diejenigen mit politischen Visionen zum Arzt geschickt wurden, brauchen wir in Deutschland wieder klarere Positionen zu den großen geopolitischen Fragen. Politik war lange zur Verwaltungsaufgabe verkommen, in der es nur darum ging, zu organisieren und zu bewahren, nicht aber darum, aktiv zu gestalten.

In einer Zeit, in der es wieder einen Wettbewerb um das richtige System gibt und um die Frage, wer in der Welt Einfluss

hat, ist es wichtig, für die eigenen Vorstellungen einzutreten. Nur verwalten und alle Optionen als gleich gut darzustellen, funktioniert da nicht.

Für die Diskussion ist es auch wichtig, die direkt Betroffenen zu Wort kommen zu lassen. Es ist auffallend, wie abwesend das Militär in der deutschen sicherheitspolitischen Debatte ist. Dass ein signifikanter Teil der Militärexperten in unseren Medien aus Österreich kommt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

Der jahrzehntelangen Drohnendebatte etwa hätte es gutgetan, Stimmen aus der Bundeswehr zu hören. Leider durften diese sich zu der Thematik oft nicht äußern. Es wäre sehr wünschenswert, hier einen Politikwandel im Verteidigungsministerium anzustoßen, in dessen Gefolge es Militärangehörigen nicht nur erlaubt wird, sich in die öffentliche Debatte einzubringen: Sie sollten aktiv dazu aufgefordert und nicht, wie bisher, dafür abgestraft werden. Das kann auch der Moralisierung der Debatte entgegenwirken. Denn wer öfter mit Angehörigen der Streitkräfte spricht, dem wird schnell klar, dass sie die letzten sind, die Kriegstreiberei betreiben. Schließlich sind sie die ersten an der Front.

**A**uch der Angst kann mit besserer Information beigegeben werden. Nicht diffuse Ängste sollten gestreut werden; stattdessen muss die Politik konkret ein Augenmerk auf die Vorbereitung legen. Die Deutschen sind Versicherungsweltmeister. Wir sind gerne auf alle Eventualitäten vorbereitet. Deutschland sollte hier dem Vorbild seiner nordischen Nachbarn folgen und die Bevölkerung stärker in die Pflicht nehmen, zu ihrer eigenen Sicherheit beizutragen.

Jetzt ist der Moment für politische Führung. Die Herausforderungen sind groß, aber es kann auch viel bewirkt werden: Durch Russlands Krieg gegen die Ukraine haben wir ein Zeitfenster der Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und in der Bereitschaft, sich mit Verteidigung und Militär auseinanderzusetzen. Das muss die nächste Regierung nutzen, um wichtige Weichen zu stellen, bevor die Stimmung umschlägt und ein neues Biedermeierzeitalter folgt.



**Dr. Ulrike Esther Franke** ist Senior Policy Fellow beim European Council on Foreign Relations (ECFR) in Paris. Sie befasst sich mit Fragen der deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere mit dem Einfluss neuer Technologien.

# Das Ende des Westens

*Europas Rechtsruck, Russlands Krieg gegen die Ukraine, der Aufstieg Chinas und anderer Autokratien, dazu Donald Trumps isolationistische Pläne: An Gründen, am Westen zu zweifeln, herrscht kein Mangel. Und so macht sich verdächtig, wer bezweifelt, dass es mit der westlichen Vorherrschaft ein für alle Mal vorbei sei. Aber wie stichhaltig sind denn die Thesen der Untergangspropheten eigentlich?*

Von Alan Posener

**„Die Ära westlicher Dominanz ist vorbei“**  
**Nicht so schnell.** Das 21. Jahrhundert ist zu einem Viertel abgelaufen. Und bisher haben diejenigen nicht Recht behalten, die ein Ende der Vorherrschaft des Westens prophezeit haben.

Niedergang verkauft sich allerdings immer gut. Vor gut über 100 Jahren – genauer: zwischen 1918 und 1922 – erschienen die drei Bände von Oswald Spenglers „Der Untergang des Abendlandes“. Darnach verschlungen und als prophetisch gefeiert, ist das antisemitische Machwerk heute – bis auf den Titel – vergessen. Zu Recht. Und nicht nur, weil es verquast und unleserlich ist. Sondern weil Spengler wie alle Endzeitpropheten nach ihm das Entscheidende nicht begriffen hatte: Das Abendland geht immer wieder unter, um sich immer wieder zu erneuern.

Seine heutige Inkarnation ist seit 1945 „der Westen“. Mit dem europäisch geprägten, männlich dominierten und monokulturellen Abendland, das Spengler meinte, hat der heutige Westen oberflächlich kaum noch etwas gemein. Dafür aber jene Kerneigenschaft, die Spengler wie alle Reaktionäre beunruhigte und weiter beunruhigt: wandlungsfähig zu sein wie keine Zivilisation vor

oder neben ihm. Dieser Westen macht gerade eine weitere Wandlung durch, deren Ende und Resultat nicht absehbar sind. Untergang ist immer möglich. Aber nicht wahrscheinlich.

Als ich vor 15 Jahren an dieser Stelle die Ansicht vertrat, auch das neue Jahrhundert werde amerikanisch sein, war Barack Obama gerade Präsident der USA geworden. 2010 habe ich weder das Scheitern Obamas vorausgesehen noch prognostiziert, wer auf ihn folgen würde, doch schrieb ich ahnungsvoll: „Schauen wir also zum Schluss auf die Anti-Obama-Bewegung“, nämlich die libertäre Rechte: „In einem Land, wo solche radikalkapitalistischen Forderungen aus dem Rezeptbuch Friedrich Hayeks, Ayn Rands und Maggie Thatchers zum Programm einer Graswurzelbewegung werden können, hat die Zukunft noch gar nicht richtig begonnen.“

Aus dieser Graswurzelbewegung erwuchs Donald Trump, den man bis zu seinem Sieg gegen Kamala Harris als geschichtliche Verirrung und Produkt eines dysfunktionalen Wahlsystems abtun konnte, der aber nun, ausgestattet mit einem populären Mandat, als Gesicht der Zukunft gelten muss.

Dieses Gesicht ist nicht sehr attraktiv, um es euphemistisch auszudrücken. Als ich an diesem Text schrieb, hatte Trump gerade von Panama verlangt,

in den USA registrierte Schiffe bei der Kanaldurchfahrt bevorzugt zu behandeln; er hatte die Loslösung Grönlands von Dänemark gefordert und davon gesprochen, Kanada könnte Teil der USA werden.

Das Entsetzen in Europa über diesen „Imperialismus“ war allgemein, wobei nur wenige Kommentatoren anmerkten, dass Grönland nur als Ergebnis des dänischen Kolonialismus zu Dänemark gehört, Kanada Charles III. nur als Ergebnis des britischen Kolonialismus als König anerkennt und Panama – wie Grönland – seit Jahrzehnten im Visier des chinesischen Seidenstraßen-Imperialismus ist. Aber das nur nebenbei. Auch wer Trump nicht mag, muss wissen: In der Systemkonkurrenz mit der „Autokraten-GmbH“, wie Anne Applebaum das Zweckbündnis der Antwestler nennt, gibt es keine glaubhafte Mittelposition. Der Westen muss seine Dominanz behaupten, und das ist nur sichergestellt, wenn Europa und die USA zusammenstehen.

---

### „Von Dominanz sollten wir nicht mehr reden – nicht vom Recht der Mächtigen, sondern von der Macht des internationalen Rechts“

**Ich fürchte sogar, wir müssen über Dominanz reden.** Das Wort mag für linke und postkoloniale, ja auch für liberale Ohren abstoßend klingen – und das wäre es in einer idealen Welt auch. Doch in der realen Welt haben wir es nicht mit der Alternative Dominanz – Nichtdominanz zu tun, sondern mit der Alternative der Dominanz durch China, seinen Klienten Russland und diverse unangenehme Autokraten von Pjöngjang über Teheran und Havanna bis nach Caracas – oder durch den Westen. In der Ukraine wird dieser Konflikt kriegerisch ausgefochten, bald vielleicht auch wieder in Georgien, in Moldau, den baltischen Staaten oder Taiwan.

An diesem Konflikt zwischen staatsautokratischem Kapitalismus und marktwirtschaftlicher Demokratie ändern der Sieg Trumps und die Erfolge europäischer Trumpisten nichts; wohl aber ändert sich auf absehbare Zeit die Strategie des Westens. Statt auf Werte setzt Trump auf nationale Stärke;

statt auf Freundschaften auf Interessen; statt auf eine „regelbasierte internationale Ordnung“ auf Deals zwischen souveränen nationalen Playern.

Wenn einem das nicht völlig unbekannt vorkommt, so deshalb, weil es die Grundlage des Westfälischen Systems in Europa nach 1648 und seiner Restauration nach der Disruption durch das Napoleonische Imperium war. Henry Kissinger wurde zeitlebens nicht müde, dieses mit Absicht amoralische Modell als Blaupause für die globale Ordnung zu propagieren, das Managen eines solchen multipolaren Systems als die eigentliche Kunst der Diplomatie zu preisen und vor den internationalistischen Träumen der Neocons ebenso zu warnen wie vor den postnationalen Illusionen und der moralisierenden Machtlosigkeit der europäischen Linken.

Liberaler und Linke müssen denn auch zugeben, dass sie kein Konzept dafür haben, wie man eine regelbasierte internationale Ordnung ohne quasi-imperiale Macht durchsetzen könnte. Der Traum universell gültiger Ordnungen und supranationaler Institutionen – von den Vereinten Nationen über die Welthandelsorganisation bis hin zum Internationalen Strafgerichtshof – entsprang den zwei kurzen unipolaren Momenten nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Denn Ordnungen und Institutionen brauchen nun einmal Macht, wenn sie wirken sollen. Gerichte sind nichts ohne Polizei. Unter George Bush Senior und Bill Clinton waren die USA diese Macht, war Amerika der Weltsheriff. Mit den Militäreinsätzen gegen Saddam Hussein in Kuwait und Slobodan Milošević auf dem Balkan schien die „neue Weltordnung“, die Bush Senior verkündet hatte, Gestalt anzunehmen. Unter Clintons Nachfolger George W. Bush sprachen amerikanische Historiker und Politikwissenschaftler wie Robert D. Kaplan sogar offen von einem „liberalen Imperium“, das potenziell keine Grenzen habe, da ewiger Friede im Sinne Immanuel Kants – oder ein Ende der Geschichte im Sinne Francis Fukuyamas – nur durch die Demokratisierung der Welt zu erreichen wäre.

Der Irak-Krieg stellte diese Illusionen infrage, endgültig begraben wurden sie mit dem Sieg der

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Kopf hoch, Lady Liberty: Schon nach Donald Trumps erstem Wahlsieg 2016 sahen viele das Ende der Freiheit gekommen. Doch alles in allem scheint der Westen für die neue Weltordnung besser gerüstet, als viele derzeit glauben.*

Taliban gegen die NATO in Afghanistan. Inzwischen werden internationale Normen und Abmachungen von großen und kleinen Autokraten mehr oder weniger straflos gebrochen. Chinas grobe Verletzungen der Menschenrechte in Tibet, Xinjiang und Hongkong, seine Missachtung der Regeln der Welthandelsorganisation; die Destabilisierung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens durch den Iran; Syriens Einsatz chemischer Waffen gegen die eigene Bevölkerung; antidemokratische Putsch in Afrika, die Herrschaft von Caudillos und Gangs in Lateinamerika; Russlands Annexion der Krim und der Ostukraine 2014; Mehr als zahnlose Sanktionen und impotentes Schimpfen konnte der Westen nicht aufbieten – bis Wladimir Putin die Schwäche der Ukraine und Russlands Stärke überschätzte und mit der Invasion seinen Teil zur Einleitung einer neuen Ära westlicher Wehrhaftigkeit beitrug.

Freilich waren die optimistischen Annahmen der Internationalisten auch auf dem Höhepunkt amerikanischer Macht nie unumstritten. Sowohl George W. Bush, der vor den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 eine „demütigere“ Außenpolitik verkündet hatte, wie auch sein Nachfolger Barack Obama ahnten, dass Henry Kissingers „realistische“ Schule der Außenpolitik

den Möglichkeiten der Vereinigten Staaten eher entsprach als die Träume der demokratischen Imperialisten und der Neocons.

Obama beendete das irakische Abenteuer. Er ließ sich zwar von den Franzosen und Briten überreden, in Libyen zu intervenieren, was ja auch in einem Fiasko endete, schreckte aber vor der Einmischung in Syrien zurück. Wichtiger war es ihm, mit TTIP einen transatlantischen Freihandelsraum zu schaffen, um sich der chinesischen Herausforderung zu stellen. Ein großer Wurf, der an der antiamerikanischen Stimmung in Europa scheiterte. Joe Biden versuchte gar nicht erst, TTIP wiederzubeleben, sondern verfolgte eine merkantilistische Politik der Reindustrialisierung, auf die Trumps Losung passen würde: Make America Great Again.

---

**„Donald Trump betreibt eine isolationalistische Politik. In der Folge werden die Vereinigten Staaten und der Westen schwächer sein“**

**Das stimmt.** Donald Trump will nicht mehr die Rolle des Weltsheriffs spielen, der sich für die Aufrechterhaltung einer regelbasierten globalen

Ordnung einsetzt. Was als Rückzug nicht nur erscheint, sondern auch ein solcher ist, muss aber noch lange nicht das Ende amerikanischer Dominanz bedeuten. Im Gegenteil.

Auch die Dekolonisierung in den 1940er bis 1960er Jahren, die Aufgabe des europäischen Anspruchs globaler Herrschaft und einer globalen „Mission civilisatrice“, hat den Westen nur vordergründig geschwächt. Die Befreiung von kolonialen Verstrickungen – man denke an Frankreichs Kriege in Vietnam und Algerien oder das mit Großbritannien ausgeheckte Abenteuer in Suez – war vielmehr eine der Voraussetzungen des moralischen und materiellen Sieges im Kalten Krieg.

Demokratien sind zur Aufrechterhaltung von Imperien nicht geeignet; kleine Kriege an der Peripherie können sie in existenzielle Krisen stürzen, siehe das moralische und militärische Debakel der USA in Vietnam, im Irak und in Afghanistan. Der scheiternde Sheriff delegitimiert nicht nur sich selbst, sondern auch die Ordnung, die er aufrechterhalten soll. Das begriff Richard Nixon, der unter Kissingers Einfluss den Krieg in Vietnam beendete, um sich auf ein Arrangement mit China zu konzentrieren.

Auch Trump, dessen Außenpolitik eher der Monroe-Doktrin verpflichtet ist als den Ideen Woodrow Wilsons oder Franklin D. Roosevelts, hat in seiner ersten Amtszeit wichtige diplomatische Erfolge erzielt. Handelspolitisch legte er die Grundlage für das „De-Coupling“ von China, das – meistens in der euphemistisch als „De-Risking“ umschriebenen Variante – mittlerweile Staatsräson des Westens ist. Gleichzeitig sorgte er für eine Neujustierung der für die USA ungünstigen Freihandelszone mit Kanada und Mexiko und zwang die Europäer, mehr für die eigene Verteidigung im Rahmen der NATO zu tun. Seine mit Sanktionsdrohungen verbundene Warnung vor Nord Stream 2 erwies sich als prophetisch, seine Aufkündigung des Atomvertrags mit dem Iran zwang die Europäer, ihre eigene Appeasement-Politik gegenüber den Mullahs zu überdenken.

Vor allem die Abraham-Abkommen zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain, später ergänzt um den Sudan und

Marokko, waren Triumphe amerikanischer Diplomatie; sie haben bis heute trotz der Kriege in Gaza und Libanon gehalten.

Wie Trumps oft belächelte Verhandlungen mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un zeigten, bedeuten solche Deals, dass man auf Belehrungen zu Menschenrechts- und Demokratieforderungen verzichtet, die Sicherheitsinteressen des Gegenübers respektiert und zu einem für beide Seiten akzeptablen Ergebnis zu kommen versucht. Nixon hat das vorgemacht, als er die Entspannung mit dem China Mao Zedongs einleitete. Es ging nicht darum, dass China etwa liberaler oder für westliche Vorstellungen offener gewesen wäre als die Sowjetunion. Im Gegenteil. Moralisch war es schon gar nicht, Amerikas treuen Verbündeten Taiwan diesem Deal zu opfern. Es ging aber darum, die Widersprüche zwischen den kommunistischen Mächten im Interesse der USA und des Westens auszunutzen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion gab Kissingers Machiavellismus recht.

---

### „Peking hat kein Interesse an Krieg in Europa, daher muss der Westen alles tun, damit China mäßigend auf Russland einwirkt“

**Das Gegenteil ist richtig.** Zwar stimmt es: Für Amerika und den Westen wäre es heute wie zu Nixons Zeiten günstig, das strategische Bündnis zwischen Russland und China aufzubrechen. Die vor allem von europäischen Politikern verfolgte Strategie, China zu umschmeicheln, damit es Russland ausbremse, verkennt aber die Tatsache, dass der Krieg in der Ukraine und die Spannungen an anderen Fronten in Europa vor allem im Interesse Chinas sind. Der Westen wird militärisch in Europa gebunden und abgelenkt. Europa leidet unter hohen Energiepreisen, hohen Militärausgaben und der Belastung durch ukrainische Flüchtlinge. Russland wird militärisch, wirtschaftlich, politisch und kulturell immer abhängiger vom mächtigen östlichen Nachbarn, dem es billige Rohstoffe liefern muss. What's not to like for Peking?

Darum – und nicht wegen irgendwelcher Sympathien für Putin oder gar weil Putin ihn mit „Kompromat“ erpressen könnte – will Trump den Krieg in der Ukraine beenden, während er gleichzeitig von den Europäern fordert, mehr für ihre eigene Verteidigung zu tun. Amerika muss sich auf den Pazifik – auf China – konzentrieren. Ein wehrfähiges Europa muss und kann sich mit Putins Russland arrangieren.

Die Frage bleibt indes, ob Europa denn auch wehrfähig wird. Donald Trump verlangt, dass die NATO-Staaten 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgeben. Machbar ist das: Russland gibt 5,9 Prozent aus, Israel 5,3 Prozent, die USA – nicht annähernd so unmittelbar bedroht wie die Europäer – schaffen immerhin 3,4 Prozent. Allem „Zeitenwende“-Gerede zum Trotz aber trifft Trumps Forderung auf entsetzte Ablehnung. Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner ist darauf vorbereitet. Hier ist die vielleicht wichtigste Baustelle der kommenden Jahre.

Zurzeit allerdings kann die Europäische Union nicht einmal innerhalb ihres eigenen quasi-imperialen Machtbereichs die Befolgung ihrer Regeln durch Rebellen wie Viktor Orbán erzwingen – ob es um Rechtsstaatlichkeit oder Asylregelungen geht. Morgen könnten Rechtspopulisten nicht nur in Budapest und Bratislava, Helsinki und Den Haag, Rom und Wien, sondern in Paris, übermorgen trotz aller Versicherungen von CDU-Chef Friedrich Merz in Berlin in der Regierung sitzen.

Längst haben darum die klügeren Rechtspopulisten wie Giorgia Meloni oder Marine Le Pen die Forderung nach Austritt aus der Europäischen Union ersetzt durch die Ambition, die EU zu übernehmen. Es mag daher eine Zeit kommen, in der es Europas Föderalisten zugute kommt, dass sich ihre Träume nicht verwirklichen lassen. Lange haben Liberale die Machtlosigkeit der Brüsseler Zentrale gegenüber dem illiberalen Demokraten Orbán und der rechtskatholischen polnischen PiS-Regierung beklagt; bald könnten sie froh sein, wenn Brüssel auch gegenüber den verbliebenen liberalen Demokratien machtlos bleibt.

## „Wenn die Rechtspopulisten in Europa das Sagen haben, ist die EU erledigt“

**Das sind keine schönen Aussichten, aber es bedeutet nicht, dass die EU oder der Westen erledigt wären.** Die Rechtspopulisten sind außenpolitisch zu zerstritten, um einen einheitlichen Block zu bilden. Weder die finnische noch die schwedische Regierung ist prorussisch; im Gegenteil – beide Länder sind angesichts der russischen Invasion der Ukraine in die NATO eingetreten. Die von den Fratelli d'Italia, Lega und Forza Italia geführte Regierung in Rom ist entschieden prowestlich und antirussisch, die polnische PiS-Regierung war es.

Im Wesentlichen eint die Rechten nur ihre ablehnende Haltung gegenüber der Migration, vor allem gegenüber der aus dem arabischen und afrikanischen Raum. Durchaus möglich, dass sie bald erkennen: Europa bietet mit Frontex und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber den Herkunftstaaten, die Zusammenarbeit in der Migrationsfrage belohnt und Verweigerung bestraft, das einzige wirksame Mittel zur Regulierung der Migrationsströme. Wie denn überhaupt ein Land wie Ungarn ohne die EU kaum überlebensfähig wäre. Überdies haben das Covid-Hilfsprogramm und das Förderprogramm zur Entwicklung eines Covid-Impfstoffs trotz Schwächen in der Durchführung gezeigt, wozu die Europäische Union fähig ist, wenn sie ihre Kräfte gezielt einsetzt.

Die Rechten wollen die Entwicklung hin zu einem föderativen Bundesstaat Europa stoppen; aber diese Entwicklung hat schon Angela Merkel ausgebremst. Und wenn die EU Länder wie die Ukraine, Georgien, Serbien und Albanien aufnehmen soll, muss ihre Struktur ohnehin erheblich lockerer werden und Raum lassen für politische und gesellschaftliche Diversität. Längst ist das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ nur ein Bonmot, wie jenes vom Fahrrad, das umfällt, wenn es nicht weiterfährt Richtung Integration.

Wichtig für Europas Zukunft ist die Geschwindigkeit der Erweiterung, nicht der föderalen Vertiefung. Und das heißt, dass die Union eben ein

Dreirad werden muss, das nicht umfällt, wenn es Richtung Einheitsstaat nicht weitergeht. Die Aufgabe europäischer Einheitsträume mag enttäuschend sein; sie muss aber kein Nachteil sein, solange der gemeinsame Markt den freien Austausch von Kapital, Waren und Menschen garantiert und die gemeinsame Handelspolitik erhalten bleibt. Das Assoziierungsabkommen mit den Mercosur-Staaten weist den Weg. Alles andere ist nice to have, aber nicht zwingend notwendig. Am Ende gilt auch in der Europa- und Weltpolitik: It's the economy, stupid! Die politische Macht kommt aus den Fabrikschloten.

### „China ist schon jetzt die Werkstatt der Welt und wird die globale Wirtschaft in Zukunft noch stärker beherrschen“

**Kaum.** Gerade in ökonomischer Hinsicht sind die USA ungeschlagen und unschlagbar. Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Inflation auch. Von den zehn wertvollsten Firmen der Welt kommen acht aus den USA; unter den ersten 20 sind 17 aus Amerika. Und es sind vor allem Tech-Firmen wie Apple, Microsoft, Nvidia, Google, Meta und Tesla. Die von Trump in seiner ersten Amtszeit proklamierte Reindustrialisierung findet tatsächlich statt, nicht zuletzt dank der Subventionspolitik seines Nachfolgers und seines Vorgängers. Gleichzeitig macht sich die chinesische Führung Sorgen wegen der Offshoring-Pläne diverser chinesischer Unternehmen, um amerikanische (und europäische) Zölle zu umgehen.

Hinzu kommt die Demografie. China steht vor einer demografischen Katastrophe. Die Bevölkerung altert schnell und schrumpft bereits, und anders als in den USA und Westeuropa kann der Verlust nicht durch Zuwanderung wenigstens halbwegs kompensiert werden. Zwar werden die Kosten für eine wachsende Zahl alter Menschen auch die USA und Europa belasten, aber als reiches Land kann Amerika damit besser umgehen als China, dessen staatlicher Pensionsfonds 2035 ausgeschöpft sein

wird. Von der desaströsen Situation in Russland ganz zu schweigen, das auch noch, wie von einem Todeswunsch beseelt, seine jungen Männer in einem Zermürbungskrieg verheizt, der für eine angebliche militärische Supermacht eine einzige Blamage ist.

Kurz und gut: Sowohl in der direkten Konfrontation mit China und Russland als auch in der Frage, nach wem sich der sogenannte Globale Süden richten wird, steht der Westen allen Untergangsprophetien – und allen Unzulänglichkeiten – zum Trotz gut da. Mit dem Assad-Regime in Syrien fiel ein entscheidender Verbündeter der Achse Peking–Teheran–Moskau. Indien und die asiatischen Tiger-Staaten brauchen den Westen als Gegengewicht und Gegenmodell zu China. In Argentinien setzt Javier Milei die Kettensäge an die Wurzeln des Peronismus, in Venezuela ist der Sturz der antiwestlichen Regierung von Nicolás Maduro nur eine Frage der Zeit.

Und so verstörend Trumps Interventionen in Sachen Grönland, Panama und Kanada sein mögen: Sie sind, wie seinerzeit Thatchers Verteidigung der Falkland-Inseln, Ausdruck eines Selbstbehauptungswillens, der dem Westen allzu lange und allzu oft gefehlt hat.

Bei seinem Amtsantritt 1933 sagte Franklin D. Roosevelt dem amerikanischen Volk: „The only thing we have to fear is fear itself.“ Wir haben nichts zu befürchten außer der Furcht selbst. Das gilt auch für die neue Weltordnung, in der nach wie vor der Westen, trotz Populismus und Rechts-extremismus, trotz Russland und China, die wichtigsten Trumpfkarten in der Hand hat: Wirtschaft und Wissenschaft, Militär- und Handelsmacht, Marktwirtschaft und Demokratie; vor allem aber: die Wandlungsfähigkeit, die ihn befähigt, die bestimmende Macht in einer sich immer schneller wandelnden Welt zu sein.



**Alan Posener**

schreibt als freier Autor u.a. für die *Welt*. Mit dem immer wieder prophezeiten „Ende des Westens“ hat Posener sich in der *IP* schon des Öfteren auseinandergesetzt, u.a. in der März/April-Ausgabe 2010.

## Ungeschützte Umweltschützer

Wer in Kolumbien für den Erhalt der Natur kämpft, lebt gefährlich. Schweigen ist für Yuly und Esteban aber keine Option.

Von Sara Meyer

**K**olumbien – ein Land, das viele mit Kaffee, Koka und Kriminalität verbinden. An Umweltaktivismus denkt man im ersten Moment wohl kaum. Yuly Velásquez ist Fischerin, Präsidentin des Fischereiverbands FEDEPESAN – und sieht sich selbst als Wächterin des größten Flusses des Landes, des Río Magdalena. Für dessen Schutz legt sie sich auch mit dem größten staatlichen Ölkonzern Ecopetrol an. Gelder, die für den Umwelt- und Gewässerschutz vorgesehen waren, wurden laut Yuly zweckentfremdet. Giftige Stoffe, mit denen das Unternehmen den Fluss verschmutzte, ließen die Fischbestände schwinden.

Der Río Magdalena ist das Herzstück Kolumbiens: Weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in seinem Einzugsgebiet, drei Viertel der landwirtschaftlichen Produktion und 70 Prozent der Stromversorgung gehen auf den Fluss zurück. Und: Er versorgt 38 Millionen Menschen mit Trinkwasser.

„Der Präsident hat den Willen, die Dinge anders zu machen, aber die politischen Streitereien verhindern den Wandel“, erklärt Yuly. Hoffnung gibt ihr vor allem das Escazú-Abkommen, das 2022 vom ersten linken Präsidenten des Landes, Gustavo Petro, unterzeichnet wurde. Es soll Umweltaktivisten vor Gewalt schützen.

Denn wer sich in Kolumbien gegen Rohstoffabbau, Abholzung und Viehzucht einsetzt, wird brutal zum Schweigen gebracht. Im Jahr 2023 zählte die NGO Global Witness weltweit 196 getötete Umweltschützer, 79 davon in Kolumbien – so viele wie in keinem anderen Land. Nur selten werden die Täter zur Rechenschaft gezogen: Von 248 Todesfällen in den vergangenen acht Jahren führten 30 zu einer Verurteilung,



mehr als 100 Fälle stecken noch in der Ermittlungsphase.

Diejenigen, die weitermachen, müssen Anschlägen, Drohungen und Zwangsvvertreibungen standhalten. Sie kämpfen gegen ständige Ausgrenzung und Kriminalisierung, die darauf abzielen, sie als „Entwicklungsgegner“ darzustellen. Angriffe und Ablehnung durch die Bevölkerung verschärfen ihre Lage weiter.

Yuly hat drei Attentate überlebt. Heute kann sie nur noch in Begleitung von Sicherheitsleuten fischen gehen; einer ihrer Beschützer wurde bereits getötet. Ihr Heimatdorf musste sie vor Jahren verlassen, um in der Anonymität der Stadt Schutz zu suchen. Ihre Gegner sprühen „Raus“ an ihre Hauswände. Doch Yuly kämpft weiter. „Wir Fischerinnen haben gezeigt, dass wir nicht nur fischen, sondern auch aktiv die Umwelt schützen können.“ Ökotourismus und Reinigungsaktionen sind ihr Beitrag, der Natur etwas zurückzugeben.

Auch Esteban Manzano, der sich selbst als „Sozialmanager“ bezeichnet, riskiert viel. Er lebt in Puerto Tejada, einer Industrieregion nahe Cali, in der der Zuckerrohranbau alles dominiert. „Die Monokultur hat unser Land zerstört“, klagt er. „Die Fabriken zapfen das Wasser ab, und das, was sie zurückführen, ist hochgiftig.“ Er zeigt Fotos von schwarzen Flüssen, toten Fischen, aufgeblähten Bibern und brennenden Landschaften. Esteban macht dafür nicht nur die Konzerne verantwortlich, sondern auch den illegalen Goldabbau sowie mangelnde Bildung und Infrastruktur. „Die Leute werfen Müll in die Flüsse – und dieses Wasser trinken wir!“ Atemwegserkrankungen und Missbildungen hätten in den vergangenen 30 Jahren zugenommen.

Esteban organisiert Bildungsinitiativen für Kinder, alles aus eigener Tasche. „Unsere Flüsse waren früher Orte des Lebens. Heute gleichen sie trockenen Gräben. Wir

versuchen, Bewusstsein zu schaffen, aber es ist schwer, wenn die Menschen Angst haben, ihre Arbeit in der umliegenden Industrie zu verlieren; sie sehen uns als ihre Gegner und verstehen nicht, dass wir unsere gemeinsame Zukunft sichern wollen.“

### Nachhaltigkeit ist das Ziel, aber noch keine Realität

„Wenn wir die Natur schützen, helfen wir uns selbst“, sagt auch die Umweltministerin Susana Muhamad. Kolumbiens Regierung hat den Umweltschutz ins Zentrum gerückt und verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz: von Agrarreform und Minderheitenschutz über den Ausbau erneuerbarer Energien bis hin zum Fracking-Verbot. Es reiche nicht, Emissionen zu senken – die Welt müsse die biologische Vielfalt schützen und die Natur wiederherstellen, bekräftigte Muhamad 2024 auf der UN-Artenschutzkonferenz, die unter dem Motto „Wandel für das Leben“ in Cali stattfand.

Mit Deutschland wurde 2023 eine Absichtserklärung zur Produktion von grünem Wasserstoff unterzeichnet. Projekte gegen Entwaldung und zur Förderung nachhaltiger Einnahmequellen, wie der Anbau von Açaí im Amazonas, laufen bereits. Die Expertise von Umweltschützern wie Yuly und Esteban soll dabei eine wichtige Rolle spielen. Das zeigt auch die Ernennung von Francia Márquez – selbst Afro-Kolumbianerin und Umweltaktivistin – zur Vizepräsidentin.

Erste Erfolge sind sichtbar: 2023 sank die Entwaldung um 36 Prozent auf den niedrigsten Stand seit 23 Jahren. Doch fossile Industrien und konservative Eliten stellen sich quer, Kolumbien bleibt stark abhängig von Öl- und Kohleexporten. Windparkprojekte führen zu Konflikten mit Indigenen wegen fehlender Mitsprache und unzureichender Kompensation.

Viele Umweltschützer, oft treue Petro-Wähler, sind enttäuscht über den schleppenden Fortschritt. Die Zahl der getöteten Aktivisten bleibt erschreckend hoch. Ohne tiefgreifende Strukturreformen wird es schwierig, die Hauptursachen der Umweltzerstörung – bewaffnete Konflikte und illegale Ausbeutung – anzugehen. Mit weniger als zwei Jahren verbleibender Amtszeit steht Petros Vision vor einer entscheidenden Bewährungsprobe.



**Sara Meyer**

lebt und arbeitet als unabhängige Journalistin in Bogotá. Sie hat Recht, Internationale Beziehungen und Lateinamerikastudien in Deutschland, Griechenland und Kolumbien studiert.

# Kalte Kohabitation in Kroatien

*Zwei Männer, zwei Parteien: Die angespannte Beziehung zwischen Präsident und Premierminister schadet dem Land, das jedes Jahr von so vielen Touristen besucht wird. Dabei steht es drängenden Problemen gegenüber – der höchsten Inflationsrate im Euroraum, dem Umgang mit Arbeitskräften aus dem asiatischen Raum sowie dem schwierigen Verhältnis zum Nachbarn Serbien.*

Von Caroline Hornstein Tomić und Maja Kurilić

Mit dem Amoklauf eines 19-Jährigen an seiner ehemaligen Schule in Zagreb, bei dem ein sieben Jahre alter Schüler starb und andere verletzt wurden, fand das Jahr 2024 in Kroatien einen dramatischen Abschluss. Während stumme Trauerdemonstrationen durch die Hauptstadt zogen, beherrschte die Debatte über die mentale Gesundheit junger Menschen und das unzureichende Gesundheitssystem die Medien.

Über die Feiertage einberufene Krisenstäbe aus Schulleitern, Regierungsvertretern und Mitarbeitenden der lokalen Verwaltung vereinbarten Sofortmaßnahmen mit verschärften Sicherheitsprotokollen an Schulen sowie Waffenkontrollen, die mit Schulbeginn im Januar auch unmittelbar in Kraft traten. Vorläufig von Hausmeistern, Lehr- und

Wachpersonal überwacht, sollen diese mittelfristig von speziell für die Arbeit mit Kindern, Eltern und Lehrern ausgebildeten Sicherheitskräften übernommen werden, so die Zusicherung der Regierung, berichtete der Fernsehsender N1 Anfang Januar.

Der laufende Präsidentschaftswahlkampf, mit dem das kroatische Superwahljahr 2024 nach den Parlamentswahlen im April und den Europaparlamentswahlen im Juni in die letzte Runde ging, trat somit kurz in den Hintergrund.

## Wiederwahl des Präsidenten

Im ersten Wahlgang am 29. Dezember verfehlte Amtsinhaber Zoran Milanović von der Sozialdemokratischen Partei (SDP) mit 49,1 Prozent äußerst knapp die absolute Mehrheit. In der Stichwahl am 12. Januar errang er aber mit über 74 Prozent der Stimmen

einen mehr als deutlichen Sieg gegen seinen von der Regierungspartei Kroatische Demokratische Union (HDZ) unterstützten Herausforderer Dragan Primorac, der auf knapp 26 Prozent kam.

Von Korruptionsskandalen geschwächt, war die HDZ bei den Parlamentswahlen im April auf nur 61 von 151 Sitzen gekommen und entschloss sich daher zur Bildung einer Koalitionsregierung mit der nationalistischen, rechtspopulistischen Partei Domovinski pokret („Heimatabewegung“). Aus den Wahlen zum Europäischen Parlament war die HDZ mit sechs von zwölf Sitzen zwar als stärkste Kraft hervorgegangen, bei einer Wahlbeteiligung von nur 21 Prozent kann aber kaum von einem robusten Mandat gesprochen werden.

Dass Präsident Zoran Milanović, der von 2011 bis 2016 Premierminister und von 2007

bis 2016 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei war, nun zum dritten Mal in Folge im Amt bestätigt wurde, überrascht in Kroatien kaum jemanden. Das in den Medien oft als „kalte Kohabitation“ bezeichnete Nebeneinander von Ministerpräsident Andrej Plenković und Präsident Zoran Milanović sowie die Aufteilung der Macht zwischen den beiden größten Parteien HDZ und SDP haben Tradition.

Der Wahlkampf, in dem drei Kandidatinnen und fünf Kandidaten gegeneinander antraten, war von heftigen Debatten über Kroatiens Außenpolitik, die Unterstützung der Ukraine, die Wirtschaftspolitik und die Korruption geprägt.

Präsident Milanović, auch Oberbefehlshaber der Armee, kritisierte die prowestliche Ausrichtung der Regierung Plenković und attackierte die der Korruption beschuldigten HDZ-Minister. Ihm zufolge vertiefte die Wirtschaftspolitik der Regierung die soziale Ungleichheit drastisch und spalte die Gesellschaft. Wie gewohnt positionierte er sich klar gegen die militärische Unterstützung des Westens für die Ukraine und forderte Kroatiens Neutralität in internationalen Konflikten, womit er nicht zuletzt Wähler und Putin-Unterstützer sowohl aus dem linken wie aus dem ultrarechten Milieu ansprach.

Im Gegensatz dazu warb sein Herausforderer Primorac für eine vorbehaltlose proeuropäische Politik und Verortung Kroatiens in westlichen Bündnissen,

die Unterstützung der NATO und die Zusammenarbeit mit der Mitte-rechts-Koalition unter Führung der HDZ. Während Primorac die in der Verfassung festgeschriebene Verantwortung des kroatischen Staates hervorhob, für die Rechte der Kroaten im benachbarten Bosnien und Herzegowina einzutreten, vertrat Präsident Milanović ethnonationalistische Positionen zur Aufteilung der Macht unter den konstitutiven Volksgruppen im Nachbarstaat, die auch in Kroatien bei Nationalisten Zustimmung finden, so die Nachrichtenportale Forbes.hr und Poslovni.hr.

### Politische Polarisierung

Wahlkampf und Wahlausgang unterstrichen einmal mehr die tiefgehende politische Polarisierung in Kroatien. Dass die tradi-

tionell angespannte Beziehung zwischen Ministerpräsident Plenković und Präsident Milanović, die ihre ideologischen Differenzen und persönlichen Feindseligkeiten regelmäßig und teils in rüdem Ton in der Öffentlichkeit austragen, auch dem Bild Kroatiens in der internationalen Öffentlichkeit schade, kommentierte der Sender N1 kritisch.

Milanovićs Sieg bringt aber auch die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der HDZ-Regierung zum Ausdruck. Nun richtet sich der Blick auf die für Mai geplanten Kommunalwahlen, in denen neben der Inflation, der wirtschaftlichen Lage im Land, dem Einfluss der Zuwanderung von Arbeitskräften aus Drittländern auf die kroatische Gesellschaft auch Themen wie die Transportinfra-



struktur, Abfallentsorgung und der Wohnungsmarkt wahlentscheidend sein könnten, meint die Tageszeitung *Novi List*.

### Höchste Inflationsrate

Seit der Einführung des Euro am 1. Januar 2023 ist mit der steigenden Inflation auch die Besorgnis in der Bevölkerung über eskalierende Lebenshaltungskosten stetig gewachsen. Während die Europäische Zentralbank kurz nach der Euro-Einführung nur einen milden Preiseffekt der Währungsumstellung konstatierte, haben die kroatischen Verbraucher deutlichere und nachhaltigere Auswirkungen auf ihre täglichen Ausgaben und besonders auf Lebensmittelpreise gespürt, die bereits seit Mitte 2021 um 35 Prozent gestiegen sind. „Das sind die Ergebnisse der berühmten Sorge der HDZ um die Bürger. Unsere Lebensmittel sind teurer als in 19 anderen EU-Mitgliedsländern, und nächstes Jahr wird es noch schlimmer werden“, kommentierte das Nachrichtenportal *Telegram.hr* im Dezember.

Kroatien ist derzeit das Land mit der höchsten Inflationsrate in der Eurozone, so die Nachrichtenagentur HINA. Tatsächlich ist derzeit kaum ein anderes Thema in den Medien derart präsent wie die Preissteigerung und überzogene Preise, ob in Restaurants, für Taxifahrten oder für Lebensmittel. Eine im September 2023 veröffentlichte Produktliste wies damals 30 Grundnahrungsmittel aus, deren Preis von der Regierung eingefroren wurde, um

den Preisanstieg einzudämmen. Diese Liste ist im Januar 2025 auf insgesamt 70 Produkte angewachsen, berichtete das Wirtschaftsportal *Poslovni.hr*. Doch haben weder Preisobergrenzen noch Mehrwertsteuersenkungen die Inflation eindämmen können, kommentierten kritische Stimmen die Maßnahmen der Regierung, die wiederum die Händler und ihre hohen Gewinnmargen anprangert.

Die weitverbreitete Überzeugung, dass die Lebensmittelpreise mittlerweile höher seien als in den meisten anderen EU-Staaten und noch weiter ansteigen könnten, hat im Januar eine landesweite Boykottwelle von Geschäften, Supermärkten, Tankstellen und auch Restaurants ausgelöst, die sich mittlerweile gezielt auf Einzelhandelsketten wie Lidl und DM konzentriert. „Wir erwarten eine Explosion aller Preise in diesem Jahr“, warnte die Tageszeitung *Novi List*.

### Teuer, teurer, Kroatien

Die gestiegenen Preise sind jedoch nicht nur ein Problem der Einheimischen, sondern sie unterminieren auf Dauer auch die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Tourismusindustrie, wie Experten befürchten. „Teuer, teurer, Kroatien“, kommentierte das internationale Online-Portal *Total-croatia-news.com*.

Mehr Investitionen in touristische Angebote mahnte das Wirtschaftsportal *Poslovni.hr* an, damit die Kapazitäten im Binnen-, Luxus-, Abenteuer- oder

Wellnesstourismus ausgebaut werden können; seit Langem geplant ist auch eine Verlängerung der Tourismus-Saison.

Einheimische Wirtschaftsanalysten wie Damir Novotny halten dagegen, dass Kroatien – gleichwohl teurer als die Hauptkonkurrenten Griechenland, Italien, Türkei und Portugal – aufgrund seiner einzigartigen Lage trotz vergleichsweise kurzer Tourismus-Saison und überlasteter Infrastruktur auf Dauer attraktiv bleibe. „Kroatien ist wie der Vatikan oder Rom: Ungeachtet der Preise wird immer jemand zu Besuch kommen“, erklärte er in einem Interview mit *N1 TV*.

### Kaum bezahlbarer Wohnraum

Ein Dauerbrenner in den Medien ist auch das Thema bezahlbarer Wohnraum. Die Immobilienpreise sind seit 2021 in Kroatien im Vergleich zum EU-Durchschnitt in die Höhe geschneilt: Ein Eigenheim, noch immer bevorzugte Wahl gegenüber dem Mieten, ist besonders für junge Menschen kaum erschwinglich. Wie in anderen südeuropäischen Ländern ebenfalls üblich, bleiben diese weniger aus kulturellen als aus ökonomischen Gründen zwangsläufig bei den Eltern weit über die Ausbildungszeit hinaus wohnen.

Die im internationalen Vergleich noch relativ niedrigen Mietpreise haben jedoch ebenfalls stark angezogen und tragen damit zur hohen Belastung des Einkommens durch Wohnkosten bei, und zwar vor allem in großen Städten und touristischen

Zentren, wie Forbes.hr betont. Beachtenswert ist außerdem, dass neben den Baukosten seit 2023 die Gewinne im Bausektor als eine der tragenden Säulen der heimischen Wirtschaft ebenfalls weit schneller gestiegen sind als andernorts in der EU.

### Hin zum Einwanderungsland

Das klassische Auswanderungsland Kroatien hatte seit Beitritt zur Europäischen Union im Sommer 2013 eine weitere Emigrationswelle erlebt. Diese hat die anhaltend aufgeregte Berichterstattung über den durch Alterung, Geburtenrückgang und Abwanderung seit Jahrzehnten anhaltenden Bevölkerungsschwund weiter zugespitzt.

Allerdings hat sich der Trend seit 2021 zu verschieben begonnen: zum einen durch Rückwanderung, vor allem aber durch die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften aus Drittländern. Wirtschaftswachstum und Arbeitskräftemangel haben die Liberalisierung des Arbeitsmarkts eingeleitet. Traditionell aus den Westbalkan-Ländern rekrutierte Arbeitskräfte werden mittlerweile zahlenmäßig von Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Bangladesch, Nepal, Indien, den Philippinen oder dem Kaukasus weit überholt. Der Tourismus- und Bausektor, aber auch Handelsketten, die Nahrungsmittelindustrie und Kurierdienste sind stark auf diese neuen und nicht mehr nur saisonal benötigten Arbeitskräfte angewiesen.

So lässt sich in Echtzeit beobachten, wie das Auswanderungsland Kroatien zum Einwanderungsland wird – mit tiefgreifenden Konsequenzen für den sozialen Zusammenhalt und das Selbstverständnis einer sich als ethnisch homogen begreifenden Gesellschaft, die kaum auf Erfahrungen der Integration von Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen aufbauen kann.

Über vereinzelte gewaltsame Übergriffe auf Arbeitsmigranten und deren Verurteilung durch die Regierung wurde berichtet, sonst aber vor allem über Sachfragen wie die Zuteilung von Arbeitsgenehmigungen, zum Beispiel im Online-Portal der Tageszeitung *Jutarnji list*. Den verbreiteten Eindruck, dass einheimische Arbeitnehmerinnen und -nehmer etwa bei Kurierdiensten durch ausländische ersetzt würden, bezeichnete das Wirtschaftsportal *Poslovni.hr* als „irreführend, es gibt mehr einheimische als ausländische Arbeitskräfte“.

### Der Nachbar Serbien

Die in Serbien anhaltenden innenpolitischen Unruhen und

Proteste gegen die Regierung seit dem Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad am 1. November 2024, dem 15 Menschen zum Opfer fielen, wirken sich auch auf das gespannte Verhältnis zwischen den Nachbarn Serbien und Kroatien aus.

So beschuldigte der serbische Präsident Aleksandar Vučić Kroatien, sich in die inneren Angelegenheiten Serbiens einzumischen und zu versuchen, das Nachbarland zu destabilisieren. Diese Vorwürfe werden in der Tageszeitung *24 sata* als „Paranoia von Belgrad“ bezeichnet: Wieder einmal seien Kroaten für alles verantwortlich und würden als Spione und Ustaša diffamiert.

Nach der Festnahme, polizeilichen Vernehmung und Abschiebung von fünf Mitgliedern der kroatischen Zivilgesellschaft im Januar, die an einem Workshop in Belgrad teilgenommen hatten, reagierte Kroatien mit einer diplomatischen Protestnote und Warnung vor Reisen nach Serbien. Das Verhältnis zum Nachbarn ist wieder einmal an einem Tiefpunkt.



**Dr. Caroline Hornstein Tomić**

arbeitet am Institut für Sozialwissenschaften Ivo Pilar in Zagreb. Sie ist Mitgründerin der gGmbH THE CIVICS Innovation Hub und Mitglied im Vorstand der Stiftung Europäisches Forum Alpbach.



**Maja Kurilić**

arbeitet für die paneuropäische gGmbH THE CIVICS Innovation Hub in Zagreb und hat einen Masterabschluss der Central European University (CEU).

## Das KI-Dilemma

*Während die Künstliche Intelligenz exponentiell voranschreitet, entwickeln sich unsere Kontrollmechanismen und ethischen Rahmenbedingungen nur linear. Wie können wir sicherstellen, dass KI dem Menschen dient und nicht umgekehrt? Drei Neuerscheinungen.*

Von Katja Muñoz

**W**ird Künstliche Intelligenz den Menschen überflüssig machen? Führt uns technischer Fortschritt automatisch in eine bessere Welt? Und wie können wir die Kontrolle über eine Technologie behalten, die sich in atemberaubendem Tempo weiterentwickelt?

Diese Fragen treiben nicht nur Entwickler und Politiker um – sie beschäftigen in wachsendem Maße auch Historiker, Soziologen und Philosophen. In der Debatte kristallisieren sich drei zentrale Perspektiven heraus: der historische Blick auf Informationsnetzwerke und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen, die Analyse von Transformationsprozessen durch KI und der Versuch, kommende Entwicklungen und ihre Risiken vorherzusehen.

### Von der Höhlenmalerei zur KI

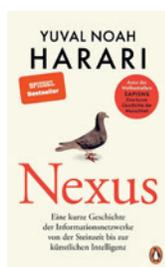
Der Historiker Yuval Noah Harari wählt in seinem neuen Buch

„Nexus“ einen ambitionierten Ansatz: Er will die KI-Revolution durch das Prisma der Menschheitsgeschichte betrachten. Seine These: Die Geschichte der Zivilisation lässt sich als Evolution von Informationsnetzwerken verstehen – von den ersten Höhlenmalereien bis zu modernen KI-Systemen. Diese Verbindungen zwischen zwei Punkten, die Harari als „Nexus“ bezeichnet,

bilden für ihn den roten Faden der Menschheitsgeschichte.

Doch was zunächst vielversprechend klingt, verliert sich über weite Strecken in langatmigen historischen Exkursen. Die spannende Frage nach der Bedeutung historischer Entwicklungen für unser Verständnis von KI tritt dabei in den Hintergrund.

Der erste Teil des Buches widmet sich der grundlegenden Frage, was Information eigentlich ist und welche Aufgaben sie erfüllt. Harari entwickelt dabei ein komplexes Argumentationsgebäude, das die Rolle von Informationsnetzwerken in der menschlichen Evolution nachzeichnet. Doch trotz der beeindruckenden historischen Bandbreite bleiben viele seiner Erkenntnisse erstaunlich oberflächlich. Hararis Warnungen vor den Gefahren der KI – etwa dem digitalen Totalitarismus oder der Manipulation durch Social Media – sind zwar



Yuval Noah Harari: **Nexus. Eine kurze Geschichte der Informationsnetzwerke von der Steinzeit bis zur künstlichen Intelligenz.** München: Penguin 2024. 656 Seiten, 28,00 Euro

berechtigt, bieten aber wenig Neues für Leser, die mit der aktuellen Debatte vertraut sind.

Hararis Kernthese, dass technologischer Fortschritt nicht automatisch zu ethischem Fortschritt führt, ist richtig, aber wenig originell. Auch seine Ausführungen zu Themen wie Social Scoring oder Überwachungskapitalismus bleiben an der Oberfläche und wiederholen größtenteils bekannte Argumente. Die historischen Parallelen, die Harari zieht – etwa zum Stalinismus oder zu früheren Überwachungsregimen – sind interessant, tragen aber wenig zum Verständnis der spezifischen Herausforderungen moderner KI bei.

Spannender wird das Buch da, wo Harari KI als eigenständigen Akteur beschreibt. Seine Analyse der Besonderheiten von KI als „Agent“ im historischen Prozess eröffnet neue Perspektiven auf die Mensch-Maschine-Beziehung. Gerade Hararis Plädoyer für Selbstkorrekturmechanismen in KI-Systemen verdient Beachtung: Wenn wir die Kontrolle über diese Technologie behalten wollen, so die These des Autors, müssen wir sie von Anfang an mit entsprechenden Sicherheitsverfahren ausstatten. Doch auch diese potenziell fruchtbaren Gedankengänge werden nicht konsequent zu Ende geführt.

Am Ende bleibt der Eindruck eines Buches, das aus der Vogelperspektive des Universalhistorikers große Linien zeichnet, aber dafür die entscheidenden Details der aktuellen KI-Entwick-



Miriam Meckel und Lea Steinacker: **Alles überall auf einmal. Wie Künstliche Intelligenz unsere Welt verändert und was wir dabei gewinnen können.** Hamburg: Rowohlt 2024. 400 Seiten, 26,00 Euro

lung aus dem Blick verliert. Hararis Versuch, die KI-Revolution in einen größeren historischen Kontext einzuordnen, ist löblich, aber die Ausführung bleibt hinter den Erwartungen zurück. Wo konkrete Analysen und neue Erkenntnisse nötig wären, bietet der Autor oft nur vertraute Warnungen und allgemeine historische Parallelen.

### **Konkurrenz oder Ergänzung?**

Deutlich konkreter wird die Analyse von Miriam Meckel und Lea Steinacker in „Alles überall auf einmal“. Die Autorinnen richten den Blick auf die unmittelbare Gegenwart und identifizieren dabei ein zentrales Paradoxon: KI-Systeme haben zwar gelernt, uns nahezu perfekt zu imitieren, verstehen uns deswegen aber noch lange nicht. Sie sind keine Faktensuchmaschinen, sondern trainierte Wortwahrscheinlichkeitsvorhersager – eine wichtige Unterscheidung, die in der öffentlichen Debatte oft untergeht und

fundamentale Auswirkungen auf unseren Umgang mit dieser Technologie hat.

Besonders erhellend ist Meckels und Steinackers Analyse der (nach dem britischen Mathematiker Alan Turing benannten) „Turing-Falle“: Während wir uns darauf konzentrieren, KI-Systeme zu entwickeln, die menschliche Fähigkeiten replizieren und automatisieren, verlieren wir die eigentliche Chance aus dem Blick. Statt „maschineller Intelligenz“ bräuchten wir „maschinelle Nützlichkeits-Systeme“, die menschliche Fähigkeiten ergänzen.

Es geht um eine fundamentale Paradigmenentscheidung: Entwickeln wir KI als Konkurrenz zum Menschen oder als komplementäre Kraft? Während die reine Imitation menschlicher Fähigkeiten zur Redundanz eben dieser führt, könnte eine komplementäre Entwicklung uns in die Lage versetzen, Grenzen zu überwinden, die wir allein nie hätten überschreiten können.

Diese grundlegende Weichenstellung, so argumentieren die Autorinnen, wird entscheidend dafür sein, ob wir eine Gesellschaft entwickeln, die den Menschen und seine Bedürfnisse schützt, oder eine, die ihn schrittweise ersetzt.

Die detaillierte Betrachtung der Meilensteine in der KI-Entwicklung ermöglicht es auch Leserinnen und Lesern, die sich zum ersten Mal mit diesem Thema beschäftigen, die einzelnen Schritte und damit die Grundla-

gen der Funktionsweise heutiger KI-Anwendungen nachzuvollziehen. Dabei wird deutlich, dass wir es mit einer Technologie zu tun haben, deren Potenzial wir gerade erst zu verstehen beginnen. Die Autorinnen zeigen überzeugend, wie KI bereits heute tief in unser Leben eingreift – von der Art, wie wir kommunizieren, über die Weise, wie wir arbeiten, bis hin zu den Methoden, mit denen wir Entscheidungen treffen.

### Digitaler Humanismus

Meckel und Steinacker warnen zudem vor einem weiteren fundamentalen Missverständnis: Die KI-Revolution sei keine rein technische Herausforderung, sondern ein tiefgreifender organisatorischer Wandel mit komplexen psychologischen Dynamiken. Die entscheidende Frage sei dabei ontologischer Natur: Werden wir es schaffen, uns als Menschen neu zu bestimmen und unseren Selbstwert zu bewahren, wenn Maschinen immer mehr unserer bisherigen Aufgaben übernehmen?

Diese Frage gewinnt besondere Brisanz vor dem Hintergrund, dass sich menschlicher Selbstwert oft aus der Arbeit und einer Selbstwahrnehmung speist, die von der Einzigartigkeit der menschlichen Gattung ausgeht.

Besonders wertvoll ist Meckels und Steinackers differenzierte Betrachtung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Autorinnen vermeiden dabei sowohl technikfeindlichen Alarmismus als auch naive

Zukunftseuphorie. Stattdessen zeigen sie, wie Künstliche Intelligenz zu einem zweiseitigen Schwert werden könnte: Einerseits könnte sie es Menschen mit niedrigem Bildungsstand ermöglichen, sich professioneller auszudrücken und neue Chancen zu erschließen. Andererseits besteht die Gefahr, dass die KI bestehende soziale Klüfte vertieft, wenn der Zugang zur



Michael Bhaskar und Mustafa Suleyman: **The Coming Wave. Künstliche Intelligenz, Macht und das größte Dilemma des 21. Jahrhunderts.** München: C.H. Beck 2024. 377 Seiten, 28,00 Euro

Technologie privilegierten Gruppen vorbehalten bleibt.

Ein besonderes Augenmerk legen Meckel und Steinacker auf die Einflussfaktoren, die die Entwicklung von KI derzeit prägen. Die Autorinnen machen überzeugend deutlich, dass wir uns an einem entscheidenden Wendepunkt befinden. Jetzt werden die Weichen gestellt, ob KI zukünftig der Allgemeinheit dient oder den Einfluss und Reichtum einiger Weniger vermehrt. Meckel und Steinacker plädieren dabei für einen „digitalen Humanismus“,

der jenseits von Untergangsszenarien und Techno-Utopien darauf abzielt, den Menschen durch KI zu unterstützen und zu stärken – und nicht, ihn zu ersetzen.

### Technologischer Tsunami

Eine ebenso fundierte wie beunruhigende Analyse, die weit über die übliche KI-Diskussion hinausgeht, legen Michael Bhaskar und Mustafa Suleyman mit „The Coming Wave“ vor. Ihre zentrale These: Wir stehen nicht nur vor einer KI-Revolution, sondern vor einem sich selbst verstärkenden technologischen Tsunami. Dieser Prozess entziehe sich immer mehr der direkten menschlichen Kontrolle. Die Autoren zeichnen ein Bild der kommenden KI-Revolution, das weit über die üblichen Spekulationen hinausgeht.

Diese Entwicklung ist Bhaskar und Suleyman zufolge nicht mehr aufzuhalten, und wir begännen gerade erst, ihr disruptives Potenzial zu begreifen. Während die technologische Entwicklung exponentiell voranschreite, entwickelten sich unsere Kontrollmechanismen und ethischen Rahmenbedingungen nur linear.

Die wachsende Kluft zwischen technischen Möglichkeiten und gesellschaftlicher Steuerungsfähigkeit sehen die Autoren als das größte Risiko der kommenden Jahre. Dabei gehe es nicht nur um wirtschaftliche Dominanz, sondern um die grundlegende Frage, wer die Spielregeln der neuen KI-getriebenen Weltordnung bestimmt.

Besonders wertvoll ist die Kombination aus technischem Insiderwissen und ethischer Reflexion, die Suleyman und Bhaskar bieten. Die Autoren verfallen weder in naive Technikbegeisterung noch in apokalyptische Schwarzmalerei. Sie identifizieren vier kritische Charakteristika, die diese neue Generation von Technologien so schwer kontrollierbar machen: den universellen Einsatzbereich dieser Techniken, ihre hyper-evolutionäre Entwicklungsgeschwindigkeit, ihre asymmetrischen Auswirkungen und ihre wachsende Autonomie in Kombination mit starken Entwicklungsanreizen durch geopolitischen Wettbewerb und massive finanzielle Belohnungen.

Die Lösung sehen die Autoren im Konzept der „Eindämmung“. Darunter verstehen Suleyman und Bhaskar ein komplexes Geflecht aus technischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Mechanismen, die auf verschiedenen Ebenen ineinandergreifen müssen, um KI oder ähnlich transformative Technologien wie etwa die synthetische Biologie einzuhegen.

Es geht den Autoren nicht um das Verhindern von Innovation, sondern um Kontrolle. Die dafür benötigten „Governance“-Strukturen müssten weit über klassische Regulierung hinausgehen und Normen, Eigentumsstrukturen, ungeschriebene Gesetze der Regelbefolgung sowie robuste Aufsichtsmechanismen umfassen. Suleyman und Bhaskar

plädieren für eine parallele Entwicklung von Kontrollfähigkeiten und technischen Möglichkeiten – ein Ansatz, der angesichts der exponentiellen Entwicklung so dringlich wie herausfordernd erscheint.

### Am Wendepunkt

Die KI-Revolution stellt uns vor beispiellose Herausforderungen, die weit über technische Fragen hinausgehen. Wie die besprochenen Bücher zeigen – von Hararis ausschweifender, aber wichtiger historischer Einordnung bis hin zu Meckel und Steinackers präziser Gegenwartsanalyse –, steht nichts Geringeres auf dem Spiel als die Zukunft menschlicher Autonomie und gesellschaftlicher Ordnung.

Die eigentliche Gefahr liegt dabei nicht in der oft beschworenen Superintelligenz, sondern in unserer mangelnden Fähigkeit, mit dem Tempo der exponentiellen Entwicklung Schritt zu halten. Während die technologischen Möglichkeiten sich nahezu täglich erweitern, entwickeln sich unsere ethischen Rahmenbedingungen und Kontrollmechanismen nur langsam – eine Diskrepanz, die Bhaskar und Suleyman mit Recht als sehr kritisch einstufen.

Was alle drei Bücher eint, ist die Erkenntnis, dass wir uns an

einem kritischen Wendepunkt befinden. Die Entscheidungen, die wir heute über den Einsatz und die Kontrolle von KI treffen, werden unsere Zukunft fundamental prägen.

Dabei kristallisieren sich drei zentrale Herausforderungen heraus: Erstens müssen wir, darauf weist Harari hin, technologischen Fortschritt von ethischem Fortschritt zu unterscheiden lernen. Zweitens gilt es, wie Meckel und Steinacker überzeugend darlegen, KI so zu entwickeln, dass sie menschliche Fähigkeiten ergänzt statt ersetzt. Und drittens ist es höchste Zeit, wie Bhaskar und Suleyman mahnen, globale Mechanismen zur Kontrolle dieser mächtigen Technologie zu entwickeln.

Was wir jetzt brauchen, ist keine weitere Debatte über hypothetische Zukunftsszenarien, sondern konkretes Handeln. Die Weichen für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz werden heute gestellt, in Unternehmen, Forschungseinrichtungen und politischen Institutionen. Die zentrale Herausforderung wird es sein, internationale Mechanismen zu entwickeln, die Innovation ermöglichen und gleichzeitig ethische Grenzen setzen. Nur so können wir sicherstellen, dass KI dem Menschen dient – und nicht umgekehrt.



**Dr. Katja Muñoz**

ist Research Fellow der DGAP im Zentrum für Geopolitik, Geoökonomie und Technologie. Sie erforscht im Rahmen ihrer Tätigkeit das Zusammenspiel zwischen sozialen Medien und Politik.

# Die Ressource Hoffnung

*Lässt sich der Planet angesichts der massiven Widerstände gegen Klimapolitik noch retten, oder ist es dafür schon zu spät? Drei Autorinnen und ein Autor suchen nach Antworten jenseits von Weiter-so und Wünsch-dir-was.*

Von Tim Hofmann

Es ist noch nicht lange her, da gab es so etwas wie eine zarte Aufbruchstimmung im globalen Klimaschutz. Immer mehr Regierungen begannen zu begreifen, dass ein Weiter-so keine Option mehr ist. Dank der Proteste junger Menschen auf den Straßen dieser Welt schaffte es der Klimawandel als gesamtgesellschaftliches Problem ins Zentrum politischer Debatten. Von diesem Zeitgeist ist heute nicht mehr viel übrig. Doch das Problem ist nicht nur geblieben – es hat sich verschärft.

Im Jahr 2024 lag die globale Durchschnittstemperatur 1,6 Grad über dem vorindustriellen Niveau und überschritt damit erstmals die im Pariser Klimaabkommen verankerte 1,5-Grad-Marke. Eine historische Meldung, die aber Anfang 2025 weitgehend unter dem Radar lief. Schlagzeilen machte ein anderes Ereignis: die Amtseinführung

von Donald Trump als US-Präsident. Wenige Stunden im Amt, kündigte Trump bereits den erneuten Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen an: „Drill, Baby, Drill“ statt New Green Deal.

## Visionärin im Pentagon

Als Sherri Goodman 1987 ihre Arbeit im Streitkräfteausschuss des US-Senats aufnahm, war Donald Trump noch ein New

Yorker Immobilien-Magnat und der Klimawandel hauptsächlich ein Thema für eine vergleichsweise überschaubare Gruppe von Umweltschützern. Während Trump sich in den folgenden Jahrzehnten zum einflussreichsten Klimawandelleugner der Welt entwickelte, hatte Sherri Goodman entscheidenden Anteil daran, dass die Erderwärmung heute eine zentrale Rolle in der operativen Planung von Militäreinsätzen spielt. Als „Gefahrenmultiplikator“ – ein Begriff, den Goodman selbst geprägt hat – ist der Klimawandel mittlerweile fest in den Sicherheitsstrategien von Staaten und Militärbündnissen wie der NATO verankert.

Wie es dazu kam, erzählt die oft als „Mutter der Klimasicherheit“ bezeichnete Amerikanerin in ihrem Buch „Threat Multiplier“. 1993 wurde Goodman vom neuen US-Präsidenten Bill Clinton ins Verteidigungsministerium



Sherri Goodman: **Threat Multiplier. Climate, Military Leadership, and the Fight for Global Security.** Washington, D.C.: Island Press 2024. 272 Seiten, 35,00 US-Dollar

berufen, wo sie als oberste Umweltbeauftragte unter anderem die erste Klimawandelstrategie des Pentagons entwickelte.

Besonders spannend wird das Buch immer dann, wenn die Autorin Einblicke in den Maschinenraum der amerikanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewährt. So berichtet Goodman von ihren ersten Budgetverhandlungen: Als „junge, zierliche Frau“ habe sie „in einem Raum voller großgewachsener, meist weißer Männer mit militärischen Auszeichnungen an der Brust“ gestanden und sich schwergetan, Verbündete für ihre Finanzierungspläne zur Säuberung kontaminierter Militärlagerstätten zu finden.

Aufschlussreich sind auch Goodmans Schilderungen der Verhandlungen Ende der 1990er Jahre, als auf Drängen der USA militärische Emissionen vom Kyoto-Protokoll ausgenommen wurden – eine umstrittene Regelung, die allerdings im Nachfolgeabkommen von Paris weitgehend beibehalten wurde.

„Threat Multiplier“ ist aber vor allem die Geschichte einer Anpassung militärischen Denkens an neue Gefahren, die Goodman selbst entscheidend vorangetrieben hat – und die sich nicht durch präsidentiale Dekrete revidieren lässt. Wenn Goodman hochrangige US-Militärs zitiert, die bei Einsätzen in Nahost, Afrika und anderswo selbst erlebt haben, wie Klimafolgen die Einsatzfähigkeit von Streitkräften beeinflussen und Konflikte noch



Hannah Ritchie: **Hoffnung für Verzweifelte. Wie wir als erste Generation die Erde zu einem besseren Ort machen.** München: Piper 2024. 384 Seiten, 22,00 Euro

gefährlicher machen, dann zeigt das die Diskrepanz zwischen militärischen Notwendigkeiten und Trumpscher Klimapolitik.

Und so liest sich Goodmans Buch auch als Appell an die amerikanische Überparteilichkeit, die gerade in klimapolitischen Fragen dramatisch erodiert ist. Der Klimawandel unterscheidet sich nicht zwischen Demokraten und Republikanern, betont Goodman – und ergänzt: Viele der vom Klimawandel am stärksten bedrohten Militärlagerstätten liegen in traditionell „roten Staaten“ im Süden der USA. Auch republikanische Abgeordnete sollten daher ein Interesse daran haben, in klimaresiliente militärische und zivile Infrastruktur zu investieren, um die Sicherheit ihrer Wähler zu gewährleisten. Ist das realistisch oder doch allzu optimistisch?

### Ungeduldige Optimistin

Ein Plädoyer für mehr „dringlichen Optimismus“ im Kampf gegen die Umweltprobleme der

Welt kommt von der schottischen Datenwissenschaftlerin Hannah Ritchie. Weltuntergangsszenarien lehnt die Autorin entschieden ab – sie würden mehr schaden als nützen und seien oft auch inhaltlich nicht belegbar. Ritchies Kernthese: Die heutige Generation könnte die erste sein, die die Umwelt in einem besseren Zustand hinterlässt, als sie sie vorgefunden hat. Ob Luftverschmutzung, Ernährung, Biodiversitätsverlust oder Überfischung – Ritchie ist überzeugt, dass es eine „reale Chance“ gibt, all diese Probleme innerhalb der kommenden 50 Jahre zu lösen. Denn: In allen Fällen seien „deutliche Anzeichen“ zu erkennen, dass ein Kurswechsel in die richtige Richtung stattgefunden habe oder bevorstehe.

Und tatsächlich zeigt „Hoffnung für Verzweifelte“ einige überraschende Zusammenhänge auf. Das gilt besonders für das Kapitel zur Ernährung, dem man anmerkt, dass die Autorin auf diesem Gebiet über die größte wissenschaftliche Expertise verfügt. Wer mit seiner Ernährung möglichst wenig CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen will, sollte Ritchie zufolge weniger auf regionale Produkte oder Biosiegel setzen, sondern eher darauf, dass Vegetarisches auf den Tisch kommt: Denn auch importiertes Obst und Gemüse verursache in den allermeisten Fällen deutlich weniger Emissionen als lokal erzeugte Fleisch- und Milchprodukte.

Viel zu kurz kommen in diesem respektablen Hoffnungs-

buch allerdings die systemisch bedingten ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Hindernisse, die einer schnellen Umsetzung der von Ritchie vorgeschlagenen Lösungen, wie etwa einer CO<sub>2</sub>-Steuer, im Wege stehen. Diese Leerstelle ist durchaus verständlich – würde doch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit fossilen Machtstrukturen, geopolitischen Konflikten oder einer wachsenden Klimamüdigkeit den von Ritchie postulierten Optimismus erheblich trüben. Auch Kippunkte – Schwellenwerte im Erdsystem, deren Überschreiten weitreichende Folgen hätte – sind in Ritchies Buch allenfalls eine Randnotiz. Und so bleibt Ritchies Argumentation an einigen Stellen zu oberflächlich, um über bloßes Wunschdenken hinauszugehen.

„Hoffnung für Verzweifelte“ liefert dennoch einige wertvolle Denkanstöße: Schwarzmalerei und Endzeitstimmung sind offenkundig verfrüht, denn vieles bewegt sich in die richtige Richtung, wenn auch nicht schnell genug. Und statt sich in endlosen Debatten darüber zu verlieren, ob der Weg in eine nachhaltige Zukunft auf dem Lastenrad oder im Elektroauto zurückgelegt werden sollte, wäre es klüger, mehr Energie in das gemeinsame Ziel zu investieren: die Welt in einem besseren Zustand zu hinterlassen.

### Realismus statt Greenwashing

Ob dieses Ziel je erreicht werden kann, daran hat der Soziologe Jens Beckert größte Zweifel.

„Verkaufte Zukunft“ ist ein ungeschönter Realitätscheck – und damit der komplette Gegenwurf zu Ritchies Hoffnungsbuch: Wenig bis gar kein Optimismus, dafür eine umso fundiertere Analyse, warum die Gesellschaften in den demokratischen Ländern des Globalen Nordens die Klimakrise trotz aller vorliegenden Erkenntnisse nicht in den Griff bekommen – und sich daran in absehbarer Zeit wohl auch nicht viel ändern wird.



Jens Beckert: **Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht.** Berlin: Suhrkamp 2024. 240 Seiten, 28,00 Euro

Beckert begründet seinen Pessimismus mit den „Macht- und Anreizstrukturen der kapitalistischen Moderne“, die einer erfolgreichen Bekämpfung des Klimawandels im Wege stünden. Während sich Ritchie optimistisch gibt, dass die globalen Emissionen noch in diesem Jahrzehnt ihren Höhepunkt erreichen können, sieht Beckert keinerlei Anzeichen für den tiefgreifenden Wandel der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen, der notwendig wäre,

um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen.

Mithilfe der soziologischen Systemtheorie argumentiert Beckert anschaulich und mit großer analytischer Schärfe, warum das Modell der kapitalistischen Moderne – geprägt von marktbasiereten und gewinnorientierten Wirtschaftsstrukturen sowie einem „entgrenzten Individualismus“ – nicht kompatibel mit effektivem Klimaschutz sei. So attestiert der Autor gewinnorientierten Unternehmen einen „strukturellen Hörschaden“ gegenüber den Anforderungen eines umweltverträglichen Wirtschaftens.

Dass die Vorstellung von grünem Wachstum nicht mehr als „Greenwashing“ sei, zeige sich in den allein an Risiko und Rendite orientierten Anlageentscheidungen von Finanzinvestoren. Der Ausstieg zahlreicher US-Banken und Vermögensverwalter aus klimafreundlichen Bündnissen – unmittelbar vor dem Beginn der zweiten Amtszeit von Donald Trump – gibt Beckert recht.

Doch nicht nur die Entscheidungslogik von Finanzmärkten, sondern auch die von Staat und Bevölkerung führe zu einem nahezu unüberbrückbaren Spannungsverhältnis zwischen Natur und kapitalistischer Moderne. Beckert nennt hier die Angst vor Freiheitsverlusten und Umverteilungseffekten oder die Abhängigkeit von politischer Legitimation und wirtschaftlichen Interessen.

Zweifelloso: Keiner dieser Befunde ist für sich genommen wirklich neu – doch in der

Summe ergibt sich eine umfassende und wuchtige Diagnose des menschlichen Scheiterns im Umgang mit der Klimakrise. Dass Beckert dabei stets analytisch-sachlich bleibt und weder moralisiert noch vereinfacht, ist eine wohltuende Abwechslung in einer immer emotionaler geführten öffentlichen Debatte.

### Raus aus der Komfortzone

Ganz ohne die Macht von Gefühlen und Geschichten, so schreibt Luisa Neubauer in ihrem neuen Buch „Was wäre, wenn wir mutig sind?“, lasse sich der „fossilen Gewohnheitswahrung“ allerdings auch nicht entkommen. Als größte Gefahr für die ökologische Frage identifiziert Neubauer „die Krise der Hoffnung“. In der Wiederentdeckung der Hoffnung, die zum Handeln anspornt, erkennt Deutschlands bekannteste Klimaaktivistin zugleich „die wertvollste Ressource unserer Zeit“.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen Neubauers Überlegungen zu den drei Konfliktlinien, an denen die Menschheit im 21. Jahrhundert stehe: zwischen fossilen Konzernen und allen anderen, zwischen fossilen Gewohnheiten und ökologischen Notwendigkeiten sowie zwischen den Gewinnern und Verlierern der Transformation.

Im Unterschied zu Beckert ist Neubauer davon überzeugt, dass diese Konfliktlinien keine unüberwindbaren Mauern sind und dass Reibungen entlang dieser Linien zu positiven Veränderungen führen können. Was es dafür



Luisa Neubauer: **Was wäre, wenn wir mutig sind?** Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 2025. 144 Seiten, 13,00 Euro

brauche, seien mutige Menschen, die ihre Komfortzone verlassen und sich für eine lebenswertere, ökologische Zukunft einsetzen.

„Was wäre, wenn wir mutig sind?“ hat das Potenzial, die Tonlage in der Klimabewegung zu verändern und sie vor einem weiteren Abdriften in die Bedeutungslosigkeit zu bewahren. Trotz gelegentlich überstrapazierten Pathos wird deutlich, was sich Neubauer für den Klimaaktivismus der Zukunft wünscht: weniger Panikmache und Disruption, mehr Hoffnung und Utopie. In ohnehin verunsicherten Gesellschaften bietet diese Strategie schlicht bessere Erfolgsaussichten, Menschen für den Klimaschutz zu begeistern.

Lässt sich die Katastrophe noch abwenden – oder ist es schon zu spät? Darauf bieten die

vier Bücher ganz unterschiedliche Antworten. Im Lager der Optimistinnen plädieren Neubauer und Ritchie für mehr Zuversicht und Mut im Umgang mit der ökologischen Krise. Während sich Ritchies Hoffnung vor allem auf Daten und Zahlen stützt, betont Neubauer die transformative Kraft positiver Emotionen und Visionen – eines „Sich-vorstellens, was möglich sein könnte“. Einig sind sich beide Autorinnen, dass das Ende des fossilen Zeitalters nur eine Frage der Zeit sei.

Fundamental anders sieht das Beckert, der seiner Leserschaft allenfalls eine „schwache Hoffnung“, dafür aber ein besseres Verständnis der systemischen Hindernisse im Kampf gegen den Klimawandel vermittelt. Wie sich rigide Organisationsstrukturen aufbrechen und Herzen für den Umweltschutz gewinnen lassen, davon weiß Sherri Goodman in „Threat Multiplier“ zu berichten. Dass ihr Erbe als „Mutter der Klimasicherheit“ auch unter einem Präsidenten Trump bewahrt bleibt, kann man nur, genau: hoffen. Goodmans Blick auf den Klimawandel aus militärischer Perspektive unterstreicht aber auch: In einer rauen Welt braucht der globale Klimaschutz nicht nur mehr Hoffnung, sondern vor allem mehr Wehrhaftigkeit gegenüber seinen Gegnern.



**Tim Hofmann**, seit Oktober 2023 Redakteur bei der IP, hat einen Masterabschluss in Umweltpolitik und Regulierung von der London School of Economics.

## Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

## Chefredakteur

Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

## Redaktion

Dr. Henning Hoff, Tim Hofmann, Uta Kuhlmann,

Dr. Joachim Staron

Projektmanagement: Charlotte Merkl

Redaktionelle Mitarbeit: Christina Pitopoulakis

## Layout

Thorsten Kirchhoff

## Redaktionsanschrift

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin

Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146

Fax: +49 (0)30 25 42 31 116

ip@dgap.org

## Vorstand der DGAP

Dr. Thomas Enders, Präsident

Rolf Nikel, Vizepräsident

Georg Graf Waldersee, Schatzmeister

Jutta Freifrau von Falkenhausen, Syndika

Carsten Berger

Prof. Dr. Veronika Grimm

Geraldine Schroeder

Dr. Benno Schwarz

Prof. Dr. Daniela Schwarzer

Thomas Kleine-Brockhoff, Direktor

Martin Bialecki, Chefredakteur

Dr. Monika Lücke, COO

## Marketing und Anzeigen

Charlotte Merkl

merkl@dgap.org

Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146

## Druckerei

Fromm + Rasch GmbH & Co. KG

Breiter Gang 10-16 | 49074 Osnabrück

## Pressevertrieb

IPS Pressevertrieb Hamburg GmbH

Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

## Erscheinungsweise

mehrmals jährlich

Einzelpreis Zeitschrift IP 14,90 €

Einzelpreis IP Special 9,90 €

Jahresabonnement Inland 118,00 €

Jahresabonnement Ausland 128,00 €

Studierendenabonnement 73,00 €

Studierendenabonnement Ausland 83,00 €

(Nachweis erforderlich)

Probeabonnement (2 Ausg.) 19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten

und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage.

Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf

des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der

Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

gelten besondere Bezugspreise.

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,  
in allen Fragen und Angelegenheiten  
rund um Ihr Abonnement der Zeitschrift IP  
erreichen Sie uns unter:**

IP Abonentenservice

Ohl Connect GmbH & Co. KG

Postfach 104040

20027 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 23 67 03 38

Fax: +49 (0)40 23 67 03 01

ip@internationalepolitik.de

## Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?

Die Mitgliederbetreuung der DGAP, die für die  
Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig ist,  
erreichen Sie unter:

DGAP e.V.

Mitgliederbetreuung/Laura Strömpel

Rauchstraße 17/18

10787 Berlin

Tel.: +49 (0)30 25 42 31 180

Fax: +49 (0)30 25 42 31 116

mitglieder@dgap.org

www.internationalepolitik.de

ISSN 1430-175X

## Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

**10. Februar 2025**



## Bildnachweis

Cover: iStock / STILLFX; S.2: picture alliance/  
dpa / Michael Kappeler; S.3: iStock / Jozsef Soos;  
S.8: Service photographique de Matignon /  
Florian David; S.9: picture alliance / ASSOCIATED  
PRESS / Dirk Heinrich; S.10: picture alliance /  
Photoshot; S.12: picture alliance / ZUMAPRESS.  
com / Hector Adolfo Quintanar Perez; S.16-17:  
picture alliance / Andreas Gora / Lenny Karpe;  
S.18: picture alliance / photothek / Thomas Trut-  
schel; S.21: picture alliance / Wolfgang Kumm/  
dpa / Wolfgang Kumm; S.26: picture alliance/dpa  
/ Stefan Sauer; S.30: iStock / ollo; S.36: picture  
alliance / ZB/euroluftbild.de / Daniel Reiter;  
S.40: picture alliance/dpa / Kay Nietfeld; S.46:  
picture alliance / SIPA / Mahmoud Isleem; S.48:  
iStock / whitemay; S.50: wikimedia / Francis  
Chanteloup; S.54: picture alliance/dpa / Michael

Kappeler; S.57: picture alliance / Photoshot  
/ Dmytro Smolienko / Avalon; S.60: picture  
alliance / Eibner-Pressfoto / Eibner-Pressfoto/  
Florian Wiegand; S.63: picture alliance / Conso-  
lidated News Photos / Al Drago - Pool via CNP;  
S.64: picture alliance / empics / Aaron Chown;  
S.69: REUTERS/Kevin Lamarque; S.70: picture al-  
liance / NurPhoto I Danil Shamkin; S.74: picture  
alliance / empics / Gareth Fuller; S.83: picture  
alliance/dpa / Hendrik Schmidt; S.89: picture  
alliance / Anadolu / Turkish Presidency / Murat  
Cetinmuhurdar / Handout; S.92: IFSH; S.93:  
picture alliance/AP Photo / Mark Schiefelbein;  
S.102: Chappatte in Le Temps, Geneva; S.107:  
Jaime Antonio Brehme Rojas; S.114: REUTERS/  
Stephen Lam; S.118: Henning Kettel; S.121: bitte-  
schön.tv; S.131: Samuel Groesch

## Vorschau Mai/Juni 2025

Die Zukunft der Weltordnung, Rechtspo-  
pulismus in Europa, die Lage in Georgien  
und 60 Jahre deutsch-israelische Bezie-  
hungen: Dies u.v.m. im nächsten Heft.  
**Die IP 3/2025 erscheint am 28. April.**

**Der nächste IP-Webtalk findet am  
26.3.2025 mit Michael Thumann statt.  
Thema: Putins Logik des ewigen Krieges.  
Die Einladung erhalten Sie per E-Mail.**